

**Im Spannungsfeld von Katholizismus, Welfentum  
und preußisch-bismarckschem Machtstreben.  
Die Entwicklung Ludwig Windthorsts zum Gegenspieler  
Bismarcks vor dem Hintergrund des Aufstiegs Preußens zur  
Großmacht bis zum Beginn des Kulturkampfes**

Inaugural-Dissertation zur Erlangung  
des akademischen Grades eines Doktors  
der Philosophie (Dr. phil.)  
durch die Philosophische Fakultät der  
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Vorgelegt von  
Georg Arnold  
aus Mönchengladbach

Erstgutachter: Prof. em. Dr. Karl-Egon Lönne  
Zweitgutachter: Prof. Dr. Hans Hecker  
Drittgutachter: Prof. Dr. Gerd Krumeich

Tag der Disputation: 24. Januar 2006

D 61 Düsseldorfer Philosophische Dissertation



## Danksagung und zugleich Widmung

Es ist mir eine angenehme Pflicht, an dieser Stelle jenen Menschen zu danken, die mich und diese Arbeit begleitet und in vielfältiger Weise unterstützt haben.

Mein besonders tief empfundener Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Prof. em. Dr. Karl-Egon Lönne, der mir nicht nur bei fachlichen Problemen sehr geholfen hat, sondern mir durch seine persönliche Begleitung eine wertvolle Stütze war. Leider ist Herr Prof. Lönne kurz vor meiner Disputation erkrankt. Ich danke Herrn Prof. Dr. Hans Hecker, dass er an seiner Stelle die Prüfung geleitet hat.

Danken möchte ich denjenigen Mitarbeitern in den Bibliotheken und Archiven, die mich freundlich aufgenommen haben und mir mit Rat und Tat zur Seite standen. Namentlich hervorheben möchte ich Herrn Krischanitz aus dem Hauptstaatsarchiv Hannover. Bedanken möchte ich mich ferner bei SKH Prinz Ernst August von Hannover für die Erlaubnis, im privaten Hausarchiv der Welfenfamilie zu arbeiten, und bei Generaloberin Schwester Wiltrudis für den Zugang zum Klosterarchiv des Augustinerinnenklosters in Neuss.

Gerne würde ich an dieser Stelle alle erwähnen, die mir in der zurückliegenden Zeit halfen, aber diese Liste wäre zu lang. Da ich dem wissenschaftlichen Betrieb nicht treu bleiben durfte und beruflich und familiär eingebunden war, waren es oft Arbeitskollegen und Freunde, die mir weiterhalfen. Ich danke den Herren Markus Dreist, Senad Hadzic und Roland Schmitz für ihr Interesse, die Gespräche, Anregungen und Ermutigungen.

Ganz besonderer Dank gilt meiner Familie. Meiner Frau Anja, die mir Mut gemacht und mir beigestanden hat. Meinem Sohn Lorenz, dass ich mich an seiner Entwicklung erfreuen durfte. Meiner Tante Angelina, für das Aufzeigen neuer Perspektiven. Schließlich danke ich meinen Eltern für die Unterstützung und Hilfe, die sie mir all die Jahre gewährt haben.

Gewidmet all jenen, ohne die ich die Arbeit an dieser Dissertation nicht hätte durchhalten und beenden können.

Georg Arnold

Mönchengladbach, Februar 2006



Einleitung	11
------------	----

## **1. Werden und Wandel von Identitäten**

1. Die Frage der Grenzen	
1. Wege der katholischen Kirche in die Neuzeit	19
2. Der Welfenstaat Hannover	25
2. Windthorst zwischen Tradition und Moderne	
1. Kindheit und frühe Jugend	29
2. Die Studienzeit	33
3. Windthorsts Weltbild in Briefen	38
3. Neue Dimensionen des Katholizismus	
1. Die Kölner Wirren	45
2. Die konservative Koalition	52
4. Windthorsts Etablierung	
1. Die Opportunität des Handelns	56
2. Der Aufstieg	63

## **2. Katholik und Staatsdiener**

1. Die Revolution und die Katholiken	
1. Die Frankfurter Paulskirche	69
2. Vereinsbewegungen und Nationalkirche	73
2. Windthorst im Zeichen der neuen Zeit	
1. Einstieg in die Politik	77
2. Nationale Frage und Reformpolitik	80
3. Schul- und Kirchenpolitik	85
4. Berufung zum Justizminister	91
3. Im Blickwinkel Bismarcks	
1. Der politische Druck auf Hannover	94
2. Der Katholizismus als Politikum	105

4. Konfliktpotentiale	
1. Österreich und Preußen	113
2. Großdeutsch und Kleindeutsch	118
3. Der anwachsende Ultramontanismus	123
5. Versuche zum Erhalt Hannovers	
1. Windthorst als Justizminister	127
2. Das Ende des Königreichs	136

### **3. Musspreuße und Realpolitiker**

1. Die Katholiken und der Umbruch	
1. Die politische Ausgangslage	143
2. Antipreußische Tendenzen	146
3. Die Pragmatiker	150
2. Windthorsts parlamentarische Opposition	
1. Die Verfassungsfrage	155
2. Im Abgeordnetenhaus	159
3. Das Zollparlament	163
3. Verschwörungstheorien	
1. Die Welfenlegion	168
2. Unfehlbarkeitsdogma und Katholiken	172
4. Gründungsphase des Deutschen Reiches	
1. Außenpolitik und römische Frage	179
2. Kaiserkrönung und Verfassung	185

### **4. Antagonist des bismarckschen Reiches**

1. Eine unvollendete Volkspartei	
1. Die Gründungsphase	193
2. Windthorsts Positionierung	196
3. Die klerikale Partei	199
4. Gründungsmotivationen	206

2. Der Kulturkampf	
1. Erste Maßnahmen	210
2. Politische Isolierung	218
3. Gesetzgebung und ziviler Ungehorsam	223
4. Windthorsts politische Strategie	231
3. Gründe für den Beginn des Kulturkampfes	
1. Real- und machtpolitische Motive	235
2. Persönliche Aspekte	241
Zusammenfassung	245
Archivalien	253
Quellen und Literatur	255
Erklärung und Lebenslauf	277





*"Denn aus der unendlichen Fülle des überlieferten Stoffes muß die Gegenwart eine Auswahl treffen, wenn sie nicht immer wieder in der Masse versinken will: wir suchen nur jene Erscheinungen der Vergangenheit, die in irgendeiner Weise vom Leben und von der Gegenwart postuliert sind. Und andererseits: alle jene historischen Phänomene, die zu unseren eigenen Werteideen irgendeine Beziehung besitzen, haben einen geistigen Gehalt, um dessentwillen das Leben und die Gegenwart sie zu suchen verpflichtet sind."<sup>1</sup>*

---

<sup>1</sup> Franz Schnabel, Vom Sinn des geschichtlichen Studiums in der Gegenwart. Rede gehalten am 18. Januar 1923 in der Aula der Technischen Hochschule Karlsruhe vor der Studentenschaft; in: Franz Schnabel, Abhandlungen und Vorträge 1914-1945. Mit einer Bibliographie der Veröffentlichungen von Karl Egon Lönne, Freiburg/Basel/Wien 1970, S. 49.



## Einleitung

Ludwig Windthorst (1812-1891), der zweimal hannoverscher Justizminister und fast vier Jahrzehnte in den hannoverschen, preußischen, norddeutschen und reichsdeutschen Parlamenten vertreten war, zählt zu den bedeutenden Parlamentariern Deutschlands im 19. Jahrhundert. Während er vor 1871 nur im Mittelstaat Hannover in Erscheinung trat, erlangte er nationale Bedeutung während des sogenannten Kulturkampfes, als er das Zentrum gegen Bismarck und die Liberalen führte, die die katholische Kirche der Aufsicht des Staates unterordnen wollten.

Windthorst verstand es in gefühlsmäßig aufgeladenen Auseinandersetzungen Sachlichkeit zu bewahren. Die Reaktionen seiner Gegner wie auch seiner Bewunderer waren oft von Emotionalität geprägt. Von seinen extremen Gegnern wurde er als Staatsfeind betrachtet. Im katholischen, zentrumsfreundlichen Deutschland wurde er über seinen Tod hinaus lange verehrt.<sup>1</sup> Die nach ihm benannten Windthorstbunde, die das Erbe seiner Politik weitertragen sollten, wurden erst unter Hitler aufgelöst.

Höchste Aufmerksamkeit wurde Windthorst von Bismarck zuteil. Während des Kulturkampfes erhielt Windthorst für ihn einen fast familiären Stellenwert.<sup>2</sup> Auf der einen Seite war Bismarck der Überzeugung, dass Zentrum und Windthorst plane die *"Zerstörung des [...] Deutschen Reiches mit evangelischem Kaiserthum"*<sup>3</sup> und arbeite aus diesem Grund mit anderen reichsfeindlichen Elementen zusammen. Auf der anderen Seite hielt Bismarck Windthorst für

---

<sup>1</sup> Windthorst hatte eine so große Bedeutung für das Zentrum, dass man seine Unterschrift noch Monate nach seinem Tode in das Gratulationsschreiben der Zentrumsfraktion aus Anlass des 50-jährigen Priesterjubiläums des Kölner Erzbischofs Melchers hineinklebte. Vgl. Gratulationsschreiben der Zentrumsfraktion aus Anlass von Melchers 50-jährigen Priesterjubiläums, Berlin, Juni 1891; in: Nachlass Paul Melchers, 1190d, Zug. 919/97 (Vorläufige Signatur). Historisches Archiv des Erzbistums Köln.

<sup>2</sup> *"Haß ist aber ein ebenso großer Sporn zum Leben, wie Liebe. Mein Leben erhalten und verschönern zwei Dinge: meine Frau und - Windthorst. Die eine ist für die Liebe da, der andere für den Haß."* Bismarck in einem Gespräch mit dem Abgeordneten von Tiedemann und Prof. Heinrich von Sybel in Berlin, 25. Januar 1875; in: Fürst Otto von Bismarck, Die gesammelten Werke, hrsg. und bearb. von Willy Andreas, Werner Frauendienst, Hermann von Petersdorff u.a., 15 Bde., Berlin 1923-1935. (im folgenden angegeben als: GW), Bd. 8, S. 138.

<sup>3</sup> Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Neue Ausgabe, 3 Bde., Stuttgart/Berlin 1921, Bd. 2, S. 353.

*"religiös ungläubig"*, für einen der fähigsten Männer der Zentrumsfraktion und für einen Politiker, der nur durch *"Zufall und bürokratisches Ungeschick"*<sup>4</sup> sein Gegner war.

Windthorst war aber weder ungläubig noch durch Zufall ein Gegner der bismarckschen Politik. Der Antagonismus war über die Jahrzehnte gewachsen und erfuhr im Kulturkampf seinen Höhepunkt und erklärt sich auch aus der persönlichen Biographie der Kontrahenten. Windthorsts Werdegang spielte sich vor dem Hintergrund einer sich rasch verändernden Welt im politischen Koordinatensystem zwischen Welfentum und Katholizismus vor dem Aufstieg Preußens zur deutschen Vormacht ab. Wie der Katholizismus insgesamt, der sich nach den großen Umbrüchen des 18. und 19. Jahrhunderts erneuern musste, nahm Windthorst die Suche nach einer neuen Identität auf. Als Bürger und Politiker eines Mittelstaates war seine Heimat durch Preußen gefährdet. Tatsächlich erschien Windthorst als zentrale Figur des politischen Katholizismus ab 1871 und Anhänger des 1866 annektierten Welfenstaates im Hinblick auf ein Zeitalter geistiger und geopolitischer Veränderungen als rückschrittlich. Bei näherer Betrachtung fällt aber auf, dass er durch seine rechtsstaatliche, föderale und parlamentarisch orientierte Politik aus heutiger Sicht durchaus als Vorläufer eines modernen deutschen Politikers betrachtet werden kann. Der deutsche Machtstaat, geboren im modernen liberalen Gedanken einer Minderheit und geschaffen durch einen charismatischen und machtorientierten Bismarck, ist auf die Art gescheitert, die Windthorst bereits während des deutsch-französischen Krieges im Oktober 1870 vorausahnte.<sup>5</sup>

Inwieweit Windthorst sich von den Mehrheitswegen abgrenzte und Neues aus der Vielzahl der Möglichkeiten zusammensetzte, war seine individuelle Leistung und macht seine Bedeutung als histori-

---

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> *"Die deutsche Verfassung wird niedergeschrieben im Palaste Ludwig XIV, sie wird niedergeschrieben unter dem Donner der Kanonen. Es wäre verwunderlich, wenn ihr Charakter nicht dadurch bestimmt würde. Der Geburtsort und die Pathen haben immer einen Einfluß auf den werdenden Menschen. [...] Der nächste Krieg, welchen wir, sofern wir noch 10 Jahre leben, noch mitmachen können, wird der Weltbrand sein und es wird der jetzige Krieg dahinter wie ein Kinderspiel zurücktreten."* Windthorst an Wilhelm Freiherr von Hammerstein, Hannover, 22. Oktober 1870; in: Ludwig Windthorst, Briefe, 2 Bde., bearbeitet von Hans-Georg Aschoff und Heinz-Jörg Heinrich (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bde. 45/47), Paderborn/München/Wien/Zürich 1995/2002., Bd. 1, 1834-1880, S. 295.

sche Persönlichkeit aus. In der vorliegenden Arbeit werden daher Betrachtungsweisen und Fragestellungen im Vordergrund stehen, die die Untersuchung Windthorsts als politisches Individuum in seinem Verhältnis zu den für ihn relevanten geistigen und politischen Strömungen zum Gegenstand haben. Als Widersacher erscheint Bismarck als jene Macht, oder je nach Interpretation auch nur als der Repräsentant jener Macht, die Deutschlands Bild bis zum Zusammenbruch des Reiches nach dem Ersten Weltkrieg und darüber hinaus nachhaltig bestimmte. Hinsichtlich der Auseinandersetzung zwischen Bismarck und Windthorst ist zu klären, an welchen Stellen die scheinbar sachliche Gegnerschaft von subjektiven Aspekten bestimmt war.

Die vorliegende Untersuchung folgt dem Prinzip der Chronologie und ist in Abschnitte unterteilt, die sich aus den zeithistorischen und persönlichen Zäsuren der windthorstschen und der deutschen Geschichte ergeben. Da die Untersuchung aufgrund ihrer Konzeption und der Vielzahl von Handlungsebenen in kleinen Schritten vorgehen wird, ist das chronologische Prinzip an Stellen durchbrochen, an denen parallel laufende Tätigkeiten eine inhaltliche Differenzierung notwendig machen.

Aufgrund seiner allgemein anerkannten Bedeutung gelangte Windthorsts politisches Leben und Wirken bereits ausführlich in den Fokus wissenschaftlicher Arbeiten. Neben älteren Biographien von Eduard Hüsgen und Johann Menzenbach sind aktuellere Veröffentlichungen von Margaret Anderson und Hans Georg Aschoff als Standardwerke zu bezeichnen.<sup>6</sup> Obwohl der Schwerpunkt der Forschung eindeutig auf der Zeit des Kulturkampfes und auf biographischen Gesichtspunkten ruht, wurden auch Teilaspekte bereits in kürzeren Arbeiten, Aufsätzen und in einer zweibändigen

---

<sup>6</sup> Margaret Lavinia Anderson, Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 14. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, herausgegeben von Klaus Gotto u.a.), Düsseldorf 1988. Hans-Georg Aschoff, Ludwig Windthorst. Ein christlicher Politiker in einer Zeit des Umbruchs, Hannover 1991. Hans-Georg Aschoff, Rechtsstaatlichkeit und Emanzipation. Das politische Wirken Ludwig Windthorsts (Emsland/Bentheim, Beiträge zur neueren Geschichte, Bd. 5), Sögel 1988. Eduard Hüsgen, Ludwig Windthorst, Köln 1907. Johann Menzenbach, Ludwig Windthorst in seinem Leben und Wirken insbesondere in seiner politischen Tätigkeit, Trier 1892. Eine eher populärwissenschaftliche Arbeit bietet Wilhelm Spael, Ludwig Windthorst. Bismarcks kleiner großer Gegner, Ein Lebensbild, Osnabrück 1962.

französischen Dissertation von Paul Colonge über den Parlamentarier Windthorst bearbeitet.<sup>7</sup> Für die vorliegende Arbeit waren die Forschungsergebnisse von Hans-Georg Aschoff über Stellung und Entwicklung der katholischen Kirche in Hannover und von Rudolf Schridde über Bismarcks Beziehung zu Hannover von besonderem Interesse. Einblicke in die Gedankenwelt Georgs V. und seiner Stellung zu Windthorst bietet ein veröffentlichter Briefwechsel des Königs mit seiner Frau.<sup>8</sup> Die veröffentlichten Quellen Bismarcks sind systematisch nach Aussagen über Windthorst als hannoverscher Politiker und über den Katholizismus vor dem Kulturkampf durchsucht worden.<sup>9</sup> Die Untersuchungsergebnisse Lothar Galls, Thomas Nipperdeys und Ernst Engelbergs über Bismarck, Deutschland und das Reich wurden gemäß der Zielvorstellung genutzt und zu Grunde gelegt.<sup>10</sup> Neben Quellensammlungen,<sup>11</sup> neueren und älteren

---

<sup>7</sup> Paul Colonge, Ludwig Windthorst (1812-1891). Sa pensée et action politiques jusqu'en 1875, 2 Bde., Lille 1983. Wolfgang Sellert, Ludwig Windthorst als Jurist. "Der Weg des Rechts ist der einzige Weg, der zum Ziel führt", Göttingen 1991. Ludwig Windthorst, 1812-1891, Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, hrsg. vom Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 1991.

<sup>8</sup> Hans Georg Aschoff, Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866-1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 83), Düsseldorf 1987. Ders., Das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche im Königreich Hannover (1813-1866) (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens, Bd. 86), Hildesheim 1976. Rudolf Schridde, Bismarck und Hannover. Die Gesandtenzeit 1851-1862 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen, XXV, Niedersachsen und Preußen, Heft 4), Hildesheim 1963. Hannovers Schicksalsjahr 1866 im Briefwechsel König Georgs V. mit der Königin Marie. Bearbeitet von Geoffrey Malden Willis (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Niedersachsen, XXV, Niedersachsen und Preußen, Heft 7), Hildesheim 1966.

<sup>9</sup> Fürst Otto von Bismarck, GW, a.a.O. Ders., Gedanken und Erinnerungen, a.a.O. Ders., Gespräche, 3 Bde., herausgegeben von Willy Andreas unter Mitwirkung von K.F. Reinking, Bremen 1963-1965.

<sup>10</sup> Ernst Engelberg, Bismarck: Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990. Lothar Gall, Bismarck. Der weisse Revolutionär, Taschenbuchausgabe, Berlin 1997. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800-1866, Bürgerwelt und starker Staat, Broschierte Sonderausgabe, München 1998. Ders.: Deutsche Geschichte 1866-1918, 2. Bde., Broschierte Sonderausgabe, München 1998. Informative und interessante Gesamtdarstellung bieten Volker Ullrich, Die nervöse Großmacht 1871-1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreiches, Frankfurt a. M. 1999 und Manfred Görtemaker, Deutschland im 19. Jahrhundert, Entwicklungslinien (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 274), 5. Auflage, Bonn 1996.

Gesamtdarstellungen über die Entwicklung des politischen Katholizismus dienten als Sekundärliteratur Arbeiten über den Nationen- und Staatsbegriff, Fortschritt und Frömmigkeit, das katholische Vereinswesen und die Zentrumspolitik.<sup>12</sup> Über die Geschichte

- 
- <sup>11</sup> Adelheid Constabel (Hrsg.), Die Vorgeschichte des Kulturkampfes. Quellenveröffentlichung aus dem Deutschen Zentralarchiv. Schriftenreihe der Staatlichen Archivverwaltung 6, Berlin (Ost) 1956. Ludwig Bergsträsser (Hrsg.), Der politische Katholizismus. Dokumente seiner Entwicklung (Der deutsche Staatsgedanke, Zweite Reihe: Die Parteien und der Staat, III), 2 Bde., München 1921/23. Der Kulturkampf, hrsg. und erl. von Rudolf Lill unter Mitarb. von Wolfgang Altgeld und Alexia K. Haus (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A, Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Bd. 10), Paderborn/München/Wien/Zürich 1997. Ernst Heinen (Hrsg.), Staatliche Macht und Katholizismus in Deutschland. Dokumente des politischen Katholizismus von seinen Anfängen bis 1914, 2 Bde., Paderborn 1969/1979. Ernst Rudolf Huber/Wolfgang Huber (Hrsg.), Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts, 3 Bde., Berlin 1973-83. Ernst Rudolf Huber (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, 3 Bde., 3. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978-1986. Ders. (Hrsg.), Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bde. I-IV, div. Auflagen, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1957-1988. Wilhelm Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme, 3. Auflage, München 1960.
- <sup>12</sup> Wolfgang Altgeld, Katholizismus, Protestantismus, Judentum. Über religiös begründete Gegensätze und nationalreligiöse Ideen in der Geschichte des deutschen Nationalismus (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Forschungen, Bd. 59), Mainz, 1992. Karl Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei 1815-1914, 9 Bde., Köln 1927-32. David Blackburn, Volksfrömmigkeit und Fortschrittsglaube im Kulturkampf (Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge, Nr. 81), Wiesbaden/Stuttgart 1988. Karl Buchheim, Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der Katholiken im 19. Jahrhundert, München 1963. Jürgen Herres, Städtische Gesellschaft und katholische Vereine im Rheinland 1840-1945, Essen 1996. Markus Hänsel-Hohenhausen, Clemens August Freiherr Droste zu Vischering, Erzbischof von Köln, 1779-1845. Die moderne Kirchenfreiheit in Konflikt mit dem Nationalstaat, 2. Bde., Egelsbach bei Frankfurt a.M. 1991. Andreas Holzem, Kirchenreform und Sektenstiftung. Deutschkatholiken, Reformkatholiken und Ultramontane am Oberrhein 1844-1866 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 65), Paderborn/München/Wien/Zürich 1994. Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, hrsg. von Albrecht Langner (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B: Abhandlungen) Paderborn/München/Wien/Zürich 1985. Heinz Hürten, Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800-1960, Mainz 1986. Ansgar Krimmer, Der katholische Gesellenverein in der Diözese Rottenburg von 1852-1945. Ein Beitrag der Geschichte des Katholizismus in Württemberg, Paderborn 1994. Anton Raucher (Hrsg.), Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803-1965, 2 Bde., München/Wien 1981/1982. Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, hrsg. von Wolfgang Schieder (Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 54) 1993. Rudolf Schlögl, Glaube und Religion in der Säkularisierung. Die katholische Stadt - Köln, Aachen, Münster - 1700-1840 (Ancien Régime Aufklärung und Revolution, Bd. 28), München 1995. Georg Schwaiger (Hrsg.), Kirche und Theologie im 19. Jahrhundert, Referate und Berichte des Arbeitskreises katholische Theologie (Studien zur Theologie und

Hannovers sind zeitgenössische Publikationen von Heinrich Oppermann und Wilhelm von Hassel herangezogen worden.<sup>13</sup>

Ein Problem für ältere Forschungen über Windthorst war bis Mitte der 50er Jahre der Mangel an handschriftlichen Quellen. Zwar war es möglich, parlamentarische Reden nachzulesen und es wurden einige Briefe veröffentlicht,<sup>14</sup> aber erst die Publikation von mehr als hundert Briefen durch Hermann Schröter brachte neue entscheidende Aspekte.<sup>15</sup> In den Jahren 1995 und 2002 erschien die aufwendig recherchierte zweibändige Quellensammlung von Hans Georg Aschoff.<sup>16</sup> Diese Sammlung persönlicher und beruflicher Korrespondenz gibt einen aufschlussreichen Einblick in die Lebenswelt und das politische Denken Windthorsts. Für die vorliegende Arbeit war der erste Band, in dem die Briefe zwischen 1834 und 1880 publiziert wurden, von besonderem Interesse. Ein großer Teil dieser Briefe wurde noch nicht für eine wissenschaftliche Arbeit genutzt.

Die Hinzuziehung von nicht veröffentlichtem Material wurde auf ein verhältnismäßig geringes Maß beschränkt, da besonders durch Aschoff die Quellenbasis sehr gut erschlossen ist. Zwar liegen im Königlichen Hausarchiv in Hannover noch einige unveröffentlichte Briefe Windthorsts, diese sind aber hinsichtlich der politischen Bedeutung wenig ergiebig. Bezüglich seiner Arbeit als hannoverscher Justizminister und der Beziehung zwischen Hannover und

---

Geistesgeschichte des Neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 11), Göttingen 1975. Christoph Weber, "Eine starke, enggeschlossene Phalanx", Der politische Katholizismus und die erste deutsche Reichstagswahl 1871 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 35), Essen 1992.

<sup>13</sup> Wilhelm von Hassel, Geschichte des Königreichs Hannover. Unter Benutzung bisher unbekannter Aktenstücke, 2 Bde., Bremen/Leipzig 1898-1901. Heinrich Albert Oppermann, Zur Geschichte des Königreichs Hannover von 1832-1860, 2 Bde., Leipzig 1860/1862.

<sup>14</sup> Ludwig Windthorst, Ausgewählte Reden des Staatsministers a.D. und Parlamentariers Dr. Ludwig Windthorst, gehalten in der Zeit von 1851-1891, 3 Bde., Osnabrück 1902/03. Pfülf, Otto: Aus Windthorsts Korrespondenz; in: Stimmen aus Maria Lach, Bd. 82, Freiburg 1912, S. 11-30, 136-149, 252-273, 357-372, 490-510. Ders., Ein Rettungsversuch für das zweite Ministerium Windthorst; in: Stimmen aus Maria Lach, Bd. 83, Freiburg 1912, S. 241-256. Ders., Nachlese zur Windthorst Korrespondenz; in: Stimmen aus Maria Lach, Bd. 83, Freiburg 1912, S. 14-34. Ders., Noch mehr Windthorst Korrespondenz; in: Stimmen aus Maria Lach, Bd. 83, Freiburg 1912, S. 361-390, 493-507.

<sup>15</sup> Ludwig Windthorst, Briefe an seinen Schwager Ferdinand Engelen 1834-1868, hrsg. von Hermann Schröter (Schriften des Niedersächsischen Heimatbundes, Neue Folge, Bd. 29), Hannover 1954.

<sup>16</sup> Ludwig Windthorst, Briefe, 2 Bde., a.a.O.



Preußen sind die Akten des preußischen Justiz- und Außenministeriums aufschlussreich. Im Bistumsarchiv Aachen befinden sich einige Briefe der Welfenfamilie an Windthorst, die seine Beziehung zum ehemaligen Herrscherhaus dokumentieren.

Da die Aussichten, zu neuen oder gar spektakulären Funden zu gelangen, aber gering blieben, wurden für die vorliegende Arbeit auch Nachlässe von Zeitgenossen herangezogen, die sich um Windthorsts Welt gruppieren. Der Nachlass von Gottfried Ludolf Camphausen, Kölner Politiker, Chef des preußischen Märzministeriums und Bruder des von 1869 bis 1879 amtierenden preußischen Finanzministers Otto von Camphausen, zeigt eine Entwicklung vom interessierten Beobachter des politischen Katholizismus bis zum Gegner auf. Von Interesse war der Nachlass des altkatholischen Bischofs Joseph Reinkens, der Windthorst mangelnden Glauben und Glaubwürdigkeit vorwarf. In den Unterlagen Ludwig Friedrich Seyffardts, eines gläubigen Lutheraners und liberalen Politikers der Stadt Krefeld, finden sich ungedruckte und gedruckte Dokumente zu religiösen Fragen der Deutschkatholiken und der Altkatholiken, die von Windthorst im Kulturkampf bekämpft wurden. Die Aufzeichnungen von Johannes Classen-Kappellmann, Kölner Industrieller und von 1866 bis 1870 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, dokumentieren die Machtlosigkeit vieler Liberaler gegenüber Bismarcks Politik unmittelbar vor dem Krieg mit Österreich. Aus dem Nachlass des Paderborner und späteren Kölner Erzbischofs Paul Melchers und der Chronik der Augustinerinnen in Neuss ergeben sich neue Perspektiven hinsichtlich der bischöflichen Politik in der deutschen Frage während der Zeit des Umbruchs 1866/67.



## **1. Werden und Wandel von Identitäten**

### **1.1. Die Frage der Grenzen**

#### **1.1.1. Wege der katholischen Kirche in die Neuzeit**

Die Säkularisierung als gesellschaftlich und politisch übergreifender Prozess und die Säkularisation als Enteignung der Sachwerte spielte seit dem Westfälischen Frieden zunehmend eine Rolle in der Gedankenwelt der modernen Gesellschaften. Im 18. Jahrhundert dehnten die Staatslenker Europas den Absolutheitsanspruch des Fürsten bzw. des Staates auf die Religion aus. Durch Anwendung von Kontrollrechten wurde die kirchliche Selbständigkeit eingeschränkt. Unter Kaiser Joseph II. gab es während des österreichischen Erbfolgekriegs und im Jahrzehnt vor der Französischen Revolution umfangreiche Projekte der Säkularisation auf deutschsprachigem Gebiet. Gegen den Willen des Papstes verfügte der Kaiser 1782 die Aufhebung mehrerer 100 Klöster.<sup>1</sup> Die Staatslehre der Aufklärung ging nicht mehr von einem Gottesgnadentum aus. Man kam zu der Überzeugung, ausgehend von einem rationalen und naturrechtlichen Denken, dass die menschliche Vernunft und Gesetze Politik und Staat bestimmen sollten. Aufgeklärte Herrscher bemühten sich um allgemeine Reformen. Das allgemeine Landrecht in Preußen und Kaiser Josephs II. bürgerliches Gesetzbuch, das Toleranzedikt gegen die Nichtkatholiken, die Abschaffung der Folter, die Pressefreiheit, der Bauernschutz, die Freiheit des Handels und Gewerbes entsprachen dem neuen Geist. Der aufsteigende bürgerliche Liberalismus, mit ihm der wirtschaftliche Materialismus, wie er durch die Philosophie eines Adam Smith vertreten wurde, hatten auf diese Entwicklung maßgeblich Einfluss. Die Verbindung zwischen weltlicher und geistlicher Macht wurde als politisch und gesellschaftlich unvernünftig und überholt angesehen. Großes Interesse erregten die Schriften des protestantischen Staatsrechtlers und Publizisten Friedrich Karl von Moser, der die Umwandlung der kirchlichen

---

<sup>1</sup> Vgl. Georg Schwaiger, Das Ende der Reichskirche und die Säkularisation in Deutschland; in: Georg Schwaiger (Hrsg.), Kirche und Theologie im 19. Jahrhundert, Referate und Berichte des Arbeitskreises katholische Theologie (Studien zur Theologie und Geistesgeschichte des Neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 11), Göttingen 1975, S. 14f. Zum Josephinismus vgl. auch Friedrich Heyer, Die Katholische Kirche vom Westfälischen Frieden bis zum Ersten Vatikanischen Konzil, Göttingen 1963, S. 15-22.

Staaten in weltliche Wahlstaaten unter Trennung der weltlichen von der geistlichen Funktion der Regenten forderte.<sup>2</sup>

Auf wirtschaftlicher Ebene argumentierte man, dass das Bestehen von Klöstern überflüssig sei. Die Anhäufung von Vermögen in der *"toten Hand"* wurde *"für die Volkswirtschaft als schädlich erachtet."*<sup>3</sup> Begünstigt wurden solche Anschauungen und Entwicklungen durch die in einem Teil der katholischen Geistlichkeit herrschenden wirtschaftlichen, religiösen und moralischen Missstände. Der Kölner Erzbischof Max Franz kritisierte 1784, dass viele alte Mönche - *"der Trägheit gewohnt"*<sup>4</sup> – sich eher dem Chorsingen als der christlichen Nächstenliebe widmen würden. Manche Geistlichen klagten über Unpünktlichkeit, Trunkenheit, frevelhaftes Benehmen während religiöser Veranstaltungen.<sup>5</sup> Der katholische Theologe und Kirchenhistoriker Ignaz von Döllinger war überzeugt, dass man in Zeiten lebe, in denen die Kenntnis der kirchlichen Lehren schlecht sei. *"Schwäche und Haltungslosigkeit"* aber auch *"offener oder verhüllter Unglaube"*<sup>6</sup> herrsche unter den Katholiken.

Innerhalb der katholischen Kirche gab es kein einheitliches Konzept, wie die allgemeine Krise zu meistern sei. Einige deutsche Bischöfe empfanden sich nicht nur durch den Staat, sondern auch durch die römische Kurie eingeschränkt und versuchten die eigene Rechtsposition zu stärken. Die dahingehenden Ansätze bezogen sich auf Fragen des Kirchenrechts. Eine Forderung war der Schutz der Kirchenfreiheit durch geistliche und weltliche Instanzen gegen Übergriffe der römischen Kurie. Unter dem Pseudonym Justenius

---

<sup>2</sup> Vgl. Schwaiger, a.a.O., S. 11

<sup>3</sup> Hans-Georg Aschoff, Das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche im Königreich Hannover (1813-1866) (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens, Bd. 86), Hildesheim 1976 (im folgenden angegeben als: Aschoff, Staat und Kirche), S. 1.

<sup>4</sup> Der Kölner Erzbischof Max Franz, 1784. Zitiert nach Joachim Oepen, Verrottete Klöster und verdorbener Klerus? Harte Urteile der Zeitgenossen. 200 Jahre Säkularisation im Rheinland (II); in: Kirchenzeitung Köln, 10, 2002, S. 40.

<sup>5</sup> Vgl. David Blackburn, Volksfrömmigkeit und Fortschrittsglaube im Kulturkampf (Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge, Nr. 81), Wiesbaden/Stuttgart 1988, S. 9f.

<sup>6</sup> Ignaz von Döllinger, Über gemischte Ehen. Eine Stimme zum Frieden, Regensburg 1838. Zitiert nach Markus Hänsel-Hohenhausen, Clemens August Freiherr Droste zu Vischering, Erzbischof von Köln, 1779-1845. Die moderne Kirchenfreiheit in Konflikt mit dem Nationalstaat, 2 Bde., Egelsbach bei Frankfurt a.M. 1991, Bd. 2, S. 858.

Febronius veröffentlichte der Weihbischof des Kurfürsten von Trier, Johann Nikolaus Hontheim, ein Buch, in dem er den Anspruch der Bischöfe, in ihren Sprengeln völlige und von Rom freie Jurisdiktion ausüben zu können, vertrat. Der Papst solle als Oberhaupt der katholischen Kirche anerkannt werden, aber nur noch als Primus inter pares.<sup>7</sup> 1786 beschloss der sogenannte Emser Kongress, auf dem sich Vertreter der Bischöfe von Köln, Trier, Mainz und Salzburg trafen, die Säkularisation als Recht der Bischöfe als Landesherren.<sup>8</sup> Auf der theologisch-theoretischen Ebene reagierte man auf die Entwicklung, in der Wissenschaft und Bildung z.T. zunehmend den Charakter einer säkularen Religion erhielten. Gebildete bürgerliche Katholiken und geistliche Reformen versuchten, die Theologie mit der Wissenschaft und Moderne in Einklang zu bringen.<sup>9</sup> Im gläubigen katholischen Volk und innerhalb Teilen der Geistlichkeit herrschte entgegen dieser aufgeklärten Strömungen eine eher barocke Volksfrömmigkeit.<sup>10</sup> Keiner dieser Ansätze war zu diesem Zeitpunkt aber in der Lage, die Kirche einheitlich zu reformieren. Aufgeklärte Fürsten, wie Friedrich II. von Preußen rechneten in Anbetracht dieser Entwicklung mit dem baldigen Ende der kirchlichen Organisation. Sie sei nun *"offenbar an ihrem Wendepunkt angelangt"* und schreite *"ihrem Verfall"* entgegen. Nach ihrer Auflösung würden *"die religiösen Leidenschaften erlöschen"* und die *"Waffe des Fanatismus"*<sup>11</sup> würde verrotten.

Der evolutionäre Prozess des 18. Jahrhunderts wurde abgelöst, als die Gesellschaftsordnung und die Weltanschauungen Europas unter der französischen Revolution und der Herrschaft Napoleons zerbrachen. Einen Großteil ihres Besitzstandes und ihrer Stellung verlor die katholische Kirche als das Deutsche Reich das linke

---

<sup>7</sup> Vgl. Heinz Hürten, Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800-1960, Mainz 1986, S. 17. Vgl. auch Ernst Heinen, Staatliche Macht und Katholizismus in Deutschland. Dokumente des politischen Katholizismus von seinen Anfängen bis 1914, 2 Bde., Bd. 1, Dokumente des politischen Katholizismus von seinen Anfängen bis 1867, Paderborn 1969, S. 15f.

<sup>8</sup> Vgl. Schwaiger, S. 14f.

<sup>9</sup> Vgl. Heinen, a.a.O., Bd. 1, S. 53.

<sup>10</sup> Vgl. Rudolf Schlögl, Glaube und Religion in der Säkularisierung. Die katholische Stadt - Köln, Aachen, Münster - 1700-1840 (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution, Bd. 28), München 1995, S. 333.

<sup>11</sup> Friedrich II. von Preußen in seinem Testament von 1768. Zitiert nach Hürten, a.a.O., S. 18.

Rheinufer an Frankreich abtreten musste. Bereits im Jahr 1795 hatte Preußen mit Frankreich einen Separatfrieden abgeschlossen. In der Friedensurkunde überließ Preußen seine linksrheinischen Gebiete Frankreich. Eine Geheimabmachung stellte Preußen eine Entschädigung aus säkularisiertem Kirchengut auf dem rechtsrheinischen Gebiet in Aussicht. Im folgenden Jahr kam es zu weiteren Übereinkünften mit Baden und Württemberg. Nach dem Frieden von Campo Formio willigte der Kaiser in ein ähnliches Abkommen ein und schloss nach dem Sieg der Franzosen 1801 den Frieden von Lunéville. Das linke Rheinufer wurde an Frankreich abgetreten, dafür sollten die geschädigten Fürsten Entschädigungen aus dem Reichgebiet erhalten.

Der sogenannte Reichsdeputationshauptausschluss führte große territoriale Umwälzungen auf weltlichen und geistlichen Gebieten herbei. Der rein territoriale Verlust der Kirche betrug rund 10 000 Quadratkilometer, über 3 000 000 Untertanen kamen unter die Herrschaft weltlicher Staaten.<sup>12</sup> Sowohl innerhalb des Bürgertums als auch der Geistlichkeit verstärkten sich jene Tendenzen, die eine striktere Trennung zwischen kirchlicher und staatlicher Macht einforderten oder die Kirche den Bedürfnissen des Staates unterordnen wollten. In Deutschland vertrat der münsterische Domdechant Ferdinand August von Spiegel 1805 die Ansicht, dass die Kirche eine nützliche Institution des Staates sei und dass geistliche Anstalten nunmehr Mittel zum Staatszweck seien.<sup>13</sup>

Unter dem Einfluss der Niederlage von 1806, dem Ende des Deutschen Reiches und der napoleonischen Besetzung bildete sich auch ein neuer deutscher Patriotismus heraus. Dieser Patriotismus war nicht nur antifranzösisch bestimmt und richtete sich gegen Napoleons Imperialismus und gegen die Einbeziehung großer Teile Deutschlands in sein Herrschaftssystem, sondern ihm wohnte als Besonderheit auch eine religiöse Komponente inne. Extrem waren in dieser Hinsicht die Äußerungen des evangelischen Theologen und Philosophen Friedrich Schleiermacher, der davon ausging, Napoleon wolle, nachdem er ganz Norddeutschland unterworfen hätte, die

---

<sup>12</sup> Vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 1, Reform und Restauration 1789 bis 1830, Durchgesehener Nachdruck, Stuttgart 1961, S. 46ff.

<sup>13</sup> Vgl. Hürten, S. 13.

Protestanten verfolgen. Dies sah Schleiermacher als Anlass für einen groß angelegten deutschen Befreiungskrieg:

*"Und dann, hoffe ich, würde ein Religionskrieg nach alter deutscher Art ausgebrochen sein. Alles würde hierdurch aufgeregt sein; denn der ganze norddeutsche Sinn und unser wissenschaftliches Streben hängt am Protestantismus."*<sup>14</sup>

Auch Philosophen wie Johann Gottlieb Fichte, der zunächst ein Anhänger der französischen Revolution gewesen war, bereiteten eine solche Form des Nationalgedankens vor. Es wurde ein germanischer Gegensatz zur romanischen Welt aufgebaut, und es erfolgte eine Annäherung der Begrifflichkeiten Deutschtum und Protestantismus. Der nationale Gedanke fand allerdings auch in den katholischen Regionen Deutschlands seinen Ausdruck. So hatten an der Bildung und Verbreitung eines neuen katholischen Selbstbewusstseins, in dem nationale Töne deutlich hörbar waren, die Romantiker Friedrich Schlegel und Adam Müller - beide waren zum Katholizismus konvertiert -, entscheidenden Anteil an der publizistischen Vorarbeit der Erhebung Österreichs gegen die napoleonische Herrschaft 1809.<sup>15</sup>

Nach der Niederlage des napoleonischen Frankreichs, versuchten die Staatsmänner Europas an die vorrevolutionäre Ordnung anzuknüpfen. Restauration war das Schlagwort der Politik, die auf dem monarchischen Prinzip aufbaute, und der österreichische Staatskanzler Metternich war ihr maßgeblicher Vertreter auf dem Wiener Kongress, der von 1814 bis 1815 in der österreichischen Hauptstadt tagte. Die nationale Bewegung in Deutschland wurde im Zeichen dieser Politik zurückgedrängt. Statt eines Deutschen Reiches wurde der Deutsche Bund errichtet, der zur Erhaltung der

---

<sup>14</sup> Friedrich Schleiermacher an Georg Reimer, 12. Dezember 1806. Zitiert nach Wolfgang Altgeld, *Katholizismus, Protestantismus, Judentum. Über religiös begründete Gegensätze und nationalreligiöse Ideen in der Geschichte des deutschen Nationalismus* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Forschungen, Bd. 59), Mainz, 1992 (im folgenden angegeben als: Altgeld, *Gegensätze*), S. 125f.

<sup>15</sup> Vgl. Karl-Egon Lönne, *Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 1986, S. 60f. Vgl. Rudolf Lill, *Katholizismus und Nation bis zur Reichsgründung*; in: *Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800*, hrsg. von Albrecht Langner (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B: Abhandlungen) Paderborn/München/Wien/Zürich 1985, S. 52ff. Vgl. auch Altgeld, *Gegensätze*, a.a.O., S. 144.

äußeren und inneren Sicherung dienen sollte und nur eine relativ schwache und eingeschränkt handlungsfähige Föderation mit geringen Kompetenzen war. Die Gleichberechtigung und Souveränität der Einzelstaaten sollte gewahrt werden.

In der Frage der kirchlichen Neuordnung wurden verschiedene Entwürfe vorgestellt. Der Mainzer Erzbischof und Erzkanzler des Deutschen Reiches Karl Theodor von Dalberg und sein Vertreter auf dem Kongress Heinrich Ignaz von Wessenberg, der Generalvikar von Konstanz, wollten die Tradition der Reichskirche durch eine einheitliche Neuordnung der gesamten deutschen Kirche weiterführen. Wessenberg sah in einem Reichskonkordat die Möglichkeit, für die deutsche Kirche eine eigenständige Stellung gegenüber dem Heiligen Stuhl zu erringen. Die Einsetzung eines Primas der deutschen Kirche schien hierfür ein angebrachter Weg zu sein. Mit seinem Konzept einer deutschen Nationalkirche stand Wessenberg in Gegensatz zu den Ambitionen Roms. Der Abschluss eines Reichskonkordats, das aufgrund des Selbstständigkeitsstrebens der einzelnen deutschen Staaten und der nur lockeren Form des Deutschen Bundes schwer möglich war, wurde nicht erreicht. Der Kongress beschränkte sich darauf, den Mitgliedern der christlichen Religionsgemeinschaften die rechtliche und politische Gleichheit zuzusichern. Die Aufgabe einer kirchlichen Neuregelung sollte der Bundestag übernehmen.<sup>16</sup>

Das Scheitern einer einheitlichen Regelung für den Deutschen Bund bedeutete, dass die katholische Kirche mit den deutschen Einzelstaaten separat über Konkordatsabschlüsse verhandeln musste. Der päpstliche Legat, Kardinalstaatssekretär Ercole Consalvi, der die deutsche Kirche fester an die Gesamtkirche binden wollte, hatte bereits Verbindungen mit den Einzelstaaten aufgenommen. Die Staatslenker hatten nicht die Absicht, ihre staatsrechtlichen Befugnisse einschränken zu lassen und der Kirche einen größeren Freiheitsraum zuzugestehen. Viele Staaten hatten im Zuge der territorialen Neuregelung des Wiener Kongresses Untertanen

---

<sup>16</sup> Vgl. Victor Konzemius, Kirchen und Nationalismen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts; in: Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, hrsg. von Albrecht Langner (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B: Abhandlungen) Paderborn/München/Wien/Zürich 1985, S. 14. Vgl. auch Lönne, a.a.O., S. 51f.



verschiedener Konfessionen. In Württemberg und Baden kamen große katholische Bevölkerungsanteile unter protestantische Herrschaft, in Bayern kamen Protestanten in einen Staat mit katholischer Tradition. Preußen hatte durch die österreichischen Erbfolgekriege, die polnischen Teilungen und schließlich durch den Wiener Kongress viele katholische Gebiete hinzugewonnen, so dass der Anteil der katholischen Bevölkerung nach 1815 ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachte. Eine Konferenz südwestdeutscher Staaten beschloss, dem Heiligen Stuhl eine gemeinsame Deklaration vorzulegen. Nachdem keine Einigung erzielt werden konnte, veröffentlichten die Regierungen der oberrheinischen Kirchenprovinzen eine Verordnung, die die staatskirchlichen Grundsätze zum geltenden Landesrecht machten.

Bayern war der erste deutsche Staat, mit dem es 1818 zu einem Konkordatsabschluss kam. Man kam hierbei den Wünschen der katholischen Kirche entgegen, schränkte sie in einem Religionsedikt aber wieder ein. Die vereinbarte Teil-Restitution des säkularisierten Kirchengutes unterblieb. Auseinandersetzungen zwischen Rom und München gab es besonders über den verlangten Schwur der Geistlichen auf die Verfassung des Landes. In Preußen hatte man den kirchlichen Einfluss im Allgemeinen Landrecht bereits stark reglementiert. 1821 wurde eine Vereinbarung in Form einer Bulle der Kurie in das königliche Gesetzbuch aufgenommen. Ein bedeutendes Entgegenkommen war die Wiederherstellung des Erzbistums Kölns und die vergleichbar hohe finanzielle Zuwendung an die katholische Kirche.<sup>17</sup> Die Domkapitel erhielten das Wahlrecht für die Bischofsstühle. In der Praxis behielt der Monarch das Ausschlussrecht.<sup>18</sup>

### 1.1.2. Der Welfenstaat Hannover

Die in Hannover herrschende Welfenfamilie, die nach ihrer mittelalterlichen Blütezeit zu den eher unbedeutenderen deutschen Herzogsfamilien gehörte, stellte durch die Neuordnung der englischen Thronfolge ab 1714 die Könige für Großbritannien und Irland.

---

<sup>17</sup> Um 1840 belief sie sich auf etwa 720 000 Taler jährlich, während die evangelische Kirche an vergleichbaren Leistungen nur 240 000 Taler erhielt.

<sup>18</sup> Vgl. hierzu Huber, Bd. 1, a.a.O., S. 417-448.

Da die Monarchen in erster Linie in England regierten und nur zu gelegentlichen Besuchen nach Hannover kamen, entwickelte sich in Hannover nicht der persönliche Absolutismus, wie er für andere Staaten des 18. Jahrhunderts als charakteristisch anzusehen ist. Das alte Ständewesen blieb im Wesentlichen bestehen und der Adel dominierte das öffentliche Leben. Trotz der konservativen Struktur, besaß der Welfenstaat durch die Verbindung mit Britannien Kontakt zu neuen politischen und wirtschaftlichen Ideen und nahm dadurch eine Ausnahmestellung unter den deutschen Staaten ein. In ökonomischer Beziehung war Hannover mit seinen etwa 1,5 Millionen Einwohnern nicht hoch entwickelt. Landschaftlich bestand es zu einem großen Teil aus unbestellten Mooren und Gemeindeländereien. Die Bevölkerung lebte meist in Dörfern unter 2000 Einwohnern. Die Bauern mussten Abgaben an die Herrschaft und Frondienste leisten. Die Städte besaßen Manufakturprivilegien, Binnenzölle hemmten den Handelsverkehr. Nach 1814 sandten die Provinzialstände Abgeordnete in eine Allgemeine Ständeversammlung. Die Erste hannoversche Kammer bestand aus Adligen, Repräsentanten der Ritterschaften und Prälaten. Die Zweite Kammer bestand aus Abgeordneten der Stadträte, die ab 1819 durch Abgeordnete der Bauern ergänzt wurden.<sup>19</sup>

Hannover war ein protestantischer Staat. Die Reformation hatte sich relativ schnell verbreitet und das katholische Leben wurde weitgehend zurückgedrängt. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts erstarkte die katholische Kirche in einigen Gebieten und unter Herzog Ernst August von Hannover, der durch Kaiser Leopold I. die Kurwürde erhielt, wurde den Katholiken 1692 die Ausübung ihrer Religion und der Bau einer Kirche in Hannover gestattet. Unter seinem Nachfolger Georg Ludwig, der ab 1714 als Georg I. König von Großbritannien war, wurde die katholische Kirche wieder strenger reglementiert. Zwar vergrößerte sich die Zahl der Katholiken durch Zuzug im 18. Jahrhundert, und es bildeten sich weitere Gemeinden, ihre Gesamtzahl blieb aber gering. Die französisch-westfälische Regierung, der von 1806-1813 große Teile des Kurfürstentums unterstellt wurden, brachte für den katholischen

---

<sup>19</sup> Vgl. Margaret Lavinia Anderson, Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 14), Düsseldorf 1988, S. 10ff.

Bevölkerungsanteil einige Vergünstigungen. So wurden u.a. die Zulassungsbeschränkungen für Katholiken in öffentliche Ämter aufgehoben.<sup>20</sup>

Auf dem Wiener Kongress wurde Hannover zum Königreich erhoben und erhielt erhebliche Gebietsgewinne. Mit den Fürstentümern Hildesheim und Osnabrück, der Niedergrafschaft Lingen, dem Herzogtum Arnsberg-Meppen, der Vogtei Emsbüren und dem hannoverschen Anteil am Eichsfeld kamen Gebiete unter die Herrschaft Hannovers, in denen entweder große katholische Minoritäten wohnten oder die geschlossen katholisch waren, so dass der katholische Anteil nach 1815 ein Siebtel der Einwohner ausmachte.<sup>21</sup> Im Zuge der Angliederung der katholischen Gebiete kam es auch zu Auseinandersetzungen zwischen kirchlichen und staatlichen Ansprüchen. In Hildesheim waren dies Kompetenzstreitigkeiten mit dem Generalvikariat über die Verwaltung des Kirchenbesitzes. Osnabrück, die zweitgrößte Stadt des Königreichs, hatte die Dotationsmittel für den katholischen Bischofsstuhl eingebüßt. Seit annähernd 1000 Jahren Bischofssitz, in dem die Landesherrschaft seit 1648 abwechselnd von einem evangelischen und katholischen Bischof ausgeübt worden war, war Osnabrück bereits durch die Regelungen des Reichsdeputationshauptausschluss an Hannover gefallen. Ein wichtiges Anliegen der Katholiken war unter der Führung des Weihbischofs Karl Anton Lüpke die Wiederherstellung des Bischofsstuhles.<sup>22</sup>

Der hannoversche König und die Regierung beschlossen, ein Konkordat mit dem Heiligen Stuhl abzuschließen. In den Verhandlungen mit dem Gesandten von Ompteda in Rom trat Kardinalstaatssekretär Consalvi aber äußerst unnachgiebig auf. Er erklärte, dass es keine Oberaufsicht des Staates gegenüber der Kirche gäbe. Die Ausstattung der Domkirchen aus staatlichen Mitteln sei nur eine Rückgabe geraubten kirchlichen Eigentums. Nach langjährigen Verhandlungen, die der Gesandte von Reden für Hannover übernahm, entschied sich die hannoversche Regierung für eine Abmachung in Form einer päpstlichen Zirkumskriptionsbulle, die ab 1824 dem katholischen Kirchenwesen eine neue Grundordnung verlieh.

---

<sup>20</sup> Vgl. Aschoff, Staat und Kirche, a.a.O., S. 22ff.

<sup>21</sup> Vgl. ebd., S. 25.

<sup>22</sup> Vgl. Huber, Bd. 1, S. 48.

Die Bistümer Osnabrück und Hildesheim wurden als hannoversche Landesbistümer aufrechterhalten und der Staat versprach jährliche Geldleistungen. Der König behielt sich das Mitspracherecht bei der Wahl der Bischöfe vor.<sup>23</sup>

Die Schulfrage, die ein Punkt möglicher Auseinandersetzungen war, wurde im Sinne eines Ausgleich zwischen Staat und Kirche geregelt. Von Vorteil für die Katholiken war, dass die Verstaatlichung der Schulen nicht in der Weise vorangeschritten war wie in Preußen. Dort war das neue Bildungskonzept mehr auf den Staat bezogen und die Schulen wurden im Geiste Johann Heinrich Pestalozzis reformiert. 1830 richtete man in Hannover eine zentrale staatliche Behörde ein, das Oberschulkollegium, dem die Aufsicht und Leitung der Gymnasien übertragen wurde. Man unterschied hierbei aber zwischen königlichen Anstalten und Schulen, die von anderer Seite geleitet wurden. Eine Mitwirkung der Kirchen am Schulunterricht in Volksschulen wurde zugestanden. In Hildesheim gab es ein Priesterseminar und in Osnabrück konnte man am Gymnasium Carolinum eine theoretische Vorbereitungsstufe absolvieren. Konflikte prinzipieller Art gab es in Hildesheim um die Anstellung weltlicher Lehrer. Die Abteilung der geistlichen und Schulsachen, die ab 1832 zum Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten gehörte, wurde für die kirchlichen Angelegenheiten zuständig. Instrumente zur Sicherung der landesherrlichen Rechte wurden die sogenannten Konsistorien in Hildesheim und Osnabrück. Sie sollten als Staatsbehörden die Ehe- und Verlöbnißfragen der Katholiken, ebenso ihre Kirchen- und Schulangelegenheiten regeln und zugleich Gerichtshof für die Geistlichkeit sein. Dem König oblag die Oberaufsicht.<sup>24</sup> Zu größeren Auseinandersetzungen scheint es aber trotz dieser Regelungen nicht gekommen zu sein. Der König und die

---

<sup>23</sup> Vgl. ebd., S. 449f. Vgl. hierzu auch Aschoff, Staat und Kirche, S. 26, 56, 113f. und 165. Die Circumscriptionsbulle für das Königreich Hannover, 26. März 1824 und die Königliche Genehmigung vorstehender Bulle, 20. Mai 1824; sind nachzulesen in: Permaneder's Handbuch des gemeingültigen Kirchenrechtes mit steter Rücksicht auf das katholisch-kirchliche Territorialrecht in Österreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden und den übrigen deutschen Staaten nach dessen hinterlassenem Manuscripte, hrsg. von Isidor Silbernegel, 4. Auflage, Landshut 1865, S. 1057-1065.

<sup>24</sup> Vgl. Aschoff, Staat und Kirche, S. 230 und 244. Vgl. auch A. Reumont, Ludwig Windthorst. Eine Sammlung von Zeit- und Lebensbildern, 3. Heft, Mönchengladbach 1913, S. 10

hannoversche Regierung betrieben gegenüber der katholischen Kirche in der Praxis eine nachsichtige Politik. So berichtet Bischof Lüpke, dass er niemals um ein vorgeschriebenes Plazet für einen Hirtenbrief nachgesucht habe.<sup>25</sup>

Obwohl man aber das Prinzip der Parität und der rechtlichen Gleichstellung der katholischen und evangelischen Kirche unter dem Gesichtspunkt der Integration katholischer Gebiete in den althannoverschen Staatsverband beachtete und bemüht war, Fälle offener Diskriminierung gegen Katholiken auszuschalten, war die Haltung gegenüber dem katholischen Teil der Bevölkerung überwiegend *"durch ein Element des Mißtrauens charakterisiert."* Dieses Misstrauen schien gerechtfertigt, da die Katholiken unter dem unbeliebten Regime Napoleons rechtliche Verbesserung erreicht hatten während der Staat eine Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs erlebte. Verantwortlich hierfür war unter anderem die gegen den englischen Handel gerichtete Kontinentalsperre Napoleons und die häufig wechselnden Truppen. Ferner war das geistliche Oberhaupt der katholischen Kirche in den Augen der protestantischen Oberschicht ein auswärtiger Souverän, dem man offensichtlich zutraute, *"mittelalterliche Weltherrschaftspläne zu erneuern"*<sup>26</sup>. In der gesellschaftlichen Realität blieb der katholischen Minderheit in der Regel der Zugang zum höheren Staatsdienst verschlossen. Die Erlangung gesellschaftlicher Gleichberechtigung war ein wichtiges Anliegen der Katholiken in Hannover.

## 1.2. Windthorst zwischen Tradition und Moderne

### 1.2.1. Kindheit und frühe Jugend

Am 17. Januar 1812 wurde Ludwig Joseph Ferdinand Gustav Windthorst in der Nähe des Dorfes Osterkappeln bei Osnabrück auf dem Landgut Caldenhof geboren. Als einziger Sohn und zweites von sechs Kindern entstammte Windthorst einer katholischen Familie, die seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts einige lokale Beamte, Juristen und Geistliche hervorgebracht hatte. Windthorsts Mutter, Klara

---

<sup>25</sup> Vgl. Huber, Bd. 1, S.450.

<sup>26</sup> Aschoff, Staat und Kirche, S. 29.

Antoniette Josephine geborene Niewedde, war Tochter eines Anwalts und sein Vater, Franz Joseph Benedikt Windthorst, war als Jurist zugelassen bei den Gerichten von Osnabrück und Osterkappeln. Haupttätigkeit des Vaters war die Verwaltung des Caldenhofes, eines Landgutes der katholischen reichsgräflichen Familie Droste zu Vischering. Zwar besaß die Familie Windthorst in Osterkappeln ein eigenes Haus mit Landgut, Wohnsitz der Familie aber war der Caldenhof.<sup>27</sup>

Der Gesundheitszustand des jungen Windthorst war nach der Geburt sehr schlecht und die Eltern fürchteten um das Leben ihres Kindes. Auch hatte Windthorst als körperliche Besonderheit eine Diskrepanz zwischen einem großen Kopf und einem kleinen Körper. Der Gesundheitszustand besserte sich rasch und nach eigenen Erinnerungen verlebte Windthorst dann bis zu seiner Schulzeit eine glückliche Kindheit. Der Biograph Eduard Hüsgen beschreibt Windthorst als durchschnittliches Kind, das an allen Streichen der Jugend teilnahm. Er habe seine frühe Kindheit damit verbracht, mit den anderen Kindern Kühe zu hüten und auf den Jagden als Treiber zu agieren. Diese frühe Zeit habe ihn sehr geprägt, was sich in seiner Sprache auch in späteren Jahren noch an jenem Dialekt zeigte, der in mittleren gesellschaftlichen Kreisen auf dem Lande bei Osnabrück gesprochen wurde. Über einige Anekdoten und Erzählungen hinaus ist aber über Windthorsts frühe Entwicklungsjahre bis zur Schulzeit nicht viel bekannt.<sup>28</sup>

Als einziger Junge besuchte Windthorst zunächst die Mädchenschule in Osterkappeln, bis der Gemeindepriester, der als Schulinspektor tätig war, während eines Besuchs der Schule diesen Zustand beendete. Ab 1820 besuchte er eine Schule in Falkenhagen, wo er beim Gemeindepfarrer und älteren Bruder seines Vaters unterrichtet wurde und sich nicht durch besondere Schulleistungen auszeichnete. Sein Lehrer kam zu der Ansicht, dass es dem Jungen an notwendigem Ehrgeiz zum Studium fehle und riet den Eltern, ihren Sohn eine handwerkliche Ausbildung absolvieren zu lassen. Während seiner Zeit in Falkenhagen soll Windthorst zu dem Entschluss gekommen sein, Geistlicher zu werden. Ob dies Frömmigkeit oder Familientradi-

---

<sup>27</sup> Vgl. Eduard Hüsgen, Ludwig Windthorst, Köln 1907, S. 2ff.

<sup>28</sup> Vgl. ebd.

tion entsprach, oder ob für diesen Wunsch der legere Unterrichtsstil von Kaplan Dey, der seine Schüler wenig unterrichtete und als Treiber auf der Jagd einsetzte, verantwortlich war, ist nicht mehr nachvollziehbar. Nach dem Tode seines Onkels am 30. März 1821 wurde die Schule in Falkenhagen aufgelöst und Ludwig Windthorst kam zurück zum elterlichen Wohnsitz, wo ihn zunächst ein Dorfgeistlicher unterrichtete.<sup>29</sup>

Als im Spätherbst 1822 Windthorsts Vater starb, war die finanzielle Situation der Familie und die weitere Entwicklung zunächst ungewiss. Windthorsts Mutter übernahm die Verwaltung des Gutes Caldenhof und schickte ihren Sohn auf das katholische Gymnasium Carolinum in Osnabrück, wo er bei dem Onkel seiner Mutter, Ludwig Kruse, Pfarrer der Domgemeinde in Osnabrück, wohnte. Für den elfjährigen Windthorst war dies die dritte Schule innerhalb von drei Jahren. Mitten im Schuljahr stieg er in die sechste Klasse ein. Er kam in ein bereits bestehendes Klassengefüge und stand einer Gruppe gegenüber, deren Freundschaft und Gemeinschaftssinn schon ausgebildet war. Windthorsts Umgebung war bis zu diesem Zeitpunkt überwiegend ländlich und weiblich geprägt. In Osnabrück traf er auf eine vornehmlich männliche Umgebung und begab sich *"aus einer standesbewußten Welt in eine wettbewerbsorientierte."*<sup>30</sup> Entgegen allen anfänglichen Schwierigkeiten - im ersten Jahr schaffte er das Klassenziel nicht und musste die sechste Klasse wiederholen - gelang es ihm, sich rasch an die neue Umgebung und deren Anforderungen anzupassen. Sein traditioneller Katholizismus ermöglichte es ihm, einen gemeinsamen Nenner zu finden, denn trotz aller Unterschiede waren die Wertvorstellungen seiner bisherigen Erziehung und die des katholischen Gymnasiums vergleichbar. Hinzu kam der familiäre Druck. Seine Mutter war für den Unterhalt ihres Sohnes verantwortlich und lange Ausbildungszeiten lagen sicherlich nicht im Bereich der finanziellen Möglichkeiten. Bereits im zweiten Jahr besserten sich seine Leistungen und es gelang ihm

---

<sup>29</sup> Vgl. ebd., S. 12f.

<sup>30</sup> Anderson, a.a.O., S. 14.

1830 mit einem sehr guten Zeugnis seine schulische Laufbahn abzuschließen.<sup>31</sup>

Auf dem Carolinum entwickelte Windthorst eine Tugend, die ihn sein ganzes Leben lang begleiten sollte. So schrieb er in seinem Abituraufsatz eine lange Abhandlung über die Gefahren der Faulheit und die Freuden des Fleißes.<sup>32</sup> Trotz der Trivialität dieser Feststellung war sie anscheinend für Windthorst ein Ansatzpunkt, um sein Leben zu organisieren. Sein unermüdlicher Fleiß, der später von seinen Biographen immer wieder hervorgehoben wurde, half ihm, eine eigene Identität zu finden. Aufgrund seiner körperlichen Deformation ist es wahrscheinlich, dass Windthorst in seiner frühen Kindheit die Erfahrungen eines Außenseiters gegenüber anderen Kindern gemacht hat. Eine Erfahrung, die sicherlich massiv auf seine charakterliche Entwicklung und insbesondere hinsichtlich seiner Integrationsbereitschaft und seinen Umgang mit anderen Menschen und Gruppen gewirkt haben muss. Im Hinblick auf seine eigenen Leistungen konnte er aber selbstbewusst agieren und seine Defizite auf anderen Gebieten kompensieren. Anderson weiß eine Anekdote zu berichten, in der Windthorst von einem anderen Jungen mit folgenden Worten wegen seiner Größe verspottet worden sein soll:

*"Knirps! Wenn ich wollte, könnte ich Dich in meine Tasche stecken!"*

Windthorst soll darauf erwidert haben:

*"Du solltest mich besser in Deinen Kopf stecken, dann hättest Du wenigstens etwas darin!"<sup>33</sup>*

Bei Windthorst ist auch eine trotzig Haltung festzustellen. Auf die Ermahnungen seiner Mutter und Lehrer wegen schlechter Schulleistungen soll er erwidert haben: *"Ich werd' euch zeigen, was ich*

---

<sup>31</sup> Vgl. Hans-Georg Aschoff, Ludwig Windthorst. Ein christlicher Politiker in einer Zeit des Umbruchs, Hannover 1991 (im folgenden angegeben als: Aschoff, Christlicher Politiker), S. 7f.

<sup>32</sup> Der Aufsatz wurde abgedruckt bei Johann Menzenbach, Ludwig Windthorst in seinem Leben und Wirken insbesondere in seiner politischen Tätigkeit, Trier 1892, S. 39ff.

<sup>33</sup> Windthorst (undat.). Zitiert nach Anderson, S. 16. Die Abkürzung undat. kennzeichnet die für diese Arbeit aus der Literatur entnommenen und dort nicht oder nur ungenau datierten Zitate.



*kann!*"<sup>34</sup> Windthorst war nicht bereit, sich von anderen Menschen einschüchtern zu lassen und reagierte trotzig auf die Unterschätzung seiner Arbeit und Person. Er setzte auf seinen Intellekt und hatte den unbedingten Willen, sich auch gegenüber vermeintlich Stärkeren durchzusetzen.

### 1.2.2. Die Studienzeit

Im Herbst 1830 schrieb Ludwig Windthorst sich in Göttingen für ein Studium der Rechte ein. Er wohnte einige Zeit bei seinem Vetter August, der auch in der Stadt studierte. In Göttingen traf Windthorst auf ein hauptsächlich von aristokratischen und protestantischen Studenten geprägtes universitäres Umfeld und kam das erste mal in Kontakt mit einer protestantischen und liberalen Gelehrsamkeit. Wie in seinen letzten Schuljahren organisierte Windthorst sich in der fremden Umgebung wieder durch seinen unermüdlichen Fleiß. Aus seinen Personalakten geht hervor, dass er als einer der "*Rechtswissenschaft Befleißener*" die Vorlesungen Institution, Geschichte des römischen Rechts, Pandekten, Europäische Geschichte, Mathematik, Logik, Philosophie und Ästhetik mit "*rühmlichem Fleiße*"<sup>35</sup> besucht habe.

Die fleißige Erfüllung seiner Aufgaben als Student war nur eine Seite von Windthorsts Persönlichkeit. Auch Geselligkeit und Vergnügungen waren ihm sehr wichtig. Seinem Freund Ferdinand Engelen schrieb er:

*"Man lebt nun mal in dieser Welt, und dieses Leben muß man genießen."*<sup>36</sup>

Auch wenn es an dieser Stelle erscheint, als sei für Windthorst das Genießen des Lebens eine mit Fleiß zu erfüllende Aufgabe, lebte er

---

<sup>34</sup> Windthorst (undat.). Zitiert nach Hüsgen, a.a.O., S. 8.

<sup>35</sup> Vom Prorektor der Göttinger Universität ausgestellte Abschrift, 13. September 1831. Zitiert nach Wolfgang Sellert, Ludwig Windthorst als Jurist. "Der Weg des Rechts ist der einzige Weg, der zum Ziel führt", Göttingen 1991, S. 11.

<sup>36</sup> Windthorst an Engelen, 13. November 1836; in: Ludwig Windthorst, Briefe an seinen Schwager Ferdinand Engelen 1834-1868, hrsg. von Hermann Schröter (Schriften des Niedersächsischen Heimatbundes, Neue Folge, Bd. 29), Hannover 1954, S. 62.

doch darin seine heiteren und lebensbejahenden Neigungen aus. Ein Bekannter beschrieb seine Wesensart Jahrzehnte später:

*"Wer Windthorst nicht lachen gesehen hat und so seine Züge in der Erinnerung trägt, vom behaglichen Schmunzeln [...] bis zum lauten herzlichen Gelächter, der kennt diese auch äußerlich so ungewöhnliche Persönlichkeit nicht"*<sup>37</sup>.

Neben eher harmlosen Vergnügungen, wie Tanzstunden, war Windthorst dem ausschweifenden Genuss von Alkohol nicht abgeneigt. Hüsgen weiß zu berichten, Windthorst sei einmal in der sogenannten Totenkammer, einem Raum neben dem Schankraum für sinnlos betrunkene Studenten, untergebracht worden.<sup>38</sup> Windthorst dementierte solche Behauptungen später. Trotz der Dementis mag derartiges aber vorgekommen sein. An Engelen schrieb er über seine Beziehung zum Alkohol:

*"Besaufen magst Du Dich alle Monate, ich halte es auch so, auf dem letzten Kasino war ich knüll, weil ich mich sträflich langweilte."*<sup>39</sup>

Die Mitgliedschaft in einer Burschenschaft mied Windthorst, auch wenn burschenschaftliche Aktivitäten zu einem großen Teil das studentische Privatleben bestimmten. Obwohl es die Universitätsregeln verletzte, war besonders das Abhalten von Duellen in Studentenkreisen sehr beliebt. Es wurde sich schon aus den geringsten Anlässen geschlagen. Auch ein Verbot der katholischen Kirche hinderte den späteren Bischof von Mainz, Ketteler, ebenso wie Windthorsts späteren Zentrumskollegen Hermann von Mallinckrodt, nicht daran, sich zu schlagen. Von einem Kommilitonen auf den Fuß getreten forderte Ketteler, der auch eine Zeit in Göttingen studierte, Satisfaktion und verlor bei diesem Duell seine Nasenspitze.<sup>40</sup> Gewiss gab es zwischen dem von ländlicher Umgebung und traditionell katholischen Wertvorstellungen geprägten, unter finanziellen Engpässen leidenden Halbwaisen Windthorst und den Söhnen aus

---

<sup>37</sup> August Stein im Feuilleton der Frankfurter Zeitung, 5. April 1891. Zitiert nach Menzenbach, a.a.O., S. 20f.

<sup>38</sup> Vgl. Hüsgen, S. 18.

<sup>39</sup> Windthorst an Engelen, 25 Oktober 1836; in: Briefe an Engelen, a.a.O., S. 61.

<sup>40</sup> Vgl. Anderson, S. 18.

der Aristokratie und privilegierten bürgerlichen Familien, ob protestantisch oder katholisch, grundsätzliche Unterschiede in der Herangehensweise an das Studium. Die Tatsache, dass das Duellieren nicht als karrierefördernd galt und verboten war, war sicherlich mitausschlaggebend für Windthorsts Zurückhaltung.

Neben den eher schlagenden Vergnügungen der Burschenschaften, waren die Burschenschaften aber auch eine wichtige programmatische Antriebsfeder in der nationalen Einheitsbewegung nach 1815. Bereits 1817 wurde das erste Wartburgfest abgehalten, das zur Feier des Reformationsjubiläums und zum Gedächtnis der Leipziger Völkerschlacht veranstaltet wurde. Die Farben Schwarz, Rot und Gold wurden zum Erkennungszeichen und burschenschaftsfeindliche Bücher und Symbole wurden verbrannt. Der Deutsche Bund, der nicht den Forderungen nach einer einheitlichen Nation und freiheitlichen Reformen nachgeben wollte, hatte besonders nach der Ermordung des Lustspieldichters Kotzebue, der den Studenten als Agent der Reaktion galt, durch einen Burschenschaftler, strenge Gegenmaßnahmen ergriffen und mit den Karlsbader Beschlüssen versucht, die liberalen Ideen und das nationale Element zu unterdrücken. Prinzipiell wurde mit den Beschlüssen auch die Natur des Bundes verändert und die Souveränität der Einzelstaaten eingeschränkt. Das System der Reaktion konnte den revolutionären Gärungsprozess aber nicht unterbinden. Die Julirevolution von Paris griff 1830 auf Deutschland über. Im Winter kam es auch in Südhannover zu Unruhen und Aufständen, an denen sich die Studentenschaft maßgeblich beteiligte. Der Protest in Hannover richtete sich gegen das altständisch-feudale System und gegen den leitenden Minister Graf Münster.<sup>41</sup> In Göttingen, wo "*die mißvergnügten Studenten*"<sup>42</sup> große Kundgebungen abhalten wollten, hatte ein Baron von Knesebeck eine Verteidigungsrede für die alte Ordnung veröffentlicht, woraufhin sich Studenten vor seinem Haus versammelten und ihm die Fensterscheiben einwarfen. Bewaffnete drangen am 7. Januar 1831 in das Rathaus ein und erzwangen den Rücktritt des Polizeikommissars. Die Aufständischen, die von drei Privatdozenten angeführt wurden, forderten eine Nationalgarde und vereidig-

---

<sup>41</sup> Vgl. Aschoff, Staat und Kirche, S. 174.

<sup>42</sup> Rundschreiben im Auswärtigen Amt in Preußen, Berlin, 4. Juni 1831; in: III. HA, I, Nr. 8103, Blatt 234. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

ten zweitausend Bürger und über fünfhundert Studenten, mehr als neunzig Prozent der Studentenschaft. Ein Gemeinderat wurde gewählt und eine *"Bürgergarde"* gebildet. Obwohl man sich von Seiten der Obrigkeit zunächst zurückhaltend verhielt und die Aufständischen sich auf keine gemeinsame Forderungen einigen konnten, war man überzeugt, dass derartige Vorgänge *"in keinem gutgeordneten Staate geduldet werden"* könnten. Die Unruhestifter, deren überzeugter Kern auf wenige und die Zahl der Mitläufer auf viele geschätzt wurde, widersetzten sich dem Versuch der Vermittlung. Die hannoversche Regierung entschied, ein Exempel zu statuieren, da durch Nachgiebigkeit gegen die Stadt Göttingen eine *"völlige Anarchie im Lande hervorgerufen"*<sup>43</sup> werden könnte. Königliche Truppen umstellten die Stadt und die Anführer der Aufständischen unterwarfen sich. Einige Personen wurden festgenommen oder unter Aufsicht gestellt und zur Vermeidung weiterer Unruhen wurde den Studenten befohlen, die Stadt zu verlassen.<sup>44</sup> In Zukunft wolle man jede rebellische Bewegung mit größter Schnelligkeit *"von den Behörden, dem Militaire und der Polizei"* beseitigen lassen und die Teilnehmer *"nach der Strenge der Gesetze"* wegen *"Aufruhr und Hochverrat"*<sup>45</sup> bestrafen. Von staatlicher Seite wurden allerdings auch Kompromisse gemacht. Graf Münster wurde entlassen und mit dem Landtag einigte man sich über eine neue Verfassung, die schließlich 1833 zustande kam. Die Steuern wurden reduziert und die Befreiung der Bauern wurde beschleunigt.<sup>46</sup>

In der Krisensituation von 1830/31 hielt die hannoversche Regierung eine Mitwirkung der katholischen Kirche, namentlich in der Person des Bischof von Hildesheim für zweckmäßig, um die Lage zu entspannen. Schon bevor die Vertreter des katholischen Klerus zu einem diesbezüglichen Vorgehen aufgefordert wurden, richtete Weihbischof Lüpke ein Schreiben an die Dekane und Pfarrer der Osnabrücker Diözese mit der Forderung, den Pfarrkindern einzuschärfen, sich nicht an den Unruhen zu beteiligen. Für die katholische Kirche brachten die Neuerungen in der Verfassung keine

---

<sup>43</sup> Hannoversche Nachrichten, 15. Januar 1831; in: Ebd., Nr. 8175, Blatt 7.

<sup>44</sup> Vgl. Hannoversche Nachrichten, 19. Januar 1831; in: Ebd., Blatt 11f.

<sup>45</sup> Königliche Proclamation, Hannover 4. Februar 1831; in: Ebd., Blatt 16.

<sup>46</sup> Vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800-1866, Bürgerwelt und starker Staat, Broschierte Sonderausgabe, München 1998, S. 368.

einschneidenden Veränderungen. Es wurden kirchenrechtliche Bestimmungen verfassungsrechtlich festgelegt, die zu großen Teilen schon in der Praxis gegolten hatten. Man räumte der Kirche den Bereich des "ius in sacra" ein und sicherte der landesherrschaftlichen Gewalt die Oberaufsicht über die Verwaltung des Kirchenvermögens, die Überwachung des Verkehrs der Bischöfe mit der Kurie, das Plazet für kirchliche Anordnungen und die Bestätigung der Anstellung und Entlassung von Geistlichen.<sup>47</sup>

Es ist nicht ersichtlich, in welchem Umfang Windthorst an den studentischen Protesten beteiligt war. Seine Biographen gehen nicht von einer Teilnahme aus. In seiner Personalakte befindet sich eine am 13. September 1831 vom Prorektor der Göttinger Universität ausgestellte Abschrift, in der bestätigt wird, dass Windthorst sich gut betragen und unter Eid versichert habe, an den Unruhen keinen strafbaren Anteil genommen zu haben. Auch sei er nicht unter Verdacht, sich an den verbotenen Verbindungen beteiligt zu haben.<sup>48</sup> Trotzdem deutet einiges darauf hin, dass Windthorst sich an dem Aufstand als Mitläufer beteiligt haben könnte. Auf juristischem Gebiet wurde er von den Anschauungen des damaligen Liberalismus beeinflusst und interessierte sich für die beiden bekannten liberalen Staats- und Verfassungsrechtler Karl von Rotteck und Theodor Welker, der ein nationales Parlament für den Deutschen Bund gefordert hatte.<sup>49</sup> In einer Randbemerkung in einem persönlichen Brief, den er drei Jahre später an seinen Freund Ferdinand Engelen sandte, schrieb er über einen gemeinsamen Bekannten Niemeier, den Engelen gesehen haben sollte, *"wenigstens bei der Revolution."*<sup>50</sup> Später bemerkte Windthorst, dass er, als er zur Universität kam, aufgrund seiner Beschäftigung mit der griechischen und römischen Geschichte *"ein halber Republikaner"* gewesen wäre. Er wolle *"nicht alles das verantworten"*, was er während jener Zeit *"gesagt und gesungen"* hatte. Zum Glück sei er aber aus seinem Studium *"konservativer hervorgegangen"* als *"hineingegangen."*<sup>51</sup>

---

<sup>47</sup> Vgl. Aschoff, Staat und Kirche, S. 176f.

<sup>48</sup> Vgl. Vom Prorektor der Göttinger Universität ausgestellte Abschrift, 13. September 1831. Zitiert bei Sellert, a.a.O., S. 11, Fn. 20.

<sup>49</sup> Vgl. Nipperdey, a.a.O., S. 310.

<sup>50</sup> Windthorst an Engelen, 11. Mai 1834; in: Briefe an Engelen, S. 18.

<sup>51</sup> Windthorst (undat.) Zitiert nach Hüsgen, S. 17.

An dieser Stelle bestand durchaus eine Gemeinsamkeit mit Otto von Bismarck. Auch er soll einen Gesinnungswandel während des Studiums mitgemacht haben. Als *"normales Product"* des staatlichen Unterrichts, habe er, so erinnerte sich Bismarck später, die Schule als *"Pantheist"*, wenn auch nicht als Republikaner, aber doch mit der Überzeugung, *"daß die Republik die vernünftigste Staatsform sei,"* abgeschlossen. Zwar habe er durch diese Erziehung deutsch-nationale Eindrücke mitgebracht, diese blieben aber im Stadium der theoretischen Überlegungen und waren nicht stark genug, um *"angeboren preußisch-monarchische Gefühle auszutilgen."* Seine Sympathie blieb immer auf Seiten der Autorität. Die Erfahrungen als Burschenschaftler in der Studienzeit und während des Hambacher Festes stießen ihn nach eigenen Angaben ab. Ihm widerstrebten *"tumultuarische Eingriffe in die staatliche Ordnung"*<sup>52</sup> Er wäre nach Berlin mit weniger liberaler Gesinnung zurückgekehrt, als er es verlassen habe. Ob Windthorst seinen späteren politischen Gegenspieler Bismarck, der ab 1832 auch in Göttingen studierte, bereits während der Studienzeit gekannt hat, ist nicht ausgeschlossen. Bismarck war eine auffällige Persönlichkeit. Wenn Windthorst ihn vielleicht auch nicht persönlich getroffen hat, kann er ihm durch die Erzählungen seines Vetters bekannt gewesen sein, der sich mit Bismarck duelliert hatte. Bismarck selber verwechselte bei einem gemeinsamen Treffen mit Ludwig Windthorst 1866 die beiden Vettern. Er glaubte, sich mit Windthorst duelliert zu haben.<sup>53</sup>

### 1.2.3. Windthorsts Weltbild in Briefen

Nachdem Windthorst 1831 ein Zwischensemester in Heidelberg studiert hatte, kehrte er nach Göttingen zurück und bestand dort sein erstes juristisches Examen mit Auszeichnung. 1834 begann er in Osnabrück eine zweijährige, um ein Jahr verkürzte Ausbildung zum

---

<sup>52</sup> Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Neue Ausgabe, 3 Bde., Stuttgart/Berlin 1921, Bd. 1, S. 3.

<sup>53</sup> Bismarck begrüßte Windthorst mit den Worten: *"Wir beide kennen uns ja wohl von Göttingen her. Sie sind doch der kleine Windthorst, der mich einmal ...."* Während er dies sagte fuhr Bismarck sich mit der Hand über das Gesicht, um einen erhaltenen Hieb anzudeuten. Bismarck, 1866. Zitiert nach Hüsgen, S. 16f.

Advokaten bei dem Rechtsanwalt Dr. Heinrich August Vezin.<sup>54</sup> Die Briefe, die Windthorst in jener Zeit an Ferdinand Engelen schrieb, bestätigen den Eindruck eines überaus fleißigen Menschen. So schrieb er Engelen über das enorme Arbeitspensum. Ein Advokat sei *"nie Herr seiner Zeit."*<sup>55</sup> Man müsse eine harte Haut besitzen, sei *"Sklave von allen"*<sup>56</sup>. Durch die Arbeit nachts verschlimmere sich sein vorhandenes Augenleiden. Nicht ohne Stolz äußerte er sich aber über seine beruflichen und fachlichen Leistungen, die offensichtlich Anerkennung fanden. Gelegentlich hat er Zweifel an seiner Arbeit. Bei einer Strafverteidigung, die *"der Teufel holen"* solle, müsse er, was ihm nicht leicht falle, *"demonstrieren, daß schwarz weiß sei"*<sup>57</sup>. Wesentlicher Inhalt seiner Briefe war, dass er sich in die Schwester Ferdinand Engelens, Julie, verliebt hatte. Hauptthema war die Liebe und diese Thematik gibt einen Einblick in das Seelenleben Windthorsts und in seine Wertevorstellungen. Die Bildung sah Windthorst als Voraussetzung des Menschseins an. Durch das Wissen und die Bildung allein fühlte er sich aber nicht erfüllt. Nur mit der Liebe, in der sich die beiden von der Natur getrennten Geschlechter wieder finden sollten, könnte der Mensch seine Vervollständigung erlangen:

*"Eine wahre, echte und menschliche Vervollkommnung, die vielseitige Bildung, der Du und alle Menschen fähig, scheint mir nur möglich durch Ergänzung, welche sich die in Form zweier Geschlechter getrennten menschlichen Naturen geben. Daß aber diese Ergänzung gegeben, dazu gehört wechselseitiges Wohlwollen, Liebe, wie jenes gewöhnlich genannt wird."*<sup>58</sup>

Es entsteht der Eindruck, dass Windthorst zu dieser Zeit ein innerlich sehr zerrissener Mensch gewesen sein muss. Es war offensichtlich eine Art faustischer Kampf zwischen Verstand und Körperlichkeit, den er zu lösen versuchte:

*"In der Liebe ist Religion und Tugend!!! Diese Töne rufen mich zurück wie einst jener Ostergesang den Faust, der im Begriff stand, den Glauben wegzuwerfen und am Wissen zu verzweifeln [...]"*

---

<sup>54</sup> Vgl. hierzu Sellert, S. 10-18.

<sup>55</sup> Windthorst an Engelen, Osnabrück, 25. Juli 1834; in: Briefe an Engelen, S. 26.

<sup>56</sup> Windthorst an Engelen, Osnabrück, 15. August 1834; in: Ebd., S. 31.

<sup>57</sup> Windthorst an Engelen, Osnabrück, 16. Oktober 1834; in: Ebd., S. 38.

<sup>58</sup> Windthorst an Engelen, 13. Januar 1836; in: Ebd., S. 56.

*Werde ich stärker sein als Faust? Werde ich die Widersprüche zu lösen verstehen welche ihn unaufhaltsam ins Verderben stürzten? [...] Religion und Tugend ist nur in der Liebe.*<sup>59</sup>

In der Liebe sah er die Möglichkeit, diesen *"ewigen Kampf"* in seiner *"Brust zu beendigen"*<sup>60</sup>. Um die starken emotionalen Ausbrüche zu kanalisieren, und um seine Arbeit noch erledigen zu können, trennte er die Juristerei und die persönlichen Angelegenheiten. Er schrieb an seinen Freund:

*"Wenn ich arbeite, denke ich nicht an sie, denn dann bin ich Jurist, arbeite ich nicht, so bin ich stets bei ihr, und Du bist in unserem Kreise, denn dann bin ich Windthorst. Die Naturen sind verschieden."*<sup>61</sup>

Welche dieser beiden Seiten in Windthorsts Persönlichkeit überwogen hat, bleibt offen. In jedem Fall wurde er offensichtlich auch in Liebesdingen von einem enormen Ehrgeiz angetrieben und betrieb die Angelegenheit mit Hartnäckigkeit und großem Fleiß. Trotz mehrfacher Zurückweisungen seiner Angebeteten, ließ er sich nicht von seinem Vorhaben abbringen. Gegenüber Engelen gab er hinsichtlich der Brautwerbung zu verstehen:

*"Du weißt, wie stolz ich bin und daß es mir schwer wird, irgendwo der Zweite zu sein"*<sup>62</sup>.

Durch seinen Willen glaubte er das Herz Julies zu erobern. In seinen Augen war der Mensch *"allmächtig. Er kann alles, was er will."*<sup>63</sup> Dies galt auch in seinen Liebesangelegenheiten. Aber: Windthorst relativiert den Willen des Menschen. Als sein Heiratsantrag von Julie zurückgewiesen wurde, sah er dies als Prüfung. Er tröstete sich mit seiner Erkenntnis, dass es gut sei, früh Entbehrung zu erlernen, ohne aber in seiner Beharrlichkeit nachzugeben. Und als Julie den offensichtlich zu aufdringlichen Verehrer bat, ihr sechs Wochen nicht mehr zu schreiben und sie nicht zu besuchen, war er überzeugt:

---

<sup>59</sup> Windthorst an Engelen, Osnabrück, 6. März 1834; in: Ebd., S. 15.

<sup>60</sup> Windthorst an Engelen, Osnabrück, 3. Juli 1834; in: Ebd., S. 22.

<sup>61</sup> Windthorst an Engelen, 13. Juli 1834; in: Ebd., S. 25.

<sup>62</sup> Windthorst an Engelen, Osnabrück, 3. Juli 1834; in: Ebd., S. 22.

<sup>63</sup> Windthorst an Engelen, 13. Juli 1834; in: Ebd., S. 24f.



*"Was 5 Jahre begründete, was in diesem Augenblick feststeht wie der Felsen von Gibraltar, können 6 Wochen, kann die Ewigkeit nicht umstoßen. Gott hat sie mir zugeführt. Alle Mächte der Erde werden sie mir nicht mehr entreißen. Was ich beschließe führ' ich aus."*<sup>64</sup>

Windthorst sah den menschlichen Willen als höchste Instanz und machte den Menschen zu einem allmächtigen Schöpfer seiner Umwelt, verband den menschlichen Willen aber mit der göttlichen Fügung. Dadurch relativierte er die Allmächtigkeit des Menschen, da diese von Gott gegeben war. Das Gottvertrauen bot Windthorst eine Unterstützung für seine Bemühungen. Er glaubte an seine eigene "Existenz", an "ein ewiges Leben, eine ewige Glückseligkeit"<sup>65</sup> und an seine unumstößliche Liebe zu Julie. Der erfolgreiche Werber äußerte sich schließlich gegenüber Engelen:

*"Wie oft hatte ich Gott gebeten, er möge sie mir geben. Er hat meine Bitte erhört. Wohl hat er bei der Schöpfung unsere Vereinigung gesehen, aber er sah mich auch beten, und wenn er nun dieses Gebets wegen beschloß, eine Vereinigung herbeizuführen, kann ich da nicht sagen, Gott hat sie mir auf meine Bitte gegeben? Der Umstand, daß er dies vorhersah, kann doch die Sache nicht ändern. Deshalb laß uns beten, ohne Unterlaß, und es wird uns gut gehen, und der himmlische Vater wird uns geben alles, was uns gut ist"*<sup>66</sup>.

Windthorsts erfolgreiche Brautwerbung war eine enorme Leistung, denn es waren von Beginn an starke Widerstände, die er zu überwinden hatte. Windthorst war sechs Jahre jünger als seine Angebetete und seine nicht ansprechende äußere Erscheinung benachteiligte ihn. Zudem verfügte er nicht über die finanziellen Möglichkeiten, um erfolgreich um die Hand Julie Engelen werben zu können. Engelen's Vater war Rechtsanwalt und Großgrundbesitzer mit engen Beziehungen zur lokalen katholischen Hierarchie. Seine Zuneigung zu Julie Engelen wollte Windthorst erst in einigen Jahren bekunden, bis dahin bat er Engelen, Stillschweigen zu bewahren und es keinem mitzuteilen. Mit der Hochzeit wartete man noch bis 1838. Anderson begründete die lange Zeit des Wartens damit, dass dies auf Initiative Windthorsts erfolgte, für den scheinbar nur die Überwin-

---

<sup>64</sup> Windthorst an Engelen, Osnabrück, 10. Juni 1834; in: Ebd., S. 19.

<sup>65</sup> Windthorst an Engelen, Osnabrück, 17. Juni 1834; in: Ebd., S. 20.

<sup>66</sup> Windthorst an Engelen, Osnabrück, 25. Juli 1834; in: Ebd., S. 26.

dung des Widerstandes das Ziel gewesen war.<sup>67</sup> Aber auch wenn Windthorst selber behauptet, dass ihn der Umstand, noch nicht heiraten zu können, nicht schmerzte, ist es doch sehr unwahrscheinlich, dass er nicht auch die greifbare Liebe erringen wollte. Er wollte nach seinem letzten Examen erst eine Zeitlang arbeiten, denn er hatte kein Geld, um eine Familie finanzieren zu können.<sup>68</sup> Die Ausbildungszeit funktionierte wie ein sozialer Filter und war schlecht bezahlt. Um zu einem Konzert gehen zu können, musste Windthorst einmal einige Hemden und eine Uhr in das Leihhaus bringen. Er war genötigt, sich bei Ferdinand Engelen Geld für seinen Unterhalt zu leihen. Windthorst war die Bitte um Geld unangenehm. Gegenüber Engelen betonte er, er habe *"einen inneren Abscheu gegen dies rein irdische Objekt"* Geld. Jedoch müsse man *"als eine conditio sine qua non"* Geld besitzen und *"sich insoweit mit ihm versöhnen."*<sup>69</sup> Engelen half Windthorst aus den finanziellen Engpässen und hatten eine Art Finanzierungsplan für Windthorst ausgearbeitet.<sup>70</sup>

Über Windthorsts Glauben, der häufig als Antrieb für sein politisches Wirken verstanden wird, ist sowohl zu seinen Lebzeiten als auch später immer wieder diskutiert worden. Einem Freund aus der Zentrumsparlei, Joseph Sperlich, soll er einmal gesagt haben, dass er während seiner Lehrzeit ungläubig gewesen sei.<sup>71</sup> Auch der Nationalökonom Lujó Brentano, der 1872 maßgeblich an der Gründung des Vereins für Sozialpolitik beteiligt war, der sich gegen den Handel ohne staatliche Einschränkungen und für eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft einsetzte, berichtete von einem Gespräch, in dem ihm Windthorst mitteilte, dass er in seinen jüngeren Jahren ungläubig und unglücklich gewesen sei. Erst als er sich mit den Theorien von Georg Hermes auseinandergesetzt hätte, fand er seinen Glauben wieder. Hermes war Professor in Bonn und bildete Priesternachwuchs aus. Er war maßgeblich von den Lehren

---

<sup>67</sup> Vgl. Anderson, S. 25.

<sup>68</sup> Vgl. Windthorst an Engelen, Osnabrück, 3. Juli 1834; in: Briefe an Engelen, S. 23.

<sup>69</sup> Windthorst an Engelen, Osnabrück, 17. September 1834; in: Ebd., S. 34.

<sup>70</sup> Vgl. hierzu die Briefe Windthorst an Engelen vom 25. September 1834, 12. September 1834, 7. August 1834 und 17. September 1834; in: Ebd., S. 35, 33, 29 und 34.

<sup>71</sup> Vgl. Joseph Sperlich an Julius Bachem, 12. Mai 1904. Zitiert nach Anderson, S. 31, Fn. 43.

Kants beeinflusst, versuchte Vernunftgedanke und katholische Theologie miteinander in Einklang zu bringen, und fand bei bürgerlichen und gebildeten Katholiken Beachtung.<sup>72</sup> Kaum habe Windthorst seine innere Ruhe wiedergefunden, setzte der Heilige Stuhl die Schriften von Hermes auf den Index. Nach harten inneren Kämpfen habe er sich schließlich unterworfen und sei seitdem glücklich.<sup>73</sup> Auch wenn sein Kollege Sperlich daran zweifelte, dass Windthorst zum Glauben zurückgefunden hatte, war Windthorst tief religiös. Nur sah er den menschlichen Willen als höchste Instanz, verband diesen aber mit der göttlichen Fügung und relativierte dadurch seine Aussage. Seine Religiosität war modern und mit pantheistischen Vorstellungen durchsetzt. Als sein erster Heiratsantrag von Julie Engelen zurückgewiesen wurde, wollte er nur "*hinaus in die Natur*", sie sei "*Abbild des ewigen Wesens*". Nur in der Natur fände der Mensch "*Erquickung*", indem er sich dort erkennen könnte als ein "*Glied des gemeinschaftlichen Ganzen*"<sup>74</sup>. Wie seine persönliche Religiosität letztendlich ausgesehen haben mag, kann an dieser Stelle nicht genau geklärt werden. In jedem Fall unterwarf er sich den Anordnungen der Kirche. Auf einem Katholikentag 1885 in Münster bemerkte er hierzu, dass er sich von theologischen Diskussionen fernhalte und dies "*gelehrten Leuten*", wie seinem Freund, "*dem Graf Galen*"<sup>75</sup> überlasse. Seine konfessionelle Zugehörigkeit stufte er hoch ein. Einmal sprach er in seinen Briefen von einem katholischen Prinzip.<sup>76</sup> Dieses Prinzip definierte er aber nicht. Dass es aber auch in einem hohen Maße als Integrationsnenner zu verstehen ist, geht aus seiner Reaktion auf eine familiäre Krise hervor. Nachdem sich seine Schwester Ida in einen Protestanten verliebt hatte und zu heiraten beabsichtigte, schrieb Windthorst an Engelen wie schmerzhaft es für ihn sei, seine Schwester, "*dieses gute, eines besseren*

---

<sup>72</sup> So auch beim späteren altkatholischen Bischof Reinkens, der versuchte über seinen Bruder Wilhelm, zu der Zeit Geistlicher in Bonn, an die Schriften zu gelangen. Vgl. Reinkens an seine Geschwister, Burtscheidt, 26. Oktober 1835; in: Nachlass Joseph Hubert Reinkens, A II, Nr. 13. Stadtarchiv Aachen.

<sup>73</sup> Vgl. Anderson, S. 31.

<sup>74</sup> Windthorst an Engelen, 26. April 1834; in: Briefe an Engelen, S. 17.

<sup>75</sup> Windthorst auf dem Katholikentag in Münster 1885. Zitiert nach Anderson, S. 33.

<sup>76</sup> Vgl. Windthorst an Engelen, Osnabrück, 3. Oktober 1834; in: Briefe an Engelen, S. 36.

*Loses gewiß würdige Mädchen*,<sup>77</sup> in dieser Situation zu sehen. Mit großer Energie arbeitete er an der Auflösung des Verhältnisses und wurde in dieser Sache auch von Julie Engelen unterstützt. Windthorst, der in seinem eigenem Fall davon ausging, dass die Liebe an sich eine Sache des innersten Herzens sei,<sup>78</sup> betrachtete diese Liebe als eine Verwirrung der Gefühle, die der Angst seiner Schwester entstamme, als alte Jungfrau zu enden. Auch war er besorgt *"wegen der Religion der Kinder"*<sup>79</sup>. Anzunehmen ist, dass dies der wesentliche Grund für sein Engagement gegen die Ehe war. Die katholische Erziehung der Kinder war eine Bedingung der Mutter und Windthorst hoffte, dass diese Bedingungen den vermeintlichen Bräutigam von der Hochzeit abhalten würde. Zu seiner Erleichterung gab die Schwester schließlich dem Druck der Familie nach.<sup>80</sup>

Im Herbst 1835 begann Windthorst, sich intensiv auf sein zweites juristisches Examen vorzubereiten. Er beantragte, die Prüfungen in Osnabrück und nicht wie vorgeschrieben in Celle ablegen zu dürfen, da er seine fünf Geschwister und seine Mutter auf dem Caldenhof unterstützen wollte. Windthorst legte mit seiner juristischen Ausbildung und seinem hervorragenden Examen die Grundlage für seine weitere berufliche Karriere. Am 15. August 1836 wurde er antragsgemäß in Osnabrück zum Advokaten zugelassen.<sup>81</sup> Obwohl sich Windthorst eine gute Basis geschaffen hatte und ihn seine Prüfer seinen Angaben nach dem Justizminister empfehlen wollten,<sup>82</sup> schränkten die gesellschaftlichen und konfessionellen Umstände seine weitere berufliche Laufbahn zunächst ein. Über die konfessionellen Vorbehalte hinaus sprach gegen ihn auch, dass er nicht dem Adel oder den alteingesessenen Beamten- und Militärfamilien angehörte, denen die höheren Staatsämter in der Regel vorbehalten waren. Die Wahl seiner beruflichen Laufbahn als Advokat und ab 1840 als Notar stellte eine der wenigen Möglichkeiten für einen Mann

---

<sup>77</sup> Windthorst an Engelen, 23. Mai 1835; in: Ebd., S. 50

<sup>78</sup> Vgl. hierzu die Briefe Windthorsts an Engelen o.D., vermutlich zwischen Dezember 1834 und Januar 1835 und vom 13. Juni 1835; in: Ebd., S. 41 und S. 52.

<sup>79</sup> Windthorst an Engelen, 30. Mai 1835; in: Ebd., S. 51.

<sup>80</sup> Vgl. hierzu Briefe Windthorsts an Engelen vom 30. Mai 1835, 13 Juni und 20. Juni 1835; in: Ebd., S. 51f.

<sup>81</sup> Vgl. Sellert, S. 13, Fn. 35 und S. 18.

<sup>82</sup> Vgl. Windthorst an Engelen, Osnabrück 8. Juni 1836; in: Briefe an Engelen, S. 58.

mit seiner Bildung und seinem sozialen und konfessionellen Hintergrund dar.<sup>83</sup> Positiv konnte sich für seine Karriere die Tatsache auswirken, dass er infolge seiner Herkunft, seiner verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen eng mit den gehobenen katholischen Kreisen in Osnabrück verbunden war. Windthorst hatte in Osnabrück sehr bald beruflichen Erfolg und eine gut laufende Kanzlei als Advokat und wurde von Juristen im höheren Staatsdienstes wegen seiner Leistungen gelobt.<sup>84</sup>

Über die Frage, ob Ludwig Windthorst seine Arbeit als befriedigend empfand, gibt es bei seinen Biographen kontroverse Ansichten. Spael geht davon aus, dass die berufliche Tätigkeit Windthorst nicht ausfüllte.<sup>85</sup> Sellert hingegen ist der Ansicht, dass Windthorst sich mit dem Anwaltsberuf identifizierte und ihn die Tätigkeit im Wesentlichen befriedigte.<sup>86</sup> Anderson ist überzeugt, dass die juristische Arbeit für Windthorst aufregende Aspekte hatte.<sup>87</sup> Sein Beruf hatte für Windthorst in jedem Fall moralische Komponenten. Rühmlich war für ihn der *"Kampf für das Gute und Rechte"*<sup>88</sup>, dem er sich als Jurist zu stellen hatte. Windthorst, der sich gelegentlich überfordert fühlte, fürchtete aber in diesem Kampf unterzugehen. Die *"ewigen Streitigkeiten"* und die *"spitzen Erörterungen"* würden *"die Phantasie einigermaßen lähmen"*<sup>89</sup>. Offensichtlich konnte der Anwaltsberuf ihn auf lange Sicht nicht zufrieden stellen. Er spielte in dieser Zeit mit dem Gedanken, eine Laufbahn als Richter einzuschlagen.<sup>90</sup>

### 1.3. Neue Dimension des Katholizismus

#### 1.3.1. Die Kölner Wirren

Die Kirchenpolitik der modernen Staaten wurde von vielen Katholiken in Deutschland, besonders von jenen, die in Staaten mit überwie-

---

<sup>83</sup> Vgl. Aschoff, Christlicher Politiker, a.a.O., S. 7f.

<sup>84</sup> Vgl. Hüsgen, , S. 18f.

<sup>85</sup> Vgl. Wilhelm Spael, Ludwig Windthorst. Bismarcks kleiner großer Gegner, Ein Lebensbild, Osnabrück 1962, S. 23.

<sup>86</sup> Vgl. Seelert, S. 20.

<sup>87</sup> Vgl. Anderson, S. 27.

<sup>88</sup> Windthorst an Engelen, 1. Mai 1837; in: Briefe an Engelen, S. 64.

<sup>89</sup> Windthorst an Engelen, 15. Dezember 1836; in: Ebd., S. 62.

<sup>90</sup> Vgl. Sellert, S. 16.

gend protestantischer Bevölkerung eine Minderheit bildeten, oft als Beeinträchtigung der persönlichen religiösen Freiheit und als Bedrohung ihrer sozialen Identität empfunden.<sup>91</sup> Der Kölner Erzbischof Spiegel klagte in den Jahren nach 1830 über die ansteigende Pedanterie, mit der die staatlichen Behörden die Arbeit der Bischöfe hemmten.<sup>92</sup> In dem in Bayern, Sachsen und Preußen verbotenen sogenannten Roten Buch klagte man, dass der Staat auf alle kirchlichen Entscheidungen, noch ehe sie getroffen wären, Einfluss ausüben wolle. Der Staat wolle *"die Kirche beherrschen"*, alles leiten und *"die Kirchenvorsteher als seine Diener und Organe gebrauchen"*<sup>93</sup>. Die Katholiken vertraten aber in kirchenpolitischen Fragen oder in Fragen, wie man das Verhältnis zwischen kirchlicher und staatlicher Macht regeln sollte, keine einheitlich geschlossene Linie. Im Klerus und im aufgeklärten katholischen Bürgertum hatten sich diverse Haltungen herauskristallisiert. Konservativer Vertreter und starker Widersacher einer aufgeklärteren Richtung war Clemens August Droste zu Vischering, der 1836 Kölner Erzbischof wurde. Vischering leitete durch seine Haltung den Konflikt um die sogenannte Mischehenfrage ein.

Der preußische Staat regelte die Ehe als bürgerliche Rechtsangelegenheit. Im preußischen Landesrecht galt, dass die Söhne der Konfession des Vaters und die Töchter der Konfession der Mutter folgen sollten. 1803 wurde diese Bestimmung dahingehend geändert, dass bei Uneinigkeit der Eheleute über die Frage der konfessionellen Erziehung der Kinder, alle ehelichen Kinder der Konfession des Vaters folgen sollten.<sup>94</sup> 1825 wurde die Regelung auch auf das Rheinland und Westfalen ausgedehnt.<sup>95</sup> Das katholische Kirchenrecht missbilligte diese Maßnahme. Im Fall einer Ehe zwischen Katholiken und Protestanten wurde empfohlen, die Einsegnung stets

---

<sup>91</sup> Vgl. Wolfgang Altgeld, Windthorst und die konfessionellen Probleme Deutschlands; in: Ludwig Windthorst, 1812-1891, Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, hrsg. vom Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 1991, S. 45.

<sup>92</sup> Vgl. Hürten, S. 62.

<sup>93</sup> Das sogenannte Rote Buch aus dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts, Zitiert nach Hänsel-Hohenhausen, a.a.O, Bd. 2, S. 592.

<sup>94</sup> Vgl. Aschoff, Staat und Kirche, S. 214.

<sup>95</sup> Vgl. Oskar Jäger, Geschichte des 19. Jahrhunderts, Erster Band, 1800-1852, Berlin/Leipzig 1913, S. 82.

von dem *"rechtskräftigen Versprechen"* des nichtkatholischen Partners abhängig zu machen, den katholischen Ehepartner nicht in der Ausübung seiner Religion zu hindern, *"und die Kinder im katholischen Glauben erziehen zu wollen"*<sup>96</sup>. Die katholische Mischehenpraxis wurde von vielen Protestanten als Übergriff auf die Rechte des nichtkatholischen Elternteils und als Einmischung der katholischen Kirche in Gewissensangelegenheiten angesehen. Der Konflikt wurde in der Praxis dadurch aufgehoben, dass die katholischen Priester die Ehe auch ohne das vorgeschriebene Versprechen einsegneten. Dies war ein Kompromiss, auf den man sich, ohne Kenntnis des Papstes Pius VIII. in geheimen Verhandlungen 1834 geeinigt hatte. Es bedeutete den Rückzug in eine individuelle Religionspraxis.

Für die katholische Geistlichkeit in Preußen bestand aber durchaus weiterhin die Möglichkeit, Einfluss auf die Kindererziehung auszuüben, indem man das Aufgebot oder die Trauung verweigerte, wenn eine Zusage katholischer Kindererziehung nicht abgegeben wurde. Ferner konnten katholische Geistliche mit Verweigerung der Kommunion oder Absolution, Druck auf den katholischen Ehegatten ausüben.<sup>97</sup> Durch den Zuzug von preußischen Protestanten in das Rheinland nach 1815 nahm die Zahl der Mischehen aber weiter zu. Viele Katholiken befürchteten, dass sich innerhalb kurzer Zeit die höheren Schichten der Gesellschaft im Rheinland protestantisieren könnten, denn ein großer Teil der gemischten Ehen waren Verbindungen von protestantischen Beamten und Offizieren mit katholischen Frauen.<sup>98</sup>

Der latente Konflikt trat an die Oberfläche, als sich der Kölner Erzbischof gegen die bisherige Übereinkunft stellte und gegen den Willen des Domkapitels nach der römischen Verurteilung des Theologen Hermes die theologische Fakultät in Bonn für den Priesternachwuchs sperrte. Als Reaktion verfügte die preußische Regierung im November 1837 die Amtsenthebung des Erzbischofs, der zum Verlassen seines Gebietes aufgefordert und auf der Festung Minden für einige Zeit inhaftiert wurde.<sup>99</sup> Diese als polizeiliche Willkür

---

<sup>96</sup> Permaneder's Handbuch, S. 738f.

<sup>97</sup> Vgl. Aschoff, Staat und Kirche, S. 213ff.

<sup>98</sup> Vgl. Jäger, a.a.O., S. 82.

<sup>99</sup> Vgl. Hänsel-Hohenhausen, Bd. 2, S. 986ff.

gedeutete Aktion brachte die öffentliche Meinung der Katholiken auf die Seite des Erzbischofs, der bis zu diesem Zeitpunkt weder den größten Teil des Domkapitels noch der Bevölkerung hinter sich hatte. Auch der Papst und die Bischöfe nahmen in schärfsten Tönen Partei gegen die staatlichen Maßnahmen. Papst Gregor XVI. feierte den gefangenen Erzbischof im Dezember 1837 als unbesiegten Vorkämpfer der Kirche. Der Konflikt wurde erst entschärft, als Friedrich Wilhelm IV. 1840 den preußischen Thron bestieg. Die neue preußische Kirchenpolitik gab der katholischen Kirche einen weiteren Aktionsraum. Der Staat gab in wesentlichen Punkten, u.a. bei der Mischehenpraxis und dem Einspruch des Bischofs bei Besetzung theologischer Professuren, nach. Bei Bischofswahlen behielt er sich aber das Vetorecht vor. Im Kultusministerium wurde eine Katholische Abteilung eingerichtet. Der Kölner Erzbischof Vischering blieb auch nach dem offiziellen Ende der Auseinandersetzung suspendiert. Die Geschäfte wurden von Geissel weitergeführt. Die Beilegung des Streites wurde durch das große Dombaufest, mit dem der Weiterbau des seit Jahrhunderten unvollendeten Kölner Doms begangen wurde, im September 1842 ausdrücklich bekundet.<sup>100</sup>

Die Mischehenfrage war eine Auseinandersetzung prinzipieller Natur zwischen Staat und Kirche und den verschiedenen Gruppierungen innerhalb der katholischen Gelehrten. Vischering hatte sich mit seiner Entscheidung gegen die Individualisierung der Frömmigkeit gestellt und sich klar von modernen Tendenzen abgegrenzt. Neben den rein kirchenpolitischen Aspekten der Auseinandersetzung, die im Resultat der ultramontanen Richtung innerhalb des Katholizismus Vorschub leisteten und eine stärkere Orientierung an Rom förderten,<sup>101</sup> dürfen die politischen und gesellschaftlichen Komponenten der Kölner Wirren nicht unbeachtet bleiben. Zunächst war Preußen noch kein Rechtsstaat im heutigen Sinne, aber Preußen war durchaus ein Staat bürgerlichen Rechts. Ein Verstoß gegen rechtliche Grundsätze wie die Verhaftung des Erzbischofs von Köln erregte

---

<sup>100</sup> Vgl. Nipperdey, S. 418ff.

<sup>101</sup> Ultramontan fasst jenen Teil des katholischen Klerus zusammen, der sich den Weisungen des Papstes unterwarf und liberale Bestrebungen bekämpfte. Die ultramontane (= jenseits des Berges) Bewegung steht damit auch gegen jene reformerische Bestrebungen einiger deutscher Bischöfe, sich von der römischen Kirche und dem Papst eine größerer Selbstständigkeit zu sichern.



Aufsehen.<sup>102</sup> Der Streit zeigte das hohe Potential der Mobilisierbarkeit der Bevölkerung. Im Dezember und Januar kam es zu volksaufstandähnlichen Szenen, "die als erste Opposition" der Bevölkerung gegen die preußische Regierung überhaupt "besonders bemerkenswert sind"<sup>103</sup>. Mit der Intensivierung der katholischen Presse und groß angelegten Petitionskampagnen bediente man sich fortan modernster Mittel der Streiführung. Petitionen an den Landtag und an den König stellten in Preußen die Möglichkeit der Bevölkerung dar, in sehr beschränkter Form auf die Gesetzgebung einzuwirken. Diese Möglichkeit wurde nun besonders im Rheinland verstärkt wahrgenommen, obwohl der Rheinische Provinziallandtag keine gesetzgeberische Funktion hatte. Die Petitionskampagnen schufen aufgrund ihrer Ausdehnung in Verbindung mit ihrer Verbreitung in den Zeitungen eine neue Form der politischen Öffentlichkeit. In den Provinziallandtagen im Rheinland und in Westfalen, die nach mehrjähriger Unterbrechung 1840 wieder zusammentraten, kam es zu Protesten katholischer Abgeordneter. Man forderte die Beilegung der Differenzen auf dem Rechtswege. Große Resonanz in der katholischen Öffentlichkeit fand die im Januar 1838 publizierte Streitschrift von Joseph Görres unter dem Titel Athanasius. Die Schrift von mehr als 150 Druckseiten nahm konkret Stellung zu Rechtsfragen und erreichte in vierter Auflage eine Stückzahl von 10 000.<sup>104</sup> 1841 organisierten Katholiken ein Komitee und setzten sich in der sogenannten Trierer Petition für die Rückkehr Droste-Vischerings ein.<sup>105</sup>

Für das Rheinland galten darüber hinaus einige Besonderheiten. Neben speziellen Forderungen unterstützten die Katholiken auch wichtige rheinisch-liberale Forderungen, wie nach Kompetenzerweiterung der Provinziallandtage oder nach Erhalt des von Frankreich übernommenen Rechtssystems.<sup>106</sup> Kirche und Adel waren in den linksrheinischen Gebieten enteignet und das französische Verwaltungssystem eingeführt worden. Einem bürgerlichen Gesetzbuch,

---

<sup>102</sup> Vgl. Nipperdey, S. 331.

<sup>103</sup> Hänsel-Hohenhausen, Bd. 2, S. 1020.

<sup>104</sup> Vgl. Hürten, S. 67f.

<sup>105</sup> Vgl. Jürgen Herres, Städtische Gesellschaft und katholische Vereine im Rheinland 1840-1945, Essen 1996, S. 176ff.

<sup>106</sup> Vgl. ebd., S. 187.

dem Code Napoleon, in dem die Rechtseinheit und die Gleichheit vor dem Gesetz geregelt wurde, waren Straf- und Handelsrecht gefolgt. Dieser radikale Modernitätsumbruch begünstigte die Entwicklung, denn die aufstrebenden Schichten des Bürgertums konnten durch Förderung des freien Wettbewerbs und Handels wirtschaftlich und sozial aufsteigen. In Köln, so urteilte Oskar Jäger 1913, hätten sich die Bürger gerne *"vor den Wagen des Imperators"* spannen lassen, *"und seine Anerkennung fand keine Schwierigkeiten."*<sup>107</sup> Preußen hätte mit dem Rheinland ein Gebiet mit *"zum guten Teil widerwilliger Bevölkerung"*<sup>108</sup>. Dass die Stimmungslage der Rheinländer in der Tendenz antipreußisch war, beschrieb u.a. Seyffardt in seinen Erinnerungen über seine Erfahrungen während seiner Dienstzeit als preußischer Soldat in Köln zwischen Oktober 1846 und September 1847:

*"Aus meiner ganzen Dienstzeit ist mir keine Erinnerung lebendiger geblieben als eine Begegnung bei Gelegenheit meiner ersten Wache am Zeughaus, eben weil sie so charakteristisch ist für die damalige Stimmung der Rheinländer gegen Preußen. Als ich gerade meinen Vorgänger abgelöst hatte, trat ein Bürschchen von 10 -12 Jahren hart heran an die Grenze, die ich nicht überschreiten durfte, mit dem Ausruf im Kölner Dialekt: Roter Kragen, nichts im Magen, goldne Tressen, nichts zu fressen! Stink Preuß!"*<sup>109</sup>

Die Auseinandersetzungen mit der Zentralgewalt in Preußen bargen den Wunsch des etablierten und liberalen Bürgertums nach größerer Unabhängigkeit von der preußischen Vorherrschaft. Es war der Versuch der Emanzipation. Verstärkt wurde dieser bis dato unterschwellige Konflikt durch die Tatsache, dass im Rheinland preußische Ordnungskräfte wie Polizei und Militär sowie höhere Staatsangestellte, die ähnlich wie in Hannover in der Regel protestantisch waren, der Masse der einheimischen katholischen Bevölkerung gegenüberstanden. In Hannover war diese Konstellation nach der Reformation gewachsen, im Rheinland war sie erst nach dem Wiener Kongress entstanden. Die Unzufriedenheit über die empfundene Beeinträchtigung der persönlichen religiösen Freiheit und Bedrohung

---

<sup>107</sup> Jäger, S. 10.

<sup>108</sup> Ebd., S. 41.

<sup>109</sup> Ludwig Friedrich Seyffardt, Erinnerungen. Als Handschrift gedruckt. Nach dem Tode des Verfassers in seinem Auftrag überreicht, Leipzig 1900, S. 5.

der gewachsenen Identität sowie eine Unzufriedenheit über die preußische Form der Fremdbestimmung förderte den Konflikt.

Für die preußische Zentralmacht bargen Unruhen in den Randgebieten machtpolitische Gefahren. Solche Konflikte griffen vom Rheinland auch auf die polnischen Teile Preußens über und in Polen verbanden sich Katholizismus und die Suche nach der nationalen Identität und Unabhängigkeit von Preußen. Der Konflikt dehnte sich auf Gnesen-Posen aus, wo Erzbischof Dunin Anhänger einer katholisch-konservativen Politik war. Als der Papst schließlich den aufgeklärteren und regierungsfreundlicheren Erzbischof von Breslau zum Rücktritt zwang,<sup>110</sup> griff der Heilige Stuhl damit direkt in die Belange des preußischen Staates ein. Dieser Konflikt hätte eventuell auch eskalieren können, aber der neue preußische König Friedrich Wilhelm IV. suchte die Versöhnung mit der katholischen Kirche und verstand es, Thron und katholischen Altar im Interesse der Staatspolitik programmatisch zu verbinden.

Nicht überall in Preußen stieß die katholikenfreundliche Politik auf Befürworter. Sie wurde, wenn nicht offen abgelehnt, so doch in manchen Fällen unterlaufen. Als in Berlin im 1842 und 1843 ein Konzert zugunsten des Dombaus stattfinden sollte, konnte dieses nicht zustande kommen, da der Polizeipräsident von Berlin erklärte, dass es für einen Protestanten nicht schicklich sei, sich für den Kölner Dom zu interessieren.<sup>111</sup> Anzumerken ist in diesem Zusammenhang auch, dass ein ähnliches Ereignis wie es die Kölner Wirren für die Katholiken im Rheinland waren, die Gemüter der protestantischen Christen in Bayern erregte. Nicht nur Katholiken unter mehrheitlich protestantischer Herrschaft fühlten sich durch staatliche Maßnahmen benachteiligt, sondern auch Protestanten unter mehrheitlich katholischer Herrschaft. Anlass der Auseinandersetzung in Bayern war, dass das Kriegsministerium 1838 eine Ordre erlassen hatte, in der die Soldaten aufgefordert wurden bei Heeresgottesdiensten und Fronleichnamsprozessionen ohne Unterschied der Konfession, vor dem Allerheiligsten niederzuknien. Durch diese Verordnung fühlten sich die Protestanten in ihrer verfassungsmäßig garantierten Gewissensfreiheit eingeschränkt. Auch für die Liberalen

---

<sup>110</sup> Vgl. Nipperdey, S. 419.

<sup>111</sup> Vgl. Robert Saitschick, Bismarck und das Schicksal des deutschen Volkes. Zur Psychologie und Geschichte der deutschen Frage, München 1949, S. 74.

war ein solcher staatlicher Eingriff nicht akzeptabel. Der Streit um die sogenannte Kniebeugenordre wurde auf parlamentarischer und publizistischer Ebene geführt. Die bayrische Regierung versuchte zunächst die Gegner einzuschüchtern und reagierte mit bürokratischen Maßnahmen und Pressezensur. Erst Ludwig I. von Bayern hob die Ordre 1843 auf und beendete den Streit.

### 1.3.2. Die konservative Koalition

Für viele Katholiken waren die Ereignisse in Köln ein prägender Faktor. Auf August Reichensperger wirkten sie gar wie ein Impuls, der ihn aus *"laudem Christentum zu entschiedener, tiefer Gläubigkeit führte"*<sup>112</sup>. Immer intensiver wurde seine Verbindung zu den aktiven katholischen Kreisen in Koblenz, mit denen er zuvor keine Gemeinschaft gehabt hatte.

Im katholischen Deutschland, wie auch in anderen Ländern Europas, konnte man in den 40er Jahren die rasche Entwicklung *"emotional geladener Andachtsformen"*<sup>113</sup>, wie den Marienkult und die Verehrung des Herzens Jesu beobachten. Diese neue Form der Frömmigkeit, die an einen alten, durch die Aufklärung zeitweilig zurückgedrängten Frömmigkeitsbrauch anknüpfte, spielte sich zunächst vorwiegend in den ländlichen katholischen Gebieten ab. 1844 initiierte der Trierer Bischof Arnoldi die Wallfahrt zum Heiligen Rock. Bereits Mitte der 20er Jahre hatten ca. 150.000 Menschen jährlich an Wallfahrten in der Rheinprovinz teilgenommen, doch diese neue Form sprengte die bis dato bekannten Ausmaße. Die offizielle Angabe der Trierer Kirchenführung lag bei einer Teilnehmerzahl von über 1 000 000.<sup>114</sup>

Die Wallfahrten waren eine Verbindung von modernen massenwirksamen Vereinigungen und der Belebung neuartigen, von Aufklärern und Fortschrittlichen als mittelalterlich verlachter katholischer

---

<sup>112</sup> Hürten, S. 74.

<sup>113</sup> Blackbourn, a.a.O., S. 12.

<sup>114</sup> Vgl. Andreas Holzem, Kirchenreform und Sektenstiftung. Deutschkatholiken, Reformkatholiken und Ultramontane am Oberrhein 1844-1866 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 65), Paderborn/München/Wien/Zürich 1994, S. 13f. Vgl. auch Herres, a.a.O., S. 199ff.

Volksfrömmigkeit.<sup>115</sup> Gegen diese Entwicklung meldeten sich aufgeklärte Katholiken zu Wort. Auch innerhalb des Klerus stießen die Wallfahrten nicht auf ungeteilte Zustimmung. Bischöfe wie Geissel aus Köln, der dieser neuen Form der Frömmigkeit offensichtlich nicht dogmatisch ablehnend gegenüberstand,<sup>116</sup> verhielten sich zunächst passiv oder tolerierten sie. Von einigen Ausnahmen abgesehen, wurde von kirchlicher Seite in der Regel versucht, das Massenphänomen weitestgehend einzudämmen. Ein Grund für die Zurückhaltung vieler Geistlicher war die Angst vor einem Autoritätsverlust. Auch wollte man Konfrontationen mit der preußischen Regierung vermeiden, denn die Durchführung der Massenwallfahrten war grundsätzlich nur mit einer staatlichen Erlaubnis möglich.<sup>117</sup> Von einigen wurde dieser neue Brauch als dogmatisch zweifelhaft empfunden. So warf der Kaplan Johannes Ronge Bischof Arnoldi vor:

*"Denn wissen Sie nicht, - als Bischof müssen Sie es wissen, - daß der Stifter der christlichen Religion seinen Jüngern und seinen Nachfolgern, nicht seinen Rock, sondern seinen Geist hinterließ? Sein Rock, Bischof Arnoldi von Trier, gehört seinen Henkern! Wissen Sie nicht, - als Bischof müssen Sie es wissen, - daß Christus gelehrt: 'Gott ist ein Geist, und wer ihn anbetet, soll ihn im Geist und in der Wahrheit anbeten?' Und überall kann er verehrt werden, nicht etwa bloß zu Jerusalem im Tempel, auf dem Berge Garizim oder zu Trier beim Heiligen Rocke." <sup>118</sup>*

Als sich Staat und Kirche aussöhnten, bedeutete das aber auch die Klerikalisierung der bisher von kirchlicher Seite verworfenen Volksfrömmigkeit, die nun stärker in die kirchliche Organisation eingebunden wurde.<sup>119</sup> Man demonstrierte damit nachhaltig den kirchlichen Einfluss vor allem auf die Unterschichten und machte deutlich, dass der katholische Klerus diese Massen innerhalb der

---

<sup>115</sup> Vgl. Altgeld, Gegensätze, S. 162.

<sup>116</sup> So beschrieb die Chronistin des von Johanna Etienne gegründeten Augustinerinnenklosters in Neuss, Bischof Geissel zu einem späteren Zeitpunkt *"als den größten Marien-Verehrer unserer Zeit"*; in: Klosterchronik, Neuss, 8. September 1864. Archiv des Augustinerinnenklosters Neuss.

<sup>117</sup> Vgl. Herres, S. 207.

<sup>118</sup> Johannes Ronge, Sendschreiben vom 16. Oktober 1844. Zitiert nach Holzem, S. 13.

<sup>119</sup> Vgl. ebd., S. 434.

gegebenen politischen und gesellschaftlichen Ordnung diszipliniert führen und leiten konnte.<sup>120</sup>

Marx, der Anfang der 40er Jahre als Redakteur der "Neuen Rheinischen Zeitung" arbeitete, interpretierte die Hinwendung zur Religion als Ausdruck des gesellschaftlichen Elends.<sup>121</sup> Mit der industriellen Revolution hatte sich eine Schicht der besitzlosen und lohnabhängigen Industriearbeiter gebildet, die den Besitzenden praktisch ohne Rechte gegenüberstand. In der Marxschen Betrachtungsweise war die Bändigung der Massen und die Kontrolle derselben von konservativer wie kirchlicher Seite eine politische Notwendigkeit zum Erhalt der Strukturen, um das soziale Bedürfnis, das in eine Revolution umschlagen konnte, zu bändigen.<sup>122</sup> Wo viele, besonders die ungebildeteren Klassen orientierungslos waren, bot die Religion eine Stütze. Wie auch immer das politische Ergebnis aber zu bewerten ist, es wäre nicht richtig die Wallfahrten nur unter dem Aspekt der Demonstration kirchlicher und konservativer Macht zu sehen, denn ihre religiöse Wurzel war nicht zu übersehen. Sie zeigten "*demonstrativ die volksreligiöse Eigensinnigkeit*"<sup>123</sup> der städtischen und ländlichen katholischen Unterschichten und signalisierten einen

---

<sup>120</sup> Vgl. Lönne, S. 82f.

<sup>121</sup> "*Die Religion ist ein Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist.*" Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie 1843/44; in: Karl Marx, Eine Auswahl aus seinem Werk, Redaktion und Nachwort von Herbert Reinoß, Berlin/Darmstadt/Wien o.D., S. 20.

<sup>122</sup> Die soziale Frage und die soziale Not griffen auch katholische Theoretiker auf. Mitte der 30er Jahre hatten sich mehrere Ansätze entwickelt, wie man diese neue gesellschaftliche Problematik zu behandeln habe. Zu den Vertretern einer katholischen, romantisch beeinflussten Sozialkritik zählten neben Joseph Görres und Adam Müller auch Franz von Baader und Joseph Ritter von Buß. Man richtete sich gegen den Rationalismus der Aufklärung und setzte sich kritisch mit dem Liberalismus auseinander. Von katholischer Seite initiierte Konzepte des Sozialrechtes können zwar ebenfalls als Instrumente der Kontrolle aufgefasst werden, tatsächlich entsprechen sie aber den Grundsätzen christlicher Werte- und Moralvorstellungen. Selbst Zeitgenossen fanden für diese Konzepte lobende Worte. Über Buß, der 1848 zu den Gründern des katholischen Vereins gehörte und die ersten Katholikentage mitorganisierte und in der Zeitschrift "Der Katholik" in Erscheinung trat, schrieb August Bebel 1904, dass ihm durchaus die Anerkennung zufalle, der erste parlamentarische Vertreter des Arbeiterschutzes gewesen zu sein. Vgl. Katholizismus und Sozialismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. und erl. von Wolfgang Ockenfels (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Bd. 11), Paderborn u.a. 1992, S. 19f.

<sup>123</sup> Herres, S. 196.

Wandel in der religiösen Praxis und Mentalität. Sie bedeuteten letzten Endes die *"Endindividualisierung frommer Vollzüge"*<sup>124</sup>.

Für die katholische Kirche bedeutet diese Entwicklung, dass man sich von aufgeklärten Wegen abwandte. So groß der Einfluss der gebildeten und liberalen Katholiken auch war, entscheidend für die katholische Kirche wurde die Hinwendung zum sogenannten Ultramontanismus. Dies war äußerer Anlass der Abspaltung der sogenannten Deutschkatholiken, deren Hauptvertreter der suspendierte Priester Johann Czerski und der Kaplan Ronge wurden. 1845 erfolgte die Gründung einer Vielzahl eigener Gemeinden. Der Deutschkatholizismus, der vor allem zunächst in Schlesien und Sachsen erfolgreich war, fand seine Anhänger hauptsächlich bei jenen Katholiken aus einer protestantisch dominierten, teilsäkularisierten städtischen Umgebung. Sozialstrukturen wie Urbanisierung und Konfessionsverteilung erwiesen sich als förderlich für die Bewegung. Der Abbau katholischer Überlieferungen in Dogma und Kult dieser Gruppen ermöglichte auch die Aufnahme protestantischer Christen. Neben Fragen des Kultes spielte aber der nationale Aspekt eine Rolle. Man sah auf Seiten der Deutschkatholiken in der nationalen Kirche die Chance auf ein wiedervereinigtes Christentum:

*"Der Zeitpunkt ist groß und wichtig, um endlich Deutschland von dem stets glimmenden Feuer der kirchlichen Zwietracht zu befreien. [Wenn man] den katholischen Klerus sein Wesen so forttreiben lässt, so möge man nur auf Deutschlands Einheit nicht rechnen"*<sup>125</sup>.

Ronge verurteilte die konservative Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche. Die Jesuiten betrachtete er als die Speerspitze der päpstlichen Macht in Deutschland. Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. hatte in seinen Augen versagt, denn er hätte die Möglichkeit gehabt, *"Deutschland aus den Krallen römischer Jesuiten"* zu befreien und die Möglichkeit verpasst, die *"geistige und sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes"*<sup>126</sup> einzuleiten. Die Vielfaltigkeit der deutschkatholischen Bewegung, die von offizieller

---

<sup>124</sup> Holzem, a.a.O., S. 434.

<sup>125</sup> K.G. Bretschneider, Für die Deutsch-Katholiken, 1845. Zitiert nach Altgeld, Gegensätze, S. 171.

<sup>126</sup> Johannes Ronge, Die Ursache meiner Verbannung, London 1860, S. 13; in: Nachlass Ludwig Friedrich Seyffardt, 40/15/723. Stadtarchiv Krefeld.

kirchlicher Seite als Bedrohung und von liberaler Seite als Freiheitsbewegung überschätzt wurde, begrenzte aber auch ihre Ausbreitungsmöglichkeit. Der Deutschkatholizismus konnte sich nach Anfangserfolgen nicht durchsetzen, 1847 zählte er in ganz Deutschland etwa 60 000 Anhänger.<sup>127</sup> Gegen die deutschnationale Gruppierung bildete sich eine Gruppe von Reformern, die innerhalb der katholischen Kirche Veränderungswünsche vertraten und das Ziel verfolgten, die Konfrontation abzubauen. Diese Reformer, die sich um die Integration der Deutschkatholiken bemühten, konnten sich innerhalb der katholischen Kirche nicht durchsetzen.<sup>128</sup>

#### 1.4. Windthorsts Etablierung

##### 1.4.1. Die Opportunität des Handelns

Als im November 1837 die Regierung von Preußen den Erzbischof von Köln aus Anlass des Streits zwischen Kirche und Staat über die konfessionell gemischten Ehen verhaftete, war Ludwig Windthorst 25 Jahre alt. In der Frage der Mischehen ging man von Seiten der Regierung und der Katholiken Auseinandersetzungen in Hannover aus dem Weg, obwohl rechtlich ähnliche Bestimmungen galten wie in Preußen. Der preußische Mischehenstreit und die antikatholischen Maßnahmen der preußischen Regierung wurden vom hannoverschen König verurteilt. Als Bischof Lüpke gegen die bisher eingehaltene moderate Praxis die katholischen Elternteile, die ihre Kinder nicht katholisch erziehen wollten, zu Sündern erklären wollte, reagierte die hannoversche Regierung mit Verärgerung. Lüpke milderte daraufhin seine Aussagen ab und man hielt an der bisherigen Praxis fest.<sup>129</sup> Die Möglichkeit der Geistlichen und der Familie auf die Heiratswilligen Druck auszuüben, bestand selbstverständlich. Im Falle seiner Schwester Ida, die sich in einen Protestanten verliebt hatte und dadurch eine familiäre Krise auslöste, hatte Windthorst sich bereits 1835 zum Problem der Mischehen eindeutig geäußert.

---

<sup>127</sup> Vgl. Aschoff, Staat und Kirche, S. 210. Dazu abweichend die Zahl von Klaus Fitschen, der von einer Stärke von ca. 100000 Anhängern und 300 Gemeinden ausgeht. Vgl. Klaus Fitschen, Der Katholizismus von 1648 bis 1870 (Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen, III/8), Leipzig 1997, S. 134.

<sup>128</sup> Vgl. Holzem, S. 194ff.

<sup>129</sup> Vgl. Aschoff, Staat und Kirche, S. 219ff.



Windthorst betrachtete zumindest die katholische Kindererziehung als Voraussetzung einer Mischehe. Die Frage der Kindererziehung ist offensichtlich als Druckmittel benutzt worden, um die Heirat zu unterbinden.<sup>130</sup>

Während die Frage um die Mischehen in Preußen eine bedeutende Rolle spielte, überschattete ein anderes Ereignis die politische Situation in Hannover. Einige Monate vor den Kölner Wirren war in Hannover nach dem Tod Wilhelms IV. sein Bruder Ernst August, Herzog von Cumberland, sein Nachfolger geworden. Der Tod des alten Königs bedeutete auch die Beendigung der langjährigen Personalunion der Könige Großbritanniens und Hannovers. Königin wurde in Großbritannien Wilhelms Nichte Viktoria. Der neue hannoversche König Ernst August hatte einen großen Teil seines Lebens am Hofe von Friedrich Wilhelm III. in Berlin verbracht. Er galt als absolutistischer Herrscher und stand einer konstitutionellen Verfassung ablehnend gegenüber. Zudem hatte er in Großbritannien ab 1799 im House of Lords eine Reihe von Maßnahmen mitgetragen, die gegen die rechtliche Emanzipation der Katholiken - das Problem stand in engem Zusammenhang mit der irischen Frage - gerichtet waren. Katholiken wie Liberale in Hannover sahen der politischen Zukunft mit Sorge entgegen.

Bereits kurz nach seinem Regierungsantritt im Juni 1837 vertagte Ernst August den Vereinigten Landtag auf unbestimmte Zeit und erklärte, dass er sich weder formell noch materiell an das 1833 konstituierte Staats- und Grundgesetz gebunden fühle. Er löste damit einen Verfassungskonflikt aus.<sup>131</sup> Windthorst, der den Tod des alten hannoverschen Herrschers als eine Hiobsbotschaft bezeichnete, wurde durch die neue Politik Ernst Augusts in Verlegenheit gebracht, denn er hatte seinen Eid auf das Staatsgrundgesetz von 1833 geleistet, das Ernst August nun negierte. Windthorst bat seinen Freund Ferdinand Engelen, der sich zu dieser Zeit in der Stadt Hannover aufhielt, ihn über den weiteren Verlauf der Angelegenheiten zu informieren. Windthorst vertrat gegenüber dem neuen König eine widersprüchliche Haltung. Obwohl er seinem Freund schrieb, dass er sich trotz der Erklärung des Königs dem hannoverschen

---

<sup>130</sup> Vgl. Windthorst an Engelen, 30. Mai 1835; in: Briefe an Engelen, S. 51.

<sup>131</sup> Vgl. ebd., S. 68, Fn. 2.

Staats- und Grundgesetz von 1833 weiterhin verpflichtet fühle, seinen Eid halten wolle und mahnte, vorsichtig in seinen Bemerkungen über die Initiative des Königs zu sein, fand er die offene Vorgehensweise des neuen Königs löblich. Sie zeige, dass Ernst August Energie besitze.<sup>132</sup>

Am 1. November 1837 erklärte Ernst August die Staats- und Grundgesetze von 1833 für unwirksam und entthob sämtliche staatliche Angestellte und Beamte der, auf das "*Staatsgrundgesetz ausgedehnten, eidlichen Verpflichtungen*"<sup>133</sup>. Nur wenige wagten es, diese Bestimmungen als Akt monarchischer Willkür anzugreifen. Gegen die Aufhebung der eidlichen Verpflichtung und gegen Annullierung der Verfassung erhoben sieben Professoren der Göttinger Universität Einspruch.<sup>134</sup> Die Professoren, die von ihren anderen Kollegen nicht unterstützt wurden, betonten, sie würden den Rückhalt bei der Jugend verlieren, wenn sie sich in dieser Angelegenheit dem König beugten und nicht an ihrem alten Eid festhalten würden. Formal hatte man den Dienstweg eingehalten und das Schreiben an den Rektor der Universität gerichtet. Obwohl dieser Protest eine interne Angelegenheit der Universität war, geriet das Schreiben in die Presse. Windthorst sandte Engelen eine Abschrift des Protestes der Wissenschaftler. Im Gegensatz zu seiner ersten Aussage, den Eid auf das Grund- und Staatsgesetz halten zu wollen, war er im November in dieser Angelegenheit bereits zurückhaltender.<sup>135</sup> Die Professoren wurden schließlich aus ihren Ämtern entlassen. Dahlmann, Gervinus und Jacob Grimm bekamen drei Tage Zeit, um das Land zu verlassen. Als der neue Eid auch auf die

---

<sup>132</sup> Vgl. Windthorst an Engelen, o.D., vermutlich zwischen Juli und August 1837; in: Ebd., S. 68.

<sup>133</sup> Königliches Patent über die Aufhebung der Verfassung vom 1. November; in: Ernst Rudolf Huber (Hrsg.), *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, 3 Bde., 3. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978-1986, Bd. 1, S. 293.

<sup>134</sup> Der Jurist Wilhelm Eduard Albrecht, der Orientalist Georg Heinrich August Ewald, der Physiker Wilhelm Eduard Weber, die Historiker Friedrich Christoph Dahlmann und Georg Gottfried Gervinus sowie die Brüder Grimm unterzeichneten ein Schreiben an den Universitätssenat, in dem sie sich noch an Verfassung von 1833 gebunden erklärten. Vgl. Protest-Schreiben der Göttinger Sieben an das Universitäts-Kuratorium vom 18. November 1837; in: Ebd. S. 295f. Vgl. hierzu auch Wolfgang J. Mommsen, 1848. *Die ungewollte Revolution*, Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830-1848, Frankfurt a. M. 1998, S. 59.

<sup>135</sup> Vgl. Windthorst an Engelen, 30. November 1837; in: Briefe an Engelen, S. 70.

Anwaltschaft ausgedehnt wurde, bat Engelen, der dem Problem als erster gegenüberstand, Windthorst um Rat. Windthorsts Antwort blieb unverfänglich. Er hatte Bedenken, eine Meinung zu äußern. Mit seinem Engelen gegebenen Rat, in diesem Konflikt seinem Gewissen zu folgen und sich an Gott zu wenden, da Menschen in solchen Fällen vergebens gefragt würden, drückte er auch seine Machtlosigkeit aus.

*"Wenn ich in Deinem Falle wäre, würde ich in warmem Gebete mich zu Gott wenden und was dann das Innerste spricht, würde ich tun. Menschen werden in solchen Fällen vergebens gefragt."*<sup>136</sup>

Innerhalb von Wochen gab die gesamte Anwaltschaft und auch Windthorst gegenüber dem neuen Souverän nach und unterzeichnete. Auch die Kabinettsminister Hannovers traten bis auf eine Ausnahme nicht zurück und leisteten den neuen Eid. Windthorst schloss sich nicht der Erklärung einer Gruppe von Anwälten an, die behauptete, der neue Eid verstoße rechtlich nicht gegen die Verfassung von 1833. Windthorst hielt die Unterzeichnung eines solchen Schreibens für sinnlos. Zudem wollte er sich durch eine solche Positionierung, nicht *"möglicherweise Unannehmlichkeiten"*<sup>137</sup> zuziehen.

Die Katholiken verhielten sich während des Verfassungskonflikt besonnen und obrigkeitstreu. Trotz einiger Einwände stimmten die katholischen Abgeordneten der Zweiten Kammer der Verfassung zu. Die Bischöfe wandten sich nicht, wie noch 1833, mit der Bitte um Hilfe an den Papst. Hinter dieser Haltung stand sicherlich das Ziel, das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche nicht zu gefährden und nicht negativ gegenüber dem als antikatholisch eingeschätzten neuen König aufzufallen. Unter Umständen ist Bischof Lüpke bei einer Audienz beim König im Dezember 1837 die Möglichkeit einer Neudotation des Bistums Osnabrück angedeutet worden. Als Gegenleistung erwartete man selbstverständlich die Loyalität der Katholiken. Die katholische Kirche entschied sich wie in Preußen auch, für das konservative Bündnis zwischen Thron und

---

<sup>136</sup> Windthorst an Engelen, 3. Dezember 1837; in: Ebd., S. 71.

<sup>137</sup> Windthorsts an Engelen 13. Dezember 1837; in: Ebd.

Altar. Trotzdem hatte dieses Bündnis eine andere Dimension als in Preußen. Die Zahlenverhältnisse waren anders und das Selbstbewusstsein des rheinisch-katholischen Bürgertums war ausgeprägter. In Preußen hatten sich sowohl in den Kölner Wirren als auch während der Wallfahrten in für die staatliche Kontrolle beängstigender Weise Massen mobilisiert. In der Folge gab es auch eine deutlichere Entwicklung zum Ultramontanismus. Eine Entwicklung, die in Hannover offensichtlich zunächst nicht in dieser Weise erfolgte. Auch Reformbewegungen und Deutschkatholiken erreichten in Hannover keine nennenswerte Grundlage. Im Königreich Hannover bildete sich nur in Hildesheim eine deutschkatholische Gemeinde, die aber auch während ihrer Blütezeit nie mehr als 160 Mitglieder zählte. Allerdings erhielten die Deutschkatholiken ideell und materiell Unterstützung vom Magistrat der Stadt und von einigen Protestanten. Die hannoversche Regierung stand der neuen Gruppierung zurückhaltend gegenüber. Zwar konnte man durch die Anerkennung der Deutschkatholiken die katholische Kirche schwächen, aber die Bewegung löste durch ihre demokratischen Elemente Beunruhigung aus, das eigentliche Glaubensbekenntnis erschien der Regierung dürftig und schwach.<sup>138</sup>

Windthorst hatte sich nicht gegen die neue Verfassung aufgelehnt. Ein sehr persönlicher Grund dieser Zurückhaltung - und dieser stand im Zusammenhang mit seiner beruflichen Entwicklung - war, dass Windthorst zu diesem Zeitpunkt mit den Vorbereitungen seiner Hochzeit mit Julie und dem Ankauf einer gemeinsamen häuslichen Einrichtung beschäftigt war.<sup>139</sup> Widerstand gegen den König hätte den möglichen Ausschluss aus seinem Beruf, somit das Ende einer gerade begonnenen Karriere und den finanziellen Abgrund bedeutet. Damit verbunden gewesen wäre eine Gefährdung seiner Beziehung zu Julie Engelen, seinem seit 1834 gehegtem privaten Ziel. Durch seinen Beruf und seine persönlichen Kontakte war er auch sehr eng an die politisch aktive Gruppe der Katholiken gebunden. Windthorsts Gönner, die Vezins, stellten führende Repräsentanten der Katholiken

---

<sup>138</sup> Vgl. Aschoff, Staat und Kirche, S. 204 und S. 209ff.

<sup>139</sup> Vgl. Paul Colonge, Windthorst und der deutsche Nationalstaat; in: Ludwig Windthorst, 1812-1891, Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, hrsg. vom Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 1991, S. 58.

seiner Heimatstadt dar und standen dem Ratgeber des Königs, Baron Georg von Schele nahe. Vezin war Rat im Osnabrücker Konsistorium und war ein Mann, dessen Leistungen Windthorst sehr hoch einschätzte.<sup>140</sup> Windthorst bewies gegenüber der staatlichen wie der kirchlichen Obrigkeit eine opportune Gesinnung. Er akzeptierte die Verfassungsreform des Königs und entsprach durch sein Handeln der Haltung der katholischen Kirche und der Katholiken. Er war aber, betrachtet man seine erste Reaktion, gegen die Vorgehensweise des Königs, die nicht seinem Rechtsempfinden entsprach. In dieser Beziehung hatte er offensichtlich auch einige Gewissensnöte auszustehen. Ebenso war er gegen die konservative Wendung im Katholizismus, die ihn nach persönlicher Aussage hinsichtlich der Verurteilung des Bonner Theologen Hermes, persönlich getroffen haben muss. Wie er über das Phänomen der Massenwallfahrten dachte, geht nicht aus seinen Briefen hervor. Als Anhänger von Georg Hermes, mag ihm diese neue Form der Volksfrömmigkeit wohl als dogmatisch zweifelhaft erschienen sein. Er war ein selbstbewusster und erfolgsorientierter Bürger, der sich mit klassischen Bildungsbürgeridealen und liberalen Ideen beschäftigte hatte. Der Ultramontanismus und seine Begleiterscheinungen, auch wenn diese in Hannover nicht so stark ausgeprägt waren, muss ihm wie eine Reduzierung der Welt erschienen sein. Seine Bedenken drangen aber nicht nach außen und somit gab es keinen Anlass, an seiner Ergebenheit zu zweifeln.

Im Verfassungskonflikt zogen sich die Katholiken und mit ihnen als aufstrebender Jurist Ludwig Windthorst, das erhebliche Misstrauen und die Gegnerschaft des gemäßigt liberalen Bürgertums zu. Auch hier gab es wieder einen Unterschied zur preußischen Situation. In Preußen hatten Liberale und Katholiken im Rheinland in den Provinziallandtagen zusammengearbeitet, in Hannover war die Situation nicht vergleichbar. Für den Osnabrücker Bürgermeister Carl Bertram Stüve, schienen die Katholiken für die Machtvorstellungen eines Ernst August eine politische Stütze zu sein. Die Stadt richtete eine Petition an König und Ständeversammlung zwecks Wiederherstellung der Verfassung. Im Versuch, die Verfassung zu erhalten,

---

<sup>140</sup> Den Tod Vezin 1837 deutete Windthorst als einen großen Verlust für die Katholiken. Vgl. Windthorst an Engelen, 19. Juni 1837; in: Briefe an Engelen, S. 68.

weigerte sich die Osnabrücker Bürgerschaft, einen Deputierten in die vom König modifizierte Ständeversammlung zu entsenden. Während sich die Stadt zunehmend zum Hauptstützpunkt der liberalen und konstitutionellen Opposition entwickelte, ging die katholische Bevölkerung dementsprechend auf Distanz. Stüve wandte sich gegen den Willen der hannoverschen Regierung an den deutschen Bundesrat. Die Herausforderungen des königlichen Absolutismus brachte Preußen und Österreich-Ungarn zusammen. Am 5. September 1838 fasste die Bundesversammlung den sogenannten Inkompetenzbeschluss. Der Bundesrat beschloss, dass Osnabrück kein Appellationsrecht besitze.<sup>141</sup> Als der Antrag wegen mangelnder Legitimation abgelehnt wurde, zeigte Stüve sich resigniert. Er hatte seinen Versuch den Bund einzuschalten auch als Möglichkeit für den Bund begriffen, *"sich von den großen Mächten zu emanzipieren"*<sup>142</sup>. Nachdem Stüve die rechtlichen Mittel ausgeschöpft hatte, hielt er den literarischen Widerstand weiter aufrecht. Den weiteren Bestimmungen des Bundesbeschlusses entsprechend wurde im August 1840 für Hannover ein neues Verfassungsgesetz publiziert. Ferner wurde die königliche Kasse wieder von der Staatskasse getrennt. Die Zusammensetzung des Landtages wurde begrenzt und seine Befugnisse beschnitten. Die Minister waren nur noch der Krone gegenüber verantwortlich. Für Stüve war diese neue Verfassung ein Rückschritt. Sie sei *"unzusammenhängend, inkonsequent"* und letztendlich nur das *"Ergebnis des Zerrens"* zwischen der hannoverschen Regierung und der Ersten Kammer *"ohne irgendeine vermittelnde Einsicht in das Wesen der Sache"*<sup>143</sup>. Stüve wurde in einen vom König angestregten politischen Prozess verwickelt und unter Vorwänden von der Kammer ferngehalten.<sup>144</sup> Obwohl sich der König in Hannover mit seinen Anschauungen durchgesetzt hatte, führten

---

<sup>141</sup> Vgl. Waldemar R. Röhrbein, Wegbereiter des demokratischen Rechtsstaates in Niedersachsen (Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, Reihe B, Heft 7), Hannover 1966, S. 35f. Vgl. auch Anderson, S. 39.

<sup>142</sup> Johann Carl Bertram Stüve an Friedrich Johannes Frommann, Osnabrück, 5. September 1839; in: Johann Carl Bertram Stüve, Briefe 1817-1872, 2 Bde., eingeleitet und ausgewertet von Walter Vogel (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, Hefte 10/11), Göttingen 1959/60, Bd. 1, 1817-1848, S. 486.

<sup>143</sup> Stüve an Frommann, Osnabrück, 11. August 1840; in: Ebd., S. 502.

<sup>144</sup> Vgl. Röhrbein, a.a.O., S. 36.

die Änderungen der Verfassung in der Folgezeit nicht zu der erwarteten Stärkung der königlichen Souveränität. Das Schatzamt verzeichnete weiterhin beträchtliche Schulden. Die wirtschaftliche Lage Hannovers verschlechterte sich. Auch die hannoversche Kammer erwies sich als weniger fügsam als dies von Ernst August erhofft worden war.<sup>145</sup>

#### 1.4.2. Der Aufstieg

Im privaten Bereich musste Windthorst 1839 und 1840 schwere Schicksalsschläge hinnehmen. Seine Frau Julie hatte zwei Fehlgeburten. Erst 1841 brachte sie ein gesundes Mädchen zur Welt. Auch Windthorsts Augenleiden verschlechterte sich. Seine berufliche Entwicklung hingegen verlief positiver. Der Direktor der Justizkanzlei in Osnabrück, Graf Karl von Wedel berichtete dem Justizminister Freiherr von Stralenheim, dass die Praxis Windthorsts seiner Ansicht nach mittlerweile die bedeutendste unter allen dort ansässigen Kanzleien sei. Als Windthorsts Förderer und einstiger Ausbilder Heinrich August Vezin zum Oberappellationsrat in Celle befördert wurde, bewarb Windthorst sich, unterstützt von Bischof Lüpke, auf die Stelle als dessen Nachfolger im Konsistorium. 1842 wurde Windthorst vom Königlichen Ministerium der Geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten zum Vorsitzenden Rat des Königlichen Konsistoriums in Osnabrück berufen.<sup>146</sup>

Im Konsistorium hatte Windthorst über Rechtsfragen zu befinden und Angelegenheiten zwischen Kirche und Staat, sowie Fragen zu Ehe-, Verlöbnis- und Schulangelegenheiten zu klären. Auch diese Arbeit absolvierte Windthorst wieder mit dem vertrauten Fleiß. In einem Brief an Engelen schrieb er über die Menge der anfallenden Arbeit, die er zu bewältigen hätte.<sup>147</sup> Das Konsistorium war ein staatliches Instrument und eine Einrichtung, die den kirchlichen Rechtsgrundsätzen durchaus widersprach. Da diese Einrichtung aber bestand, kam es auf ihre personelle Zusammensetzung an.

---

<sup>145</sup> Vgl. Anderson S. 39f.

<sup>146</sup> Vgl. Spael, a.a.O., S. 24 und Sellert, S. 19f. Vgl. Briefe Windthorst an Engelen von April 1839 bis September 1841; in: Briefe an Engelen, S. 73ff.

<sup>147</sup> Vgl. Windthorst an Engelen, 22. Juni 1847; in: Briefe an Engelen, S. 83f.

Windthorst entsprach für diese Aufgabe offensichtlich sowohl den Vorstellungen der katholischen Kreise als auch den Vorstellungen auf staatlicher Seite. Seine Zurückhaltung in der Verfassungsfrage, sein opportunes Verhalten gegenüber dem neuen hannoverschen Herrscher und seine intensiven Beziehungen zur katholischen und konservativen Elite hatten sich für ihn in beruflicher Hinsicht als förderlich erwiesen. Dem liberalen Lager galt Windthorst hingegen schon vor seiner Ernennung als Gegner. Der Osnabrücker Bürgermeister Carl Bertram Stüve wollte die Bewerbung Windthorsts verhindern. Für Stüve war Windthorst ein junger, übermütiger Advokat und ein katholischer Rabulist.<sup>148</sup>

Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Hannover blieb weiterhin relativ entspannt, was u.a. auch daran lag, dass es in der Schulfrage keine größeren Auseinandersetzungen gab, da die Verstaatlichung der Schule nicht in der Weise intensiviert wurde, wie in Preußen. Eine Mitwirkung der Kirchen am Schulunterricht in Volksschulen wurde von der hannoverschen Regierung zugestanden, aber es gab keine einheitliche Regelung für das Königreich. Erst 1845 kam es zu einem Gesetz, das für ganz Hannover gelten sollte. Die Schullasten sollten nicht mehr der Schulgemeinde, sondern der politischen Gemeinde zufallen. Das Verhältnis der katholischen Kirche zur Volksschule wurde dadurch aber nicht geändert. Ein Grund zu Auseinandersetzungen zwischen kirchlicher und staatlicher Autorität war der vom Bischof von Hildesheim Wandt, 1843 verfasste Katechismus. Das Vorgehen des katholischen Kirchenoberen verstieß gegen die Landesverfassung, da der neue Katechismus nicht dem Hildesheimer Konsistorium als landesherrliche Zensurbehörde vorgelegt und nicht über seine Einführung verhandelt worden war. Das hannoversche Ministerium kritisierte das eigenständige Vorgehen des Bischofs und war mit dem Inhalt unzufrieden. So erklärte der Katechismus deutschkatholische Paten für unzulässig und deutete auf die Gefahren gemischter Ehen für den Glauben hin, was von vielen Protestanten und in der Presse stark kritisiert wurde. Der hannoversche König forderte Wandt dazu auf, die bereits ausgeteilten Exemplare wieder einzusammeln und von den Schulen

---

<sup>148</sup> Vgl. Stüve an Johann Hermann Detmold, Osnabrück, 6. November 1841 und Stüve an Frommann, Osnabrück, 21. Juni 1843; in: Stüve, Bd. 1, a.a.O., S. 524 und S. 559.



zu entfernen. Dies sollte eine Disziplinierung des Bischofs darstellen und die Weiterbenutzung des Katechismus und die Verbreitung ultramontaner Inhalte unterbinden. Der Bischof sah in der Wiedereinziehung des Katechismus eine Gefährdung seiner Autorität und war zunächst bereit, den Konflikt eskalieren zu lassen. Von Seiten der hannoverschen Regierung wurde bereits mit der Möglichkeit eines Konfliktes mit dem Heiligen Stuhl gerechnet. Unter dem Einfluss der Domherren, die eine Eskalation verhindern wollten, beugte sich der Bischof und zog sich von seiner Position zurück. Mit Zustimmung des Ministeriums und des Konsistoriums konnte 1851 ein einheitlicher Katechismus im Bistum Hildesheim eingeführt werden, der über die Gültigkeit der gemischten Ehen eine gemäßigte Anschauung enthielt.<sup>149</sup>

Windthorst verhielt sich während des Konfliktes in Hildesheim zurückhaltend. Dies mag daran gelegen haben, dass er in Osnabrück jene Behörde repräsentierte, gegen deren Bestimmungen Wandt in Hildesheim verstoßen hatte und er sich in dieser Angelegenheit nicht in Verlegenheit bringen wollte. Ab Mitte der 40er Jahre engagierte er sich sehr stark im karitativen Bereich. Osnabrück war durch zwei Missernten wirtschaftlich stark getroffen. Man versuchte die Not mit Hilfe karitativer Veranstaltungen zu lindern.<sup>150</sup> Windthorst versuchte in dieser Zeit auch seinen Einfluss bei der Stellenvergabe zu nutzen. In einem Brief an Engelen betonte er, dass er sich gegen den Versuch der Regierung wende, katholische Beamte, die wie sein Schwager versetzt werden sollten, in die Diaspora zu versetzen. Diesbezüglich habe er bereits seine Meinung geäußert. Im Falle Engelens, so war er überzeugt, könne man wenigstens erreichen, dass er an einen Ort versetzt werde, wo er wenigstens eine katholische Messe besuchen könne<sup>151</sup>. Eines seiner ehrgeizigsten Projekte war der Versuch, eine Neudotation des Bistums Osnabrück zu erreichen. Für die Erlangung dieses Zieles bedienten sich die Katholiken der Massenpetition, an deren Durchführung Windthorst beteiligt war. Bereits im Mai 1846 ging eine Bittschrift mit 5000

---

<sup>149</sup> Vgl. Aschoff, Staat und Kirche, S. 230f. und S. 239ff.

<sup>150</sup> Vgl. Windthorst an Engelen, 9. März und 11. April 1847; in: Briefe Windthorst an Engelen, S. 81f. Vgl. ebd., S. 78, Fn. 3.

<sup>151</sup> Windthorst an Engelen, o. D., vermutlich zwischen Februar und Juni 1844; in: Ebd., S. 76f.

Unterschriften bei König Ernst August ein. Drei Jahre später folgte eine weitere mit 10 000 Unterschriften. Diese wurde von einer Deputation übergeben, der Windthorst angehörte. Windthorst beteiligte sich auch aktiv an der Organisation von Bittschriften, die offiziell von den einzelnen Kirchengemeinden eingereicht wurden.<sup>152</sup> Mit der Politik außerhalb Hannovers beschäftigte Windthorst sich kaum. Gelegentlich nahm er zwar in seinen Briefen Stellung zu Fragen, die sich mit der Lage der Katholiken in der Schweiz beschäftigten,<sup>153</sup> beobachtete auch interessiert den sogenannten Gustav-Adolf Verein, der 1842 in Leipzig zum Zwecke der kirchlichen Betreuung zerstreut wohnender evangelischer Einwohner gegründet worden war, sein tatsächliches politisches und gesellschaftliches Interesse beschränkte sich aber auf seine direkte Umgebung. Er hatte seine Kontakte zu den konservativen Kreisen des Staates weiter ausgebaut. Über Heinrich August Vezin lernte er Eduard Freiherr von Schele, den Sohn des Kabinettsministers von 1837-1844, Georg Freiherr von Schele, kennen und bewegte sich somit im Umfeld der Regierungskreise Hannovers.<sup>154</sup> Ende 1842 wurde Windthorst zum Assessor, d.h. Beisitzer im sogenannten Pupillen-Collegium der Königlichen Justiz Kanzlei in Osnabrück ernannt. Auch in diesem Amt wurde er Nachfolger seines Gönners und einstigen Ausbilders Vezin, der, nachdem er zum Oberappellationsrat in Celle befördert worden war und nicht beide Ämter ausüben konnte, Windthorst als Nachfolger vorgeschlagen hatte. Zu Windthorsts Aufgaben gehörten u.a. die Betreuung aller unter Vormundschaft

---

<sup>152</sup> Vgl. Aschoff, Christlicher Politiker, S. 9.

<sup>153</sup> In der Schweiz hatten sich während einer langjährigen Auseinandersetzung um die Reform der staatenbündischen Verfassung von 1815 sieben katholische Kantone gegen die mehrheitlich evangelischen Nachbarn zum sogenannten Sonderbund zusammengeschlossen. Die evangelischen Kantone neigten dem bundesstaatlichen Gedanken, die katholischen mehr der althergebrachten Kantonsouveränität zu. Der Auseinandersetzung vorausgegangen war eine ultramontane Entwicklung im Kanton Luzern und die offizielle Rückberufung der ausgewiesenen Jesuiten in den Kanton. Es folgten heftige Auseinandersetzungen zwischen Katholiken und Liberalen, die 1844/45 eskalierten. Es kam zu Freischärlereinfällen in die katholischen Kantone, die sich zum Sonderbund zusammenschlossen. Als die übrigen Kantone die Auflösung des Sonderbundes verlangten, kam es 1847 zum Krieg. Der Sieg über den Sonderbund wurde im übrigen Europa auch als Kampf zwischen liberalem Geist und ultramontaner Gesinnung gedeutet. Nach dem Krieg wurden strenge Aufsichtsgesetze über die Kirche erlassen. Vgl. Windthorst an Engelen, 19. November 1847; in: Briefe an Engelen, S. 83.

<sup>154</sup> Vgl. Anderson, S. 29.

oder Kuratel stehenden Personen und Güter sowie die Verwaltung der sich in gerichtlicher Administration befindenden Vermögen in Konkurs geratener Gemeinschuldner. 1843 wählte ihn die Osnabrücker Ritterschaft, für deren Mitglieder er als Anwalt in Einzelfällen bereits tätig geworden war, zum Syndikus. Als er wegen der neuen Aufgaben sein Amt als Notar niederlegen wollte, setzte die Ritterschaft sich dafür ein, dass er dies behalten möge.<sup>155</sup>

Windthorsts beruflicher Aufstieg war nach seiner Ausbildungszeit rasch vorangegangen. Windthorst besaß großen Ehrgeiz, Fleiß, Engagement und Fachkenntnisse. Er verstand es, sich der jeweiligen Situation anzupassen und repräsentierte in seinem politischen Handeln die konservativen Strukturen des Königsreiches, denen er sich zwar zu einem Teil nur widerwillig, aber letztendlich doch unterworfen hatte. So erfuhr er doppelte Unterstützung. Von den katholischen Kreisen wie der Familie Vezin bis hinauf in die hohe Geistlichkeit, namentlich in der Person Lüpkes, wurde er protegiert. Beistand erhielt er ferner von den konservativen Kreisen der hannoverschen Gesellschaft um die Familie Schele, die ihn bei seiner Bewerbung zum Syndikus der Ritterschaften unterstützte. In letzterer Tätigkeit konnte er die bereits vorhandenen Kontakte zur Aristokratie noch weiter intensivieren. Sein beruflicher Aufstieg und seine wachsende gesellschaftliche Bedeutung wurde schließlich dokumentiert, als er in den exklusiven Großen Club geladen wurde, der sich seit 1789 aus Mitgliedern des Osnabrücker Establishments zusammensetzte.<sup>156</sup> Die Ausgangslage für den weiteren Karriereverlauf des erst Anfang Dreißigjährigen war ausgesprochen gut.

---

<sup>155</sup> Vgl. Sellert, S. 21ff.

<sup>156</sup> Nach Anderson versuchte Windthorst bereits 1842 eine politische Karriere zu beginnen und wurde in die Zweite Kammer des Vereinigten Landtages gewählt. Man verweigerte ihm aber den Eintritt aufgrund angeblich ungenügender Qualifikation. Eine Beschreibung dieser ungenügenden Qualifikation wird von Anderson nicht näher ausgeführt. Vgl. Anderson, S. 41.



## **2. Katholik und Staatsdiener**

### **2.1. Die Revolution und die Katholiken**

#### **2.1.1. Die Frankfurter Paulskirche**

Die Revolutionswelle 1848 begann zunächst in Frankreich, nachdem Demonstrationen für die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts verboten worden waren. Gegen die Massendemonstrationen, bei denen unter anderem die Verbesserung der sozialen Bedingungen der Unterschichten gefordert wurden und an denen vor allem das Kleinbürgertum und die Arbeiterschaft beteiligt waren, sollte die Nationalgarde eingesetzt werden. Die Nationalgarde stellte sich jedoch auf die Seite der Demonstrierenden, der Bürgerkönig Louis Philippe musste im Februar 1848 abdanken und die Republik wurde ausgerufen.

Die Nachrichten über die Ereignisse in Frankreich wurden nicht nur in den Herrscherhäusern Europas mit größter Besorgnis aufgenommen. Auch ein Großteil der deutschen Liberalen zeigte sich über die Möglichkeit, dass die Revolution auf Deutschland übergreifen könnte, zutiefst beunruhigt. Man fürchtete nicht nur staatliche Sanktionen oder den Fall, dass das revolutionäre Frankreich einen Krieg gegen die deutschen Staaten führen könnte. Die gewaltsamen Ausbrüche der Massen, die zu einem großen Teil von Abneigung gegen das wohlhabende Bürgertum bestimmt waren, gefährdeten auch den gesellschaftlichen Status Quo einer liberalen Oberschicht. In Mannheim kam es am 27. Februar 1848 zu einer ersten großen Volksversammlung mit ca. 5000 Teilnehmern. Die in Mannheim beschlossenen sogenannten Märzforderungen, wie u.a. die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung und der Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, gingen über liberale Forderungen hinaus. Auch das allgemeine Wahlrecht war keine Forderung der frühen Liberalen, denen die Masse des Volkes noch als ungebildet und als urteilslos galt. Während der Liberalismus vom Freiheitsgedanken ausging, ging die Demokratie vom Gleichheits- und Mehrheitsgedanken aus. In Köln und Karlsruhe kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Demokraten. Führende Repräsentanten beider politischer Richtungen versammelten sich schließlich am 5. März 1848 in Heidelberg und beschlossen die Einberufung eines Vorparlaments nach Frankfurt. Allerdings konnte man sich nur unter

großen Anstrengungen auf eine gemeinsame politische Erklärung einigten. Als am 31. März 1848 in Frankfurt das Vorparlament zusammentrat, wurden die unterschiedlichen Haltungen zwischen Liberalen und Demokraten noch deutlicher.<sup>1</sup> Die Liberalen wollten eine Vorentscheidung über ihr konstitutionelles Programm im Sinne einer Vereinbarung mit dem Bundestag durchsetzen. Die Demokraten dagegen forderten die Abschaffung der Monarchie, die Errichtung einer Republik, den Schutz der Arbeit sowie die Aufhebung des stehenden Heeres, des Berufsbeamtentums und der Klöster.<sup>2</sup> Die Unruhen in Deutschland gingen unterdessen weiter. In München wurde die Abdankung Ludwig I. unter dem Druck der Bevölkerung unabwendbar. In Berlin gingen am 14. März Truppen gegen die Demonstrierenden vor und Friedrich Wilhelm IV. versuchte die Lage durch Zugeständnisse zu entschärfen. Auch in Wien kam es am 13. April 1848 zu heftigen Auseinandersetzungen. Metternich, ein führender Kopf des bisherigen autokratischen Systems, der von seinen liberalen Gegnern als Anhänger einer ultramontanen Reaktion angesehen wurde, wurde zum Rücktritt veranlasst. In Lombardo-Venetien kam es zu einer Erhebung gegen die österreichische Herrschaft. Im März erklärte König Carl Albert von Piemont-Sardinien Österreich den Krieg.

Die Frankfurter Nationalversammlung wurde eine Versammlung von Angehörigen des gebildeten und besitzenden Bürgertums. Unter ihnen waren Professoren, Juristen, Verwaltungsbeamte, Literaten, Kaufleute, Gutsbesitzer, nur wenige Handwerker, ein Kleinbauer und kein Arbeiter.<sup>3</sup> Es gab keine festen Parteien im heutigen Sinn, sondern weitläufige und sich erst langsam formende und differenzierende Gruppierungen, die sich in sogenannten Klubs organisierten. Die Katholiken Deutschlands, die durch die Revolution von 1848 nicht weniger erfasst wurden als die gesamte Bevölkerung, reagierten auf die Ereignisse entsprechend ihrer Schichtzugehörigkeit

---

<sup>1</sup> Ein Übersicht der revolutionären Ereignisse bietet Wolfgang J. Mommsen, 1848. Die ungewollte Revolution, Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830-1848, Frankfurt a. M. 1998, S. 104-126.

<sup>2</sup> Vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800-1866, Bürgerwelt und starker Staat, Broschierte Sonderausgabe, München 1998, S. 607.

<sup>3</sup> Vgl. Manfred Görtemaker, Deutschland im 19. Jahrhundert, Entwicklungslinien (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 274), 5. Auflage, Bonn 1996, S. 113.

und politischen Prägung. Die katholischen Abgeordneten verteilten sich auf verschiedene Fraktionen. Radowitz, Döllinger, Ketteler und Buß auf der Rechten, August und Peter Reichensperger sowie Heinrich von Gagern, der zum Präsidenten der Versammlung gewählt wurde, im Zentrum. Über demokratische oder liberale Tendenzen hinaus, forderte eine Mehrheit der Katholiken Reformen zugunsten der Religions- und Glaubensfreiheit, der Unabhängigkeit von Religion und Kirche vom Staat sowie Vereinigungsfreiheit auf politischem wie religiösem Gebiet. Zur Durchsetzung dieser Forderungen bildete sich eine interfraktionelle Gruppe. Diesem "Katholischen Klub", der sich am 14. Juni, einen Monat nach Eröffnung des Frankfurter Parlaments gründete, gehörten ca. 40 Mitglieder an.<sup>4</sup>

Im Siebzehnerausschuss der Paulskirche wurde an einem Verfassungsentwurf gearbeitet. Die Grundrechte waren ein Gebiet, auf dem sich die Mitglieder der ungleichen politischen Färbungen in der Frankfurter Paulskirche noch am ehesten über Gemeinsamkeiten einigen konnten.<sup>5</sup> Politisch kontrovers diskutiert wurden dagegen der Umfang der Befugnisse der Zentralgewalt, die Frage eines Wahl- oder Erbkaisertums und das Verhältnis des Parlamentes zum Regenten. Auch die Grundsätze der freien Bildung von Religionsgemeinschaften waren nicht von einem breiten Konsens getragen. Der Antrag des katholisch-liberalen Rheinländers Deiters, der sich für das Prinzip der Unabhängigkeit der Kirche vom Staat aussprach, wurde abgelehnt. Im Plenum dagegen wurde der Vorschlag einer Trennung von Kirche und Staat von einer Mehrheit der Abgeordneten unterstützt, die sich gegen einen "*staatsnahen protestantischen Liberalismus*"<sup>6</sup> aus Katholiken, linken Liberalen und Demokraten gebildet hatte. Die im Plenum gefassten Beschlüsse beruhten auf einer Übereinstimmung dieser Gruppierungen gegen einen erheblichen Teil der Liberalen. Außerparlamentarisch unterstützt wurden die Forderungen durch Petitionen der katholischen Wähler und des

---

<sup>4</sup> Vgl. Nipperdey, a.a.O., S. 609ff. Vgl. Karl-Egon Lönne, Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1986, S. 106.

<sup>5</sup> Vgl. Nipperdey, S. 616.

<sup>6</sup> Peter Landau, Die Entstehung des neueren Staatskirchenrechts in der deutschen Rechtswissenschaft der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; in: Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, hrsg. von Wolfgang Schieder (Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 54) 1993, S. 36f.

Klerus. Die Paulskirche beschloss die Abschaffung des Plazets für kirchliche Erlasse, den Wegfall staatlichen Einflusses auf die Besetzung kirchlicher Stellen, den freien Verkehr zwischen Bischöfen und Papst und eine Garantie des Assoziationsrechtes für alle religiösen Korporationen.<sup>7</sup> Die Grundrechte sicherten jedem Deutschen Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie das Recht auf öffentliche Religionsausübung. Durch das religiöse Bekenntnis sollten die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte nicht beschränkt werden. Ferner wurde den Religionsgemeinschaften erlaubt, ihre Angelegenheiten selbstständig im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetze zu verwalten und zu ordnen. Diese Regelung fand auch in der Frage um die Schulordnung ihre Entsprechung. Allerdings gelang es der liberalen Parlamentsmehrheit, die Zivilehe und die staatliche Aufsicht des öffentlichen Schulwesens mit Ausnahme des Religionsunterrichtes durchzusetzen. Privatschulen waren aber möglich. In der endgültigen Fassung der Grundrechte vom Dezember 1848 wurde der Religionsunterricht den Geistlichen unterstellt und das Verbot der Jesuiten wurde aufgehoben. Nach der Verabschiedung der Grundrechte und der Durchsetzung grundlegender kirchenpolitischer Ziele löste sich der Katholische Klub auf.<sup>8</sup> Den Kern der Verfassungsdebatte von Herbst 1848 bildete die Diskussion über die Stellung Österreichs und Preußens im künftigen deutschen Staatsverband. Die deutsche Frage überlagerte verfassungspolitische Trennlinien und wurde von einigen Liberalen durchaus genutzt, um von anderen kontrovers diskutierten Fragen abzulenken. Die Aufmerksamkeit sollte auf die *"Wahrscheinlichkeit eines bevorstehenden Krieges"* gelenkt werden, um *"dem Nationalgefühl einen Aufschwung zu geben"*<sup>9</sup>. In der Debatte kristallisierte sich ein starker Gegensatz zwischen Liberalen und Katholiken

---

<sup>7</sup> Vgl. Hans-Georg Aschoff, *Das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche im Königreich Hannover (1813-1866)* (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens, Bd. 86), Hildesheim 1976 (im folgenden angegeben als: Aschoff, *Staat und Kirche*), S. 248.

<sup>8</sup> Vgl. Heinz Hürten, *Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800-1960*, Mainz 1986, S. 99ff.

<sup>9</sup> Der Kölner Stadtverordnete Heinrich Claessen an Rudolf Camphausen in Berlin, Köln, 27. Februar 1848; in: *Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegungen 1830-1850*. Gesammelt und hrsg. von Joseph Hansen, Bd. 2, 1846-1850, Erste Hälfte, Januar 1846-April 1848 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Landesgeschichte, XXXVI), Bonn 1942, S. 467.



heraus,<sup>10</sup> die sich mehrheitlich gegen die von liberaler Seite geforderte kleindeutsche Lösung mit preußischer Spitze aussprachen. Für Buß zeigten sich in dieser Auseinandersetzung auch die regionalen, kulturellen und vor allem mentalen Unterschiede in Deutschland:

*"Überhaupt ist aber unser ganzes süddeutsches Wesen gegen das Preußentum natürlich gestimmt. Wir sind gewohnt, und mit uns der Österreicher, uns gehen zu lassen: wir bleiben auch in der Kultur natürliche Menschen. Bei den Preußen ist alles gemacht, gespreizt, er ist ewig auf der Parade, im Schlafrock macht er Dienst. Auch ekelt uns die ewige Selbstvergötterung der Preußen"<sup>11</sup>.*

### 2.1.2. Vereinsbewegung und Nationalkirche

Im Rheinland traf die Revolution auf ein bereits seit den 40er Jahren entstandenes Netz katholischer Vereine. Es waren zum einen bürgerlich-katholische Vereine, in denen sich z.B. Apotheker, Gymnasiallehrer, Rechtsanwälte, Kaufleute, Gewerbetreibende und Grundbesitzer organisierten, zum anderen auch katholische Bildungsvereine für Handwerker, Arbeiter, Gesellen und Jugendliche, die sich nicht durch verfassungs- oder kirchenpolitische Zielsetzungen definierten. Die Vereinsbewegung, die mit den politisch möglichen Mitteln für die Interessen der Kirche und der Katholiken eintrat, war eine neuartige Form kirchlichen Daseins, die den Katholiken eine neue gesellschaftliche Grundlage schuf. Die Vereine besaßen auch wichtige soziale Funktionen. Auf ihrer Grundlage bildete sich die katholische Caritas als ein Teil des städtischen und privaten Systems der Armenfürsorge, da der Staat sich sozialpolitisch inaktiv verhielt und die Städte in der Regel mit diesen Aufgaben überfordert waren. Begünstigt durch die Durchsetzung der Grundsätze von Presse-

---

<sup>10</sup> David Hansemann verfasste bereits am 1. März eine umfangreiche Denkschrift an den preußischen Innenminister von Bodelschwingh, in der er darlegte, dass Preußen sich jetzt an die Spitze der politischen Bewegung setzen und sich intensiv mit der deutschen Frage auseinandersetzen müsse. Vgl. Mommsen, a.a.O., S. 110.

<sup>11</sup> F. J. Buß, Flugschrift Die deutsche Einheit und die Preußenliebe, Stuttgart 1849; in: Ludwig Bergsträsser (Hrsg.), Der politische Katholizismus. Dokumente seiner Entwicklung (Der deutsche Staatsgedanke, Zweite Reihe: Die Parteien und der Staat III), 2 Bde., München 1921/23, Bd. 1, S. 178.

Vereins- und Versammlungsfreiheit, erfuhr das Vereinswesen während der Revolution einen bedeutenden Aufschwung.<sup>12</sup>

In Mainz gründete sich im März 1848 ein Verein für religiöse Freiheit. Diesem sogenannten Piusverein, einem Laienverein, der sich nach dem Namen des regierenden Papstes benannte und darauf angelegt war, sich über ganz Deutschland auszubreiten, hatten sich bereits einige Wochen nach seiner Gründung über 400 Mitglieder meist aus den unteren gesellschaftlichen Schichten angeschlossen.<sup>13</sup> Die Mitglieder hatten sich zur Aufgabe gesetzt, die neu errungenen Freiheiten für sich und die Kirche zu nutzen. Man setzte eine große Petitionsbewegung in Gang und wandte sich mit der Forderung, die Rechte der Kirche zu stärken an die Paulskirche. Obwohl der Verein je nach Region und Führungspersönlichkeit unterschiedlich politisch gefärbt war, bekam er durch seine Konzeption und sein Bekenntnis zu den Opfern der Revolution einen revolutionären Charakter. In Mainz ehrte der Piusverein die Opfer der Revolution, die *"muthigen Kämpfer"*, mit einer Totenfeier. Unter *"der schwarz-roth-goldenen Fahne stand ein silbernes Crucifix"*. Man war der Auffassung, dass das *"Christenthum und die Freiheit"*<sup>14</sup> notwendigerweise zusammengehörten.

Die Politisierung der Katholiken in Form revolutionär orientierter Vereine entsprach nicht den Vorstellungen des Klerus und des gehobenen katholischen Bürgertums. Der plebiszitäre Charakter dieser Bewegung weckte die Angst vor der Unkontrollierbarkeit der Massen und einem neuen Jakobinertum. Bischöfe versuchten die Gläubigen nachdrücklich von der Teilnahme an den revolutionären Unruhen abzuhalten, und der Moraltheologe Johann Baptist Hirscher warnte 1849 davor, sich nicht auf die Masse zu verlassen. Sie sei unzuverlässig und sei nicht die Nation, sondern der Mittelstand,

---

<sup>12</sup> Vgl. Ansgar Krimmer, *Der katholische Gesellenverein in der Diözese Rottenburg von 1852-1945. Ein Beitrag der Geschichte des Katholizismus in Württemberg* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, 66), Paderborn/München/u. a. 1994.S. 1. Vgl. Jürgen Herres, *Städtische Gesellschaft und katholische Vereine im Rheinland 1840-1945*, Essen 1996, S. 193ff.

<sup>13</sup> Vgl. Ernst Heinen, *Katholizismus und Gesellschaft. Das katholische Vereinswesen zwischen Revolution und Reaktion (1848/49-1853/54)* (Historisches Seminar, Neue Folge, Bd. 4), Idstein 1993, S. 23.

<sup>14</sup> Erstes öffentliches Auftreten und Statut des Mainzer Piusvereins, April 1848; in: Ebd. S. 79.

namentlich jene, die aufgrund von *"Talent, Kenntnisse, Amt oder Vermögen"*<sup>15</sup> höher ständen. Die Mission der Kirche sei es, auf diese Gruppen Einfluss auszuüben. Die entscheidende politische Weisung kam vom Heiligen Stuhl. 1846 war Pius IX. zum Papst gewählt worden. Er begann sein Pontifikat mit einigen Reformen und errichtete einen Staatsrat. Im November 1848 kam er aber den Forderungen der italienischen Revolutionäre nach einer Kriegserklärung gegen Österreich, der Einigung Italiens und der Einberufung eines demokratischen Ministeriums nicht nach. Die italienischen Revolutionäre wollten den Kirchenstaat in einen nationalen Staat eingliedern. Der Papst befand sich in einer schwachen politischen und militärischen Position, und floh vor einem Aufstand nach Gaeta. Die Revolutionäre riefen in Rom die Republik aus. Hilfreich zur Erhaltung des Kirchenstaates waren aus dem Blickwinkel des Papstes die Mächte der Restauration als Verbündete und als *"institutionelle Verkörperung des Autoritätsprinzips"*<sup>16</sup>. Am 4. Dezember 1848 rief Staatssekretär Antonelli die europäischen Herrscher zur Hilfe bei der Wiederherstellung der irdischen Macht des Papstes an, und in einem Schreiben vom 27. März 1849 sprach der Papst sich auch gegen das politische Engagement der katholischen Vereine aus.<sup>17</sup>

Mit seiner Entscheidung, sich mit den Mächten der Restauration zu verbünden, wies Pius IX. den fortschrittlichen Katholiken, die sich seit der konservativen Wende ohnehin auf dem Rückzug befanden, den Status einer Randerscheinung im Katholizismus zu. Immer häufiger kam er auf die Verbindung zu sprechen, die es seiner Ansicht nach zwischen revolutionären Bestrebungen und Liberalismus gab. Pius IX. wirkte zwar den revolutionsbereiten Strömungen entgegen, aber der Preis, den die Kirche zu zahlen hatte, war die Ausschaltung neuer moderner Impulse. Bürgerliche Werte wie Vernunft, Bildung, Wissen und Autonomie wurden zunehmend angegriffen, weil man sie als Urheber des Unglaubens sah. Die konservative Wendung führte

---

<sup>15</sup> Johann Baptist Hirscher, Die kirchlichen Zustände der Gegenwart, 1849. Zitiert nach Hürten, a.a.O., S. 107.

<sup>16</sup> Victor Conzemius, Kirchen und Nationalismen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts; in: Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, hrsg. von Albrecht Langner (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B: Abhandlungen) Paderborn/München/Wien/Zürich 1985, S. 18.

<sup>17</sup> Vgl. Hürten, S. 103f. Vgl. auch Aschoff, Staat und Kirche, a.a.O., S. 245.

zu jenem fortwährenden Konflikt mit der bürgerlichen Gesellschaft, in dem man sich *"in ein polemisches Verhältnis zur gesellschaftlichen Umwelt"*<sup>18</sup> brachte. Der Papst hatte offensichtlich auch die Andersartigkeit der deutschen Verhältnisse nicht in seine Überlegungen einbezogen. Während der Kirchenfürst in Italien gegen die Revolution arbeitete und bemüht war, seine historische und fürstliche Macht zu erhalten, waren es in Deutschland katholische Liberale und Demokraten, die versuchten, den kirchlichen Spielraum in einer teilsäkularisierten und überwiegend protestantischen Gesellschaft zu erweitern. Auch eine differenzierte Beschäftigung der Katholiken mit der deutschen Frage wurde durch die päpstliche Politik prinzipiell verhindert, denn der kirchliche Freiraum sollte von nationalen Bewegungen nicht eingeengt werden.

Roms Bemühung war, alle katholischen Institutionen und auch die Ortskirchen enger an sich zu binden. Davon abweichende Gedanken, wie die des Kirchenhistorikers und Theologen Döllingers, wurden abgewehrt. Döllinger, dem zu diesem Zeitpunkt noch keine unabhängige Ortskirche vorschwebte, hatte bereits Deutschtum und Katholizismus verbunden.<sup>19</sup> Er war überzeugt, dass der katholische Bevölkerungsteil Träger und Repräsentant der deutschen Nationalität sei, da er in der ununterbrochenen Kontinuität mit der Vergangenheit des deutschen Volkes stehe. Er forderte die Bischöfe auf, dem Protestantismus da entgegenzutreten, wo er versuchte das Nationalbewusstsein in seine Dienste zu stellen. Durch die Vereinigung der deutschen Katholiken wollte er die Vereinigung Deutschlands fördern.<sup>20</sup> Im Gegensatz dazu stand der Deutschkatholik Johannes Ronge, der publizistisch gegen Bischof Arnoldi bezüglich der Wallfahrten zum Trierer Rock angetreten war und sich von Rom

---

<sup>18</sup> Josef Mooser, Katholische Volksreligion, Klerus und Bürgertum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Thesen; in: Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, hrsg. von Wolfgang Schieder (Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 54) 1993, S. 154.

<sup>19</sup> Vgl. Conzemius, a.a.O., S. 14f.

<sup>20</sup> Vgl. Rudolf Lill, Katholizismus und Nation bis zur Reichsgründung; in: Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, hrsg. von Albrecht Langner (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B: Abhandlungen) Paderborn/München/Wien/Zürich 1985, S. 61. Vgl. auch Wolfgang Altgeld, Katholizismus, Protestantismus, Judentum. Über religiös begründete Gegensätze und nationalreligiöse Ideen in der Geschichte des deutschen Nationalismus (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Forschungen, Bd. 59), Mainz, 1992, S. 160.

abgewandt hatte. Ihm schien eine Verbindung mit evangelischen Christen hinsichtlich einer fortschrittlichen Theologie, der Entwicklung des Freiheitsgedankens und der nationalen Einigung Deutschlands notwendig. Für Ronge waren Humanismus und Papsttum unüberwindbare Gegensätze. Die Errungenschaften der angeblichen Religionsfreiheit der Paulskirche seien nicht existent, solange *"die Gemeinden unter absoluter Gewalt der Geistlichen"*<sup>21</sup> ständen. Das konservative Bündnis zwischen Thron und Altar war für ihn reaktionär. Jesuitisch, so bezeichnete er rückblickend die Politik aller Fürsten, die sich gegen die geistige und politische Erneuerung stellten:

*"In katholischen Staaten, wie in Oestreich, bildeten die Bischöfe und Jesuiten den Kern der Reaction und in den protestantischen die Gerlach, Stahl, Hengstenbergs, kurz die protestantischen Jesuiten, welche ihrem Glauben durch den Teufel und die Polizei Nachdruck zu geben suchen."*<sup>22</sup>

## 2.2. Windthorst im Zeichen der neuen Zeit

### 2.2.1. Einstieg in die Politik

Die Situation in Hannover war bereits vor der Revolution angespannt. König Ernst August versuchte, als die revolutionären Ereignisse auf Deutschland und Hannover übergriffen, wie andere Fürsten auch, die Revolution durch Zugeständnisse abzufangen. Er entließ sein altes Ministerium und beauftragte Graf Alexander von Bennigsen und den ehemaligen Osnabrücker Bürgermeister Bertram Stüve mit der Bildung einer neuen Regierung. Mit Stüve stand dem hannoverschen König ein Politiker zur Verfügung, der von den Liberalen anerkannt wurde, als Gegner des Königs in Verfassungsfragen galt und doch zugleich konservativ war. Sein Programm umfasste ein weites Spektrum. So forderte er das Ende der Adelsprivilegien, die Einführung von Schwurgerichtsprozessen, eine Erweiterung des Stimmrechts für die hannoverschen Kammern, die Zulassung der Öffentlichkeit zu den Landtagssitzungen, Presse-, Vereins- und Versamm-

---

<sup>21</sup> Johannes Ronge, Die Ursache meiner Verbannung, London 1860, S. 5; in: Nachlass Ludwig Friedrich Seyffardt, 40/15/723. Stadtarchiv Krefeld.

<sup>22</sup> Ebd., S. 3; in: Ebd.

lungsfreiheit und die Freiheit der Religion. Weitergehenden demokratischen Forderungen nach Parlamentarismus, Konstitutionalismus, Volkssouveränität sowie nach dem Prinzip des Freihandels und der freien Wirtschaft oder der Forderung nach einer verfassunggebenden Versammlung stand er jedoch ablehnend gegenüber. Stüve war auch darauf bedacht, die einzelstaatliche Souveränität Hannovers abzusichern. Der aufbrechende kleindeutsche Nationalismus stellte für die Existenz eines Mittelstaates eine Bedrohung dar. Hannover hatte der Konkurrenz zwischen Preußen und Österreich einen großen Teil seiner Existenz zu verdanken.<sup>23</sup>

Im Jahr vor den revolutionären Ereignissen hatte sich Windthorst an karitativen Veranstaltungen zur Linderung der herrschenden Not in Osnabrück beteiligt. An Engelen schrieb er, dass die Lage ruhig sei und es keine besonderen Neuigkeiten gebe. Man vergnüge sich in Gesellschaften oder in Theaterabenden, um die herrschende Not zu vergessen. Eine Theaterveranstaltung hätte immerhin zum Wohle der Armen Geld eingebracht.<sup>24</sup> Vor dem Hintergrund zweier Missernten kam es in Osnabrück im Vorfeld der Revolution zu Unruhen.<sup>25</sup> Das Übergreifen der Revolution führte Windthorst aber in erster Linie auf die *"auswärtigen Ereignisse"* zurück, die durch *"geschickte Hände"* genutzt würden. Er war überzeugt, dass die meisten Osnabrücker im Grunde friedlich bleiben wollten. Vieles laufe nur auf *"Stellenjägerei hinaus"* und manchen war es daher nach seiner Auffassung willkommen, *"daß die preußischen Proletarier über die Grenze brechen wollten."* Er selber wollte sich zurückhalten:

*"Mich hat niemand beleidigt, ich bin nüchtern zwischen all den Ereignissen geblieben und jetzt Bürgergardist, das vermehrt meine Arbeiten. Wie sich die allgemeinen Weltereignisse entwickeln, mag der Himmel wissen. Ich glaube nicht, das es ohne Krieg abgeht."*

---

<sup>23</sup> Vgl. Waldemar R. Röhrbein, Wegbereiter des demokratischen Rechtsstaates in Niedersachsen (Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, Reihe B, Heft 7), Hannover 1966, S. 37. Vgl. Margaret Lavinia Anderson, Windthorst. Zentrumsolitiker und Gegenspieler Bismarcks (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 14), Düsseldorf 1988, S. 44.

<sup>24</sup> Vgl. Windthorst an Engelen, Osnabrück, 9. März 1847; in: Ludwig Windthorst, Briefe an seinen Schwager Ferdinand Engelen 1834-1868, hrsg. von Hermann Schröter (Schriften des Niedersächsischen Heimatbundes, Neue Folge, Bd. 29), Hannover 1954, S. 82.

<sup>25</sup> Vgl. Anderson, a.a.O., S. 40.

*Soviel jetzt zu übersehen, sind die Änderungen für die Katholiken ungünstig*<sup>26</sup>.

Windthorst entsprach mit seiner Einschätzung dem etablierten Bürgertum. Er wollte in erster Linie deeskalierend wirken. Lütcken, ein Abgeordneter der Ersten Kammer und Landdrost von Osnabrück, teilte Osnabrück in drei politische Lager:

*"Optimisten, die alles gut sehen, das ist der Magistrat pp., Revolutionäre, das sind die Katholiken nicht, und verständige Leute, die Mut haben, das ist er, Windthorst"*<sup>27</sup>.

Windthorsts gemäßigte Stellung und seine Zurückhaltung erwiesen sich 1848 einmal mehr als förderlich für den weiteren beruflichen Weg, auch wenn Windthorst zunächst eine Niederlage hinnehmen musste. Im Frühjahr 1848 bewarb er sich erfolglos in drei Wahlbezirken um einen Sitz in der Frankfurter Nationalversammlung. Windthorst vermutete Wahlmanipulation.<sup>28</sup> Von den Liberalen wurde die Bewerbung wesentlich unter dem katholischen Aspekt gesehen. So deutete Rudolf von Bennigsen, der spätere Mitbegründer des Deutschen Nationalvereins mit der Forderung nach einem freiheitlich deutschen Bundesstaat unter der Führung Preußens, die Niederlage Windthorsts als Niederlage des ultramontanen Katholizismus. Windthorst wäre zwar ein gescheiter Jurist, aber Osnabrück, *"dieses Muster des staatsgrundgesetzlichen Liberalismus"* hätte beinahe *"den Schmerz erlitten"*, aus seinem Wahlkreis *"einen Ultramontanen nach Frankfurt gehen zu sehen"*<sup>29</sup>. Windthorst gelang es auf anderer Ebene seine Karriere weiter voranzutreiben und seinen Einfluss in der hannoverschen Gesellschaft und Politik auszubauen. Er hatte sich vorgenommen, Richter am Oberappellationsgericht in Celle zu

---

<sup>26</sup> Windthorst an Engelen, Osnabrück, 4. April 1848; in: Briefe an Engelen, S. 83f.

<sup>27</sup> Aus einem Brief Johann Carl Bertram Stüves an Albrecht Pagenstecher, Hannover, 14. April 1848; in: Johann Carl Bertram Stüve, Briefe 1817-1872, 2 Bde., eingeleitet und ausgewertet von Walter Vogel (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, Hefte 10/11), Göttingen 1959/60, Bd. 2, 1848-1872, S. 634.

<sup>28</sup> Vgl. Anderson, S. 41. Vgl. Windthorst in einen Brief an Engelen, Osnabrück, 6. Mai 1848; in: Briefe an Engelen, a.a.O., S. 84.

<sup>29</sup> Brief Rudolf von Bennigsens an seine Mutter, Osnabrück, 16. Mai 1848; in: Hermann Oncken (Hrsg.), Rudolf von Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. Nach seinen Briefen und hinterlassenen Papieren, 2 Bde., Bd. 1, Stuttgart/Leipzig 1910, S. 155.

werden. Um diese Stellung zu erreichen, musste er zunächst von den Provinzialständen in Osnabrück, Lingen, Arenberg, Meppen und Bentheim gewählt werden. Die Provinzialstände waren uneinig, ob man, wie es die Ritterschaft forderte, einen Adligen oder einen Bürgerlichen wählen sollte.<sup>30</sup> Erfolgreich betrieb Windthorst mit Hilfe seines Schwagers Ferdinand Engelen seine Nominierung. Im August 1848 wurde er zum Oberappellationsrat gewählt. Die Berufung nach Celle beendete Windthorsts Tätigkeit als Konsistorialrat.<sup>31</sup> Im Alter von 36 Jahren war Windthorst Richter am höchsten Gericht des Landes. Er kandidierte schließlich erfolgreich für die Zweite Hannoversche Kammer und wurde im 27. Wahlkreis, Osnabrück Land, als Abgeordneter gewählt.<sup>32</sup> Innerhalb von wenigen Jahren hatte Windthorst sich bis an die Spitze einer fast geschlossen aristokratisch-protestantischen Gesellschaft gearbeitet. Im Januar 1849 zog er erstmals in die Zweite Kammer der Hannoverschen Ständeversammlung ein,<sup>33</sup> deren Arbeit sich in dieser Zeit um die Grundrechtsfrage und die nationale Frage drehte.

### 2.2.2. Nationale Frage und Reformpolitik

Am 17. Februar 1849 ging in der Zweiten Hannoverschen Kammer mit Zweidrittelmehrheit ein Antrag durch, der die sofortige Veröffentlichung der Grundrechte der Frankfurter Paulskirche forderte.

---

<sup>30</sup> Vgl. Wolfgang Sellert, Ludwig Windthorst als Jurist. "Der Weg des Rechts ist der einzige Weg, der zum Ziel führt", Göttingen 1991, S. 25f.

<sup>31</sup> Vgl. Windthorsts Briefe an Engelen vom 2. August 1848 und 30. Oktober 1848; in: Briefe an Engelen, S. 86f. Mit dieser Wahl war aber noch eine besondere Prüfung verbunden, die Windthorst im Oktober 1848 mit gutem Ergebnis bestand. Vgl. Eduard Hüsgen, Ludwig Windthorst, Köln 1907, S. 19. Über die Einzelheiten der Prüfung vgl. Sellert, a.a.O., S. 26-30.

<sup>32</sup> Vgl. Emil Ritter, Radowitz, Windthorst, Stegerwald. Drei Vorläufer der CDU, Frankfurt am Main 1966, S. 169. Vgl. auch Röhrbein, a.a.O., S. 54.

<sup>33</sup> Vgl. Ulrich von Hehl, Ludwig Windthorst als Parlamentarier; in: Ludwig Windthorst, 1812-1891, Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, hrsg. vom Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 1991, S. 26. Nach Forschungen Andersons war Windthorst bereits 1848 durch das Hildesheimer Domkapitel vermutlich in die Erste Kammer gewählt worden, um den Bischof und die Diözese im Hannoverschen Landtag zu vertreten. Dieses Mandat trat Windthorst aus von Anderson nicht näher genannten Gründen nicht an. Vgl. Anderson, S. 41 und S. 41, Anm. 8.



Windthorst stimmte gegen diesen Antrag und unterstützte zusammen mit zwei anderen Abgeordneten Stüves Antrag auf Vertagung der Frage, bis nach der Abstimmung über den Vorschlag Karl Welckers in Frankfurt, die Kaiserkrone dem preußischen König anzubieten. Die von der provisorischen Zentralgewalt in Frankfurt verkündeten Beschlüsse sollten erst dann in Hannover in Kraft treten, wenn sie vom hannoverschen König verkündet würden. Diese Lösung wurde von der Kammer abgelehnt. Stüve reagierte mit einer Vertagung des Landtages.<sup>34</sup>

In Frankfurt hatten sich währenddessen, gegen den Protest des neuen österreichischen Kanzlers Felix von Schwarzenberg, die Vertreter einer kleindeutschen Lösung durchgesetzt. Am 27. März wurde eine Verfassung von der Nationalversammlung angenommen, die ein Erbkaisertum auf der Grundlage einer kleindeutschen Lösung vorsah. Windthorst lehnte ein Deutschland mit preußischem König als Kaiser ab. Er glaubte, dass die Nationalversammlung durch diesen Beschluss ihr Mandat und ihre Zuständigkeit überschritten habe.<sup>35</sup> Die Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König war für viele Liberale ein schwerer Schlag. Bereits einige Monate zuvor hatte die Nationalversammlung eine entscheidende Niederlage hinnehmen müssen. Der Versuch Dänemarks, Schleswig in den dänischen Staatsverband einzugliedern, führte zum Entschluss, gegen Dänemark vorzugehen. Preußen folgte zunächst dieser Entscheidung im Gegensatz zu Hannover, das erklären ließ, man werde sich nicht an einem Krieg gegen einen legitimen Monarchen beteiligen. Obwohl der Krieg auf den Schlachtfeldern siegreich geführt wurde, ließ sich Preußen auf Druck der europäischen Mächte England und Russland, die keine preußische Kontrolle der Zugänge zur Ostsee wünschten, zum Waffenstillstand bewegen. Auch Frankreich und Schweden hatten Dänemark unterstützt. Die Nationalversammlung musste sich in die Entscheidung fügen und stand ihr machtlos gegenüber. Zwar akzeptierten am 14. April 1849 28 Kleinstaaten die neue Verfassung, Preußen lehnte sie am 7. Mai

---

<sup>34</sup> Vgl. Paul Colonge, Windthorst und der deutsche Nationalstaat; in: Ludwig Windthorst, 1812-1891, Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, hrsg. vom Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 1991, S. 59. Vgl. Anderson, S. 47f.

<sup>35</sup> Vgl. Windthorst an Engelen, Celle, 3. Juni 1849; in: Briefe an Engelen, S. 89.

aber endgültig ab. Preußens Führung folgend beriefen auch Hannover und die meisten anderen Mittelstaaten ihre Abgeordneten aus Frankfurt ab. Von den neuen politischen Realitäten eingeholt und um eine polizeiliche Auflösung vorzubeugen, wurde ein Rumpfparlament nach Stuttgart verlegt, wo es jedoch im Juni ausgewiesen wurde.<sup>36</sup> Anlässlich der preußischen Zirkularnote vom 28. April, die eine deutsche Verfassung nur auf dem Weg der Einigung zwischen Regierung und Nationalversammlung für zulässig erklärte, begab sich Stüve zu Verhandlungen der Regierungsvertreter nach Berlin. Hier schloss man am 28. Mai das sogenannte "Dreikönigsbündnis" zwischen Sachsen, Hannover und Preußen, das am 30. September zum sogenannten "Interim" erweitert wurde. Dem zu Folge sollten Österreich und Preußen die Zentralgewalt bis zum 1. Mai 1850 gemeinsam übernehmen.<sup>37</sup>

Der hannoversche König Ernst August hatte nach Stüves Vertagung des Landtags, im April 1849 die Zweite Hannoversche Kammer aufgelöst und Neuwahlen angesetzt. Windthorst wollte wieder ins Parlament und begann mit der Organisation des nächsten Wahlkampfes. Durch seine Haltung in der nationalen Frage hatte er den Eindruck erweckt, ein Verteidiger der reaktionären Ordnung und Gegner einer nationalen Einheit der deutschen Staaten zu sein. Mit diesem Vorwurf sollte Windthorst von nun an während seiner gesamten politischen Laufbahn immer wieder konfrontiert werden. Zwar prägte Bismarck in den 70er Jahren den Begriff der Reichsfeindlichkeit, er griff damit aber nur gängige Urteile über Windthorst auf, präziserte sie und setzte sie propagandistisch geschickt um.<sup>38</sup> Wie sehr Windthorst seine weitere politische Karriere bereits 1849 aufgrund des Vorwurfs gefährdet sah, geht aus dem Versuch hervor, über Engelen Einfluss auf die Wahlmänner zu nehmen. Sie sollten überzeugt werden, dass Windthorst an der nationalen Einigung der deutschen Staaten interessiert sei. Dass er *"kein Herz für Deutsch-*

---

<sup>36</sup> Vgl. Görtemaker, a.a.O., S. 121f. und S. 140f.

<sup>37</sup> Vgl. Hüsgen, a.a.O., S. 31.

<sup>38</sup> Windthorsts politische Anhänger und Freunde fühlten sich noch Jahre nach seinem Tod verpflichtet, ihn von diesem Vorwurf zu befreien. Vgl. Ludwig Windthorst, *War Windthorst ein Reichsfeind? Eine Beantwortung dieser Frage durch eine Sammlung von patriotischen Aussprüchen des großen christlichen Staatsmannes*, hrsg. und erl. von Ludwig Hermann, Köln 1903.

*land habe*<sup>39</sup>, sei erst noch zu beweisen. Die Wahlen in Hannover, die in den letzten Tagen des August 1849 vollzogen wurden, brachten wiederum eine liberale Mehrheit aber auch Windthorst, der in einem konfessionell gemischten Wahlkreis kandidierte, in die Zweite Kammer.<sup>40</sup>

Als im Januar 1850 der Landtag nach fast einem Jahr Unterbrechung seine Arbeit wieder aufnahm, versuchten die Liberalen einen Antrag durchzubringen, der die Regierung aufforderte, sich der Nationalverfassung vom 28. März 1849 und dem nationalen Wahlgesetz vom 12. April 1849 anzuschließen. Windthorst vertrat die Überzeugung, dass die Nationalversammlung nicht die deutschen Regierungen und Verfassungen berücksichtigt habe. Er stellte einen Antrag zur Tagesordnung überzugehen und versuchte die Diskussion in eine Kommission zu leiten und zu verschieben. Im zweiten Teil seines Antrages gab er noch einmal seiner Ansicht Nachdruck, dass die politische Vereinigung Deutschlands ein wichtiges politisches Ziel sei, dessen sich die Regierungen annehmen müsste. Dieses Ziel sei aber nur durch eine Zusammenarbeit der deutschen Staaten zu vollbringen.<sup>41</sup> Windthorsts Vorschlag wurde abgelehnt und von den Liberalen heftig kritisiert. Für den Jurist Gottlieb Wilhelm Freudentheil war die Forderung nach einem Deutschland unter gemeinsamer Führung Österreichs und Preußens

*"[...] die Operation des chikanösen Advokaten, der eine Bedingung hinstellt, von der er von vorn herein weiß, daß sie sich nicht ausführen läßt"*<sup>42</sup>.

Als immer deutlicher wurde, dass die Frankfurter Nationalversammlung endgültig gescheitert war, wurde Windthorsts Antrag von der Mehrheit der Zweiten Kammer angenommen. Die Kammer ging zur Tagesordnung über.<sup>43</sup>

---

<sup>39</sup> Windthorst an Engelen, o.D., 1849; in: Briefe an Engelen, S. 91. Vgl. hierzu auch Windthorst an Engelen, Celle, 26. April 1849; in: Ebd., S. 87f.

<sup>40</sup> Vgl. Hüsgen, S. 31.

<sup>41</sup> Vgl. Anderson, S. 48f. Vgl. Ludwig Windthorst in der Zweiten Hannoverschen Kammer, 5. Januar 1850; in: Ludwig Windthorst, Ausgewählte Reden des Staatsministers a.D. und Parlamentariers Dr. Ludwig Windthorst, gehalten in der Zeit von 1851-1891, 3 Bde., Bd. 1, Osnabrück 1903, S. 2ff.

<sup>42</sup> Gottlieb Wilhelm Freudentheil, „Allgemeine Stände Versammlung, Hannover, 8. Januar 1850. Zitiert nach Anderson, S. 50.

<sup>43</sup> Vgl. ebd., S. 50f.

Während der ersten Monate des Jahres 1850 begann man im Landtag mit der Arbeit an einer umfassenden Justiz- und Verwaltungsreform. Windthorst wurde Mitglied der Justizkommission des Landtages. Er setzte sich vor allem dafür ein, dass die Polizei von richterlichen Funktionen ausgeschlossen werden sollte. Die Justiz müsse absolut sein, wenn man einen Rechtsstaat organisieren wolle. Er wandte sich auch gegen die Auffassung, dass der Justizminister in ein schwebendes Verfahren eingreifen konnte. Windthorst forderte, dass dem Richter allgemeine Auslegungsregeln zur Verfügung stehen sollten, die er anzuwenden habe. Falls es sich um Gesetzeslücken handele, dürften diese nicht vom Justizminister, sondern müssten von der Legislative geregelt werden. Gegen Stüve setzte Windthorst sich mit seiner Meinung durch, dass Disziplinarstrafen für einen Beamten, der wegen derselben Sache bereits von einem Strafgericht verurteilt worden war, ein unzulässiger Eingriff in die Justiz sei. Gegen die Überzeugung Stüves forderte er, das juristische Prüfungs- und Ausbildungswesen zu vereinheitlichen. Mit einer Verkürzung der nach dem ersten juristischen Examen unbezahlten Ausbildungszeit wollte er die Kandidaten unterstützen, die aus weniger bemittelten Familien kamen. Windthorst war der Ansicht, dass der Tüchtigste und Fleißigste ohne Rücksicht auf das Vermögen, die Möglichkeit einer guten Ausbildung erhalten sollte. Diese Forderung beruhte sicherlich auch auf den eigenen Erfahrungen im Studium und während seiner Ausbildungszeit zum Juristen. Windthorst bemühte sich ferner um ein effektiveres Armenrecht und die Ausweitung der Verteidigungsrechte der Angeklagten. Er vertrat die Auffassung, dass ein Berufungsverfahren mit einem anderen Richter durchgeführt werden sollte. Mit diesem Vorschlag konnte er sich aber nicht durchsetzen. Die Mehrheit des Hauses vertrat die Auffassung, dass eine schnellere Rechtsprechung wichtiger wäre als eine vermeintlich gründlichere, die auf juristische Spitzfindigkeiten hinausliefe. Für Windthorst war es auch nicht akzeptabel, einen Täter während eines Schwurgerichtsprozess mit einem Abstimmungsergebnis von sieben zu fünf zum Tode verurteilen zu können. Seine Forderung, ein Todesurteil nicht länger mit einfacher Mehrheit zu verhängen, wurde nicht angenommen. Die Arbeit an der Justizreform wurde noch unter dem Ministerium Stüve abgeschlossen, und das Gesetz über die Bildung der Schwurgerichte sowie das Provisorische

Gesetz, welches das mündlich-öffentliche Verfahren mit Geschworenen regeln sollte, traten in Kraft. Ein Gerichtsverfassungsgesetz und eine bürgerliche Prozessordnung mit Begründung einer Strafprozessordnung blieben Entwürfe.<sup>44</sup>

Obwohl in einigen Punkten Differenzen bestanden, unterstützte Windthorst in wesentlichen Punkten das Ministerium Stüve, jenem Mann, der den beruflichen Aufstieg Windthorsts einige Jahre zuvor noch mit politischen aber auch fachlichen Bedenken beobachtet hatte.<sup>45</sup> Mit mehreren Abgeordneten bildete Windthorst die sogenannte ministerielle Partei und bewies politisches Geschick und Führungsqualitäten. Es gelang ihm aus einer im Grunde losen Vereinigung, eine Partei zu formen. Oppermann schreibt dazu in seinem Buch zur hannoverschen Geschichte 1862: Wer das politische Geschehen genauer betrachtete, der konnte *"den großen und entschiedenen Einfluß"* Windthorsts nicht übersehen, der es immer wieder verstanden habe, die unterschiedlichen Interessen und Persönlichkeiten zu bündeln. Während es bei der demokratischen Partei beinahe jeden Tag Abweichungen, *"hauptsächlich aus persönlichen Neigungen"* gab, wahrte man in der ministeriellen Partei Disziplin und die gemeinsam gefassten Beschlüsse wurden gemeinsam vertreten. Kommissionen und Konferenzen verstand Windthorst *"auf geschickte Weise zu octroyiren"*<sup>46</sup>.

### 2.2.3. Schul- und Kirchenpolitik

Zwischen Hannover und dem Heiligen Stuhl verliefen die Beziehungen allgemein zufriedenstellend, und als am 4. Dezember 1848 Staatssekretär Antonelli die europäischen Herrscher zur Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes anrief, versicherte König Ernst August dem Papst in seinem Antwortschreiben Sympathie und Unterstützung. Trotz des offensichtlich guten Verhältnisses, folgte mit

---

<sup>44</sup> Vgl. Seelert, S. 33ff. Vgl. Windthorst an Engelen, 15. März 1850; in: Briefe an Engelen, S. 96.

<sup>45</sup> *"Was aus unserer Provinzialverfassung unter den gänzlich unerfahrenen Händen von Windthorst werden soll, darauf bin ich neugierig."* Stüve an August Droop, Osnabrück, 31. Mai 1844; in: Stüve, a.a.O., Bd. 1, S. 580.

<sup>46</sup> Heinrich Albert Oppermann, Zur Geschichte des Königreichs Hannover von 1832-1860, 2 Bde., Bd. 2, 1848-1860, Leipzig 1862, S. 243f.

Einverständnis des Königs die Aufhebung der hannoverschen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl. Als offizielle Gründe hierfür wurden unter anderem die geringe politische Bedeutung und notwendige Sparmaßnahmen angegeben. Auch hob die Verfassungsänderung vom 5. September 1848, mit der die Verfassung von 1833 der Sache nach wieder in Kraft trat, die Vorlage des Schriftverkehrs zwischen Bischöfen und Papst auf. Durch diese Bestimmung, so argumentierte die Regierung, wäre ohnehin eine der wichtigsten Aufgaben der Gesandtschaft weggefallen. Die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Hannover wurden durch diese Maßnahme nicht beeinträchtigt.<sup>47</sup>

In Hildesheim und in Osnabrück erstarkte der innere Ausbau der katholischen Kirche. Dies schlug sich vor allem in der Gründung neuer klösterlicher Niederlassungen, Pfarreien und Missionsstellen in der Diaspora nieder. Die notwendigen finanziellen Mittel hierfür wurden durch Sammlungen in den Gemeinden, private Spenden und bischöfliche Mittel herbeigeschafft. Bischoff Wedekind von Hildesheim klagte, dass die Regierung die Einrichtung neuer Missionsstellen verhindern wolle. Diese Behinderung entsprach aber nicht der offiziellen hannoverschen Staatsführung, sondern es handelte sich eher um eine Art Blockade der protestantisch dominierten Behörden. Es lag durchaus im Interesse der Regierung, dass die Katholiken religiöse Betreuung durch einen katholischen Geistlichen erhielten. Man sah eine Verbindung zwischen einer kirchlich-religiösen Erziehung und Unterweisung und der Loyalität gegenüber dem Staat. Zurückhaltender war die Regierung dagegen bei der Gründung von Pfarreien und der Abgrenzung des Pfarrbezirks. Das lag vor allem an der unterschiedlich rechtlichen Stellung zwischen Mission und Pfarrei. Während der Missionar die staatlichen Funktionen wie

---

<sup>47</sup> Vgl. Auszug aus dem geänderten Gesetz des Königreichs Hannover, 5. September 1848; in: Permaneder's Handbuch des gemeingültigen Kirchenrechtes mit steter Rücksicht auf das katholisch-kirchliche Territorialrecht in Österreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden und den übrigen deutschen Staaten nach dessen hinterlassenem Manuscripte, hrsg. von Isidor Silbernagel, 4. Auflage, Landshut 1865, S. 1068. Auch in der preußischen Verfassungsurkunde wurde der Verkehr zwischen den Religionsgesellschaften und ihren Oberen nicht eingeschränkt. Die Bekanntmachungen ist nur jenen Beschränkungen unterworfen, welche alle Veröffentlichungen unterliegen. Vgl. Auszug aus der preußischen Verfassungsurkunde, 31. Januar 1850, in: Ebd. S. 1033f. Vgl. hierzu auch Aschoff, Staat und Kirche, S. 246.

Führung der Kirchenbücher und das Aufgebot nicht durchführen durfte, waren dem Pfarrer diese Funktionen zugeordnet.<sup>48</sup>

Einige Punkte der neuen hannoverschen Verfassung von 1848, wie die Bestimmungen über die Aufsicht des Unterrichts in Volksschulen und über die Bildung von Kirchenvorständen, standen den Interessen der katholischen Kirche entgegen. Als die Regierung im Februar 1849 eine Gesetzesvorlage in die Ständeversammlung einbrachte, die eine Verstärkung des staatlichen Einflusses auf die Volksschulen vorsah, setzte von Seiten der Katholiken eine Petitionsbewegung gegen das Gesetz ein, an der auch Windthorst maßgeblich beteiligt war.<sup>49</sup> Die Regierung begründete die Vorlage mit den Argumenten, dass die Kirche nicht genügend finanzielle Mittel und die Geistlichen nicht die entsprechende fachliche Qualifikation besäßen. Besonders der Gedanke, dass der Geistliche, der die Aufsicht über den Religionsunterricht führen sollte, von der Provinzialbehörde berufen werden sollte und dass dieser Behörde die Anordnungen hinsichtlich des Schulwesens zustanden, stieß auf Widerstand, obwohl die Regierung versicherte, dass hierdurch der Volksschule nicht der christliche Charakter genommen werden sollte.<sup>50</sup> Nachdrücklich betonte Windthorst die Bedeutung einer katholisch-protestantischen Zusammenarbeit im gegenseitigen Einverständnis mit der Regierung.<sup>51</sup> Nicht nur die katholische, sondern auch die protestantische Kirche sollte durch Petitionen gegen das Gesetz protestieren. Als er sich in einem Brief an Dechant Leopold Hülster für die Petition gegen das Schulgesetz bedankte, mahnte er den Geistlichen, dem Konflikt keine konfessionelle Schärfe hinzuzufügen:

*"Ich brauche nicht erst zu versichern, daß ich mit jedem Satz derselben vollkommen einverstanden bin; ich fürchte aber, daß der mit Bleistift angestrichene Satz, so wahr er auch ist, schädlich in der Sache wirken könne. Die Versammlung, an welche die Petition gerichtet ist, ist bekanntlich überwiegend protestantisch und ich meine, es könnte gegen den Zweck wirken, wenn man dieser sagt*

---

<sup>48</sup> Vgl. Aschoff, Staat und Kirche, S. 257.

<sup>49</sup> Vgl. Hans-Georg Aschoff, Ludwig Windthorst. Ein christlicher Politiker in einer Zeit des Umbruchs, Hannover 1991 (im folgenden angegeben als: Aschoff, Christlicher Politiker), S. 11.

<sup>50</sup> Vgl. Aschoff, Staat und Kirche, S. 225ff.

<sup>51</sup> Vgl. Windthorst an Engelen, Celle, 5. Juli 1849; in: Briefe an Engelen, S. 90f.

*"denn wer sollte nicht wissen, daß die katholische Kirche nachgerade allein die Trägerin des christlichen Glaubens ist?"<sup>52</sup>*

Windthorst hielt mit derartigen Forderungen an seiner bisherigen politischen Linie fest. Er versuchte stets die konfessionellen Streitigkeiten in politisch maßvolle Bahnen zu lenken. Bereits während der Versuche, eine Neudotation des Bistums Osnabrück zu erreichen, wirkte er mäßigend auf seine Mitstreiter ein. Als Lüpke Petitionen in die Hauptstadt schickte, war Windthorst mit deren Inhalt unzufrieden. Bemerkungen über Stüves Protestantismus und die Allgemeine Ständeversammlung hielt er für deplaziert und politisch unklug. Anderson interpretiert die Aussagen Windthorsts über Stüve als jammern.<sup>53</sup> Tatsächlich ist sie aber als Warnung zu verstehen. Gerade dem Piusverein warf Windthorst politische Unerfahrenheit vor. Stüve sei in Hannover *"allmächtig"*. Ihn zu verletzen, hieße der Sache zu schaden. Auch die Stände würden *"die Bemerkung über ihren Protestantismus übel vermerken."*<sup>54</sup> Dass die auszutragenden Konflikte nicht in einen emotionalen Streit führten, war auch der Einwirkung Windthorsts zu verdanken. Trotzdem warfen die Befürworter des Gesetzes der Geistlichkeit beider Kirchen vor, durch die Petitionskampagnen das einfache Volk zu verwirren, aufzuhetzen und zu beunruhigen.<sup>55</sup>

In der Schulangelegenheit arbeiteten die Katholiken in beiden hannoverschen Kammern zusammen. In der Ersten Kammer hatten Vezin und andere katholische Mitglieder schriftlich gegen die neuen Grundzüge Protest eingelegt. Das erste Mal trat in Hannover ein offener Zusammenschluss der Katholiken in den Parlamenten zu Tage, der ähnlich wie in der Frankfurter Nationalversammlung durch kirchliche Interessen motiviert war. Ein einheitliches politisches Programm zur Regelung weitergehender Fragen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens in Hannover lag diesem Zusammen-

---

<sup>52</sup> Windthorst an Dechant Leopold Hülster, Hannover, 8. Juni 1850; in: Ludwig Windthorst, Briefe 2 Bde., Bd. 1, 1834-1880, bearbeitet von Hans-Georg Aschoff und Heinz-Jörg Heinrich (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Band 45), Paderborn/München/Wien/Zürich 1995 (im folgenden als: Windthorst, Briefe 1834-1880), S. 9.

<sup>53</sup> Vgl. Anderson, S. 57.

<sup>54</sup> Windthorst an Engelen, Celle, 25. Juni 1849; in: Briefe an Engelen, S. 90.

<sup>55</sup> Vgl. Anderson, S. 57f.



schluss nicht zu Grunde.<sup>56</sup> In der Zweiten Kammer argumentierte Windthorst, dass die Schulen von den Kirchen gegründet worden seien und fragte, welches Recht der Staat habe, die Kirche aus dem eigenen Haus zu werfen. Selbst im Westfälischen Frieden und in darauffolgenden Verträgen bis zum Reichsdeputationsschluss hätte man die Volksschule als der Kirche zugehörig anerkannt. Mit dem Vorgehen würden unveräußerliche und heilige Rechte der Kirche verletzt. *"Der religiöse Unterricht und die religiöse Erziehung des Volkes"* sei durch die Umsetzung solcher Vorschläge *"auf die Dauer in keiner Weise gesichert."*<sup>57</sup> Windthorst bezog beide Kirchen ein und argumentierte in Richtung der konservativen Kräfte mit der Andeutung, dass die revolutionären Ereignisse in Frankreich und Preußen auch Folgen der Umwandlungen der Schule in staatliche Institutionen seien. Privat gegenüber Engelen führte er auch die wirtschaftlichen Vorteile einer katholischen Kindererziehung ins Feld.<sup>58</sup> Windthorst, der sich immer wieder in seinem Eindruck bestätigt sah, dass man von staatlicher Seite keine Katholiken in verantwortungsvolle Positionen einstellen wollte, wusste um die Bedeutung einer soliden Ausbildung. Eine gute Ausbildung und folgende akademische und behördliche Ehren- bzw. Amtstitel waren seiner Ansicht nach besonders für Katholiken in Hannover Voraussetzung, gesellschaftlichen und politischen Einfluss ausüben zu können.<sup>59</sup> In den Kommissionen zur Beratung des Schulgesetzes nahm schließlich nur ein einziger Katholik teil. Windthorst gelang es nicht, einen Sitz zu erringen. Er war enttäuscht und schrieb an Engelen:

*"In die Schulkommission wollte ich gerne, aber man wollte die Ultramontanen nicht. Wir wollen den Herrn aber doch den Tag düster machen."*<sup>60</sup>

---

<sup>56</sup> Vgl. Aschoff, Staat und Kirche, S. 234.

<sup>57</sup> Windthorst (undat.). Zitiert nach Hüsgen, S. 36. Vgl. auch Anderson, S. 59. Die Abkürzung undat. kennzeichnet die für diese Arbeit aus der Literatur entnommenen und dort nicht oder nur ungenau datierten Zitate.

<sup>58</sup> Vgl. Windthorst an Engelen, Celle, 3. September 1850; in: Briefe an Engelen, S. 97.

<sup>59</sup> Als z.B. Engelen für einen Ratstitel vorgeschlagen wurde, forderte Windthorst, da ein solcher Titel im Interesse der Sache läge, ihn auf, diesen anzunehmen: *"Nicht also Deinetwegen, sondern deshalb, damit der Vertreter der Katholiken denen der Protestanten ebenbürtig"* entgegentritt. Windthorst an Engelen, Celle, 21. Mai 1849; in: Ebd., S. 88.

<sup>60</sup> Windthorst an Engelen, Hannover, 13. Dezember 1849; in: Ebd., S. 95.

Als sich schließlich andeutete, dass den Kirchen die Schulaufsicht verloren gehen sollte, versuchte Windhorst in der neuen Verwaltung einen evangelischen und einen katholischen Fachreferenten zu etablieren. Zunächst wurde ein zweiter Referent zugebilligt. Stüve argumentierte dann aber, dass für einen zweiten Referenten die finanziellen Mittel nicht gerechtfertigt wären, da es in Hannover nicht genügend Katholiken gebe. Windthorsts Antrag wurde verworfen. Windthorst konnte aber durchsetzen, dass vor der endgültigen Neuordnung der Schulorganisation von Seiten der Regierung mit den zuständigen kirchlichen Stellen verhandelt werden sollte. Windthorst verzögerte durch diese Forderung im Prinzip eine schnelle Regelung der Schulfrage, denn die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Als Resultat blieb das Verhältnis Staat, Kirche und Schule in der alten Form bestehen.<sup>61</sup> Georg V. verfügte am 19. Januar 1855, dass von der in Verhandlung gebrachten rechtlichen Regelung für das katholische Volksschulwesen abzusehen und dem Bischof von Hildesheim eine *"erweiterte Mitwirkung"*<sup>62</sup> bei der Anstellung des Lehrpersonals einzuräumen sei. Die katholischen Kirchenoberen hatten zwar ihren prinzipiellen Anspruch auf Leitung und Verwaltung nicht durchsetzen können, gaben sich aber mit den verbliebenen Einwirkungsmöglichkeiten zufrieden. Bis zum Ende des Königtums Hannover bestand im Grunde ein zufriedenstellendes Verhältnis in den Beziehungen von Kirche und Staat im Volksschulwesen.<sup>63</sup>

Ein anderer Streitpunkt in den staatlichen und kirchlichen Interessensabgrenzungen war immer noch die Frage um die Mischehen. Obwohl die Liberalen die kirchliche Trauung nicht verbieten wollten, sollte sie nach der staatlichen stattfinden. Sowohl Lutheraner als auch Katholiken opponierten gegen die Einführung der Zivilehe. Windthorst erkannte im einzelnen an, dass es Situationen geben könne, in denen ein Paar aufgrund bestimmter Umstände diese rechtliche Alternative haben müsse. Er lehnte es aber ab, dass die Zivilehe die einzig rechtlich gültige Möglichkeit der Eheschließung darstellen sollte. Umstritten war auch die Frage um den gerichtlichen Zeugeneid. Hierbei ging es um die Frage, ob die Eidesformel "und sein heiliges Wort" aus der Eidesformel gestrichen werden sollte.

---

<sup>61</sup> Vgl. Aschoff, Christlicher Politiker, a.a.O., S. 11.

<sup>62</sup> König Georg V., 19. Januar 1855, Zitiert nach Hüsgen, S. 37

<sup>63</sup> Vgl. Aschoff, Staat und Kirche, S. 237.

Obwohl es für Nichtchristen eine besondere Formel gab, führten die Liberalen einen grundsätzlichen Kampf gegen die traditionelle Formel.<sup>64</sup>

#### 2.2.4. Berufung zum Justizminister

Nach dem Scheitern der Revolution verstärkte sich der Einfluss des Hannoverschen Adels und der alten Eliten. Der Adel versuchte seine politische Stellung auszubauen, indem er das Übergewicht in den Provinziallandschaften wiederherstellen wollte. Als die Ritterschaften bei König Ernst August Beschwerde gegen die Reorganisation der Provinziallandschaften einlegten, brachte er den Adligen zwar Verständnis für ihre Einwände entgegen, wollte sie aber nicht unterstützen mit der Begründung: *"Ihr habt mich im Jahre 1848 verlassen - dieses sind die Folgen."*<sup>65</sup> Dieser Ausspruch entsprach aber offensichtlich eher einer persönlichen Verstimmtheit und nicht den politischen Absichten des Königs. Im Zeichen der Reaktion wurde die Regierung Stüve entlassen, und es folgte das Ministerium des Barons Alexander von Münchhausen. Das neue Ministerium versuchte zwar weiterhin die von Stüve initiierten Reformen zu einem Abschluss zu bringen, wollte der Ritterschaft aber mehr Einfluss zugestehen.<sup>66</sup>

Nach dem Tode des hannoverschen Königs Ernst-August folgte Georg V. im November 1851 seinem verstorbenen Vater auf den Thron und stellte eine neue Regierung zusammen. Die Regierungsgeschäfte wurden nun von Ministerpräsident Baron von Schele weitergeführt, der Sohn des Mannes, der 1837 den Staatsstreich geplant und ausgeführt hatte. Windthorst, der im März 1851 bereits

---

<sup>64</sup> Vgl. Anderson, S. 61.

<sup>65</sup> König Ernst August, undatiert, vermutlich im Frühjahr 1850. Zitiert nach W. von Hassel, Geschichte des Königreichs Hannover. Unter Benutzung bisher unbekannter Aktenstücke, 2 Bde. Zweiter Teil, Erste Abteilung, Von 1849 bis 1862, Leipzig 1899, S. 154. Im Prinzip war die Position des Adels im Königreich Hannover schwach und die ökonomische Basis war gering. Im Welfenstaat waren nur 5,5% des Ackerlandes im Besitz der Junker, in Preußen dagegen 86,5%. Die Größe der Adelsgüter war kleiner als in Preußen und die politische Macht beruhte in erster Linie auf der Gunst des Königs. Vgl. Anderson, S. 68

<sup>66</sup> Vgl. Aschoff, Christlicher Politiker, S. 12.

zum Präsidenten der Zweiten Kammer gewählt worden war, wurde in die neue Regierung zum Justizminister berufen. Obwohl ein katholischer Minister in Hannover ein Novum darstellte, war die Ernennung Windthorsts keine Sensation. Neben seinen fachlichen Kenntnissen, die er bereits eindeutig während seiner außerparlamentarischen und parlamentarischen Tätigkeit unter Beweis gestellt hatte, waren es in erster Linie politische Argumente, die für seine Berufung sprachen. Aus dem Blickwinkel des neuen Königs war Windthorst nicht als Umstürzler aufgefallen, hatte sich der Staatsmacht immer untergeordnet und gehörte einer Gruppe an, die sich als Verbündete der konservativen Ordnung anbot. Georg V. konnte durch die Berücksichtigung eines Katholiken auch die Bindung der Katholiken zum Welfenhaus verstärken. In Kirchenfragen beschritt Windthorst zwar einen nach außen hin betrachtet katholischen aber zugleich auch interkonfessionellen Weg. Im Parlament zeigte er Bezugspunkte zu allen politischen Gruppierungen. In Fragen der Verwaltungs- und Justizreform waren seine Ansichten fortschrittlich und modern. In den Augen der konservativen Kreise hatte er sich dagegen bereits während seiner Arbeit als bürgerlicher Syndikus der Ritterschaft bewährt und sein Kontakt zu den Konservativen war als gut zu bezeichnen. Zudem war Windthorst mit dem neuen Leiter des Ministeriums persönlich gut bekannt.

In der politischen Diskussion zeigte Windthorst sich als Rationalist und Pragmatiker, galt als ein Mann des Ausgleichs und stellte für alle Gruppierungen eine politische Alternative dar. Hinsichtlich der hannoverschen Innenpolitik konnte er dementsprechend sowohl konservative als auch liberale Integrationsfigur der neuen Regierung sein. In der hannoverschen Außenpolitik und der nationalen Frage vertrat Windthorst die Ansicht, dass Deutschlands Einheit wichtig sei, aber er wollte diese Einheit nur unter Berücksichtigung der Einzelinteressen aller deutscher Staaten. Dies war ganz im Sinne der hannoverschen Politik. Für die Existenz des Mittelstaates war es von Bedeutung, die Regierung mit Personen zu besetzen, die sich nachdrücklich für eine Verständigung zwischen Preußen und Österreich einsetzten. Die Bedeutung des Welfenstaates konnte auch gestärkt werden, wenn es der hannoverschen Regierung gelänge, sich als eine Art Vermittler zwischen den beiden deutschen Staaten zu etablieren.

Eine der schwersten Aufgaben des neuen Ministeriums war die Revision der Verfassungsnovelle von 1848. Die Verfassungsänderung auf landesgesetzmäßigem Weg durchzuführen, setzte die Kompromissbereitschaft der Regierung, der Kammer und der beschwerdeführenden Ritterschaften voraus.<sup>67</sup> Ein Problem des neuen Ministeriums war aber hierbei die heterogene Zusammensetzung. Neben den zur Verständigung neigenden Ministern Windthorst und Bacmeister, gehörten der Regierung auch zwei entschiedene Gegner der Reformen an, Graf Wilhelm Friedrich von Borries und Graf Adolf von der Decken.<sup>68</sup> Sie wollten die alten Rechte des Adels mit Hilfe des Deutschen Bundes wiederherstellen und versuchten ein Eingreifen des Bundestages herbeizuführen. Das Eingreifen des Bundes in die interne Politik konnte aber von den deutschen Großmächten genutzt werden, um größeren Einfluss auf die Politik des Mittelstaates auszuüben. Stüve fürchtete um die Unabhängigkeit Hannovers:

*"[Wenn] die Sachen so fortgehen, so regiert in ganz kurzem hier der preußische oder der österreichische Gesandte oder wechselweise beide."*<sup>69</sup>

Für Stüve war der neue Justizminister eindeutig die bestimmende Persönlichkeit der neuen Regierung. Windthorst, nach seiner Überzeugung ein *"echter Jesuit, dem Junkertum zugetan"*, sei ohne Zweifel der *"fähigste"*. Er sei *"schlau"* und *"unverschämt, wenn's sein muß"*. Er könnte die übrigen Minister *"einsacken"*. Windthorst würde gemeinsam mit Schele das hannoversche Staatsschiff *"nun mit österreichischem Winde steuern"*. Stüve befürchtete daher politische Schwierigkeiten mit der zweiten deutschen Großmacht: Was *"Preußen dazu sagt, darauf bin ich neugierig."*<sup>70</sup>

Während die Lage der Regierung in Fragen der Verfassungsrevision und der Bundespolitik kritisch war, verlief das Vorhaben Windthorsts,

---

<sup>67</sup> Vgl. Rudolf Schridde, Bismarck und Hannover. Die Gesandtenzeit 1851-1862 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen, XXV, Niedersachsen und Preußen, Heft 4), Hildesheim 1963, S. 65. Vgl. auch Windthorst, Briefe 1834-1880, a.a.O., S. 10, Anm. 3.

<sup>68</sup> Vgl. Anderson, S. 65.

<sup>69</sup> Stüve an Friedrich Johannes Frommann, Hannover, 13. Januar 1852; in: Stüve, Bd. 2, S. 716.

<sup>70</sup> Stüve an Frommann, Osnabrück, 23. Juni 1851; in: Ebd. S. 713.

die Justizreform durchzusetzen, unproblematischer. Schele war kein prinzipieller Gegner des Reformwerkes, und im Oktober 1852 setzte die Regierung, von einigen Änderungen abgesehen, im wesentlichen das durch, was bereits unter Stüve erarbeitet worden war. Bei der durch die neue Gerichtsverfassung notwendigen Umstrukturierung der Gerichte bewies Windthorst sein organisatorisches Geschick.<sup>71</sup> Noch über zwei Jahrzehnte nach seiner ersten Amtszeit wurde seine Arbeit auch von Seiten der Liberalen allgemein anerkannt:

*"Windthorst rühmt sich seines Konservatismus, ja, er wurde gewissermaßen als Minister der Reaktion an seine Stelle in Hannover berufen. Wie aber hat er seine damalige Aufgabe erfüllt? Anstatt in brutaler Weise die hannoversche Gesetzgebung der Jahre 1848/49 zurückzudrängen, hat er mit verständiger Hand nur die Auswüchse beseitigt und seinem engeren Vaterlande Verwaltungs- und Justizgesetze gegeben, welche noch heute in voller anerkannter Gültigkeit sich befinden und für unsere Gesetzgebung in Preußen Muster und Vorbild geworden sind."*<sup>72</sup>

Ähnlich lautete auch das Urteil Oppermanns, der Obergerichtsanwalt in Nienburg war:

*"Mit dem ersten Oktober 1852 geschah einer von den Schritten im Rechtsleben Hannovers, die, wenn einmal gemacht, viel schwerer zurückgethan werden können, als man von einer misliebigen Verfassungsbestimmung, ja einer ganzen Verfassung zurückkommen kann. Die Trennung der Verwaltung von der Justiz, die strengste Durchführung des Grundsatzes der Oeffentlichkeit und Unmittelbarkeit war ins Leben geführt; was schwerlich ohne die große Energie, welche der Justizminister Windthorst zeigte, sobald möglich geworden wäre."*<sup>73</sup>

### 2.3. Im Blickwinkel Bismarcks

#### 2.3.1. Der politische Druck auf Hannover

Bereits Mitte der 20er Jahre hatten die Weser-Anliegerstaaten, unter ihnen Preußen und Hannover, eine gemeinsame Schifffahrtsakte abgeschlossen, die einen Zollabbau auf der Weser vorsah. Mit

---

<sup>71</sup> Vgl. Sellert, S. 36f.

<sup>72</sup> Der liberale Abgeordnete Berger-Witten im preußischen Abgeordnetenhaus, Berlin, 11. Februar 1875. Zitiert nach Hüsgen, S. 44.

<sup>73</sup> Oppermann, a.a.O., S. 383.

diesem Abkommen kamen die Vertragspartner dem Auftrag der Wiener Schlussakte nach. Auch für die Elbe wurde eine ähnliche Vereinbarung abgeschlossen. Unter Führung Preußens trat 1834 der Deutsche Zollverein in Kraft. Österreich gehörte dem Zollverein nicht an und hatte vergeblich versucht, das Zustandekommen mit einer beherrschenden Stellung Preußens zu verhindern. Auch Hannover gehörte dem Deutschen Zollverein nicht an, und unter Führung von Hannover und Sachsen gründeten die mittel- und norddeutschen Staaten mit dem Wohlwollen Frankreichs und Österreichs den Mitteldeutschen Handelsverein. Diese Vereinigung, die hohe Durchgangszölle gegen Preußen erhob, blieb allerdings praktisch ohne größere Bedeutung. Immer mehr Staaten traten in den folgenden Jahren dem Deutschen Zollverein bei. Hannover, Oldenburg und Braunschweig schlossen sich zum sogenannten Steuerverein zusammen.

Hannovers wirtschaftliche Lage war schlecht. Das Königreich hatte wenige eigene Fabriken, einen kleinen Handwerkerstand und es galten die alten Beschränkungen der Gewerbefreiheit. Nicht nur, dass Hannovers eigene Entwicklung gehemmt war, auch hemmte es durch seine geographische Lage und seine Zollpolitik den Handel Preußens. Preußen wollte den Beitritt Hannovers in den Zollverein. Als man mit den Verhandlungen begann, die auch für Bismarck auf dem deutschlandpolitischen Sektor neben den norddeutschen Flottenplänen im Mittelpunkt des Interesses standen, nutzte man auf preußischer Seite die schlechte wirtschaftliche und handelspolitische Lage Hannovers als Argument für den Beitritt in den Zollverein. Im September 1851 unterzeichneten die Minister Manteuffel für Preußen und von Münchhausen für Hannover in Berlin einen Zoll- und Handelsvertrag. In diesem sogenannten Septembervertrag sollte eine Zollvereinigung zwischen Preußen und Hannover nach den Grundsätzen des Zollvereins erfolgen.<sup>74</sup>

Der Septembervertrag war in Hannover umstritten. Von Seiten der Freihändler wurde eine massive Agitation gegen den Vertrag angeführt. Als im November Georg V. seinem verstorbenen Vater Ernst August auf den Thron folgte, befürchtete man in Preußen, dass der Regentenwechsel die Ablösung des Ministeriums Münchhausen

---

<sup>74</sup> Vgl. Görtemaker, S. 171f. und Nipperdey, S. 360f.

zur Folge haben könnte, und dass die Realisierung des Zollvertrages von der neuen Regierung nicht durchgesetzt werden würde. Auch fürchtete man eine Annäherung an Österreich. Bismarck begann nun, massiv auf die hannoversche Politik Einfluss auszuüben. Er war zunächst nicht abgeneigt, in Hannover auch ein liberales Ministerium zu stützen, wenn dieses bereit wäre, den preußischen Interessen entgegenzukommen. Preußen war seiner Ansicht nach stark genug, um in Hannover ein liberales Ministerium stützen zu können. Aber in keinem Fall sollte eine *"österreichisches Ministerium"*<sup>75</sup> geduldet werden. Bismarck hielt es daher für ratsam, Schele zu protegieren, und als dieser neuer Regierungschef wurde, machte er ihm deutlich, dass der Fortbestand des Septembervertrages eine sehr ernste Angelegenheit sei und mahnte ihn, in materiellen Fragen keine Zwietracht zu sähen, deren Tragweite nicht abzuschätzen sei. Obwohl Schele Bismarck zusicherte, sich für die Durchsetzung einzusetzen,<sup>76</sup> war man sich innerhalb der neuen hannoverschen Regierung nicht einig. Neben Freihändlern gab es im Ministerium nach Analyse Oppermanns, die bereits von Bismarck genannte österreichische Partei mit Borries und Decken, die dem Vertrag feindlich entgegenstanden und gleichzeitig auf die Beseitigung der Verfassung von 1848 durch den Bund hinarbeiteten. Die Befürworter des Vertrages konnten sich aber durchsetzen, indem sie die Kammer von den wirtschaftlichen Vorteilen überzeugten. Am 23. Januar 1852 wurde der Septembervertrag mit geringer Stimmenmehrheit angenommen. Auch Windthorst stimmte für den Vertrag.<sup>77</sup>

Die hannoverschen Ritterschaften hatten sich unterdessen zur Wiederherstellung ihrer alten Rechte entschlossen, die Hilfe des Bundes anzurufen. Als sie sich, im Ministerium namentlich vertreten von Borries und von der Decken, an den Bundestag in Frankfurt wandten und dieser ein Gremium zusammienrief, das die seit 1848 verabschiedeten Gesetze daraufhin prüfen sollte, ob sie den Prinzipien des Bundes entsprachen, gehörte auch Bismarck diesem Gremium als Mitglied an. Über den Bund wollte er seinen Einfluss

---

<sup>75</sup> Bismarck in einem Privatschreiben an Minister von Manteuffel, 9. Oktober 1851; in: Otto von Bismarck, Die gesammelten Werke, hrsg. und bearb. von Willy Andreas, Werner Frauendienst, Hermann von Petersdorff u.a., 15 Bde., Berlin 1923-1935 (im folgenden angegeben als: GW), Bd. 1, S. 71.

<sup>76</sup> Vgl. Schridde, a.a.O., S. 37.

<sup>77</sup> Vgl. Oppermann, S. 367f.



auf die Politik Hannovers verstärken. Die mögliche Einflussnahme des Bundes auf die preußische Politik wollte er aber vermeiden.<sup>78</sup> Schele bemühte sich, ein Eingreifen des Bundes in Hannover zu verhindern und sprach mit Bismarck über seine Pläne. Schele wollte mit der Verfassungsänderung vor die Kammer gehen und wies gegenüber Bismarck auf seine Schwierigkeiten mit den Mitgliedern der Regierung hin.<sup>79</sup> Auch Windthorst hatte die Absicht, eine Revision der Gesetze nur auf dem verfassungsmäßigen Wege durch die Einigung zwischen der vornehmlich liberalen Zweiten Kammer und dem Adel zu erreichen. In Windthorst hatte Bismarck bereits einen Gegner der preußischen Politik ausgemacht. Österreich versuche, seinen Einfluss zu vergrößern und *"namentlich bei dem Minister Windthorst Anhalt zu finden."*<sup>80</sup> Diese Einschätzung mag aus preußischer Sicht ihre Berechtigung gehabt haben, aber de facto betrieb Windthorst zu diesem Zeitpunkt keine Politik für Österreich. Er wollte keine unnötigen politischen Spannungen provozieren. Als sich am 6. April die Vertreter der Regierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg, beider Hessen und Nassau, die keinen Ausschluss Österreichs aus dem Zollverein wünschten, in Darmstadt trafen und vereinbarten, bei künftigen Zollverhandlungen als Einheit aufzutreten und eine gesamtdeutsche Zolleinigung anzustreben, fürchtete er, dass sich dadurch ein *"unheilvolle[r] Riß in Deutschland"*<sup>81</sup> entwickeln könnte. Windthorsts Priorität war es, Hannovers Selbständigkeit zu wahren, die Position seines Heimatlandes zu stärken und es vor dem Zugriff des Bundes zu schützen. So versuchte er in der hannoverschen Verfassungsfrage direkt auf seinen König einzuwirken. Er warnte Georg V., dass eine Entscheidung des Deutschen Bundes, eine Gefahr für die hannoversche Krone und für die Souveränität des Landes sei.<sup>82</sup> Windthorst, Schele und Bacmeister drohten mit ihrem Rücktritt, falls der König den Vorstellungen ihrer Gegner von Borries

---

<sup>78</sup> Schreiben an Minister von Manteuffel, 6. September 1851; in: GW, a.a.O., Bd. 1, S. 43. Vgl. Anderson, S. 68.

<sup>79</sup> Vgl. Privatschreiben an Minister von Mannteuffel, Hannover, 27. März 1852; in: GW, Bd. 1, S. 147.

<sup>80</sup> Schreiben an Karl Friedrich von Savigny, 14. Dezember 1851; in: GW, Bd. 14/I, S. 243.

<sup>81</sup> Windthorst an Johann Carl Bertram Stüve, Hannover, 29. April 1852; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 12. Vgl. auch ebd., S. 12, Anm. 3.

<sup>82</sup> Vgl. Windthorst an Georg V., Hannover, 15. März 1852; in: Ebd., S. 10f.

und von der Decken nachgeben sollte. Es gelang ihnen, den König von ihrer Position zu überzeugen. Am 10. April 1852 wurden Borries und Decken entlassen.<sup>83</sup> Für Stüve stand fest, wer von nun an das Ministerium leitete. Schele hielt er als Führungsperson für ungeeignet, da dieser *"durch Bacmeister dominiert wird und dieser durch Windthorst"*<sup>84</sup>, der im Ministerium die Entscheidungen träfe.

Obwohl es zunächst den Anschein hatte, als seien mit der Entlassung der beiden reaktionären Mitglieder der hannoverschen Regierung die Probleme gelöst worden, blieb die Aufgabe des Ministeriums schwierig. Der Druck der Ritterschaften auf die Regierung nahm zu. Am 1. November 1852 traf Bismarck anlässlich eines Jagdaufenthaltes in Blankenburg beim Herzog von Braunschweig erneut mit Schele zusammen. Schele machte Bismarck Vorwürfe, Österreich nicht hinreichend in die preußische Deutschlandpolitik einzubeziehen. Die Stellung Hannovers würde sich durch eine derartige Politik verschlechtern. Schele, im Interesse die Position seines Landes zu stärken, schlug vor, in Streitfällen zwischen Preußen und Österreich, Hannover eine Vermittlerrolle einzuräumen. Offensichtlich benutzte er als Druckmittel gegen Preußen die Durchsetzung des Septembervertrages, denn Bismarck warnte ihn vor den Konsequenzen, falls Hannover doch noch vom Vertrag zurücktreten sollte.<sup>85</sup> Schele zog sich von seinem Standpunkt zurück. Er fürchtete, dass es in der Zukunft politische Konstellationen geben könnte, in welchen es für Hannover höchst gefährlich sei, in Preußen durch ein Entgegenlaufen der Interessen einen schlechten Eindruck hinterlassen zu haben oder gar zum direkten Gegner preußischer Interessen aufgestiegen zu sein.<sup>86</sup>

Nicht nur Schele, sondern auch die hannoverschen Ritterschaften standen mit Bismarck in Verbindung. Im Januar 1853 suchte der entlassene Minister von der Decken Leopold von Gerlach in Berlin auf. Decken klagte über das Verhalten Scheles. Man fühle sich darüber enttäuscht, dass von Seiten Scheles Versprechungen gemacht wurden, die nicht eingehalten wurden. Er sei gekommen,

---

<sup>83</sup> Vgl. Anderson, S. 69 und Oppermann, S. 369f.

<sup>84</sup> Stüve an Frommann, Hannover, 16. April 1852; in: Stüve, Bd. 2, S. 723.

<sup>85</sup> Vgl. Schridde, S. 53.

<sup>86</sup> Vgl. Privatschreiben an Minister von Manteuffel, 4. November 1852; in: GW, Bd. 1, S. 252ff.

um die Hilfe des preußischen Königs zu erbitten. Bismarck plante zunächst persönlich nach Hannover zu reisen, wurde aber vom Grafen von Bernsdorff gebeten, dies nicht zu tun, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, Preußen wolle sich in die Angelegenheiten des Welfenstaates einmischen.<sup>87</sup> Die Situation der hannoverschen Regierung hatte sich unterdessen weiter verschlechtert. Manteuffels Informant in Hannover, Isenburg, wusste zu berichten, dass viele glaubten, dass in nächster Zeit mindestens *"Minister Windthorst ausscheiden würde."*<sup>88</sup> Das Kabinett schlug nun als Kompromiss vor, die Zusammensetzung der Ersten Kammer zu ändern. Die Zahl der Landbesitzer sollte reduziert werden. Das Stimmrecht für die Zweite Kammer wiederum sollte nicht mehr allen Bürgern mit Wohnrecht erlaubt sein, sondern auf lokaler Ebene geregelt werden. Die Reform der Provinzialstände sollte widerrufen werden. Windthorst verteidigte in der Zweiten Kammer den Standpunkt der Regierung und verkündete, dass man *"in dieser hochwichtigen Frage keinesfalls aufgeben werde."*<sup>89</sup> Er warnte die Abgeordneten davor, die Augen nicht vor der Gefahr einer Intervention von außen zu verschließen.<sup>90</sup> Das Ministerium machte die Fortsetzung seiner Regierung von der Verabschiedung der Gesetzesvorschläge abhängig.

In einer Denkschrift an Georg V. setzte Bismarck seine Ansichten über die Verfassungsfrage auf. Bismarck wusste, dass Georg V. einem Eingreifen des Bundes ablehnend gegenüberstand und versuchte, die Bundespolitik als Hilfsangebot hinzustellen, um zu vermeiden, dass diese Vorgehensweise als Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu deuten sei.<sup>91</sup> Georg V. sagte er preußische Hilfe zu. Gleichzeitig kritisierte er das parlamentarische

---

<sup>87</sup> Vgl. Schridde, S. 69ff.

<sup>88</sup> Isenburg an Manteuffel, Hannover, 19. März 1853; in: III. HA, Nr. 558, Blatt 359f. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin. Bismarck schrieb, dass man ihm Hannover den Posten eines Ministers angeboten hätte. Vgl. Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Neue Ausgabe, 3 Bde., Stuttgart/Berlin 1921, Bd. 1, S. 88.

<sup>89</sup> Isenburg an Manteuffel, Hannover, 22. Juni 1853; in: III. HA, Nr. 558, Blatt 568. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>90</sup> Vgl. Windthorst, Allgemeine Ständeversammlung, Hannover 21./28. Juni 1853. Zitiert bei Anderson, S. 71.

<sup>91</sup> Vgl. Denkschrift für König Georg V. von Hannover, 2. August 1853; in: GW, Bd. 1, S. 358ff. Vgl. hierzu auch Schridde, S. 80ff.

System als solches und die hannoversche Verfassung, weil diese den König in der Ausübung seiner Rechte beschränke. Mit Schele wollte er erneut ein Zusammentreffen arrangieren, um ihn zur Aufgabe seiner passiven Haltung zu bewegen. Den Rücktritt Windthorsts, der nach Ansicht Bismarcks *"als die entschiedene Linke des Ministeriums zu betrachten"*<sup>92</sup> war, war das mindeste, was er erreichen wollte. Bismarck hatte zu dem Zeitpunkt bereits mit Finanzminister Bacmeister gesprochen, der von längerer Krankheit genesen sich *"des besonderen Vertrauens"*<sup>93</sup> des hannoverschen Königs erfreute und nach Ansicht Isenburgs, nun weniger unter dem Einfluss Windthorsts und des Grafen Bennigsens stehen würde. In einem Brief des Kultusministers von Reich an Schele protestierte Reich gegen das Verhalten Bacmeisters und teilte Schele mit, dass Windthorst, von Reich und von Hammerstein entschlossen wären, nicht weiter zusammen mit Bacmeister im Ministerium zu verbleiben. Man deutete es als mangelndes Vertrauen, dass der Finanzminister ohne das Wissen seiner Kollegen mit Bismarck gesprochen hatte. Empört waren seine Kollegen in erster Linie darüber, dass er keine Auskunft über den Inhalt der Gespräche gab. Bacmeister warfen sie einen Mangel an Beständigkeit wegen seiner Meinungswechsel in der Frage des Septembervertrages sowie in den Punkten der provinziallandschaftlichen und in den Verfassungsfragen vor. Er verfolge nur sein persönliches Interesse, seine Entlassung sei angemessen. Warnend fügte Reich hinzu und spielte damit auf die Möglichkeit an, dass preußische Truppen die Bundesexekution in Hannover durchführen könnten, um die Auflösung der Verfassung durchzusetzen:

*"Trauen Sie H. v. B. nicht zu sehr; Edelmann und Ehrenmann, aber doch nicht Hannoveraner, sondern Preuße - wie würde er triumphieren wenn Preußische Regimenter in Hannover einmarschierten"*<sup>94</sup>.

---

<sup>92</sup> Bericht an König Friedrich Wilhelm IV., 1. August 1853; in: GW, Bd 1, S. 360.

<sup>93</sup> Isenburg an Manteuffel, Hannover, 2. Juli 1853; in: III. HA, Nr. 559, Blatt 6. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>94</sup> Aus der Abschrift eines Briefes Karl Jobst August von Reich an von Schele, 9. August 1853. Zitiert nach Schridde, S. 89.

Nachdem Schele Bacmeister aufgefordert hatte, sich schriftlich für sein Verhalten zu rechtfertigen, reichte Bacmeister sein Rücktrittsgesuch ein. Er wurde von Georg V. aber nicht entlassen, sondern nur bis auf weiteres von der Teilnahme an den Sitzungen des Gesamtministeriums befreit.

Einige Wochen nach der Denkschrift Bismarcks an Georg V, setzte auch Windthorst ein Schreiben an den hannoverschen König auf. Windthorst betonte nachdrücklich die Notwendigkeit einer Verständigungspolitik. Eine von außen oktroyierte Verfassung lehnte er ab und war überzeugt, dass noch nicht alle innenpolitischen Mittel ausgeschöpft wären. Er warnte vor der Anrufung des deutschen Bundes, da dadurch vor allem Preußens Einfluss auf Hannover gesteigert werden könnte. Ohne Ausschöpfung aller möglichen innenpolitischen Mittel und den Nachweis derselben könnte der Eingriff Preußens als Präzedenzfall im Hinblick auf die möglichen Konsequenzen für die Zukunft anderer deutscher Staaten gelten. Preußen würde im Hinblick auf den *"naturgemäßen Trieb nach Vergrößerung"* keine Gelegenheit ungenutzt lassen, *"sich in die Angelegenheiten Hannover's einzumischen"*, um auf diese Weise *"mehr und mehr Einfluß zu gewinnen"*<sup>95</sup>. Auch Schele versuchte den König von einer Anrufung des Bundes abzuhalten und warnte eindringlich vor den Ratschlägen Bismarcks. Die Ansprüche des Adels, welche auf eine künstliche Aufrechterhaltung überkommener Rechte hinausliefen, wies er zurück und empörte sich, dass Bismarck für Hannover andere Maßstäbe anlegte als für Preußen. Preußen müsse sich, um nicht unter den Großmächten eine untergeordnete Rolle zu spielen, zwangsläufig vergrößern. Es ließe sich nicht verkennen, dass man sich bereits mitten im Frieden bemühte, die Mittelstaaten, die Preußens natürliche Gegner seien, allen voran Hannover, von sich abhängig zu machen und zu schwächen.<sup>96</sup> In zwei Gesprächen mit Bismarck versuchte Schele Bismarck von seiner Position zu überzeugen. Bismarck wiederholte aber gegenüber Schele seine Meinung, dass die hannoversche Verfassung mit dem monarchischen Prinzip nicht zu vereinbaren sei. Die hannoversche Regierung solle einschneidende Änderungen vornehmen und die Zeit sei reif für

---

<sup>95</sup> Denkschrift Windthorsts, Hannover, 2. September 1853; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 522.

<sup>96</sup> Vgl. Schridde, S. 90ff.

ein Eingreifen des Bundes. Schele wies Bismarcks Forderungen zurück. Bismarck war verärgert und überzeugt, dass der Aristokrat Schele sich endgültig den liberalen Ideen Stüves geöffnet habe.<sup>97</sup> Georg V. entschied sich nun gegen seine Regierung. Im November 1853 wurde das Ministerium Schele entlassen und Neuwahlen für die Zweite Kammer angesetzt.<sup>98</sup>

Im Gegensatz zu Bismarcks Hoffnungen wurde Bacmeister nicht mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt. Die hannoversche Ritterschaft war nicht bereit gewesen, mit Bacmeister zu verhandeln, sondern schlug von Lütcken als ihren Kandidaten vor. Mit Lütcken wollte sie ihr Ziel, die Wiederherstellung der Verfassung in ihrer Gestalt vor 1848 durch Hilfe des Bundes erreichen. Lütcken war in dieser Frage zunächst aber noch unschlüssig. Die Neuwahlen zur Zweiten Hannoverschen Kammer hatten auch Windthorst ein neues Mandat verschafft. Er arbeitete wieder enger mit Stüve zusammen. Stüve brachte den Antrag der alten Regierung Schele ein, das Reformgesetz vom 1. August 1851 abzuschaffen und dem Bund damit die Möglichkeit zur Intervention zu nehmen. Stüves Antrag wurde abgelehnt und der Landtag vertagte sich.<sup>99</sup> Graf Eduard von Kielmannsegge trieb die Verfassungsfrage im Bundestag an und berief sich dabei immer wieder auf die Aussagen Bismarcks. Als am 7. August 1854 der Verfassungsausschuss des Bundes die hannoversche Regierung aufforderte, Auskunft über die geplanten Verfassungsänderungen zu geben, verhielt sich die neue Regierung ablehnend. Im April 1855 forderte der Bundestag die hannoversche Regierung auf, den Ritterschaften wieder eine ihren traditionellen Rechten entsprechende wirksame Vertretung in der Ersten und Zweiten Kammer einzuräumen. Die Verfassung und die Gesetzgebung des Königreiches solle man sorgfältig prüfen, ob und wie weit sie mit den Gesetzen des Deutschen Bundes in Einklang stehe.<sup>100</sup> Der hannoversche Landtag trat erst wieder am 15. Juni 1855 zusammen und protestierte gegen das Versäumnis der Regierung, die Versammlung vorher einzuberufen. Es entstand eine Bewegung,

---

<sup>97</sup> Vgl. Schreiben an König Friedrich Wilhelm IV., 21. September 1853 und Schreiben an Mannteuffel, 25. September 1853; in: GW, Bd. 1, S. 377-382.

<sup>98</sup> Vgl. Hüsgen, S. 47.

<sup>99</sup> Vgl. Anderson, S. 73.

<sup>100</sup> Vgl. Hüsgen, S. 47.

die der Regierung das vom Landtag zu bewilligende Jahresbudget verweigern wollte. Windthorst kritisierte zwar die Verzögerung der Einberufung des Landtages, war aber Gegner dieser Bewegung. Georg V. vertagte nun den Landtag auf unbestimmte Zeit und entließ die Regierung.

Am 29. Juli 1855 ernannte der hannoversche König Graf Borries zum Ministerpräsidenten.<sup>101</sup> Bismarck zeigte sich über diese Entwicklung in Hannover, "*diese blühende Pflanzschule der Demokratie*", erfreut. Die hannoversche Regierung würde in absehbarer Zukunft "*das Bedürfnis nach Anlehnung an Preußen fühlen*"<sup>102</sup>. Unter dem Ministerium Borries erreichte die Reaktionszeit ihren Höhepunkt.<sup>103</sup> Die neue Regierung baute die Geheimpolizei weiter aus und errichtete ein regelrechtes Polizeiregiment. Als die Regierung schließlich erfolglos versuchte, ein Gericht einzusetzen, um Beamte zu disziplinieren und politische Verbrechen und Pressevergehen der Kompetenz des Geschworenengerichts zu entziehen, löste Borries die Zweite Hannoversche Kammer auf und setzte Neuwahlen für den Januar 1857 fest. Die Wahlen wurden von Seiten der Regierung massiv manipuliert. In der offiziellen Presse begann eine Kampagne, die die angeblichen Machenschaften eines geheimen Wahlkomitees aufzudecken vorgab, dem der ehemalige Märzminister Graf Alexander von Bennigsen, der liberale Oppermann, Johann Miquel, Rudolf von Bennigsen und Windthorst angehört haben sollen. Den Gegnern der Regierung wurden Sanktionen angedroht. Die Regierung konnte zwar schließlich bei den Wahlen eine für sie günstige Mehrheit gewinnen, trotzdem aber wurden noch zusätzlich unliebsame Gegner ausgeschaltet. Notstandsgesetze wurden ohne die Zustimmung der Ständeversammlung erlassen. Die Notstandsgesetze sahen u.a. vor, dass politische Verbrechen den Schwurgerichten entzogen werden sollten. Zu den politischen Verbrechen gehörten Landes- und Staatsverrat, Gefährdung der Staatssicherheit, Majestätsbeleidigung, Beleidigung der königlichen Familie, Herabwürdigung der Staatsverfassung, Aufruhr, Störung der öffentlichen Ruhe durch Missbrauch der Religion und alle Pressevergehen. Die Möglichkeiten für die Entlassung von Beamten und Richtern wurden erweitert. Windthorst,

---

<sup>101</sup> Vgl. Anderson, S. 74.

<sup>102</sup> An Leopold von Gerlach, Frankfurt, 7. August 1855; in: GW, Bd. 14/1, S. 411.

<sup>103</sup> Vgl. Aschoff, Christlicher Politiker, S. 13.

Stüve, Graf Bennigsen und Münchhausen wurden durch eine Neuinterpretation des Beamtenrechts von 1840 die Einnahme ihrer Sitze verweigert. Die Regierung beseitigte so die Vertreter eines reformkonservativen und gemäßigt liberalen Kurses aus der Ständeversammlung.<sup>104</sup>

Nach Einschätzung Stüves würde Windthorst sich durch den erzwungenen Rückzug aus der parlamentarische Politik am meisten "affiziert fühlen". Windthorst sei ein Politiker, der im "unruhigen Intrigieren seine einzige Befriedigung"<sup>105</sup> fände. Mit der Verdrängung aus der Ständeversammlung verlöre er dazu die Gelegenheit. Windthorst gehöre zu jenen Leuten, die sich ohne offizielle Tätigkeit nicht zu beschäftigen wüssten und dann "aus Not ein Geschäft aus der Intrige machen." Dies sei in seinen Augen "eine traurige Existenz."<sup>106</sup> Auch wenn Stüves Meinung über Windthorsts Persönlichkeit und seinen Stil Politik zu betreiben äußerst ablehnend ausfiel, so hatte er in seiner Bewertung, was die parlamentarische Arbeit für Windthorst bedeute, nicht unrecht. Windthorst, der sich von diesem "Gewaltstreich" der Regierung tief erschüttert fühlte, zählte sich bereits "zu den politisch Todten!":

*"Das ständische Gebiet war das einzige, welches mir für eine practische Thätigkeit verblieben war und es ist wahrlich nicht trostreich, wenn uns so wesentliche politische Rechte durch einen Federstrich ohne Urtheil und Recht genommen werden können."*<sup>107</sup>

Nach seinem ungewollten Abschied aus der Politik, nahm Windthorst seine private Anwaltspraxis in Osnabrück wieder auf. Seine politische Niederlage vergaß er nicht. Noch über drei Jahrzehnte später machte er Bismarck für den Sturz des Kabinetts und den politischen Kurswechsel in Hannover verantwortlich. Im preußischen Abgeordnetenhaus bemerkte er im Jahr 1886 gegenüber Bismarck:

*"Hat er denn die Szene vergessen, wo er dem verstorbenen König Georg V. ein privatissimum darüber las, wie er die Sache in Han-*

---

<sup>104</sup> Vgl. Anderson, S. 75 und Aschoff, Christlicher Politiker, S. 13. Vgl. hierzu auch Sellert, S. 37ff.

<sup>105</sup> Stüve an Fromann, Osnabrück, 19. Januar 1857; in: Stüve, Bd. 2, S. 802.

<sup>106</sup> Stüve an Fromann, Osnabrück, 8. April 1857; in: Ebd. S. 810.

<sup>107</sup> Windthorst an Wilhelm Freiherr von Hammerstein, Hannover, 23. Januar 1857; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 41f.



*nover weiter machen und das Ministerium, dem ich damals zum erstenmal angehörte, beseitigen sollte*<sup>108</sup>.

### 2.3.2. Der Katholizismus als Politikum

Bismarck verband mit seiner Religiosität einen staatstragenden Charakter und vertrat die Überzeugung, dass ein *"gewisser Grad an positivem Christentum"*<sup>109</sup> für den gewöhnlichen Mann notwendig sei, um der menschlichen Gesellschaft nicht gefährlich zu werden. Der Katholizismus gehörte für Bismarck nicht zum positiven Christentum. Das Bestehen staatlicher Ordnung sei unverträglich, wenn ein Staatangehöriger für sich in Anspruch nähme, Gesetze, welche ihm ungerecht erschienen, als für ihn nicht gültig zu betrachten und sich gegen die gesetzlichen Zustände aufzulehnen. Besonders den Einfluss der Geistlichkeit auf die Gläubigen empfand er als gefährlich:

*"Besonders gefährlich wird ein derartiger Vorgang, wenn er von einer Stelle ausgeht, deren Beruf es ist, Frieden und Gehorsam gegen die Obrigkeit zu fördern, und wenn er getragen wird von einer einflußreichen und wohlorganisierten Korporation, wie die der katholischen Geistlichkeit."*<sup>110</sup>

Antagonismus gegen Preußen und katholisch zu sein, gehörten für Bismarck eng zusammen. Hinsichtlich eines Konvertiten bemerkte er, dass derselbe zum Katholizismus übergetreten wäre, nicht aufgrund der religiösen Überzeugung, sondern im Interesse der politischen Bestrebungen.<sup>111</sup> Innerhalb des territorialen preußischen Gefüges schien der Katholizismus das Land destabilisieren zu können. Das Rheinland ebenso wie die polnischen Gebiete waren mehrheitlich katholisch. In beiden Teilen Preußens war der Klerus Bismarck bereits negativ als Agitator aufgefallen. Bismarck war der

---

<sup>108</sup> Windthorst im preußischen Abgeordnetenhaus, 28. Januar 1886; in: Windthorst, Ausgewählte Reden, a.a.O., Bd. 3, S. 90

<sup>109</sup> Sitzung der Zweiten Kammer, 15. November 1849; in: GW, 10, S. 62.

<sup>110</sup> Vertrauliches Schreiben an Minister von Manteuffel, 29. November 1853; in: GW, Bd. 1, S. 392f.

<sup>111</sup> Vgl. Bericht an Minister von Manteuffel, 5. August 1855; in: GW, Bd. 2, S. 69. Vgl. hierzu u.a. auch die Vertrauliche Denkschrift an Minister von Manteuffel, Frankfurt, 30. Mai 1853; in: GW, Bd. 1, S. 334.

Überzeugung, dass die Erfahrung mit dem Katholizismus bei evangelischen Regierungen den Entschluss wecken müsse, sich auch "*anscheinend billigen Forderungen*" entgegenzustellen. Die Beziehung zur römischen Kirche sollten nicht durch Konkordate oder sonstigen Verträge, sondern "*durch die Satzungen dieser Kirche selbst geregelt werden*"<sup>112</sup>. Auch Katholizismus als Anhänglichkeit zu Österreich bei gleichzeitiger prinzipieller Gegnerschaft zu Preußen waren nach Bismarcks Einschätzung ernsthafte politische Realitäten. So äußerte er sich während eines Konfliktes zwischen katholischer Kirche und der Regierung in Baden, dass die katholische Geistlichkeit in Baden und Württemberg die Hinwendung zu Österreich, welche noch nicht erloschen sei, als Grundlage zum Plane der Wiedervereinigung mit dem Kaiserstaate benutzen würde. Die Zahl der kaiserlichen Agenten innerhalb des Klerus sei hoch. Diese Überzeugung, dass katholisch in der Regel pro-österreichisch und antipreußisch bedeutete, wurde - je mehr die Interessen Österreichs und Preußens auseinander liefen - von Bismarck in späteren Briefen nahezu als Selbstverständlichkeit betrachtet und bildete eine seiner Grundüberzeugungen der späten 50er und frühen 60er Jahre. Sein Misstrauen gegenüber der römischen Kirche wurde von vielen seiner Kollegen geteilt. In einem Brief des preußischen Diplomaten Usedom an Minister Manteuffel beschwerte sich Usedom über Angriffe gegen den Protestantismus, welche seiner Meinung nach, offensichtlich von der römischen Kirche organisiert wurden. Auch er schätzte die Agitation als politisch motiviert ein.<sup>113</sup>

Verstärkt wurden die negativen Meinungen über die politische Zuverlässigkeit der Katholiken durch einen innerpreußischen Streit. 1852 ergingen die sogenannten Raumerschen Erlasse, benannt nach dem Kultusminister Otto von Raumer. Die Geistlichkeit sollte stärker der staatlichen Kontrolle zugänglich gemacht werden. Unter anderem sollte das theologische Studium in Rom für den Priester-nachwuchs beschränkt werden. Ausländischen Jesuiten sowie Geistlichen, die an Jesuitenhochschulen studiert hatten, wurde die

---

<sup>112</sup> Vertrauliches Schreiben an Minister von Manteuffel, 29. November 1853; in: GW, Bd. 1, S. 392f.

<sup>113</sup> Vgl. Usedom an Manteuffel, Rom, 8. Dezember 1852, in: III. HA, I, Nr. 11759. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

Niederlassung in Preußen verwehrt.<sup>114</sup> Durch diese internen Verwaltungserlasse wurde die Opposition der katholischen Öffentlichkeit hervorgerufen. Die Auseinandersetzung bestimmte die preußischen Landtagswahlen von November 1852. Die preußischen Bischöfe veröffentlichten zwei Erklärungen, in denen sie gegen die Erlasse Stellung nahmen, und der Konflikt, der in den Augen Bismarcks ein politischer war, bekam eine stärkere konfessionelle Komponente. August Reichensperger bezeichnete das Anliegen der preußischen Regierung als einen Rückfall in eine schwere Krankheit. Die Erlasse hätten die *"religiöse Gärung wieder in Gang gebracht."* Reichensperger ergriff mit seiner Bemerkung über das Wesen des Protestantismus, der seiner Ansicht nach nur *"vom Hasse und der Ignoranz"*<sup>115</sup> lebe, eine unversöhnliche Haltung gegenüber dem Protestantismus. Die katholische Öffentlichkeit in Preußen wurde im Hinblick auf die angesetzten Neuwahlen publizistisch mobilisiert.<sup>116</sup> Schließlich schlossen sich einige ins Abgeordnetenhaus gewählte Katholiken zu einer Katholischen Fraktion zusammen. Man dementierte aber, wie u.a. Joseph Graf zu Stolberg-Westheim, den Wunsch einer Parteibildung. Die Fraktion sei nur für kirchenrechtliche Fragen bestimmt, man besitze kein Programm, sondern nur eine Geschäftsordnung. Man sei nur durch eine Verletzung verfassungsmäßiger Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche zu diesem Zusammenschluss veranlasst worden. Nachdrücklich betonte man Verfassungstreue.<sup>117</sup> Obwohl die Katholische Fraktion einen stark ausgeprägten konstitutionellen Charakter hatte, und sie nach Beendigung des Streits um die Raumerschen Erlasse, die zwar nicht förmlich, aber schließlich in der Sache zurückgezogen wurden,<sup>118</sup> keine wichtige politische Rolle mehr spielte, bedeutete die politische Agitation von kirchlicher Seite für Bismarck eine *"Aufhetzung"* und Beeinflussung *"von den Kanzeln herab"*. Man rede nicht in der

---

<sup>114</sup> Vgl. Herres, a.a.O., S. 355.

<sup>115</sup> August Reichensperger an Eduard von Steinle, 23. September 1852; in: Bergsträsser, Bd. 1, a.a.O., S. 190.

<sup>116</sup> Vor allem in westfälischen Gemeinden und Aachen als einer der wenigen rheinisch-preußischen Städte, gab es umfangreiche Bürgerpetitionen gegen die Erlasse. Vgl. Herres, S. 356.

<sup>117</sup> Vgl. Görtemaker, S. 258. Vgl. auch Einsendung einer ungenannten Person an die Kölnische Zeitung. Übernommen von der "Deutschen Volkshalle" 1853; in: Bergsträsser, Bd. 1, S. 192.

<sup>118</sup> Vgl. Herres, S. 358.

Sprache der Apostel. Zu den schwierigsten Pflichten seines Amtes betrachtete er nun *"den unablässigen Kampf"* im Dienste des Königs gegen die *"ecclesia militans der Katholiken"*. Katholik und ein Feind Preußens zu sein sei gleichbedeutend, egal ob man seinen Hass *"schwarz-gelb, Französisch oder demokratisch anstreichen"*<sup>119</sup> würde.

Von diplomatischer Seite aus versuchte Preußen in den 50er Jahren, ganz im Sinne Bismarcks, die konfessionelle Zugehörigkeit zu nutzen, um eine politische Zusammenarbeit der deutschen evangelischen Staaten zu erreichen. Usedom griff in einem Brief an Manteuffel die Möglichkeit einer solchen Zusammenarbeit besonders mit Hannover auf.<sup>120</sup> Man forderte die hannoversche Regierung auf, die Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl wieder einzurichten. Die Auflösung der hannoverschen Gesandtschaft sei nicht dienlich gewesen. Durch die Wiederherstellung, stünden Hannover und Preußen Mittel zur Verfügung, ihren Interessen gegenüber Rom größeren Nachdruck zu verleihen. Momentan stehe Preußen dem Heiligen Stuhl noch allein gegenüber. Obwohl Schele Manteuffel zusicherte, dass er zu einer engen Zusammenarbeit in den Angelegenheiten der protestantischen Kirche bereit sei, wurde die Forderung nach Wiedereinrichtung einer Gesandtschaft zurückhaltend erwidert. Zwar wäre der König bei entsprechender Beratung bereit, eine solche Stelle zu besetzen, der Einrichtung einer Vertretung beim Papste stünden aber unter *"den gegenwärtigen Umständen finanzielle Rücksichten entgegen"*<sup>121</sup>. Eine Überwindung dieser Schwierigkeiten sei momentan nicht zu erreichen, obwohl man die enorme Bedeutung, welche der Sache beiwohne zu würdigen wisse. Über ein Jahr versuchte man Schele von der Notwendigkeit einer Gesandtschaft zu überzeugen. Auch die dahingehenden Versuche des Prinzen zu Isenburg scheiterten an der Begründung, dass die Kassen Hannovers momentan leer seien. Eine Argumentation, die im Grunde nicht haltbar war, denn auch die von Preußen unterstützten Finanze-

---

<sup>119</sup> An Leopold von Gerlach, Frankfurt, 20. Januar 1854; in: GW, Bd. 14/I, S. 340.

<sup>120</sup> Vgl. Usedom an Manteuffel, Rom, 8. Dezember 1852, in: III. HA, Nr. 11759. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>121</sup> Schele an Manteuffel, Hannover, 18. Januar 1852; in: Ebd.

rungsmodelle scheiterten an der Begründung der finanziellen Schwierigkeiten.<sup>122</sup>

Der Katholizismus erfuhr in Hannover in den späten 50er Jahren einen Aufschwung. Der Druck, den die Katholiken auf die Regierung für die Neudotation des Bistums Osnabrück ausübten, war nicht abgebrochen. 1854 sandten alle Kirchengenossen Osnabrücks Bittschriften, und zu Beginn des Jahres 1855 wurden Verhandlungen aufgenommen, für die Windthorst sich bereits während seiner Zeit als Justizminister intensiv eingesetzt hatte. Windthorst sollte sich auf ein Schreiben des Weihbischofs Lüpke hin an diesen Verhandlungen mit den Vertretern der Regierung beteiligen. Als die Regierung beschloss, die Stände über die Bistumsdotationsentscheidung zu lassen, vermutete Windthorst hinter diesem Vorgehen einen politischen Schachzug, damit die Regierung nicht die Schuld an einer Ablehnung auf sich nehmen müsse. Er schlug Lüpke, der gegenüber der Regierung immer wieder darauf hingewiesen hatte, dass eine Verzögerung den Unmut der Katholiken hervorrufen könnte, vor, in weiteren Verhandlungen als Kompromiss auf Teile der Dotation zu verzichten.<sup>123</sup> Im April 1855 wurden die Verhandlungen durch den Tod Lüpkes zunächst unterbrochen.<sup>124</sup> Die neuerliche Aufnahme dieser Verhandlungen hat auch Windthorst wieder maßgeblich unterstützt. Zusammen mit anderen Katholiken aus Osnabrück hatte er ein Schreiben an den Papst eingereicht, in dem um päpstliche Unterstützung gebeten wurde. Auch versuchte Windthorst über Johann Georg Müller, den mit den kurialen Verhandlungsvollmachten ausgestatteten Bischof von Münster, die kirchlichen Vertreter zu veranlassen, möglichst schnell die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Auf der Grundlage eines Vertrages mit der römischen Kurie vom 7. Februar 1857 stellte die hannoversche Regierung schließlich die Mittel für eine Neudotation zur Verfügung.<sup>125</sup> Am 29. März 1857 empfing Georg V. eine Abord-

---

<sup>122</sup> So sollte eine Stelle von einem Legationsrat Kestner umstrukturiert werden, um auf diese Weise die finanziellen Mittel frei zu machen. Vgl. Prinz zu Isenburg an Manteuffel, Hannover, 6. Februar 1853; in: Ebd.

<sup>123</sup> Vgl. Windthorst an Karl Anton Lüpke, Hannover, 26. Februar 1855; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 29ff.

<sup>124</sup> Vgl. Aschoff, Staat und Kirche, S. 264ff.

<sup>125</sup> Vgl. Windthorst an Pius IX, ohne Ort, ohne Datum, vermutlich 1855/1856 und diverse Schreiben an Johann Georg Müller in der Zeit von Juni 1856 bis

nung katholischer Mitglieder der Ständeversammlung aus Osnabrück, um eine Dankadresse entgegenzunehmen. Georg betonte in seiner Erwiderung dieser Adresse, dass die Neudotation den katholischen Untertanen eine *"neue und dauernde Bürgerschaft sein"*<sup>126</sup> sollte. Es sei der Beweis, dass Katholiken und Protestanten im Welfenstaat gleich behandelt würden. Mit der Neudotation des Bistums Osnabrück war man nicht nur auf Bedürfnisse der katholischen Minderheit eingegangen. Dieses Entgegenkommen symbolisierte nachdrücklich das abnehmende Misstrauen gegenüber der katholischen Kirche und den Versuch, die Kirche und die Katholiken enger an den Staat und die Regierung zu binden oder sie zumindest für die Opposition unzugänglicher zu machen.<sup>127</sup>

Für den Katholizismus war Osnabrück ein weiteres Forum seiner Interessen. Bei der Stellenbesetzung versuchte Windthorst maßgeblich Einfluss zu nehmen und drängte mit Nachdruck auf eine schnelle Besetzung des Bischofsstuhls.<sup>128</sup> Es gelang ihm, seinen Freund Beckmann zum Generalvikar von Hildesheim und Suffraganbischof von Osnabrück ernennen zu lassen. Als Pius IX. Paul Melchers, dessen Sichtweise als tendenziell dogmatisch, konservativ und ultramontan eingestuft werden kann,<sup>129</sup> zum Bischof für die ca. 154 000 Katholiken ernannte, entsprach dies nicht Windthorsts Vorstellungen. Windthorst setzte sich aber für eine Beschleunigung der Bestätigung Melchers durch Rom ein.<sup>130</sup> Auch sollte man sich seiner Ansicht noch darum bemühen, Melchers vom preußischen Staat für seine Verdienste auszeichnen lassen.<sup>131</sup> Wie hoch man Windthorsts

---

November 1857; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 37-51. Vgl. hierzu auch Aschoff, Christlicher Politiker, S. 14.

<sup>126</sup> Georg V. zu eine Anordnungen katholischer Mitglieder der Ständeversammlung aus der Landdrostei Osnabrück, Hannover, 29. März 1857. Zitiert nach Hüsgen, S. 50.

<sup>127</sup> Vgl. Aschoff, Staat und Kirche, S. 263.

<sup>128</sup> Vgl. Windthorst an Johann Georg Müller, Hannover, 12. Mai 1857 und 27. Juli 1857; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 43 und 45-50.

<sup>129</sup> Trotzdem gehörte Melchers als Geistlicher zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu Bismarcks "personae minus grata". Vgl. Einleitung zum Immediatsschreiben Bismarcks an König Wilhelm, Berlin 30. September 1865; in: GW, Bd. 5, S. 302.

<sup>130</sup> Vgl. Anderson, S. 76.

<sup>131</sup> Windthorst spielt auf Orden an, die Ketteler bei seinem Amtsantritt in Mainz und der verstorbene Kardinal Diepenbrock in Breslau von der preußischen Regierung erhalten hatten. Um welche Orden es sich handelte, ist an Hand

Einfluss bei der Reorganisation des Bistums einschätzte, geht aus Dankesbriefen, u.a. auch von Melchers, hervor.<sup>132</sup> Eine persönliche Auszeichnung des Papstes für seine Arbeit lehnte Windthorst aber aus politischen Gründen ab. Wahrscheinlich wollte Windthorst vermeiden, dass seine Gegner ihn als Anhänger einer fremden Macht hinstellen konnten. Zu größeren Meinungsverschiedenheiten zwischen katholischer Kirche und hannoverscher Staatsmacht ist es in den folgenden Jahren nicht mehr gekommen.<sup>133</sup> Es existierte offensichtlich eine Art stille Vereinbarung, denn potentielle Streitpunkte sprach man nicht an oder versuchte sie der Gegenseite ohne die Ausübung von politischen Druck darzulegen. So deutete zum Beispiel der Papst in einem Dankeschreiben für die Erhöhung der Dotation für das Priesterseminar in Osnabrück eine gewisse Unzufriedenheit mit der allgemeinen Situation der katholischen Kirche in Hannover nur an.<sup>134</sup> Von Seiten der hannoverschen Regierung vermied man es, auf solche Andeutungen einzugehen. Man war nicht bereit, ohne *"Noth eine prinzipielle Erörterung wieder in Fluß zu bringen"*<sup>135</sup>, die kein Ergebnis bringe und nur zu unerwünschten Irritationen führen könnte. Auf dieser Basis lief das Verhältnis ohne Komplikationen.

Man kann davon ausgehen, dass der Machtzuwachs der katholischen Kirche in Hannover eine Entwicklung war, die von Bismarck mit einiger Skepsis aufgenommen worden ist. Gerade vor dem Hintergrund der Gespräche über die Einrichtung einer hannoverschen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl, konnte es doch als ein Zeichen gegen Preußen gedeutet werden, sich nicht in eine protestantische Liga einordnen zu lassen. Auch Windthorsts wichtige Rolle für den Katholizismus in Osnabrück wird Bismarck nicht verborgen geblieben sein. Trotz aller Vorbehalte, die Bismarck der katholischen Kirche entgegenbrachte, mag eine Zusammenarbeit von katholischer

---

des Briefes Windthorsts nicht zu ermitteln. Vgl. Windthorst an Johann Georg Müller, Hannover 17. November 1857; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 50f.

<sup>132</sup> Vgl. Brief von Thiele (undat.) und Brief des Bischofs Paulus Melchers, 30 September 1857. Zitiert bei Hüsgen S. 50f.

<sup>133</sup> Vgl. hierzu auch den Brief Melchers an Georg V., Osnabrück, 13. November 1859; in: Dep. 103 II, 47/10. Königliches Hausarchiv Hannover.

<sup>134</sup> Vgl. Papst Pius XII. an Georg V., Rom, 9. April 1860; in: Ebd., Dep. 103 II, 49/40.

<sup>135</sup> N.N. an Cabinetsrat Dr. Lex, Hannover, 12. Mai 1860; in: Ebd.

Kirche und Bismarck zu dieser Zeit unter gewissen Umständen möglich gewesen sein. Aufgrund des konservativen Weltbildes waren die meisten Katholiken keine ideologischen Gegner. Bei den liberalen Vordenkern war die Gegnerschaft zum Katholizismus anders motiviert. Für viele Liberale wie z.B. Karl Vogt war die Kirche eine Art Hemmschuh der modernen Zivilisation.<sup>136</sup> Der Naturwissenschaftler und Arzt Rudolf Virchow hatte, als er in Schlesien die von Typhus heimgesuchten Regionen besuchte, dem katholischen Klerus eine Mitschuld an den dort herrschenden Zuständen vorgeworfen. Die örtliche Bevölkerung sei *"faul, unsauber, hündisch ergeben"*<sup>137</sup>. Das Volk sei körperlich und geistig schwach und bedürfe einer Art von vormundschaftlicher Leitung. Der Mangel an Eigentum und an Bildung bedeutete aus liberaler Sicht, dass der Mehrzahl der Katholiken wichtige bürgerliche Attribute fehlten. Im Laufe der Jahre mündeten ähnliche Gedanken in die Beurteilung, dass der Katholizismus tatsächlich die Religion der Ungebildeten und Abergläubigen sei. Zwar gab es für Bismarck und die Liberalen der Bildungselite unterschiedliche Grundmotive, den Katholizismus zu bekämpfen, gemeinsam war ihnen aber die Abneigung. Abwegig war ein Pakt Bismarcks mit den Liberalen dann nicht, wenn sie sich als Deutsche im Bismarckschen Sinne, also preußisch orientierte Deutsche, etablieren konnten.

Obwohl nun sowohl der Katholizismus als auch der Liberalismus für Bismarck jedenfalls theoretisch bündnisfähig waren, hatte Bismarck bereits in Windthorst, der als Politiker sowohl liberale, katholische und konservative Anschauungen vertrat, einen entschiedenen Gegner ausgemacht. Über Windthorsts Status als Politiker eines Mittelstaates hinaus, war es die Mischung, mit der er praktisch eine doppelte Gegnerschaft verkörperte. Windthorst, der jene von den Liberalen hoch geschätzten bürgerlichen Attribute wie Bildung und Unabhängigkeit besaß, war direkter Konkurrent der alten konservati-

---

<sup>136</sup> Vgl. Adolf M. Birke, *Bischoff Ketteler und der deutsche Liberalismus. Eine Untersuchung über das Verhältnis des liberalen Katholizismus zum bürgerlichen Liberalismus in der Reichsgründungszeit* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, 9), Mainz 1971, S. 44. Vgl. auch David Blackbourn, *Volksfrömmigkeit und Fortschrittsglaube im Kulturkampf* (Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge, Nr. 81), Wiesbaden/Stuttgart 1988, S. 18.

<sup>137</sup> Rudolf von Virchow, 1848. Zitiert nach Blackbourn, a.a.O., S. 20.



ven Elite, wie die Liberalen auch. Zwar betrieb er eine gemäßigte und eine zwischen den Positionen vermittelnde Politik, doch diese reichte aus, um ihn für Bismarck als *"entschiedene Linke des Ministeriums"*<sup>138</sup> in Hannover erscheinen zu lassen. Andererseits vertrat Windthorst die Interessen der katholischen Kirche, war großdeutsch und repräsentierte für Bismarck als *"ein übles ultramontanes Element"*<sup>139</sup> somit auch die prinzipielle Gegnerschaft der Katholiken zum preußischen Staat mit Anlehnung an Österreich.

## 2.4. Konfliktpotentiale

### 2.4.1. Österreich und Preußen

Nachdem im Sommer 1853 russische Truppen in die Donaufürstentümer Moldau und Walachai einmarschierten, erklärte die Türkei im Oktober Russland den Krieg. Russland, das der Türkei militärisch überlegen war, handelte gegen die Interessen Großbritanniens. Nachdem die Forderung nach Räumung der besetzten Gebiete von Russland nicht erfüllt wurde, griff Großbritannien zusammen mit Frankreich und Piemont in den Krieg ein. Im Prinzip ging es in diesem sogenannten Krimkrieg um die Frage nach der künftigen machtpolitischen Stellung des osmanischen Reiches und ob der strategisch wichtige Durchgang zum Schwarzen Meer russisch oder neutral sein sollte. Sowohl die Westmächte als auch Russland versuchten, in Deutschland Neutralitätszusagen zu erhalten oder Bündnispartner zu gewinnen. Besonders Österreich, das eigentlich mit Russland verbündet war, aber zugleich durch das russische Vorgehen seine Stellung auf dem Balkan gefährdet sah, war machtpolitisch herausgefordert.

Die internationale Krise wurde in Deutschland auch genutzt, um die deutsche Frage neu zu ordnen. Der preußische Diplomat Pourtalès hatte London angeboten, in ein Bündnis mit den Westmächten einzuwilligen, dafür sollte Preußen freie Hand bei der Herausdrängung Österreichs aus dem Deutschen Bund bekommen.<sup>140</sup> Auch

---

<sup>138</sup> Bericht an König Friedrich Wilhelm IV., 2. August 1853; in: GW, Bd. 1, S. 360.

<sup>139</sup> Privatschreiben an Minister von Manteuffel, 25. November 1851; in: GW, Bd. 1, S. 103.

<sup>140</sup> Vgl. Nipperdey, S. 690.

Bismarck, der fürchtete, dass der preußische König sich an einer Wiener Kriegspolitik beteiligen könnte, erkannte die schwierige Lage, in der sich Österreich befand. An eine Unterstützung für Österreich wollte er Bedingungen hinsichtlich einer Erweiterung der preußischen Machtstellung in Deutschland knüpfen. Auch in den deutschen Mittelstaaten erkannte man eine Möglichkeit, die eigene machtpolitische Stellung in Deutschland auszubauen. Als Friedrich Wilhelm ein Allianzangebot nach Wien überbringen ließ und die Positionierung der anderen deutschen Staaten erfahren wollte, beabsichtigte insbesondere die hannoversche Regierung diese günstige Gelegenheit zu nutzen. Während Georg V. gegenüber Bismarck seine Bereitschaft äußerte, jeden Angriff auf die außerdeutschen Besitzungen eines deutschen Bundesfürsten als Kriegsgrund zu betrachten, versuchte der hannoversche Ministerpräsident Lütcken, eine Konferenz der Mittelstaaten zu etablieren, um größeren Einfluss auf die Entscheidung ausüben zu können. Eine Stärkung der Position Hannovers oder anderer Mittelstaaten wollte Bismarck verhindern.<sup>141</sup> Als sich im Sommer 1854 Österreich und Preußen auf ein Ultimatum an Russland einigten, und Preußen im Konfliktfall kriegerische Unterstützung zusagte, geschah dies sehr zum Missfallen Bismarcks, der glaubte, Preußen würde sich aus Angst vor einer Isolierung der österreichischen Politik anschließen.<sup>142</sup> In Folge des Ultimatums, räumte Russland die Donaufürstentümer und österreichische und türkische Truppen rückten nach. Im Dezember 1854 schloss sich Österreich den weitergehenden Forderungen der Westmächte an. Preußen weigerte sich, diesem Allianzvertrag beizutreten. Als im Januar 1855 Österreich die Mobilisierung der Bundesstreitkräfte verlangte, unterstützte Hannover den Antrag, und Georg V. ließ verlautbaren, dass sich die hannoversche Politik im Einklang mit Österreich befände.<sup>143</sup> Bismarck versuchte Österreich politisch zu isolieren und dem Antrag die antirussische Spitze zu nehmen. Der Bundestag beschloss im Februar 1855 zwar die Streitkräfte zu mobilisieren, aber erklärte nur eine formale Kriegsbereitschaft zur Wahrung der Neutralität. In Österreich scheute man

---

<sup>141</sup> Vgl. Schridde, S. 102f. und S. 106ff. Vgl. Privatschreiben an Minister von Manteuffel, 15. Februar 1854; in: GW, Bd. 1, S. 425ff.

<sup>142</sup> Vgl. Nipperdey, S. 689.

<sup>143</sup> Vgl. Schridde, S. 112.

nun vor einem Kriegseintritt zurück. Als Russland im Krimkrieg von den Westmächten geschlagen wurde, hatte sich Österreich die Gegnerschaft des Zarenreichs zugezogen ohne Verbündete im Westen gewonnen zu haben. Preußen dagegen, als neutrale Macht von den Friedenskonferenzen ausgeschlossen, hatte die guten Beziehungen zu Russland aufrechterhalten.<sup>144</sup>

Bismarck hatte während dieser Krise einmal mehr erkennen müssen, dass sich Hannover eher an Österreich als an Preußen orientierte. Er wollte nun die tendenziell gegen österreichische Forderungen orientierte Gruppierung von Politikern in Hannover stärker unterstützen, um den Welfenstaat für die preußische Positionierung zugänglicher zu machen. Als er im November 1856 vom neuen hannoverschen Gesandten in Frankfurt, von Heimbruch, erfuhr, dass in der hannoverschen Regierung die Absicht bestand, den Außenminister Graf von Platen zu stürzen, wollte er Platen unterstützen. Platen hatte durch seine Ansicht in der Orientfrage, in der er die preußische Position teilte, die Gunst der österreichischen Regierung verloren. In der ersten Märzwoche 1857 sprach Bismarck mit Platen über die Behandlung der Frage um Schleswig-Holstein, in der sich Wien und Berlin nicht über ein gemeinsames Vorgehen einigen konnten. Wie Platen muss Bismarck wohl auch einen Rücktritt des dänischen Königs erwogen haben. Platen empfahl Bismarck, bei einem möglichen Vorgehen gegen Dänemark Rücksicht auf die Westmächte zu nehmen, da diese sich von einer Einmischung nicht zurückhalten lassen würden.<sup>145</sup> Im Sommer 1857 glaubte Bismarck, dass Hannover sich wieder Österreich annäherte. Bismarck selbst führte diese Hinwendung auf den persönlichen Einfluss Georgs V. zurück. Bismarck griff seine alte Forderung nach einer ständigen preußischen Gesandtschaft in Hannover wieder auf.<sup>146</sup> Durch die Verfassungsbeschwerde gegen den dänischen Gesamtstaatsgedanken im Oktober 1857 wurde der Deutsche Bund nun in die dänische Frage einbezogen, was Bismarck hatte verhindern wollen. Preußen und Österreich brachten, unterstützt von dem hannoverschen Gesandten von Heimbruch, einen Antrag in der Bundestagssitzung vom 29.

---

<sup>144</sup> Vgl. Nipperdey, S. 692.

<sup>145</sup> Vgl. Schridde, S. 114ff.

<sup>146</sup> Vgl. Privatschreiben an Minister von Manteuffel, 7. Juli 1857; in: GW, Bd. 2, S. 245.

Oktober 1857 ein, dass der Bundestag die Angelegenheit ex officio behandeln sollte. Hannover wollte sich aber entgegen dem Willen Österreichs, ein Mitspracherecht in dieser Angelegenheit sichern. Durch geschicktes Taktieren verstand es Bismarck, als derjenige zu erscheinen, der Hannovers Forderung am meisten entgegenkam. Tatsächlich ging er aber davon aus, dass der hannoversche Gesandte keine Chance hatte, in einen Ausschuss gewählt zu werden. Der Antrag wurde aber von Preußen und Hannover gleichzeitig eingebracht und begründet. Tatsächlich lief mit der Ablehnung alles nach Bismarcks Wunsch,<sup>147</sup> denn obwohl Georg V. sich offiziell als treuen Verbündeten Österreichs bezeichnete, war es Bismarck gelungen, Hannover in dieser Frage von Österreich zu trennen. Der hannoversche König habe sich trotz seiner *"persönlichen Hinneigung zu Österreich"*<sup>148</sup> doch von der gegenwärtigen österreichischen Regierung distanziert und seine Abneigung deutlich zu erkennen gegeben.

Weiterer Konfliktstoff barg die italienische Frage, in die Deutschland von Beginn an verwickelt war. Die italienische Einigungsbewegung hatte im Königreich Piemont-Sardinien an Einfluss gewonnen. Die Bildung eines italienischen Nationalstaates, von Frankreich unterstützt, bedeutete die Zurückdrängung der österreichischen Vormachtstellung in Norditalien. 1858 schlossen Piemont und Frankreich ein Bündnis. Durch ein Ultimatum an Piemont-Sardinien mit der Forderung nach Verringerung des Heeres und Entlassung der Freiwilligen löste Österreich den Krieg aus. Am 29. April 1859 eröffneten österreichische Truppen den Krieg und erlitten mehrere Niederlagen. Der italienische Krieg war nicht wie der Krimkrieg ein Kabinettskrieg der alten Ordnung, sondern ein Nationalkrieg mit revolutionären Zügen. Bereits zu Beginn hatte Österreich die Hilfe des Bundes gefordert, war aber von Preußen zurückgewiesen worden, das das Festhalten des Bundes an der Neutralität durchsetzte.<sup>149</sup> Die Bevölkerung in Deutschland und die Mittelstaaten tendierten dazu, sich Österreich anzuschließen. Bismarck beurteilte die allgemeine Kriegsstimmung in Deutschland negativ. Er wollte

---

<sup>147</sup> Vgl. Schridde, S. 123, Anm. 41 und S. 125ff.

<sup>148</sup> Anmerkung zu einem Bericht Bismarcks, 22. Februar 1858. Zitiert nach ebd., S. 128f.

<sup>149</sup> Vgl. Nipperdey, S. 693f.

Preußen nicht in einen Krieg hineinziehen lassen, von dem er sich keinen Vorteil versprach. Die Einmischung oder gar eine Mitsprache der kleineren deutschen Staaten empfand er als störend. Die Staaten seien schwach und politisch schlecht organisiert, und der Bund sei *"ein Gebrechen Preußens"*<sup>150</sup>. Bismarck sah durch die angespannte Situation in Europa aber durchaus die Chance auf ein zukünftig von Preußen geführtes Deutschland. Die Überlegung war, wie bereits während des Krimkrieges, Österreich eine bedingte Unterstützung bei entsprechender Gegenleistung anzubieten. Von preußischer Seite forderte man die Gleichstellung im Bundestag, den Oberbefehl am Rhein und den politischen und militärischen Primat in Norddeutschland. Ehe aber diese Angelegenheit entschieden werden konnte, schlossen Österreich und Frankreich Frieden.<sup>151</sup>

Windthorsts Beobachtungen der internationalen Lage während der Krisenzeit der 50er Jahre, waren geprägt von der Besorgnis um Hannovers Zukunft. Während der Orientkrise ging er davon aus, dass die Gefahr von einem expandierenden Russland herrühre und fürchtete, dass Hannover in den Krieg hineingerissen werden könnte. Er sah im Krieg eine existentielle Gefahr, vor allem vor dem Hintergrund der zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Konflikte im eigenen Land. Vergeblich versuchte er, Informationen vom hannoverschen Außenministerium zu bekommen. Außenpolitik war aber große Politik und mit der großen Politik hatte Windthorst nicht viel zu tun. Das Schweigen des Außenministeriums interpretierte er als Unwissenheit und Unfähigkeit. In dieser Situation sah er das Gebet und die Hilfe Gottes als einzige Hoffnung:

*"Möge der Himmel den König und das theure Land gnädig in seinen Schutz nehmen. Das ist Alles, was man wünschen kann. Ob Gelegenheit gegeben wird, zum Guten mitzuwirken, auch das steht in Gottes Hand."*<sup>152</sup>

Für Windthorst war der Status Quo in Deutschland, und somit auch die Position Hannovers, untrennbar mit der Stärke und Existenz Österreichs verbunden. Er war überzeugt, dass nur das gemeinsame

---

<sup>150</sup> Privatschreiben an Minister von Schleinitz, 12. Mai 1859; in: GW, Bd. 3, S. 38.

<sup>151</sup> Vgl. Nipperdey, S. 693f.

<sup>152</sup> Windthorst an Eduard Freiherr von Schele, Hannover, 4. Januar 1854; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 17.

Handeln der deutschen Großmächte diesen Status aufrechterhalten könnte. Hatte der Krimkrieg aber bereits begonnen, das Verhältnis zwischen Preußen und Österreich zu verschieben, so wurde in der italienischen Frage die im Grunde relativ schwache Position des Vielvölkerstaates noch deutlicher. Die Niederlage der Österreicher bei Solferino gegen die Franzosen und Piemontesen bedauerte Windthorst, und der zunehmende Gegensatz zwischen Preußen und Österreich wurde von ihm deutlich wahrgenommen:

*"[Die] Dinge trennen Oesterreich und Preußen und letzteres hat oder glaubt zu haben ein Interesse an der Schwächung des ersteren."*

Offensichtlich befürchtete Windthorst, dass Österreich auseinanderbrechen könnte:

*"Ich halte Oesterreichs Erhaltung für wesentlich im Interesse des allgemeinen Friedens, auch Deutschlands, so sehr ich dort Manches, ja Vieles anders wünschte."<sup>153</sup>*

#### 2.4.2. Großdeutsch und Kleindeutsch

Im September 1859 gründete sich der Nationalverein. Liberale und gemäßigte Demokraten aus verschiedenen deutschen Staaten schlossen sich zusammen, und über die Grenzen der Länder hinweg organisierten sich etwa 25 000 Mitglieder auf Vereinesebene.<sup>154</sup> Auch wenn es innerhalb der Bewegung noch politische Gegensätze gab, so ließ diese Entwicklung in den Augen Ludwig Friedrich Seyffardts erkennen:

*"[Die] 1848er republikanische Schrulle [ist] vollständig überwunden [...]. Alle Welt begegnete sich in der Begeisterung für Deutschlands Ehre, Einigung und Zukunft"<sup>155</sup>.*

---

<sup>153</sup> Windthorst an Wilhelm Freiherr von Hammerstein, Osnabrück, 31. Juli 1860; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 61.

<sup>154</sup> Vgl. Nipperdey, S. 710.

<sup>155</sup> Ludwig Friedrich Seyffardt, Erinnerungen. Als Handschrift gedruckt. Nach dem Tode des Verfassers in seinem Auftrag überreicht, Leipzig 1900, S. 26.

Der Nationalverein forderte eine Verfassung, eine starke Zentralregierung und war der Überzeugung, dass das Erreichen dieser Ziele nur von Preußen ausgehen könne. Es sei notwendig *"dahin zu wirken, daß Preußen die Initiative dazu übernehme."*<sup>156</sup> Preußen solle, bis der Bund erstarkt wäre, sowohl die militärischen als auch die diplomatischen Angelegenheiten Deutschlands übernehmen. Es sei die Pflicht jedes deutschen Mannes, dahingehend zu wirken.

Auch in Hannover gewann die kleindeutsche Bewegung Anhänger. Der Nationalverein, der sich zu Beginn der 60er Jahre im Welfenstaat gründete war ein Honoratiorenverein. Bei seinen Mitgliedern handelte es sich in erster Linie um wohlhabende Kaufleute, Fabrikanten und hohe Beamte, die Zugang zu den politischen Entscheidungszentren besaßen. Neben der Freiheit der Presse, Versammlungsfreiheit, Senkung der Steuerlast, Wiederherstellung der alten, durch den Eingriff des Bundestages beseitigten Verfassung, eine deutsche Flotte sowie ein einheitlich geplantes und organisiertes Heer, forderte man auch ein gemeinsames deutsches Parlament unter Leitung Preußens.<sup>157</sup> Einer der führende Köpfe der Bewegung im Welfenstaat, Miquel, damals Obergerichtsanwalt in Göttingen, forderte Einheit und Freiheit Deutschlands, selbst wenn dies mit der Aufhebung der Mittelstaaten verbunden wäre.<sup>158</sup>

Die hannoversche Regierung stufte den Nationalverein als *"gefährlich in seinen Zwecken und Mitteln"* ein und machte unmissverständlich klar, dass sich die Regenten der Mittelstaaten und der kleinen Staaten nicht anderen unterordnen würden. Man wolle sich *"durch Bündnisse unter einander"* oder auch *"durch Allianzen mit auswärtigen Mächten"*<sup>159</sup> absichern. Georg V., der fürchtete, dass planmäßig

---

<sup>156</sup> Der Nationalverein, seine Entstehung und bisherige Wirksamkeit, hrsg. im Auftrag des Vereins-Vorstandes vom Geschäftsführer, Coburg 1861, S. 17; in: Nachlass Ludwig Friedrich Seyffardt, 40/15/360. Stadtarchiv Krefeld.

<sup>157</sup> Vgl. Offener Brief des Nationalvereins den hannoverschen König, 8. April 1861; in: III. HA, I, Nr. 8083, Blatt 13. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin. Vgl. Verzeichnis der dem Königreich Hannover angehörigen Personen, welche den Aufruf zur Einführung eines deutschen Parlaments unter der Leitung Preußens erlassen haben, beziehungsweise, die dem Aufruf beigetreten sind; in: Dep. 103, II, 736. Königliches Hausarchiv Hannover.

<sup>158</sup> Vgl. A. Reumont, Ludwig Windthorst. Eine Sammlung von Zeit- und Lebensbildern, 3. Heft, Mönchengladbach 1913, S. 53.

<sup>159</sup> Auszüge einer Rede von Borris vor der Zweiten Hannoverschen Kammer, 2. Mai 1860, abgedruckt in einer nicht näher benannten Zeitung; in: III. HA, Nr. 567, Blatt 131. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

an der *"Vernichtung der Souveränität der einzelnen deutschen Staaten"*<sup>160</sup> gearbeitet würde, hatte seine Minister angewiesen, die Befürworter der kleindeutschen Lösung nicht mehr in den Staatsdienst aufzunehmen, jene die im Staatsdienst waren, nicht mehr zu befördern oder, wenn möglich, zu entlassen. Zeitungen, die positiv über die Ziele des Nationalvereins berichteten, wurde *"eine polizeyliche Verwarnung erteilt"*<sup>161</sup>. Obwohl die Furcht vor dem Einfluss des Vereins relativ hoch war, und er nach Einschätzungen des preußischen Außenministeriums zunächst rasch an Einfluss gewann, erreichte er in Hannover keine größere politische Bedeutung. Die Mitgliederzahl blieb unter 200. In der hannoverschen Presse warf man dem Verein daher auch vor, dass er aufgrund seiner Größe nicht behaupten könne, für das gesamte Volk zu sprechen. Er solle in dieser Hinsicht zurückhaltender agieren.<sup>162</sup>

Um die kleindeutsche Bewegung einzudämmen, griff man in Hannover aber nicht nur auf Sanktionen zurück. Von offizieller Seite wurde vieles unternommen, um die Untertanen enger an das Königshaus zu binden und ein hannoversches Nationalbewusstsein zu schaffen. Das Wort Welfe spielte hierbei eine bedeutende Rolle. Schlösser, Straßen, Plätze, Museen etc. erhielten den Beinamen Welfe.<sup>163</sup> Auf Vorschlag des Grafen von der Decken und des Publizisten Oskar Meding wurde der hannoversch-großdeutsch orientierte Georg-Verein konzipiert. Der Georg-Verein war ursprünglich ein Verein, der sich der Verbesserung der Pferde- und Viehzucht widmete und 1844 vom damaligen Kronprinzen Georg die Erlaubnis erhielt, sich als Georg-Verein zu bezeichnen.<sup>164</sup> Die Mitglieder kamen wie bei dem Nationalverein aus der Oberschicht Hannovers und umfassten die gesamte Erste Kammer und den größten Teil der

---

<sup>160</sup> Georg V. an die Minister seines Hauses, sowie der Finanzen und des Handels, Norderney, 22. August 1859; in: Dep. 103, XXIII, 737. Königliches Hausarchiv Hannover.

<sup>161</sup> Schaumburg an den Minister für auswärtige Angelegenheiten, Freiherr von Schleinitz, 8. April 1861; in: III. HA, I, Nr. 8083, Blatt 9. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>162</sup> Vgl. Artikel in "Neue Hannoversche Zeitung", 13. April 1861; in: Ebd., Blatt 21.

<sup>163</sup> Vgl. Johann Menzenbach, Ludwig Windthorst in seinem Leben und Wirken insbesondere in seiner politischen Tätigkeit, Trier 1892, S. 67.

<sup>164</sup> Vgl. Brief der Vereinsmitglieder an den Kronprinzen Georg, Stickhausen, 29. Juli 1844 und die Handschriftliche Statuten des Georg Vereins, Stickhausen, 10. August 1844; in: Dep. 103, II, 78/155, Nr. 195 und Nr. 1. Königliches Hausarchiv Hannover.



Zweiten Kammer. 1863 zählte der Verein bereits 1500 Mitglieder, gab eine Wochenzeitung heraus, veranstaltete Massentreffen und änderte seinen Namen schließlich in "Großdeutscher Verein", um sich mit ähnlichen Bewegungen verbinden zu können.<sup>165</sup>

Windthorst betrachtete mit Skepsis die steigende Zahl derer, die sich in seinen Augen den "*Anschluß an Preußen auf die Fahne geschrieben*"<sup>166</sup> hatten. Zu Beginn der 60er Jahre war er davon überzeugt, dass Preußen sich in absehbarer Zeit vergrößern würde. Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass Windthorst zumindest indirekt davon sprach, sich militärisch gegen Preußen zu rüsten:

*"Im December war ich verschiedentlich in Berlin. Die Dinge stehen dort nicht sonderlich und dies Regiment wird weder moralische noch gewaltsame Eroberungen in Deutschland machen und froh sein müssen, zu wahren, was er hat. Möge man doch da oben an der Elbe, an der Isar und an der Leine die gegönnte Frist nutzen, um die sicher kommenden Gewitter mit besserer Rüstung empfangen zu können."*<sup>167</sup>

Windthorst begrüßte prinzipiell einen Verein mit großdeutscher Tendenz. Er war aber ein Gegner von Decken und schloss sich dem Verein nicht an. Auch war er überzeugt, dass an eine Regelung der deutschen Frage getrennt von der Regierung in Hannover nicht zu denken sei. Die Behandlung der Angelegenheit gehörte seiner Ansicht nach in das Parlament und sei in letzter Instanz die Sache der Fürsten. Windthorst erkannte hierbei durchaus die Dringlichkeit dieser Frage. Würden die Fürsten keine Regelung herbeiführen, dann würde das Volk dies tun. Er fürchtete "*weniger den Krieg als die Revolution*."<sup>168</sup> Zufrieden war er mit dem Ausgang einer großdeutschen Versammlung, die am 28. Oktober 1862 in Frankfurt stattfand. Nicht ohne Sorge habe er im Vorfeld gedacht, dass die dort gefalle-

---

<sup>165</sup> Vgl. Anderson, S. 77.

<sup>166</sup> Windthorst an Wilhelm Freiherr von Hammerstein, Osnabrück, 11. Dezember 1860; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 64.

<sup>167</sup> Windthorst an Wilhelm Freiherr von Hammerstein, Osnabrück, 13. Januar 1862; in: Ebd., S. 69.

<sup>168</sup> Windthorst an Hammerstein, Hannover, 21. August ohne Jahr [1863]; in: Ebd., S. 104. Vgl. diverse Briefe Windthorst zur Vereinsfrage und zur deutschen Frage an Onno Klopp zwischen 1861 bis 1862 und an Franz Joseph Freiherr von Gruben, Osnabrück, 29. Oktober 1862; in: Ebd. S. 66 bis 88f.

nen Beschlüsse zu weit gehen könnten.<sup>169</sup> Auch sollte sich die deutsche Frage nicht mit konfessionellen Angelegenheiten vermischen. Den Gustav-Adolf-Verein, der sich als Verein für Protestanten in der Diaspora gegründet hatte und großdeutsch aber antirömisch orientiert war, kritisierte er. Er zweifelte an der nationalen Gesinnung der Männer, die sich für eine solche Namensgebung aussprachen und fürchtete konfessionelle Spannungen:

*"Die Fahne Gustav Adolfs wird Deutschlands Einigkeit nicht bringen, sie kann nur Krieg und Verderben über das schöne Vaterland heraufbeschwören."*<sup>170</sup>

Windthorst ging gegen die pro-preußische Gruppe publizistisch vor. Gelegentlich schrieb er für die "Deutsche Volkshalle", eine großdeutsch katholische Zeitung in Köln, und erwog zusammen mit seinem Bekannten Beckmann, eine derartige Zeitung auch für Osnabrück ins Leben zu rufen. Die Idee ließ sich aus Mangel an Fachkräften aber nicht durchsetzen und scheiterte ebenso wie die Pläne mit August Reichensperger, die großdeutschen Interessen durch einen Broschüren-Verein zu fördern. Windthorst unterstützte auch den Historiker Onno Klopp, der u.a. auch anonyme Pamphlete verfasste, worin er Preußen angriff und Monographien, in denen er die Dienste der Habsburger an Deutschland lobte. Obwohl Klopp erst 1873 zum Katholizismus übertrat, bewies er sich auch in seinen frühen Arbeiten bereits als Bewunderer der römisch-katholischen Kirche.<sup>171</sup> Windthorst, der von Klopps Leistung als Historiker überzeugt war und ihn ermunterte, die Verdienste der Habsburger Monarchie um Deutschland herauszustellen, verlangte von ihm aber eine Mäßigung der Polemik und forderte, die Wissenschaftlichkeit mehr in den Vordergrund zu stellen. Über Klopp, der während der Zeit, als Windthorst parlamentarisch nicht mehr arbeiten konnte,

---

<sup>169</sup> Vgl. Windthorst an Freiherr von Gruben, Osnabrück, 29. Oktober 1862; in: Ebd., S. 89.

<sup>170</sup> Windthorst an Onno Klopp, Osnabrück, 3. September 1861; in: Ebd., S. 67.

<sup>171</sup> Vgl. Anderson, S. 77. Vgl. hierzu auch Onno Klopp, Studien über Katholizismus, Protestantismus und Gewissensfreiheit in Deutschland, 1857; in: Der Kulturkampf, hrsg. und erl. von Rudolf Lill unter Mitarb. von Wolfgang Altgeld und Alexia K. Haus (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A, Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Bd. 10), Paderborn/München/Wien/Zürich 1997, S. 37f.

Zugang zum hannoverschen Hof hatte, dürfte er auch Information über die politischen Ansichten und Pläne Georgs V. erhalten haben.<sup>172</sup>

### 2.4.3. Der anwachsende Ultramontanismus

Die politische Unabhängigkeit und die territoriale Souveränität des Papstes wurde in Italien durch die im wesentlichen von liberalen Kräften angetriebene Befreiungsbewegung bedroht. In der Folge des österreichisch-italienisch-französischen Krieges waren große Teile des Kirchenstaates durch piemontesische Truppen besetzt und dem neuen italienischen Staat einverleibt worden. Die Diskussion über Wesen und Form der päpstlichen Herrschaft ergriff die deutschen Katholiken. Auf dem Kölner Provinzialkonzil von 1860, das die Mehrzahl der preußischen und norddeutschen Bischöfe vereinigte, bezeichnete man nicht nur das unfehlbare Lehramt des Papstes, sondern auch die durch nationale Kriege reduzierte weltliche Herrschaft als von Gott gewollt. Viele Katholiken teilten die Auffassung des Papstes Pius IX., dass seine Souveränität als weltlicher Herrscher auch eine Garantie für seine Unabhängigkeit als Oberhaupt der katholischen Kirche darstelle. Anfang 1860 kam es im Rheinland zu Petitionsaktionen, in denen zehntausende Unterschriften zu Gunsten der Souveränität des Papstes gesammelt wurden.<sup>173</sup> Die Mobilisierung der Katholiken für die Interessen des Heiligen Stuhls interpretierte man von Seiten der preußischen Regierung und besonders im auswärtigen Amt, als Eingriff in die Angelegenheiten Preußens. Die anwachsende ultramontane Bewegung sei eine dem Kern und dem Wesen des preußischen Staatslebens entgegenlaufendes Element. Man warf dem Papst vor, er stelle sich zur Erhaltung seiner weltlichen Macht selber an die Spitze der Bewegung. Ein vermeintlicher Sieg der Ultramontanen sei die Selbstver-

---

<sup>172</sup> Vgl. dazu Windthorst an Friedrich Hugo Graf von Ingelheim, Osnabrück, 19. Dezember 1860, Windthorst an Klopp, Osnabrück, 3. September 1861 und 20. August 1862, in Windthorst, Briefe 1834, S. 65-67 und 79f.

<sup>173</sup> Vgl. Lill, a.a.O., S. 62. Vgl. hierzu auch Matthias Martin, Der katholische Weg ins Reich. Der Weg des deutschen Katholizismus vom Kulturkampf hin zur staatstragenden Kraft (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 799), Frankfurt a. M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1998, S. 143.

nichtung des preußischen Staatswesens.<sup>174</sup> Von staatlicher Seite suchte man nun verstärkt nach Gegnern der päpstlichen Politik innerhalb des Katholizismus. Diese neuen katholischen Bewegungen scheiterten aber oft schon daran, dass man sich bereits in prinzipiellen Fragen uneins war. So versuchte sich die vom päpstlichen Katholizismus abspaltende Bewegung der sogenannten Deutschkatholiken zwar einheitlich zu organisieren und sich als Alternative zum päpstlichen Weg zu präsentieren, stellte aber für die preußische Regierung keinen offiziellen Ansprechpartner dar. Die einzelnen Vereine waren von den jeweiligen Führungspersonlichkeiten abhängig. Die Diskussionen innerhalb der Vereine drehten sich um Themen wie Eheschließung, Taufe und kirchliche Fragen und wurden zum Teil so heftig ausgetragen, dass, wie es ein Mitglied der Deutschkatholiken selber formulierte, *"nicht nur die persönliche Achtung, sondern gar die Liebe beseitigt"*<sup>175</sup> wurde. Im Auswärtigen Amt konzentrierte man sich verstärkt auf eine Gruppierung, die sich um den Theologen und Kirchenhistoriker Döllinger sammelte und die die territoriale Stellung des Papstes als Oberhaupt der katholischen Kirche in Rom eher als Symbol begriff. Döllinger, *"einer der Choryphäen der bayrischen Ultramontanen"*, habe während einer Versammlung in einem Vortrag in der Öffentlichkeit die Ansicht vertreten,

*"[...] daß die weltliche Macht dem Papstthum zur Sicherung seiner geistlichen Autorität nicht nothwendig sei, denn während der ersten acht Jahrhunderte hätten die Päpste das patrimonium Petri nicht besessen"*<sup>176</sup>.

Der päpstliche Nuntius habe darauf die Versammlung verlassen und habe über die Worte Döllingers Entrüstung geäußert.

---

<sup>174</sup> Vgl. Willy Real (Hrsg.), *Katholizismus und Reichsgründung. Neue Quellen aus dem Nachlaß Karl Friedrich von Savignys* (Quellen und Forschungen aus dem Gebiet der Geschichte, Neue Folge, Heft 11), Paderborn/München/Wien/Zürich 1988, S. 32f.

<sup>175</sup> Auszug aus den Verhandlungen der am 22. Juni 1863 zu Duisburg stattgehabten ersten Bundesversammlung deutsch-katholischer und freier religiöser Gemeinden, sowie Vereine aus Rheinland und Westfalen. Im Auftrag der anwesenden Deputirten verfaßt von C. Alex. Phil. Braun, Vorsitzender der freien religiösen Gemeinde zu Köln, S. 2; in : Nachlass Ludwig Friedrich Seyffardt, 40/15/608. Stadtarchiv Krefeld.

<sup>176</sup> Notiz ohne Personalangabe, München, 7. April 1861; in: III. HA, I, Nr. 11648. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

Nach seiner Rückkehr nach Rom verfolgte der Papst einen noch konservativeren Kurs, der sich auch auf der dogmatischen Ebene äußerte. Von kirchlicher Seite hatte man bereits in den 1850er Jahren die zurückhaltende Politik gegenüber Formen der sogenannten Volksfrömmigkeit aufgegeben. In Preußen boten hier die verfassungsrechtlichen Freiräume eine wichtige Voraussetzung. Die Marienverehrung wie das Dogma der unbefleckten Empfängnis und die leibliche Aufnahme in den Himmel, wurde nunmehr von der Amtskirche gefördert.<sup>177</sup> Zunehmend zeigte sich auch die enger werdende Bindung der deutschen Katholiken an Rom. Ketteler hatte sich bereits seit Beginn der 50er Jahre für eine verstärkte Überwachung der Theologenausbildung durch die kirchliche Hierarchie in seinem Bistum eingesetzt. 1859 führte dies zur Schließung der theologischen Fakultät an der staatlichen Hochschule in Gießen. Ab 1862 griff Ketteler verstärkt den *"lügenhaften Charakter"*<sup>178</sup> des bürgerlichen Liberalismus an. Ketteler betonte, dass die Ansprüche des Liberalismus im Zwiespalt mit der großen Mehrheit des Volkes stünden, ohne allerdings die Leistungen des Rechtsstaates und des Konstitutionalismus zu verwerfen, da sich auch der Christ dieser Grundsätze bedienen könnte. Im Jahre 1864 erteilte der Papst in seiner Enzyklika "Quanta Cura" im beigelegten "Syllabus errorum" der modernen Welt schließlich eine unmissverständliche Absage. Er verwarf Religions-, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, ebenso die Zivilehe, das Staatskirchentum, die Staatsschule, den Liberalismus, den Sozialismus, den Kapitalismus, die Volkssouveränität, die Demokratie und das allgemeine Stimmrecht. Jede Aussöhnung mit dem Fortschritt und der modernen Welt wurde verneint. Dies brachte die Katholiken in den Gegensatz zur modernen liberalen und preußischen Welt. Die katholische Bewegung bekam durch die Auseinandersetzung mit der Arbeiterfrage allerdings auch einen Charakter, der sie durchaus in die Nähe der Sozialdemokratie rücken konnte, denn fast gleichzeitig mit der klaren Absage an den Liberalismus und die moderne Welt öffnete sie sich stärker der gesellschaftlichen Problematik. In Frankfurt beschäftigte sich die Generalversammlung der katholischen Vereine bereits 1863 eingehend mit

---

<sup>177</sup> Vgl. Herres, S. 366ff.

<sup>178</sup> Wilhelm Emanuel Ketteler, Freiheit, Autorität, Kirche, 1862. Zitiert nach Hürten, S. 115.

der Arbeiterfrage.<sup>179</sup> Im Verlauf der 60er Jahre wandten sich einige Vertreter der katholischen Sozialkritik, wie Christian Hermann Vossen, ein enger Mitarbeiter Adolph Kolpings und Herausgeber des Rheinischen Kirchenblattes, sogar mit anfänglicher Sympathie den Ideen Ferdinand Lassalles zu, der 1863 den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gründete. Auch Ketteler, der als katholischer Geistlicher in Preußen spätestens für Bismarck ab 1865 zu einer "persona minus grata" wurde,<sup>180</sup> wandte sich 1864 mit Interesse den Ideen Lassalles zu. Mit Abstrichen und Bedenken gegenüber dem Sozialismus übernahm er das Konzept der Produktionsgenossenschaft. Mitte der 60er Jahre und nach dem Tod Lassalles verschärfte sich aber die Kritik der katholischen Sozialpolitiker an einem parteipolitischen Sozialismus, der sich materialistisch begründete und revolutionär gab.<sup>181</sup>

Während der Einfluss der römischen Kirche auf die deutschen Katholiken zu wachsen schien und offensichtlich im Gegensatz zu preußischen und liberalen Interessen stand, war die katholische Fraktion in Preußen, die in der bismarckschen Interpretation durchaus Vertreter einer fremden, internationalen und gegen Preußen agierenden Macht war,<sup>182</sup> innenpolitisch immer unbedeutender geworden. Wilhelm hatte, als sein Bruder Friedrich Wilhelm IV. nervlich erkrankte und regierungsunfähig wurde, 1858 die Regentschaft in Preußen übernommen. Nach dem Tod seines Bruders wurde er mit über 60 Jahren König und zeigte nachdrücklich, dass er liberalen Strömungen nicht zu weit nachgeben wollte. Obwohl er zunächst das konservative Ministerium Manteuffel durch ein liberaleres ersetzte und sich zum Vorkämpfer der nationalen Sache erklärte, galt er als Repräsentant des konservativ-monarchischen Preußens und wollte die Macht des Militärs verstärken. Nach Ablehnung der Heeresvorlage durch die Liberalen hatte er

---

<sup>179</sup> Vgl. ebd., S. 116.

<sup>180</sup> Vgl. Einleitung zum Immediatsschreiben Bismarcks an König Wilhelm, Berlin 30. September 1865; in: GW, Bd. 5, S. 302.

<sup>181</sup> Vgl. Katholizismus und Sozialismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. und erl. von Wolfgang Ockenfels (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Bd. 11), Paderborn u.a. 1992, S. 31ff.

<sup>182</sup> Bismarck war der Ansicht, man könne mit der katholischen Kirche wie mit einer fremden Macht verhandeln. Vgl. Immediatsschreiben an König Wilhelm, Berlin, 30. September 1865; in: GW, Bd. 5, S. 303.

die Kammer aufgelöst und für Mai 1862 Neuwahlen ausgeschrieben, aus denen die Gegner der Gesetzesvorlage nicht geschwächt, sondern gestärkt hervorgingen. In dieser Situation schlug der Kriegsminister, Albrecht Graf von Roon, Wilhelm, der Zeitweise schon mit dem Gedanken eines Rücktrittes spielte, die Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten vor, der zu dieser Zeit Gesandter in Paris war.<sup>183</sup> Bismarck begann seine Zeit als preußischer Ministerpräsident in der Frage der Heeresreform mit einem Kompromiss, indem er den Alt- und Linksliberalen drei Ministersitze anbot. Als die Liberalen sich aber nicht auf die Vorschläge Bismarcks einlassen wollten, kündigte Bismarck an, auch ohne Budget zu regieren. Fortan regierte die Regierung ohne Budget und zwischen Regierung und Landtag kam es zu anhaltenden Differenzen. 1863 wurde der Landtag zunächst vertagt und dann aufgelöst. Bei den Neuwahlen erhielten die Liberalen weitere Stimmengewinne und über zwei Drittel der Sitze.<sup>184</sup> Die Zentrumsfraktion in Preußen hatte die Heeresverstärkung bejaht, hatte aber weiterhin auf Wahrung des Budgetrechtes bestanden. Die Versuche, eine vermittelnde Rolle zwischen Liberalen und Regierung einzunehmen, scheiterten. Das führte innerhalb des immer heftiger geführten Konfliktes dazu, dass die Fraktion sich spaltete und ein Teil mit der Regierung, ein anderer Teil mit den Liberalen stimmte. Diese Unentschlossenheit wirkte sich auch auf das Wahlergebnis aus. Die Partei verlor 1862 fast die Hälfte der Abgeordneten und gewann nur noch 28 Mandate.<sup>185</sup>

## 2.5. Versuche zum Erhalt Hannovers

### 2.5.1. Windthorst als Justizminister

Erfolglos hatte Windthorst sich 1860 um eine Wiedereinstellung in den Staatsdienst bemüht, da er vermutete, dass ein politischer Umschwung zu Gunsten einer liberaleren Politik bald einsetzen würde. Als Zeichen hierfür deutete er, dass Bennigsen und Münch-

---

<sup>183</sup> Vgl. Görtemaker, S. 228.

<sup>184</sup> Vgl. Nipperdey, S. 763.

<sup>185</sup> Vgl. Lönne, a.a.O., S.127.

hausen wieder Zugang zum königlichen Hofe hatten.<sup>186</sup> Auch Isenburg mutmaßte, dass der Rücktritt des reaktionären Ministeriums Borries schon beschlossene Sache sei.<sup>187</sup> Windthorst nahm allerdings an, dass es noch einige Zeit dauern sollte, bis Borries, der von Georg V. in den Grafenstand erhoben worden war, abtreten würde:

*"Ich glaube zwar, daß Borries den Höhepunkt erreichte, als ihm die Grafenkrone aufgesetzt wurde, aber den Berg, den er erstiegen, ist sehr hoch und es braucht Zeit, bis er wieder am Fuß angekommen ist. Daß er aber im Herabsteigen sich befindet, fühlt er selbst am besten."*<sup>188</sup>

Erst zwei Jahre später, am 22. August 1862, wurde Borries vordergründig wegen eines persönlichen Streites mit Georg V., seines Amtes enthoben. Windthorst wurde, als schließlich das neue Kabinett mit Hammerstein und Platen, der Außenminister blieb, berufen wurde, erneut zum Justizminister ernannt.

Die Lage der neuen Regierung war von Beginn an schwierig. Von Seiten der Liberalen hoffte man, dass sie die Gesetzgebung von *"ihren reaktionären Schlacken"*<sup>189</sup> befreien sollte. In Regierungskreisen selber sprach man von einer schweren Erbschaft, die man gegen König und Land angetreten hatte. Einerseits fühle man sich dem hannoverschen König verpflichtet, der veralteten Vorstellungen nachhing, auf der anderen Seite war man gewillt, die *"Übertreibungen von Borries"*, der die Macht an sich gerissen hatte und die ganze Verwaltung *"unfähig machte, selbstständig und selbstfähig zu verwalten"*<sup>190</sup>, wieder rückgängig zu machen.

Obwohl das neue Kabinett von der hannoverschen Presse als gemäßigt liberal eingeschätzt wurde, vermutete Windthorst, dass Georg V. keinen grundlegenden politischen Richtungswechsel beabsichtigte:

---

<sup>186</sup> Vgl. Windthorst an Wilhelm Freiherr von Hammerstein, Osnabrück, 31. Juli 1860; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 61f.

<sup>187</sup> Vgl. Prinz zu Isenburg an Schleinitz, Hannover, 5. und 7. Juni 1860; in: III. HA, Nr. 567, Blatt 143 und 147. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>188</sup> Windthorst an Wilhelm Freiherr von Hammerstein, Osnabrück, 31. Juli 1860; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 61f.

<sup>189</sup> Artikel aus dem Hannoverschen Kurier, vermutlich 15. März 1863. Zitiert nach Menzenbach, a.a.O., S. 69.

<sup>190</sup> Ungezeichneter handschriftlicher Entwurf über die Lage und die Ziele des neuen Ministeriums von 1862; in: Dep. 103 XVIII, Nr. 6. Königliches Hausarchiv Hannover.



*"Ein Systemwechsel liegt sicher nicht in Absicht. Auch würde ich irgend bedeutende Sprünge unter den gegebenen Umständen für nicht unbedenklich halten. Das Land befindet sich nach innen und nach außen in einer so gefährlichen Lage, daß ein vorsichtiger und höchst gemessener Schritt nothwendig bleibt, wenn man nicht an Klippen untergehen will."*<sup>191</sup>

Der Publizist Oskar Meding vermutete, dass in erster Linie deutschlandpolitische Gründe für die Ernennung des neuen Kabinetts ausschlaggebend waren. Der König, der seiner Ansicht nach ein Eingreifen Bismarcks und den Tag fürchtete, an dem der preußische Kanzler sich als Verteidiger der konstitutionellen Rechte Hannovers präsentieren würde, erwarte von einer neuen Regierung in erster Linie, jene zurückzugewinnen, die mit dem Nationalverein und mit Preußen sympathisierten.<sup>192</sup> Was die Lage aber auf diesem Sektor erschwerte war die Tatsache, dass man sich innerhalb der Regierung nicht ganz sicher war, *"ob man sich zu Oestreich oder Preußen schlagen"*<sup>193</sup> sollte. Im Kabinett gab es unterschiedliche Vorstellungen. So subventionierte Hammersteins Ministerium heimlich eine Zeitung des Nationalvereins und arbeitete gegen die Außenpolitik Graf Platens.<sup>194</sup>

Windthorsts Priorität lag auf einer liberalen Politik und dem Schutz des Welfenstaates vor dem Zugriff Preußens. Nach Informationen Stüves, soll Windthorst dem hannoverschen König den Vorschlag gemacht haben, dass Hannover, *"um sich gegen Preußen zu schützen,"* im Bund eine *"liberale Politik [...] führen müsse."*<sup>195</sup> Windthorst war der Ansicht, dass sich Hannover in dieser Phase eher an Österreich orientieren sollte, das Ende 1862 versuchte, Preußen im Bund zu majorisieren. Das Kaiserreich und die Mittelstaaten hatten eine Konferenz von Parlamentsdelegierten initiiert, die ein Zivilgesetzbuch und eine Vereinheitlichung des deutschen Justizwesens beraten sollte. Als sich im August 1863 in Frankfurt die

---

<sup>191</sup> Windthorst an Wilhelm Freiherr von Hammerstein, Osnabrück, 24. August 1862; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 81. Vgl. auch Otto Pfülf, Ein Rettungsversuch für das zweite Ministerium Windthorst; in: Stimmen aus Maria Lach, Bd. 83, Freiburg 1912, S. 241.

<sup>192</sup> Vgl. Anderson, S. 81f.

<sup>193</sup> Ungezeichneter handschriftlicher Entwurf über die Lage und die Ziele des neuen Ministeriums von 1862; in: Dep. 103 XVIII, Nr. 6. Königliches Hausarchiv Hannover.

<sup>194</sup> Vgl. Anderson, S. 82f.

<sup>195</sup> Stüve an Fromann, Osnabrück, 16. Dezember 1862; in: Stüve, Bd. 2, S. 876.

deutschen Fürsten und Vertreter der freien Städte auf Einladung des österreichischen Kaisers treffen sollten, um über einen österreichischen Vorschlag zur Reform der Bundesverfassung zu beraten, sprach sich Windthorst nachdrücklich für die Teilnahme des hannoverschen Königs aus und warnte vor einer Nichtteilnahme:

*"Den Kaiser würde dies persönlich verletzen und Hannover muß wenigstens eine deutsche Großmacht doch für sich haben."*<sup>196</sup>

Mit dem Anschluss Hannovers an die österreichischen Vorschläge zeigte er sich zufrieden. Der König hätte *"im Geiste und Sinne des ganzen Landes gehandelt."*<sup>197</sup> In Preußen interpretierte man solche Vorschläge als Parlamentsersatz und drohte mit Austritt aus dem Bund. Bismarck drohte gar mit Krieg, falls Österreich die Parität Preußens im Bund und die preußische Hegemonie im Norden nicht anerkenne und forderte ein Vetorecht der Großmächte. Die österreichische Idee eines Sonderbundes und ein härteres Vorgehen gegen Preußen scheiterte an den Bedenken der Mittelstaaten.<sup>198</sup>

Als Justizminister arbeitete Windthorst an der Reformierung und Vereinheitlichung des Rechtssystems mit. Eine Reform des Bundesrechts sollte dahingehend durchgeführt werden, die Existenz der Mittelstaaten durch Stärkung der Bundeskompetenzen abzusichern. Aus den Briefen, die Windthorst zwischen 1864 und 1865 an verschiedene Adressaten schrieb, geht hervor, wie wichtig ihm die Teilnahme möglichst vieler deutscher Staaten an entsprechenden Verhandlungen war. Persönlich und über Platen versuchte er Staaten wie Frankfurt, Oldenburg und Braunschweig sowie Bremen, Hamburg und Lübeck aber auch Holstein und Lauenburg zur Teilnahme zu bewegen. Der Grund, dass Preußen nicht an den Treffen teilnahm, war für Windthorst, dass sich Preußen nicht Österreich oder den Mittelstaaten unterordnen wollte. Preußen wolle den Bund nur insoweit, als es ihn beherrsche.<sup>199</sup> Windthorst suchte

---

<sup>196</sup> Windthorst an Wilhelm Freiherr von Hammerstein, Hannover, 10. August 1863; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 103.

<sup>197</sup> Windthorst an August Reichensperger, Hannover, 5. September 1863; in: Ebd., S. 106f.

<sup>198</sup> Vgl. Nipperdey, S. 707f.

<sup>199</sup> Vgl. Windthorst an Adolf Graf von Platen-Hallermund, Hannover, 11. April 1864 und 9. November 1864. Vgl. Windthorst an Karl Adolf Lex, Hannover, 13, 17.

allerdings auch den Kontakt mit dem preußischen Justizminister Graf zur Lippe. Offensichtlich verfolgte Windthorst hiermit auch die Absicht, Hannover als Vermittler zwischen den deutschen Großmächten zu etablieren. Die österreichische Regierung warf der hannoverschen Regierung vor, dass sie bei der Arbeit an der Zivilprozesskommission nur nationale Ziele verfolge. Windthorst verneinte diesen Vorwurf und äußerte Kritik an einer undurchsichtigen österreichischen Haltung. Die Reform der Zivilprozessordnung würde eine gemeinsame Grundlage für legislatorische Bestrebungen bieten. Juristisch sei sie für Hannover eher von Nachteil.<sup>200</sup> Einen aus Hannover kommenden Vorschlag die Vereinheitlichung des Rechtssystems betreffend, der von Windthorst persönlich an den preußischen Justizminister gesandt wurde, lehnte man in Preußen ab, da man an einem eigenen Entwurf arbeite. Preußen sei nicht mit Hannover zu vergleichen, so brauche man andere gesetzliche Bestimmungen.<sup>201</sup> Windthorst informierte Lippe weiterhin über die Ereignisse und Beschlüsse eine gemeinsame Zivilprozessordnung betreffend. So sandte er zwei Exemplare der in Hannover ausgearbeiteten Entwürfe nach Berlin.<sup>202</sup> Aus Berlin dankte man zwar höflich für die Informationen, hielt aber weiter an der eingeschlagenen Linie fest.<sup>203</sup> Erst einige Monate vor dem preußisch-österreichischen Krieg als sich die politische Situation weiter zu Gunsten Preußens verändert hatte, erklärte Bismarck, dass im Hinblick auf die politische Entwicklung einer Teilnahme Preußens an Verhandlungen über eine Reform keine politischen Gründe mehr entgegenständen.<sup>204</sup> Zu Auseinandersetzungen zwischen Österreich und Preußen kam es bezüglich der Frage um die Zukunft des Zollvereins. 1853 war die Frage des Beitritts Österreichs vertagt worden. 1860 wollte man

---

und 22. Dezember 1864; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 111 und 116-119.

<sup>200</sup> Vgl. zwei Briefe Windthorsts an Adolf Graf von Platen-Hallermund, Hannover, 3. Februar 1865; in: Ebd., S. 124ff.

<sup>201</sup> Vgl. Verbalnote, Berlin, 9. November 1864; in: I. HA. Rep. 84a, Nr. 8324, Blatt 32. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>202</sup> Vgl. Windthorst an den Grafen zur Lippe, Hannover, 8. Dezember 1864, in: Ebd., Blatt 31.

<sup>203</sup> Vgl. Entwurf eines Schreibens aus dem preußischen Justizministerium an Windthorst zur vorherigen Einsicht an Bismarck, Berlin, 21. Dezember 1864, in: Ebd., Blatt 33f.

<sup>204</sup> Vgl. Bismarck an den Grafen zur Lippe, Berlin, 30. Januar 1866; in: Ebd., Blatt 41.

wieder neu verhandeln. Die süddeutschen Staaten unterstützten erneut den Beitritt Österreichs. Preußen lehnte dies aber ab und begann Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich. Österreich, das über Jahrzehnte eine protektionistische Politik betrieben hatte, konnte den freien Zustrom von französischen Waren nicht befürworten und versuchte die anderen Bundesstaaten gegen Preußen zu mobilisieren. Viele der Mittelstaaten waren gegen den preußisch-französischen Vertrag und für einen Beitritt Österreichs. Während der Krise um Schleswig Holstein von 1863/64 verbesserten sich die Beziehungen zwischen Österreich und Preußen. Man entschied sich für eine Zusammenarbeit, und im Dezember 1863 rückten Truppen des deutschen Bundes in Holstein ein, nachdem man gegen Dänemark eine Bundesexekution wegen rechtswidriger Behandlung der Herzogtümer beschlossen hatte. Dänemark wurde 1864 schnell besiegt. Im Frühsommer 1865 verschlechterten sich die Beziehungen erneut. Es kam zu einem Streit über die Zukunft der Herzogtümer, in dem Österreich von den Mittelstaaten unterstützt wurde. Kriegsdrohungen und Ultimaten führten noch einmal zu einem Arrangement. Im Gasteiner Vertrag legte man fest, dass Österreich Holstein und Preußen Schleswig verwalten sollte. Der Vorteil lag durchaus auf preußischer Seite. Holstein war für Österreich sehr entlegen. Preußen erhielt das Recht, in Kiel eine Marinestation zu bauen und in Holstein eine Etappenstraße und eine eigene Postverwaltung zu errichten. Zudem traten beide Herzogtümer dem Zollverein bei.

Mit der Forderung nach einem Parlament für den Bund, das aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgehen sollte, versuchte Bismarck die nationale und liberale Bewegung für die preußische Machtpolitik und gegen Österreich zu gewinnen, wo man eine solche Reform nicht zulassen wollte.<sup>205</sup> Der Vorschlag Bismarcks, der auf schon bekannte liberale Forderungen fußte, brachte auch die hannoversche Regierung, die einer liberalen Parlamentsmehrheit gegenüberstand, in eine schwierige Situation. Die hannoversche Regierung, die vermeiden wollte, dass sich die Liberalen auf die Seite Preußens stellten, reichte eine Vorlage zur Erweiterung des Wahlrechts ein, die sich den Liberalen als ersten Schritt für zukünfti-

---

<sup>205</sup> Vgl. Nipperdey, S. 713 und S. 774ff.

ge Reformen präsentieren sollte. Georg V. aber teilte die Ansicht von Borries, der wieder wachsenden Einfluss hatte, dass die Erweiterung der Wählerbasis eine Gefährdung des konservativ-monarchischen Prinzips sei und verweigerte seine Zustimmung.<sup>206</sup>

Windthorst versuchte in einem Memorandum die Ansicht des Königs zu widerlegen, indem er anmerkte, dass es im Prinzip die reichen ländlichen Abgeordneten seien, die zur Opposition des Königs gehörten:

*"Sie hätten mehr Zeit und Geld, die benachbarten großen Städte aufzusuchen und zu Hause die Zeitung zu studieren und würden daher sicher weniger konservativ sein als derjenige, der im Schweiß seines Angesichts seinem Acker eine zwar bescheidene aber sichere Existenz abgewinnt, und keine Zeit und kein Geld übrig, um aus unverdauten Reden und aus schlechtverstandener nivellierender Literatur verkehrte Anschauungen gewinnen zu können."*<sup>207</sup>

Dieses Argument war für Windthorst sicherlich nicht unwichtig. In erster Linie fürchtete er aber Preußen und Bismarck. Windthorst warnte den hannoverschen König eindringlich vor einem preußischen Zugriff auf Hannover.<sup>208</sup> Dass Windthorst im Ministerium versuchte, seine Kollegen in der Frage einer Wahlrechtsreform zu einem geschlossenen Handeln zu bewegen, weckte beim König aber die Furcht, Windthorst wolle das englische Kabinettsystem einführen, bei dem das Ministerium als Gesamtheit und nicht der einzelne Minister dem König verantwortlich sein sollte.<sup>209</sup> Windthorsts politische Zuverlässigkeit soll Georg V. in dieser Zeit folgendermaßen eingeschätzt haben:

---

<sup>206</sup> Vgl. Anderson, S. 85. Vgl. Aschoff, Christlicher Politiker, S. 15. Vgl. zu den liberalen Forderungen nach einem deutschen Parlament auch den Ausschuß rheinisch-westsphälischer Provinzial-Comite`s für Schleswig Holstein, Resolution, Köln, 22. Januar 1864; in: Nachlass Johannes Classen-Kappelmann, 1025 Nr. 31, Blatt 49. Historisches Archiv der Stadt Köln.

<sup>207</sup> Denkschrift Windthorsts vom Herbst 1864. Zitiert nach Hassel, a.a.O., Zweiter Teil, Zweite Abteilung, Von 1863 bis 1866, Leipzig 1901, S. 213.

<sup>208</sup> Vgl. Windthorst an Georg V., Hannover 23. März 1865; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 131.

<sup>209</sup> Vgl. Hannovers Schicksalsjahr 1866 im Briefwechsel König Georgs V. mit der Königin Marie. Bearbeitet von Geoffrey Malden Willis (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Niedersachsen, XXV, Niedersachsen und Preußen, Heft 7), Hildesheim 1966, S. 50, Anm. 8.

*"Wenn Windthorst mein Minister ist, so kommt es mir vor, als ob ich mich auf einem Seeschiffe befinde, an dessen Maste meine Flagge weht, und das den Kurs hält, den ich fahren will; ich lege mich einen Augenblick nieder und schlafe ein, und wenn ich nachher wieder auf das Verdeck komme, so sehe ich eine fremde Flagge, und das Schiff fährt einen anderen Kurs!"<sup>210</sup>*

Die Lage der Regierung im Parlament verschlechterte sich als unter Führung Bennigsens die Mehrheit der Zweiten Kammer im April und Mai 1865 die Gewerbefreiheit, die Pressefreiheit und die Wiederherstellung jener Teile der alten Verfassung, die ohne die Mitwirkung des Landtages geändert worden waren, und die Wahlrechtsreform forderte.<sup>211</sup> Die Regierung lehnte die Forderung ab und verlor das Vertrauen der Zweiten Kammer. Georg V., der fürchtete, in der Regierung keinen festen Rückhalt mehr zu besitzen, ernannte nun Borries zum Präsidenten des Staatsrates und wies ihm eine offizielle Beraterfunktion zu. Die gemäßigten Minister forderten daraufhin die Rücknahme der Ernennung Borries. Nach Ablehnung ihrer Forderung, reichten die Minister ihre Entlassungsgesuche ein.<sup>212</sup> In seinem Entlassungsgesuch bezeichnete Windthorst Borries als prinzipiellen Gegner des gegenwärtigen Ministeriums und glaubte, dass Vertrauen des Königs verloren zu haben.<sup>213</sup>

Onno Klopp versuchte, Windthorst zum Einlenken in der Wahlrechtsfrage zu bewegen, da er ihn unbedingt als Minister behalten wollte. Um in der Regierung bleiben zu können, sollte der Justizminister eine konservativere Politik einschlagen. Die Befähigung der Regierung, ohne Windthorst eine eigenständige hannoversche Politik zu betreiben, wurde in der Öffentlichkeit allgemein als gering angesehen.<sup>214</sup> Das Wahlgesetz war nach Klopp nur ein Vorwand des vermeintlichen Rücktrittes. Der wahre Grund sei der Einfluss Medings auf den König.<sup>215</sup> Meding stand im Verdacht unter dem Einfluss Preußens zu stehen und es hieß, er würde von Berlin

---

<sup>210</sup> Georg V. (undat.). Zitiert nach Menzenbach, S. 73.

<sup>211</sup> Vgl. Anderson, S. 86.

<sup>212</sup> Vgl. Aschoff, Christlicher Politiker, S. 15.

<sup>213</sup> Vgl. Windthorst an Georg V., Hannover 24. September 1865; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 137ff.

<sup>214</sup> Vgl. hierzu auch Artikel, "Deutsche Nordsee Zeitung", Hannover, 30. Mai 1866; in: III. HA, Nr. 570. Blatt 27. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>215</sup> Vgl. Onno Klopp an seine Gattin, Norderney, 18. August 1865. Zitiert nach Pfülf, a.a.O., S. 250ff.

bestochen, um auf Georg V. einzuwirken, damit *"Hannover sich Preußen anschließen möge."*<sup>216</sup> Aber auch Klopp verfolgte seine eigenen Interessen, auch wenn diese aus seinen Briefen nicht klar ersichtlich werden. Immerhin war er nicht bereit, Windthorst mit zusätzlichen Informationen zu versorgen. Nachdrücklich warnte er seine Frau, die oft zu Gast im Hause Windthorst war, vor unvorsichtigen Äußerungen. Die Versuche Windthorsts, seine Frau, ihn oder Meding zu Äußerungen zu bewegen bezeichnete Klopp als *"plumpe Kriegslist"*<sup>217</sup>.

Obwohl Georg V. zunächst offensichtlich zögerte, sein Kabinett zu entlassen,<sup>218</sup> wurden die Entlassungsgesuche schließlich am 24. September 1865 angenommen. In seiner Begründung erklärte Georg V., dass die Minister *"keinerlei Entschlossenheit und Energie"* verrieten und *"überall nur auszugleichen strebten"*<sup>219</sup>. Isenburg berichtete nach Berlin, dass sich ohne Windthorst nun auch der Einfluss Österreichs in Hannover verkleinern würde:

*"Von Oesterr. Seite wird sehr der Austritt des Justiz-Ministers Windthorst bedauert, welcher hier bislang im Oesterr. Interesse u. jedenfalls stets im großdeutschen Sinne wirkte, u. zu dem vertrautesten Umgange des Oesterr. Gesandten gehörte."*<sup>220</sup>

Der Einfluss, den Windthorst in Österreich hatte, wurde von Klopp allerdings als sehr gering angesehen.<sup>221</sup> Nach seiner Entlassung, ernannte Georg V. Windthorst zum Kronanwalt am Oberappellationsgericht in Celle. Obwohl dies eine hohe Auszeichnung war, isolierte ihn diese Ernennung doch vom politischen Geschehen in Hannover.

Innenpolitisch hatte es das Ministerium mit Windthorst nicht geschafft, die von Borries eingeführten Änderungen in der Justizverfassung ausdrücklich rückgängig zu machen. Windthorst hatte nicht an

---

<sup>216</sup> Brief Prinz zu Isenburg, Hannover, 26. Mai 1866; in: III. HA, Nr. 570, Blatt 23. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>217</sup> Onno Klopp an seine Gattin, Norderney, 19. August 1865. Zitiert nach Pfülf, S. 253.

<sup>218</sup> Vgl. Bericht Prinz zu Isenburg, Hannover 22. September 1865; in: III. HA, Nr. 562, Blatt 237f. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>219</sup> Bericht Prinz zu Isenburg, Hannover, 30. Oktober 1865; in: Ebd., Blatt 240.

<sup>220</sup> Bericht Prinz zu Isenburg, Hannover, 15. Oktober 1865; in: Ebd., Blatt 242.

<sup>221</sup> Vgl. Klopp an seine Gattin, Norderney, 16. August 1865. Zitiert nach Pfülf, 83, S. 252.

seiner alten Position festgehalten, die königliche Kasse von der Staatskasse zu trennen.<sup>222</sup> Entgegen seiner bisher an den Tag gelegten freiheitlichen und liberalen Auffassung, griff Windthorst selber auf eine reaktionäre Bestimmung des Ministeriums Borries zurück. In den Wahlen von 1863, die mit einem Sieg für die Liberalen endeten, wurde auch Gottlieb Karl Georg Planck gewählt. Er war seit 1845 im hannoverschen Justizdienst und zwischen 1852 bis 1855 Deputierter der Zweiten Kammer. Die Regierung hielt mit der Bestätigung seiner Wahl zum Syndikus der Stadt Osnabrück zurück und verweigerte seine Beurlaubung, die er als Staatsbeamter benötigte, um seinen Sitz im Landtag einzunehmen. Daraufhin setzte der Protest der Liberalen ein, und Windthorst wurde aufgefordert, das Protestprotokoll, das er nach seinem eigenen Ausschluss 1856 unterzeichnet hatte, mit der Stellung der Regierung in Einklang zu bringen. Die Regierung verhielt sich zurückhaltend. Der eigentliche Grund für Plancks Ausschluss wurde nicht publik. Anderson deutet Windthorsts Einfluss auf die Entscheidung als einen Kritikpunkt bezüglich Windthorsts moralischer Integrität.<sup>223</sup> Warum Windthorst aber letztendlich Plancks Ausschluss unterstützte, kann an dieser Stelle nicht eindeutig geklärt werden. Die Tatsache, dass Planck als späteres Mitglied der Nationalliberalen Partei, Unterstützer einer preußisch-kleindeutsch orientierten Politik war, kann mit ausschlaggebend für seine Entscheidung gewesen sein.

## 2.5.2. Das Ende des Königreichs

Im Streit um die zunächst gemeinsam besetzten, verwalteten und später aufgeteilten Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg überwarfen sich Preußen und Österreich. Ein preußisch-österreichischer Krieg, der die Entscheidung über die zukünftige

---

<sup>222</sup> Neben der Arbeit an einer Liberalisierung des Hypothekenrechts und einer Reform des Strafrechts arbeitete Windthorst auf dem innenpolitischen Sektor zusammen mit dem protestantischen Unterstaatssekretär Ludwig August Brüel an einer neuen Synodalordnung für die lutherisch-evangelische Kirche, durch die ein Streit über den neuen lutherischen Katechismus beendet werden sollte. Der Streit zwischen orthodoxen Protestanten und Reformierten war teilweise so heftig geführt worden, dass das Militär einschreiten musste. Vgl. Menzenbach, S. 67.

<sup>223</sup> Vgl. Anderson, S. 83ff.



Gestaltung Deutschland bringen sollte, wurde immer wahrscheinlicher. Im April 1866 schloss Preußen mit Italien, das Gebietsansprüche an Österreich stellte, ein dreimonatiges Bündnis. Beide deutschen Mächte versuchten nun auch Frankreich auf ihre Seite zu ziehen. Napoleon aber wollte Gegenleistungen und schlug einen internationalen Kongress vor, der von Österreich abgelehnt wurde.<sup>224</sup> Leitlinie der hannoverschen Außenpolitik war weiterhin das Fortbestehen des Deutschen Bundes und der Bundesverfassung. Die Sympathien des Königs und der Mehrzahl der Minister waren Anfang 1866 auf Seiten Österreichs. Rudolf von Bennigsen urteilte über den Standpunkt des Königs:

*"Der König Georg V. ist österreichisch gesinnt; denn von Österreich hat er nichts zu fürchten. Von Preußen dagegen kann er verschlungen werden. Doch wird er nicht aktiv auftreten, sondern neutral sein so lange wie möglich, und, später für den Mächtigen sich entscheiden."*<sup>225</sup>

Die außenpolitischen Ansichten des Königs wurden aber von Isenburg in einem Brief an Bismarck als unrealistisch eingeschätzt. So versuche Georg V. das Königreich Italien zu ignorieren. *"Bey diesem illusorischen Gefühle"*<sup>226</sup> würde er von seinem Außenminister Graf Platen bestärkt.

Da man in Hannover nicht bereit war, sich auf die Seite Preußens zu stellen, versuchte Bismarck stärker auf die hannoverschen Liberalen Einfluss zu gewinnen. In einem Gespräch mit dem Historiker Theodor von Bernhardi bat er diesen, mit Rudolf von Bennigsen zu sprechen und in Hannover Gerüchte über eine liberale Beteiligung an einer zukünftigen deutschen Regierung auszustreuen.<sup>227</sup> Im Gespräch mit Bernhardi zeigte sich Bennigsen gegenüber dem Angebot Bismarcks allerdings zurückhaltend. Bennigsen's Forderungen

---

<sup>224</sup> Vgl. Nipperdey, S. 779ff.

<sup>225</sup> Rudolf von Bennigsen vor den Mitgliedern des Nationalvereins am 19. Mai 1866, "Deutsche Nordsee Zeitung", Hannover, 30. Mai 1866; in: III. HA, Nr. 570, Blatt 27. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>226</sup> Prinz zu Isenburg an Bismarck, Hannover, 9. Februar 1866; in: Ebd., Blatt 8.

<sup>227</sup> Vgl. ein Gespräch Bismarcks mit dem Historiker Theodor von Bernhardi, 27. April 1866; in: Otto von Bismarck, Gespräche, 3 Bde., herausgegeben von Willy Andreas unter Mitwirkung von K.F. Reinking. (im folgenden angegeben als: Bismarck, Gespräche), Bd 1, Bis zur Reichsgründung, Bremen 1964, S. 114f.

gen, die Vorschläge für eine Bundesreform bekannt zu geben, lehnte Bismarck ab, und Bennigsen Einwände, dass die öffentliche Meinung in Hannover gegen Preußen sei, verärgerten ihn. Man schieße nicht mit *"öffentlicher Meinung auf den Feind, sondern mit Pulver und Blei."* Seine Politik könne Bismarck nicht *"von einer blödsinnigen Majorität abhängig machen!"*<sup>228</sup> Obwohl Bennigsen im Mai 1866 mit der Mehrheit der Zweiten Kammer die Neutralität Hannovers und die Einberufung eines deutschen Parlaments forderte, wurde er in der hannoverschen Presse scharf kritisiert, da er mit Bismarck konferiert hatte. Man warf ihm vor, *"als Dictator der Kammern von Hannover"*<sup>229</sup> aufzutreten, Hannover in Preußens Dienste zu stellen und mit seinem Gesinnungsgenossen Bismarck zusammenzuarbeiten:<sup>230</sup>

*"Er will die Neutralität nicht in der Weise wie einige gutmüthige Thoren in Hannover [...] nach der Art derjenigen des Vogel Strauß, sondern er will die Thoren damit locken, damit, wenn die Dinge reif sind, das Land Hannover sich gebrauchen lasse im Dienste der Politik der Herren Bismarck und Bennigsen."*<sup>231</sup>

Bismarck sprach im Mai 1866 auch mit dem hannoverschen liberalen Politiker Miquel, der Bismarck in Berlin aufsuchte. Bismarck forderte Miquel auf, über Platen Einfluss auf die hannoverschen Politik auszuüben und Preußen gegen Österreich beizustehen. Bismarck sprach über die Möglichkeit einer liberalen Verfassung nach einem Sieg Preußens. Wenn der Beistand Hannovers allerdings nicht zu bewerkstelligen sei, müsse er Hannover besetzen: *"Nun, so will ich Ihnen sagen: wir brauchen Sie auch gar nicht."*<sup>232</sup>

Die hannoversche Regierung hielt zunächst an ihrem Kurs fest und lehnte im Mai 1866 ein Bündnis mit Österreich wie auch einen Neutralitätsvertrag auf Druck Österreichs mit Preußen ab. Am 1. Juni

---

<sup>228</sup> Aus einem Gespräch Bismarcks mit dem Historiker Theodor von Bernhadi, 30. April 1866; in: Ebd. S. 117f.

<sup>229</sup> Artikel, "Deutsche Nordsee Zeitung", Hannover, 30. Mai 1866; in: III. HA, Nr. 570, Blatt 27. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>230</sup> Vgl. Artikel, "Hannoversches Tageblatt", Hannover, 2. Juni 1866; in Ebd., Blatt 30.

<sup>231</sup> Artikel "Deutsche Nordsee Zeitung", Hannover 30. Mai 1866; in: Ebd., Blatt 27.

<sup>232</sup> Bismarck in einem Gespräch mit dem hannoverschen Abgeordneten Dr. Miquel in Berlin, Ende Mai 1866; in: Bismarck, Gespräche, Bd. 1, a.a.O., S. 121f.

1866 brachte Österreich die Schleswig-Holsteinische Frage vor den Bundestag und berief gleichzeitig in Holstein, seinem Gebiet, die Stände ein.<sup>233</sup> Am 9. Juni marschierte Preußen in Holstein ein. Österreich beantragte daraufhin die Mobilisierung des nicht-preußischen Bundesheeres. Erfolglos forderte Bennigsen die hannoversche Regierung auf, dem Antrag Österreichs nicht zuzustimmen, da dies Deutschland in den Bürgerkrieg stürzen und Hannovers Unabhängigkeit gefährden würde.<sup>234</sup> Der österreichische Antrag wurde von einigen kleineren Staaten, Bayern, Württemberg, den hessischen Staaten und von Hannover angenommen, während sich Baden enthielt und die Mehrheit der Nord- und Mitteldeutschen Staaten gegen den Antrag stimmten. Zwei Tage vor der Abstimmungsentscheidung kam es am 12. Juni 1866 zu einem französisch-österreichischen Geheimvertrag, in dem Österreich auch für den Fall eines Sieges die Abtretung Venetiens an Italien zusagte. Preußen erklärte den Bund für erloschen, ein Ultimatum an Sachsen, Kurhessen und Hannover wurde von den Staaten abgelehnt. Am 15. Juni marschierte Preußen in diese Staaten ein und der Bund beschloss die Bundesexekution. Bereits am 29. Juni 1866 schlug Preußen die hannoverschen und kurhessischen Armeen und drei Wochen nach Kriegsbeginn, am 3. Juli, in der Schlacht von Königgrätz auch Österreich.<sup>235</sup>

Bismarck machte nun das wahr, was er bereits im Juni 1861 im Hause des Grafen Julius Platen, dem Bruder des hannoverschen Außenministers, nach reichlichem Weingenuß gesagt hatte. Wenn, so Bismarck damals, sein Programm angenommen würde, dann *"könnt ihr Kleinstaaten euch nur in Acht nehmen"*<sup>236</sup>. Es entsprach dem, was er Anfang Juli 1862 gegenüber Disraeli in London als sein Programm entwickelte, das er als Leiter der preußischen Regierung verwirklichen wollte. Er wolle die Armee reorganisieren und aufrüsten, um dann einen geeigneten Vorwand zu ergreifen, um Österreich den Krieg zu erklären. Das Ziel sei es, den *"deutschen Bund zu*

---

<sup>233</sup> Vgl. Windthorst an Ernst Unico von Malortie, Celle, 7. Juni 1866; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 148 und S. 148, Anm. 1.

<sup>234</sup> Vgl. Urantrag Bennigsens u.a., Hannover, 15. Juni 1866; in: III. HA, Nr. 570, Blatt 45. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>235</sup> Vgl. Nipperdey, S. 782ff.

<sup>236</sup> Bismarck in einem Gespräch mit Julius Platen, Hannover, Juli 1861. Zitiert nach Hassel, Zweiter Teil, Erste Abteilung, S. 453.

sprengen", und die *"Mittel- und Kleinstaaten zu unterwerfen"*, um dann Deutschland *"unter Preußens Führung eine nationale Einheit zu geben"*<sup>237</sup>. Wenige Wochen später, als er bereits zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt worden war, hatte er in einer Sitzung der Budget-Kommission im September 1862 öffentlich nicht nur von Eisen und Blut gesprochen, sondern auch seiner Meinung Ausdruck verliehen, dass die existierenden Grenzen für Preußens Bestehen nicht günstig seien. In den von Bismarck formulierten Gedanken hatte der Partikularismus der deutschen Mittel- und Kleinstaaten keinen Platz. Die öffentliche Meinung in Hannover war nicht für einen Anschluss an ein bismarcksches Preußen. Die Frage einer Volksabstimmung in den annektierten Gebieten Hannover, Hessen-Kassel, Nassau und die Freie Stadt Frankfurt, die nicht am Krieg teilgenommen hatte, wurde im preußischen Abgeordnetenhaus erörtert, in den Kommissionen fand sich hierfür aber keine Mehrheit.<sup>238</sup>

In den veröffentlichten Briefen Windthorsts finden sich zwischen Juli 1866 bis Oktober 1866 nur wenige Angaben über den Kriegsverlauf und die deutschlandpolitische Lage.<sup>239</sup> Vor Kriegsbeginn forderte Windthorst von der hannoverschen Regierung das *"furchtlose und unerschütterliche"* Festhalten an den Deutschen Bund. Nur dies könnte *"auf die Dauer retten."* Das Unheil zöge sich aber schon zusammen und man ginge *"bösen, recht bösen Tagen entgegen"*. Er befürchtete *"schwere Opfer"*<sup>240</sup>. Als Bennigsen die Regierung aufforderte, dem Antrag Österreichs auf Mobilisierung der Bundesarmee nicht zuzustimmen, unterzeichnete Windthorst diesen Antrag nicht.<sup>241</sup> Dass Windthorst versuchte, in der letzten Phase des souveränen Staates Hannover auf die Politik einzuwirken, geht aus zwei Briefen hervor, die ihm Herzog Ernst August von Cumberland,

---

<sup>237</sup> Von Disraeli dem sächsischen Gesandten Graf Vitzthum von Eckstädt mitgeteilt, Juli 1862. Zitiert nach Schridde, S. 162.

<sup>238</sup> Vgl. Robert Nöll von der Nahmer, Bismarcks Reptilienfonds. Aus den Geheimakten Preußens und des Deutschen Reiches, Mainz 1968, S. 16.

<sup>239</sup> Vgl. Windthorst an Wilhelm Freiherr von Hammerstein, Osnabrück, 4. Juli und Windthorst an das Hannoversche Justizministerium, Celle. 9. Juli 1866; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 149f.

<sup>240</sup> Windthorst an Ernst Unico von Malortie, Celle, 7. Juni 1866; in: Ebd., S. 148.

<sup>241</sup> Vgl. Urantrag Benigsens u.a., Hannover, 15. Juni 1866; in: III. HA, Nr. 570, Blatt 45. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

ein Sohn Georgs V.,<sup>242</sup> und die Gattin Georgs V., Marie von Hannover, über zwanzig Jahre später zusandten: *"Sie sind und bleiben für uns "der kleine Engel"!!!"* Der Ausdruck *"der kleine Engel"*<sup>243</sup> spielte darauf an, dass die Königin während des Krieges in Abwesenheit des Königs häufig Windthorst empfing *"und von ihm gern seine Trostworte entgegennahm."* Die Königin *"nannte ihn damals gern ihren "kleinen Engel"."*<sup>244</sup> Diese doch beachtenswerte und sehr persönliche Beziehung zwischen Windthorst und der hannoverschen Königin wurde von Georg V. allerdings nicht geteilt. Dass Windthorst über seine Frau versuchte, Einfluss auf die Politik auszuüben, war Georg V. verdächtig. Hatte er Windthorst noch 1862 zum Justizminister benannt, da er dachte, Windthorst könnte eine politische Stütze sein und helfen, Hannovers Souveränität zu gewährleisten, so hatte sich seine Meinung über seinen ehemaligen Justizminister während der letzten Jahre rapide verschlechtert.<sup>245</sup> Georg V. war der Überzeugung, dass es Windthorsts politischer Stil sei, zunächst *"durch Winke, Gebärden und halbe Worte"* oder auch durch *"Dritte sich nach oben hin empfehlen zu lassen"*. Wie eine Spinne würde er die Fäden ziehen. Hinter einem Plan, Personen aus allen Parteien um sich zu versammeln und auch mit Rudolf von Bennigsen zu sprechen, witterte Georg V. eine Intrige Windthorsts, *"dem Getriebenen aller Jesuiten"*. Georg warnte seine Frau vor diesem Mann, dem immer noch daran gelegen sei, gegen ihn und das monarchische Prinzip vorzugehen, wie in der Zeit *"als Herr Windthorst mit seinen lumpigen Collegen Minister war"*<sup>246</sup>.

---

<sup>242</sup> Vgl. Abschrift eines Briefes von Herzog Ernst August von Cumberland, ein Sohn des 1866 entthronten Königs Georg V., und seiner Gemahlin an Ludwig Windthorst, Gmunden, 26. Mai 1888; in: Ala Ludwig Windthorst 2, Zugangsnummer 2158, Allgemeine Akten betreffend Ludwig Windthorst, Blatt 11/12. Bischöfliches Diözesanarchiv Aachen.

<sup>243</sup> Abschrift eines eigenhändigen Briefes der verwitweten Königin Marie von Hannover, der Gemahlin des 1866 entthronten Königs Georg V., an Ludwig Windthorst, Gmunden, 15. Januar 1887; in: Ebd., Blatt 5.

<sup>244</sup> Anmerkung N.N. unter der Abschrift eines eigenhändigen Briefes der verwitweten Königin Marie von Hannover, der Gemahlin des 1866 entthronten Königs Georg V., an Ludwig Windthorst, Gmunden, 15. Januar 1887; in: Ebd. Blatt 5/6.

<sup>245</sup> Vgl. Menzenbach, S. 73.

<sup>246</sup> König Georg V. an Königin Marie, 7. Juli 1866; in: Hannovers Schicksalsjahr 1866, a.a.O., S. 48. Georgs V.

Windthorsts Versuche, vor und während des Krieges Einfluss auf die Politik Georgs V. zu bekommen blieben vergeblich. Die Ratgeber des Königs hielt er für unfähig. Ein konkretes Programm, wie die Situation in Deutschland zu lösen sei, ist von Windthorst allerdings nicht publik, und es kann bezweifelt werden, ob seine Vorschläge in dieser Phase überhaupt einen Sinn gemacht, geschweige denn den Erhalt des Mittelstaates garantiert hätten. Wenn Bismarcks Bemerkung gegenüber Miquel ein ernsthaftes Angebot des preußischen Ministerpräsidenten war, gab es für Hannover im Grunde nur die Wahl, sich für Preußen zu entscheiden oder annektiert zu werden. Nach dem Krieg und der Annexion Hannovers, bemerkte Windthorst dann auch, dass er froh sei, nicht verantwortlich *"für die Ratschläge"*<sup>247</sup> während dieser Zeit gewesen zu sein. Und wie oft, wenn er sich einer Aufgabe gegenüber sah, die ihm durch den Menschen nicht lösbar erschien, suchte er im Gebet Erleichterung. Seine Gebete, so schrieb er dem König, wolle er aufgrund der ernsten Situation verdoppeln. Er und die Bevölkerung Hannovers beteten in Einigkeit:

*"Gott erhalte und schütze unseren allergnädigsten König und Herrn, Gott erhalte und schütze das ganze Königshaus, Gott erhalte und schütze die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des [...] Hannoverschen Landes."*<sup>248</sup>

---

<sup>247</sup> Windthorst (undat.). Zitiert nach Hüsgen, S. 56.

<sup>248</sup> Windthorst an Georg V., Celle, 26. Mai 1866, in: Dep. 103, II, 60/14. Königliches Hausarchiv Hannover.

### 3. **Musspreuße und Realpolitiker**

#### 3.1. Die Katholiken und der Umbruch

##### 3.1.1. Die politische Ausgangslage

Der Sieg Preußens über Österreich und der Friedensschluss veränderte die territoriale und politische Ordnung in Deutschland und Europa maßgeblich. Der Deutsche Bund wurde aufgelöst und Österreich musste sich aus Deutschland zurückziehen. Mitten in Europa verschob das erstarkte Preußen das Gewicht der Mächte im europäischen System. Großbritannien und Russland hatten die Entscheidung geduldet und verblieben gegenüber den politischen Entwicklungen in abwartender Neutralität. Die nationale Neuordnung berührte insbesondere Frankreichs Sicherheitsinteressen und schwächte sein Machtgewicht, und Österreich, das Bismarck bereits 1867 erfolglos zu einem Bündnis zu bewegen suchte, war trotz eines milden Friedens nach der Niederlage potentiell revisionistisch.<sup>1</sup>

In Deutschland wurde von kleindeutsch Orientierten das neue deutsche Gebilde immer noch als unfertig empfunden. Für die bürgerlich-liberale Bewegung, den alten Nationalverein von 1859, war die Errichtung eines einheitlichen deutschen Nationalstaates unter Führung Preußens das erstrebenswerte Ziel. Auch die kleindeutsche preußische Linke, die die Opposition zu Bismarck nicht aufgab, verfolgte diese Ziele. Über den Liberalismus hinaus war diese Anschauung auch bei anderen Gruppen, wie den Nationalkonservativen, Parteilosen und bei einigen Katholiken präsent. Wie das Ziel einer deutschen Einigung erreicht werden sollte, darüber gab es aber keine übereinstimmende Meinung.<sup>2</sup>

Auch für Bismarck hatte Deutschland *"den Charakter des Provisoriums und der Unreife"*<sup>3</sup>. Und obwohl nicht davon auszugehen ist, dass Bismarck eine Einigung innerhalb einer kurzen Zeitspanne erwog, so stand die preußische Politik doch unter dem Gebot, keine Chance zur Verwirklichung einer Einigung verstreichen zu lassen.<sup>4</sup> Bismarck

---

<sup>1</sup> Vgl. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866-1918*, 2 Bde., Bd. 2, *Machtstaat vor der Demokratie*, Broschierte Sonderausgabe, München 1998, S. 12ff.

<sup>2</sup> Vgl. ebd., S. 24.

<sup>3</sup> Otto von Bismarck, *Gedanken und Erinnerungen*. Neue Ausgabe, 3 Bde., Stuttgart/Berlin 1921, Bd. 2, S. 58.

<sup>4</sup> Vgl. Nipperdey, Bd. 2, a.a.O., S. 13.

rechnete damit, dass ein Krieg mit Frankreich *"auf dem Wege zu unsrer weiteren nationalen Entwicklung"* notwendig sein könnte und dass man diese *"Eventualität"* bei den gegebenen inneren und äußeren Verhältnissen *"im Auge"*<sup>5</sup> behalten müsse.

Anfang August 1866 strebte Bismarck eine Aussöhnung mit der liberalen Opposition an und bemühte sich, den jahrelangen Verfassungsstreit zu beenden. Das Parlament sollte der Regierung Straffreiheit zugestehen und mit der Indemnitätsvorlage nachträglich die Bugets für die Jahre 1862 bis 1865 billigen. Als Resultat spaltete sich die bisherige liberale Opposition in zwei selbstständige Fraktionen. Unter Führung des Hannoveraners Rudolf Bennigsen, dem bisherigen Vorsitzenden des Deutschen Nationalvereins, formierten sich neben der Fortschrittspartei, die seit 1861 bestand und für die traditionell liberalen Forderungen nach Demokratisierung, Rechtsgleichheit, Trennung von Staat und Kirche, aber auch für die Schaffung der nationalen Einheit eintrat, die Nationalliberale Partei, die ihre bedingte Zusammenarbeit mit Bismarck ankündigte. Der Gründungstag der Partei, auf die Bismarck sich die nächsten zwölf Jahre stützen sollte, war der 3. September 1866, der Tag, an dem das preußische Abgeordnetenhaus über die Indemnitätsvorlage der Regierung abstimmte, die mit 230 zu 75 Stimmen angenommen wurde.<sup>6</sup>

Mitte September 1866 erarbeite Bismarck während eines längeren Urlaubs auf der Insel Rügen in zwei Diktaten die Grundzüge einer Verfassung für den Norddeutschen Bund. Ausgangspunkt waren die Entwürfe von Lothar Bucher und Max Duncker. Bismarck kritisierte diese Entwürfe als zu zentralistisch bundesstaatlich für einen Beitritt der Süddeutschen. Man solle sich mehr an einen Staatenbund halten. Als Zentralbehörde schlug er nicht ein Ministerium, sondern einen Bundestag vor, ein Gremium bestehend aus Vertretern der einzelnen Bundesregierungen. Je mehr man an die früheren Formen anknüpfen würde, um so leichter sei das Ziel zu erreichen.<sup>7</sup> Die

---

<sup>5</sup> Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, a.a.O., Bd. 2, S. 58.

<sup>6</sup> Vgl. Lothar Gall, Bismarck. Der weisse Revolutionär, Taschenbuchausgabe, Berlin 1997, S. 441. Vgl. auch Manfred Görtemaker, Deutschland im 19. Jahrhundert, Entwicklungslinien (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 274), 5. Auflage, Bonn 1996, S. 235.

<sup>7</sup> Vgl. Diktat, Putbus, 30. Oktober 1866; in: Otto von Bismarck, Die gesammelten Werke, hrsg. und bearb. von Willy Andreas, Werner Frauendienst, Hermann



Verfassung des Norddeutschen Bundes gab schließlich auch einen Hinweis auf die Frage, wie Bismarck sich die weitere Entwicklung Deutschlands vorstellte. In Abschnitt XV wurde der Beitritt der süddeutschen Staaten durch gesetzliche Grundlage als Möglichkeit verankert.<sup>8</sup>

Das Verhältnis zwischen nord- und süddeutschen Staaten war ein wichtiger Aspekt der Entwicklung eines einheitlichen deutschen Staates. Obwohl die Gemeinsamkeiten stärker waren als die Unterschiede, waren die Gegensätze zwischen Süden und Norden nicht unwesentlich. Sozialökonomisch war der Süden weniger industrialisiert und konfessionell war er nicht einheitlich. Wie sich dieses Verhältnis zwischen Nord- und Süddeutschland entwickeln würde, war 1866 offen. Die Möglichkeit der süddeutschen Staaten, sich wie die norddeutschen Staaten zu einem Bund zusammenzuschließen, wurde bereits 1866 aufgegeben. Bismarck war gegen ein solches Vorhaben, da ein Bund der süddeutschen Staaten das Verhältnis zwischen Norden und Süden erschweren konnte.<sup>9</sup> Den Wirtschaftsliberalismus wollte Bismarck als wichtiges gesamtdeutsches Integrationsinstrument nutzen. Für die praktische Durchführung seines Vorhabens berief Bismarck im August 1867 Rudolf von Delbrück zum Präsidenten des Bundeskanzleramtes.<sup>10</sup>

Neben der Deutschlandpolitik und der Absicherung der Hegemonialstellung Preußens im Norddeutschen Bund widmete sich Bismarck auch intensiv der Stellung der Parlamente. Zwar hatte er sich dem Liberalismus genähert, und der Bund erhielt eine moderne Wirtschafts- und Sozialverfassung, Rechtsordnung und Verwaltungsstruktur, aber das Parlament wollte er unter Kontrolle halten und Risiken für seine eigene Machtstellung so weit wie möglich ausschließen.<sup>11</sup> In der Konkurrenz zwischen Reichstag und Abgeordnetenhaus, wollte er *"den Parlamentarismus durch den Parlamentaris-*

---

von Petersdorff u.a., 15 Bde., Berlin 1923-1935 (im folgenden angegeben als: GW), Bd. 6, S. 167f.

<sup>8</sup> Vgl. Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 16. April 1867; in: Ernst Rudolf Huber (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, 3 Bde., 3. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978-1986, Bd. 2, S. 285. Vgl. hierzu Görtemaker, a.a.O., S. 241.

<sup>9</sup> Vgl. Nipperdey, Bd. 2, S. 23.

<sup>10</sup> Erst mit Delbrücks Entlassungsgesuch im April 1876 kündigte sich der konservative Kurswechsel an. Vgl. Gall, S. 457.

<sup>11</sup> Vgl. Gall, a.a.O., S. 451.

mus"<sup>12</sup> stürzen. Ein wichtiger Punkt war, keine Diäten für Politiker einzurichten, denn die Diäten stellten für ihn die *"Besoldung des gebildeten Proletariats"* dar. Durch die Verhinderung von Diäten, die lediglich *"zum Zwecke des gewerbsmäßigen Betriebes der Demagogie"*<sup>13</sup> genutzt würden, war man in der Lage, bestimmte soziale Gruppierungen aus der parlamentarischen Politik auszuschließen. Parlamentspolitik blieb somit in erster Linie die Politik einer Elite, die sich den parlamentarischen Luxus leisten konnte.

### 3.1.2. Antipreußische Tendenzen

Von österreichischer Seite hatte man vor und während des Krieges versucht, den Katholizismus als Integrationsinstrument gegen die preußische Politik zu nutzen. Im preußischen Kultusministerium hatte man nach Sichtung der österreichischen Presse den Eindruck, *"als ob in Österreich der Religionskrieg gepredigt werde"*<sup>14</sup>. Während des Krieges kam es in einigen Fällen auch zu handfesteren Auseinandersetzungen zwischen Katholiken und Anhängern der preußischen Politik. Die Vorwürfe gegen die Katholiken reichten bis zum Vorwurf des Landesverrats und Unterwanderung des preußischen Staates. Vor allem die Kanzel sei der Ort, an dem antipreußische Politik betrieben würde.<sup>15</sup> Nach dem Krieg gab es auch Protestanten, die den preußischen Sieg mit der Reformation gleichsetzten, und nicht selten stellte man die militärischen Siege als Beweis für die innere Überlegenheit der protestantischen über die katholischen Völker heraus. Der Rektor der Universität Greifswald bezeichnete den Krieg als Gustav-Adolf-Ritt durch das katholische Land und der Berliner

---

<sup>12</sup> Aus einem Gespräch Bismarcks mit dem sächsischen Minister von Friesen, Anfang Januar 1867. Zitiert nach ebd., S. 455.

<sup>13</sup> Bismarck (undat.) Zitiert nach ebd., S. 452.

<sup>14</sup> Reinkens an seine Verwandten, Breslau, 31. Mai 1866; in: Nachlass Joseph Hubert Reinkens, A III, Nr. 13/14. Stadtarchiv Aachen.

<sup>15</sup> Vgl. Die Katholikenhetze in Preußen während des deutschen Krieges, 1866; in: Der Kulturkampf, hrsg. und erl. von Rudolf Lill unter Mitarb. von Wolfgang Altgeld und Alexia K. Haus (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A, Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Bd. 10), Paderborn/München/Wien/Zürich 1997, S. 39ff.

Hofprediger Hofmann prophezeite in seinem Jahrbuch die Evangelisierung von ganz Europa.<sup>16</sup>

Vor dem Hintergrund solcher Stimmungen, erschien es der preußischen Regierung wichtig, der Auseinandersetzung sowohl die konfessionelle Schärfe als auch den Katholiken die Sorge vor Ihrer Zukunft im Norddeutschen Bund zu nehmen. In der preußischen Presse versuchte man, den nationalen Gedanken zu stärken. So schrieb der "Königlich Preußische Staatsanzeiger" einige Tage nach der Schlacht bei Königgrätz, dass die Anhänger beider Konfessionen *"in seltener Eintracht in der Vaterlandsliebe wetteifernd miteinander"* an der Einheit Deutschlands arbeiteten. Nirgends wären *"die etwa vorhandenen religiösen Gegensätze"* diesem Ziel und *"dem patriotischen Aufschwung störend eingetreten."*<sup>17</sup> Dem katholischen Klerus wurde, wie anlässlich der feierlichen Entgegennahme des Huldigungseides der beiden Bischöfe Paulus Melchers von Köln und Ledochowski von Gnesen-Posen im April 1866, versichert, dass sich die Verhältnisse der katholischen Kirche durch *"Recht und Verfassung in wohlgeordnetem Zustande"* befänden und dass sich die katholische Kirche unter *"dem Schutze gerechter und wohlwollender Gesetze"*<sup>18</sup> auf ihrem Gebiet frei entfalten dürfe. Aber, und das erklärte Wilhelm während seiner Thronrede zur Eröffnung des preußischen Abgeordnetenhauses, gab es diesbezüglich durchaus Einschränkungen. Zwar sei das Bestreben seiner Regierung dahin gerichtet, dem Anspruch der katholischen Untertanen gerecht zu werden, man müsse aber auch eine Politik betreiben, welche für Preußen aus den eigenen politischen Interessen und *"den internationalen Beziehungen Deutschlands erwachsen"*<sup>19</sup> würde.

---

<sup>16</sup> Vgl. Margaret Lavinia Anderson, Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 14), Düsseldorf 1988, S. 95. Vgl. hierzu auch den Hofprediger Hofmann in seinem Buch Deutschland einst und jetzt im Lichte des Reiches Gottes, 1866. Zitiert bei Eduard Hüsgen, Ludwig Windthorst, Köln 1907, S. 78.

<sup>17</sup> Ausschnitte aus einem Artikel aus dem "Königlich Preußischen Staatsanzeiger", 13. Juli 1866. Zitiert nach Hüsgen, a.a.O., S. 78.

<sup>18</sup> Aus der Rede des preußischen Königs bei der Vereidigung Melchers und Ledochowskis, Berlin, 14. April 1866; in: Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln, 1. Mai 1866, Jahrgang XV, 9, S. 41. Vgl. Brief des Geheimen Regierungsrates Linhoff an Melchers, Berlin, 11. April 1866; in: Nachlass Paul Melchers, Vorläufige Signatur Nr. 32. Historisches Archiv des Erzbistums Köln.

<sup>19</sup> Thronrede des Königs von Preußen bei der Eröffnung des preußischen Abgeordnetenhauses, 15. November 1867; in: Willy Real (Hrsg.), Katholizis-

Bismarck, der seit über einem Jahrzehnt sehr genau und sehr misstrauisch den Einfluss des Klerus auf die katholischen Gläubigen beobachtete, betrachtete insbesondere die ultramontane Bewegung als hemmendes Element für die weitere Entwicklung des noch nicht saturierten deutschen Gebildes. Ein starker und ungünstiger Einfluss der Ultramontanen bestand offensichtlich in den polnisch sprechenden Gebieten Preußens und in der Rheinprovinz, in der es Widerstände gegen die preußische Zentralregierung gab und *"österreichische Sympathien stärker und ausgebreiteter waren"*<sup>20</sup>. Für Bismarck galt es, diese Strömung im Auge zu behalten oder wenn die Möglichkeit bestand, zu kontrollieren. Was Bismarck hinsichtlich des preußisch-deutschen Einigungsprozesses nach 1866 sehr beunruhigte war die Lage in Bayern. Dort war die zunächst noch günstige Stimmung der Katholiken gegenüber Preußen seit dem Hirtenbrief des Erzbischofs von München umgeschlagen, und in Folge dessen war in den *"hiesigen Kanzelreden"* eine *"lebhaftere Polemik gegen Preußen"* zu bemerken. In Bayern würden die Ultramontanen nach Bismarcks Ansicht, einer *"Annäherung an Preußen entgegenzuwirken suchen."* In Süddeutschland ließ man von Seiten des Auswärtigen Amtes eine Broschüre in Umlauf bringen, um einer *"Vermengung der kirchlichen und politischen Fragen"*<sup>21</sup> entgegenzuwirken. In dieser an den Erzbischof adressierten Broschüre wurde gefordert, politische Fragen nicht zum Inhalt der Kanzelreden zu machen, vor allem da die höchste Instanz, Rom, noch nicht über diese Frage entschieden hätte. Man wies nachdrücklich darauf hin, dass das Verhältnis zwischen Staat und Kirche gerade in Preußen zur Zufriedenheit beider Seiten geregelt und man dem Katholizismus wohlgesonnen sei.<sup>22</sup> Die Versuche, in dieser Weise auf die Katholiken und den Klerus in Bayern einzuwirken, hatten offensichtlich nicht den von

---

mus und Reichsgründung. Neue Quellen aus dem Nachlaß Karl Friedrich von Savignys (Quellen und Forschungen aus dem Gebiet der Geschichte, Neue Folge, Heft 11), Paderborn/München/Wien/Zürich 1988, S. 93.

<sup>20</sup> Ludolf Camphausen an seinen Bruder Otto Camphausen, Rüngsdorf, 8. Juli 1866; in: Nachlass Ludolf Camphausen, 1023 L 824, S. 4. Historisches Archiv der Stadt Köln.

<sup>21</sup> Werthern an Bismarck, München, 22. März 1867; in: III. HA, Nr. 22, Blatt 248. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>22</sup> Vgl. Ungezeichnete Broschüre "Offenes Sendschreiben an Seine Exzellenz den hochwürdigen Herrn Erzbischof von München-Freising über die Haltung, welche der Katholik den politischen Veränderungen und Ereignissen der jüngsten Zeit gegenüber einnehmen soll", München 1867; in Ebd., Blatt 264.

Bismarck erwünschten Erfolg. Bismarck kam zu dem Schluss und wiederholte damit eine schon seit zehn Jahren bestehende Anschauung, dass man jenen Stimmen nicht unrecht geben könnte, welche in der katholischen Kirche, wie sie in Süddeutschland agiere, *"eine Gefahr für Preußen und Norddeutschland erblicken"* und vor Begünstigungen und Förderungen der Kirche und *"gegen alles, was ihren Einfluß vermehren könnte, dringend warnen."*<sup>23</sup> Bismarck selbst mahnte aber zur Vorsicht. Man solle der ultramontanen Bewegung nicht *"durch ein schroffes Auftreten Nahrung für ihre Einwirkungen"*<sup>24</sup> geben. Es sollte noch nicht zu einem offenen Konflikt mit den ultramontanen und antipreußisch orientierten Kräften kommen:

*"Wir würden auf die deutsche Nationalkraft als auf eine geeinte nicht mehr rechnen können, wenn es uns nicht gelänge, den bisher bestehenden religiösen Frieden in Deutschland zu erhalten."*<sup>25</sup>

Den Krieg und die Entwicklung in Deutschland zu verurteilen, war allerdings nicht vorwiegend eine Sache der Katholiken. Auch in protestantischen Städten wie Stettin und Königsberg, wo man als Zeichen des Protestes entschied den Geburtstag Wilhelms nicht zu feiern, zeigte sich offene Ablehnung gegen Bismarcks Politik. Ob die von Bismarck neu errichtete vorläufige Einheit mit Ausschluss Österreichs, dass nach Bismarcks Aussage von 1860 für ihn ohnehin zum Ausland gehörte und zu dem er keine innere Bindung fühlte, mehrheitlich gewollt war, darf bezweifelt werden.<sup>26</sup> Die Kritik richtete sich sowohl gegen den schauerlichen *"Bürgerkrieg in Deutschland zum Vortheile des Auslandes"*<sup>27</sup> als auch direkt gegen die Person und die Politik des preußischen Ministerpräsidenten. Auch die preußische Kronprinzessin war der Meinung, dass Bismarck zum

---

<sup>23</sup> Erlaß an den Gesandten in Rom von Arnim, Berlin, 12. April 1868; in: GW, a.a.O., 6a, S. 348

<sup>24</sup> Erlaß an den Gesandten in München Freiherrn von Werthern, Berlin, 26. Februar 1867; in: Ebd., Bd. 6, S. 283

<sup>25</sup> Erlaß an den Gesandten in Florenz Grafen von Usedom, Berlin, 21. Oktober 1867; in: Ebd., Bd. 6a, S. 86.

<sup>26</sup> Vgl. Robert Saitschick, Bismarck und das Schicksal des deutschen Volkes. Zur Psychologie und Geschichte der deutschen Frage, München 1949, S. 27. Vgl. einen Brief Bismarcks an von Schleinitz von 1860. Zitiert bei ebd., S. 22.

<sup>27</sup> Der Krieg zwischen Preußen und Österreich in ungenannter Zeitung, undatiert, wahrscheinlich während des Krieges von 1866; in: Nachlass Johannes Clasens-Kappelmann, 1025 Nr. 29, Blatt 13. Historisches Archiv der Stadt Köln.

Krieg treibe und alles drehe und wende wie er wolle. Der Kronprinz bezeichnete Bismarck als Mann ohne Prinzipien, der unkontrolliert sein Unwesen treibe.<sup>28</sup> Besonders die Anhänger der Fortschrittspartei kritisierten Bismarcks Deutschlandspolitik.<sup>29</sup> Von einigen wurde sie als taktisches Ablenkungsmanöver verstanden:

*"Herr von Bismarck ist fertig mit seiner inneren Politik. [...] Wie das Cäsarenthum sollen äußere Erfolge die Niederlagen im Inneren wett machen, soll ein wenig Eroberung und Ruhm das preußische Volk für seine Entrechtung, seine Knechtung schadlos halten. Diese äußere Politik heißt aber für das deutsche Volk: Krieg deutscher Volksstämme gegen deutsche Volksstämme, [...] Die ganze deutsche Nation, vom ersten bis zum letzten Mann, ja Mann, Weib, Kind, haben die Pflicht, zum voraus dieser Drohung zu begegnen und in Millionen den Fluch auszusprechen: "Nieder mit dem, der zuerst in Deutschland das Schwert zieht gegen einen deutschen Bruderstamm!"<sup>30</sup>*

Unverständlich schien es manchen, warum vor dem Ausbruch des Krieges niemand gegen Bismarck vorgegangen sei.<sup>31</sup> Es war vor allem der Wunsch, man möge zumindest Bismarck die politische Verantwortung nehmen. An seiner Stelle solle man den *"hochverehrten Fürsten zu Hohenzollern Sigmaringen berufen"*. Von dessen ehrenhaften Charakter und Vaterlandsliebe wären auch *"alle Bewohner des Rheinlandes überzeugt"*, da er *"freiwillig sein Reich mit der Krone Preußens"*<sup>32</sup> vereinigt hätte.

### 3.1.3. Die Pragmatiker

Als der Kölner Bischof Melchers dem preußischen König über Fürst Ratzwill seine nicht unpopuläre Bestürzung über den *"Bruderkrieg"* kundtat, riet Ratzwill Melchers zu Wilhelm direkt Kontakt aufzunehmen. Wilhelm sei dankbar für die offenen Worte des Bischofs und

---

<sup>28</sup> Vgl. Saitschick, a.a.O., S. 25.

<sup>29</sup> Vgl. Hannes Willer an Classen-Kappelmann, Düsseldorf, 15. Mai 1866; in: 1025 Nr. 29, Blatt 6f. Historisches Archiv der Stadt Köln.

<sup>30</sup> Angriff auf Bismarck von J. Bennedy in ungenannter Zeitung, Augsburg, 26. Februar 1866; in: Ebd., Blatt 3.

<sup>31</sup> Vgl. J. Benedey an Classen-Kappelmann, Oberweiler, 18. März 1866; in: Ebd., Blatt 1.

<sup>32</sup> Hannes Willer an Classen-Kappelmann, Düsseldorf, 15. Mai 1866; in: Ebd., Blatt 6f.

fordere ihn auf, ihm auch weiterhin seine Gedanken und Erwägungen mitzuteilen. Gerade von Seiten des Erzbischofs wären Darstellungen der Lage in den westlichen Provinzen als Informationsgrundlage wichtig. Wer anders als der Erzbischof wäre besser geeignet, die *"offene Wahrheit"*<sup>33</sup> auszusprechen.

Innerhalb der deutschen Bischöfe war man sich nicht einig, wie man den Krieg und letztendlich auch den preußischen Sieg bewerten sollte. Gemeinsam waren den Bischöfen die Fragen, ob und wie man in Preußen Unterstützung für die päpstlichen Interessen in Italien gewinnen könnte. Der Bischof von Gnesen-Posen, Ledochowski, der im Frühjahr des Jahres 1866 gemeinsam mit Melchers in Berlin seinen Diensteid abgelegt hatte, schrieb in einem Brief an Melchers eine sehr detaillierte politische Analyse, der man eine durchaus positive Grundhaltung zum preußischen Sieg zuschreiben kann:

*"Diese großartigen Erfolge und die dadurch voraussichtlich herbeigeführte Machtvergrößerung sichern unserem Monarchen bei der Entscheidung über die künftige Geschichte Europas, und insbesondere auch bei der jetzt immer näher tretenden Lösung der Römischen Frage das Uebergewicht seines von Weisheit und Mäßigung geleiteten Willens."*

Durch das preußischen Schwert und die *"wunderbare Verkettung der politischen Verhältnisse"*<sup>34</sup> könne der italienische König Victor Emanuel in die Pflicht genommen werden. Man solle nun versuchen, eine gemeinsame Adresse an den preußischen König zu entwerfen, um für die Sache des Papstes einzutreten. In einem vermutlich von Ledochowski entworfenen Vorschlag einer Adresse an den König, der neben Lob für den glänzenden Sieg der Preußen auch die Beschwörung der Treue der Bischöfe in Erfüllung der Untertanenpflicht enthält, wird die Bitte geäußert, der König möge sich nun für die Interessen des Heiligen Stuhls verwenden. Der König solle *"nach dem großen Machtzuwachs"* nun seine Stimme erheben, die im

---

<sup>33</sup> Fürst Ratzwill an Melchers, Berlin, 26. Mai 1866; in: Ebd., Nachlass Paul Melchers, Vorläufige Signatur Nr. 21.

<sup>34</sup> Ledochowski an Melchers, Posen, 10. August 1866; in: Ebd., Vorläufige Signatur Nr. 158.

*"Rathe der Fürsten Europas schwer in die Wagschale"<sup>35</sup> fallen werde.*

Der Entwurf einer Adresse Melchers fiel von der Intention ähnlich, in der Formulierung dagegen etwas zurückhaltender aus. Größer war sein Dank, dass der König in weiser Voraussicht dem Krieg Einhalt geboten hatte, um möglichst schnell den Frieden wieder herzustellen.<sup>36</sup> Konrad Martin von Paderborn gab zu bedenken, dass der Erfolg einer solchen Adresse nicht wahrscheinlich sei und riet zur Vorsicht bei der Formulierung. Es müssten alle Ausdrücke vermieden werden, die auch nur indirekt eine Befürwortung des unternommenen und beendigten Krieges durchblicken ließen. Er war überzeugt, dass ansonsten das

*"[...]katholische Volk wenigstens hier zu Lande daran schweres Ärgerniß nehmen und das bischöfliche Ansehen nicht wenig beeinträchtigt werden würde."<sup>37</sup>*

Auch der Bischof Leopold von Trier blieb zurückhaltend. Zwar schloss er sich im Prinzip der Forderung an, wollte aber zur endgültigen Klärung der Positionen eine deutsche Bischofskonferenz berufen.<sup>38</sup> Dem stimmte auch der Bischof von Culm zu. Er war der Überzeugung, dass eine gemeinsame Adresse an den König *"nur in vollster Uebereinstimmung"*<sup>39</sup> der Bischöfe verfasst werden sollte.

Während der Erzbischof von München-Freising, Gregor von Scherr, gegen das neue preußische System von der Kanzel herab anzugehen versuchte und einige Katholiken die Niederlage Österreichs als Verlust empfanden und vermuteten, dass gegen sie planmäßig Hetze vorbereitet worden war und sich in der Rolle des Opfers sahen,<sup>40</sup> kann die Herangehensweise des überwiegenden Teils der

---

<sup>35</sup> Entwurf einer Adresse, vermutlich von Ledochowski, an den preußischen König, 1866 ohne näheres Datum; in: Ebd., Vorläufige Signatur Nr. 39.

<sup>36</sup> Vgl. Melchers Entwurf einer Adresse an den preußischen König, 1866 ohne näheres Datum; in: Ebd., Vorläufige Signatur Nr. 40.

<sup>37</sup> Bischof Konrad Martin von Paderborn an Ledochowski, Paderborn, 16. August 1866; Ebd., Vorläufige Signatur Nr. 28.

<sup>38</sup> Vgl. Bischof Leopold von Trier an Melchers, Trier, 27. August 1866; in: Ebd., Vorläufige Signatur Nr. 151.

<sup>39</sup> Bischof Johannes von Culm an Melchers, Berlin, 26. August 1866; in: Ebd., Vorläufige Signatur Nr. 25.

<sup>40</sup> Vgl. Werthern an Bismarck, München, 22. März 1867; in: III. HA, Nr. 22, Blatt 248. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.



Bischöfe eher als pragmatisch bezeichnet werden. Darüber hinaus gab es auch sehr positive Stimmen, wie die des Peter Joseph Blum, Bischof von Limburg, der den preußischen Sieg bejahte und in Erwartung der kirchenpolitischen Entwicklung öffentlich eine durchaus günstige Haltung äußerte. Der preußische König dankte ihm nachdrücklich für seinen Hirtenbrief.<sup>41</sup> Auch andere Geistliche, wie der spätere Mitgründer des Zentrums, Eugen Theodor Thissen, sahen die weitere Entwicklung der katholischen Kirche unter dem Vorzeichen des preußischen Sieges positiv. Für Thissen war die Abneigung vieler Katholiken gegen den preußischen Sieg und Preußen weniger im Katholizismus zu suchen, als im Widerwillen derjenigen, die kein politisches Urteil hätten. Dagegen räumte er auch Fehler der preußischen Behörden besonders in Polen ein, wo der Konflikt durch den polnischen Wunsch nach eigener staatlicher Identität getragen wurde.<sup>42</sup> Auch wenn positive Beurteilungen von Seiten der Geistlichkeit sicherlich keine Mehrheitsmeinungen waren, war man von leidenschaftlicher Anteilnahme an der Niederlage Österreichs weit entfernt. Bereitwillig wurden nach der Anordnung des Königs nach dem Friedensschluss Messen gelesen und gefeiert.<sup>43</sup> Und die von Bischof Melchers zur Pflege der Schwerverletzten und Sterbenden an die Front entsandten Schwestern aus der Stadt Neuss, die kein politisches Interesse verfolgten, feierten die Rückkehr ihrer "*Heldinnen*" durchaus mit "*Kränzen der Freude und des Sieges*"<sup>44</sup> und nicht mit dem Gefühl einer österreichischen Niederlage.

---

<sup>41</sup> Vgl. Wilhelm I., König von Preußen, an Bischof Blum von Limburg, 21. November 1866; in: Real, a.a.O., S. 56.

<sup>42</sup> Vgl. Eugen Theodor Thissen an Savigny, Frankfurt, 15./16. Oktober 1866; in: Ebd., S. 50ff.

<sup>43</sup> Vgl. Erzbischöflicher Erlaß, den Dank-Gottesdienst für die Wiederherstellung des Friedens betreffend, Köln, 31. Oktober 1866; in: Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln, 4. November 1866, Jahrgang XV, 22, S. 121f.

<sup>44</sup> Klosterchronik, Neuss, 20. August 1866. Archiv des Augustinerinnenklosters Neuss. Das von Schwester Johanne Etienne gegründete Kloster entsandte sechs Schwestern an die Front nach Königsgrätz. Vgl. ebd, Juli 1866. Vom preußischen König erhielten die Schwestern Auszeichnungen für ihre Kriegsteilnahme. Zwei der Schwestern wurden nach Beendigung des Kriegs bei einer Audienz von Königin Augusta empfangen, die sich für die Dienste bedankte, den Ausbau des Neusser Hospitals förderte und von dieser Zeit an eine fast persönliche Beziehung zu den Schwestern pflegte. Im November 1867 besuchte Königin Augusta die Schwesterngemeinschaft persönlich und

Das gute Verhältnis zwischen preußischem Thron und Altar hatte durch den Krieg keinen Schaden genommen. Diverse "*landesverrätherische Agitationen*"<sup>45</sup> - Prinz Napoleon hatte entweder Bismarck selbst oder dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm erzählt, dass die Katholiken, namentlich die Paderborner und Kölner Erzbischöfe, Frankreich zu einem Krieg gegen Preußen drängten - können an dieser Stelle ausgeschlossen werden. Auch Kettelers 1867 publizierte Schrift "Deutschland nach dem Kriege von 1866" ist nicht als eine übermäßige Kritik am preußischen Staat zu sehen. Ketteler tat in seinem Werk zwar ein "*tiefberechtigtes Gefühl der Empörung*" gegen die "*Ungerechtigkeit und Gewalttat*"<sup>46</sup> kund, er entsprach mit dieser Einstellung aber durchaus jenen Gruppen, die gegen Bismarcks Politik waren, und Kettelers Meinung war daher keineswegs unpopulär. Entscheidend ist, dass er die Gläubigen aufforderte, sich auf den Boden der neuen Tatsachen zu stellen und sich für die Bildung eines kleindeutschen Nationalstaates einzusetzen. Im Rahmen eines deutschen Nationalparlaments sollte man für die Erreichung eigener Forderungen arbeiten. Für Bismarck war die antipreußische Ausrichtung der Katholiken aber trotzdem eine unumstößliche Tatsache, die sich nach dem Sieg über Österreich noch erheblich verstärkt hatte. Bismarck ersetzte eigenhändig in einem von einem Mitarbeiter vorgeschriebenen Erlass, die Bezeichnung "*preußenfeindlich*" durch "*landesverrätherisch*"<sup>47</sup>.

---

traf dort auch mit Bischof Melchers zusammen. Vgl. ebd, Juli 1866 bis November 1867.

<sup>45</sup> Vgl. Erlaß an den Gesandten in Rom von Arnim, Berlin, 12. April 1868; in Bismarck, GW, Bd. 6a; S. 345.

<sup>46</sup> Aus der Publikation von Wilhelm Emanuel von Ketteler, Deutschland nach dem Kriege von 1866, Mainz 1867; in: Ernst Heinen (Hrsg.), Staatliche Macht und Katholizismus in Deutschland. Dokumente des politischen Katholizismus von seinen Anfängen bis 1914, 2 Bde., Bd. 1, Dokumente des politischen Katholizismus von seinen Anfängen bis 1867, Paderborn 1969, S. 145.

<sup>47</sup> Erlaß an den Gesandten in Rom von Arnim, Berlin, 12. April 1868; in Bismarck, GW, Bd. 6a; S. 345 und S. 345, Fn. 1 und 2.

## 3.2. Windthorsts parlamentarische Opposition

### 3.2.1. Die Verfassungsfrage

Windthorst war über die Annexion Hannovers sehr bestürzt: Dieser schwere Schlag, *"welcher das Land betroffen"* hatte, könnte die *"lebende Generation"*<sup>48</sup> nicht überwinden. Er sah sich einer ungewissen Zukunft gegenüber, denn als ehemaliger Staatsdiener war er auch beruflich unmittelbar betroffen. Dem preußischen Justizminister Graf zur Lippe, mit dem Windthorst einige Jahre zuvor noch beruflichen Kontakt in der Frage einer gemeinsamen Zivilprozessordnung gehabt hatte, erschien es nicht zweckmäßig, ihn an einer *"einflußreichen Stelle im Justizdienst"* zu belassen *"und auf ihn in vielen Vertrauenssachen angewiesen zu sein"*<sup>49</sup>. Im März 1867 wurde Windthorst in Pension geschickt.

Am 12. Februar 1867 sollten die Wahlen zum ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes beginnen, dessen Hauptaufgabe die Verabschiedung einer Verfassung sein sollte. Hatte Windthorst noch Ende November 1866 fast resigniert geklagt *"wie Alles dahinfällt, wofür das ganze Leben gekämpft wurde"*, war er doch überzeugt, dass *"fortgelebt werden"*<sup>50</sup> müsse und kandidierte für den Norddeutschen Reichstag. Bei der Bevölkerung Hannovers, die mehrheitlich die Annexion durch Preußen ohne größere Proteste hingenommen hatte, fand die Vorbereitung zu den Wahlen zunächst nur geringes Interesse. Es kristallisierten sich zwei große Gruppierungen heraus. Die erste Gruppe, deren Mitglieder später zu großen Teilen in die

---

<sup>48</sup> Windthorst an Wilhelm Freiherr von Hammerstein, Celle, 15. November 1866; in: Ludwig Windthorst, Briefe, 2 Bde., Bd. 1, 1834-1880, bearbeitet von Hans-Georg Aschoff und Heinz-Jörg Heinrich (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Band 45), Paderborn/München/Wien/Zürich 1995 (im folgenden als: Windthorst, Briefe 1834-1880), S. 157.

<sup>49</sup> Schreiben paraphiert von zur Lippe (undat.). Zitiert nach Hans-Georg Aschoff, Rechtsstaatlichkeit und Emanzipation. Das politische Wirken Ludwig Windthorsts (Emsland/Bentheim, Beiträge zur neueren Geschichte, Bd. 5), Sögel 1988 (im folgenden angegeben als: Aschoff, Rechtsstaatlichkeit), S. 42. Man soll ihm zu dieser Zeit mehrere Posten angeboten haben, wie durch Königin Augusta einen Ministerposten und auch das Amt des Ministerpräsidenten in Bayern. Vgl. Anderson, a.a.O., S. 97 und Wilhelm Spael, Ludwig Windthorst. Bismarcks kleiner großer Gegner, Ein Lebensbild, Osnabrück 1962, S. 44ff.

<sup>50</sup> Windthorst an Hammerstein, Celle, 15. November 1866; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, a.a.O.; S. 157f.

Nationalliberale Partei übergangen, bestand unter Führung von Rudolf von Bennigsen und Johannes Miquel überwiegend aus Personen, die bereits in der hannoverschen Zeit die liberale Opposition gebildet hatten und zum Teil als Mitglieder oder Sympathisanten des Nationalvereins mehrheitlich für die kleindeutsche Lösung eingetreten waren. Die andere Wählergruppe, die in einigen Wahlkreisen als "Deutsche Partei" oder "Koalitionspartei" auftrat und Gegner der Annexion war, umfasste neben Großdeutschen, Konservativen, Katholiken und Anhängern Lassalles auch die Vertreter eines demokratischen Liberalismus. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Gruppierung waren die Partikularisten oder Welfen, wie sie von ihren Gegnern genannt wurden, die die Wiederherstellung der alten hannoverschen Zustände anstrebten. Bei der Organisation und Führung dieser Wählergruppe, zu der ehemalige hohe Staatsbeamte wie Alexander Freiherr von Münchhausen, Wilhelm Freiherr von Hammerstein und Karl Erxleben gehörten, spielte auch Windthorst eine wichtige Rolle.<sup>51</sup>

Windthorst war überzeugt, dass Bismarck durch die neue Verfassung die Möglichkeit einer *"Vereinigung mit den südlichen deutschen Saaten"*<sup>52</sup> anstreben würde. Nach erfolgreicher Wahl zum Abgeordneten des Norddeutschen Reichstages, schloss sich Windthorst, dem sogenannten Bundesstaatlich-konstitutionellen Verein an, in dem sich einige Welfen und vorwiegend Abgeordnete aus Schleswig Holstein, Oldenburg und den Hansestädten zusammenfanden. Der einzige Altpreuße und neben Windthorst auch der einzige Katholik, der sich der Vereinigung anschloss, war Hermann von Mallinckrodt. Am Tag der Parlamentseröffnung wurden die Grundlinien der Gruppierung, die nie mehr als 17 Mitglieder hatte, ausgearbeitet. Man einigte sich darauf, auf jeden Protest gegen die preußischen Annexionen zu verzichten, jedoch keine Gelegenheit verstreichen zu lassen, um auf das begangene Unrecht hinzuweisen. Im gemeinsa-

---

<sup>51</sup> Vgl. Aschoff, Rechtsstaatlichkeit, a.a.O., S. 39ff.

<sup>52</sup> Windthorst an Vertrauensmann im Hannoverschen Wahlkreis III, Celle, 28. Januar 1867; in: Ludwig Windthorst, Briefe, 2 Bde., Bd. 2, 1881-1891. Um einen Nachtrag mit Briefen von 1834 bis 1880 ergänzt, bearbeitet von Hans-Georg Aschoff unter Mitwirkung von Heinz-Jörg Heinrich (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Band 47), Paderborn/München/Wien/Zürich 2002 (im folgenden als: Windthorst, Briefe 1881-1891), S. 869.

men Programm befürwortete man Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit sowie eine föderalistische Verfassung, einen Bundesgerichtshof und parlamentarische Kontrolle über das Budget.<sup>53</sup> Die Forderungen lagen in vielen Punkten nahe an liberalen Vorstellungen. In der nationalen Frage forderte man allerdings eine größere Autonomie der deutschen Einzelstaaten. Der Schutz vor Machtanmaßung des Gesamtbundes sollte durch die Gegenkraft föderalistischer Einzelstaaten verwirklicht werden. Von Beginn an stand man aufgrund einer solchen Sichtweise unter starkem Druck durch Nationalliberale und Kleindeutsche, die den Verdacht hatten, der Verein strebe im Grunde die Auflösung des Bundes an. Man gehöre zu jener *"unbequemsten"* Gruppe, so formulierte es Mallinckrodt, gegen die unter der Bezeichnung *"Partikularisten am meisten losgedonnert wird"*<sup>54</sup>.

Am 9. März begann die Generaldiskussion über den Verfassungsentwurf. Windthorst versuchte, die nationale Frage weitgehend aus den Beratungen herauszuhalten. Er forderte nicht nur den Reichstag, sondern alle deutschen Landtage und einzelnen Regierungen auf, sich an der Arbeit für eine neue Verfassung zu beteiligen.<sup>55</sup> Erfolglos bemühte er sich, die Reichsexekutive der parlamentarischen Ministerverantwortlichkeit zu unterwerfen. Mit dieser Forderung wollte man ein unabhängiges Parlament schaffen, stand auf der Seite der Fortschrittler und arbeitete mit Bennigsen zusammen, der forderte, dass das Kabinett sich vor dem Reichstag verantworten sollte. Windthorst sprach sich für einen Turnus von drei Jahren bei Wahlen aus und trat zunächst für die öffentliche Stimmabgabe ein. Die öffentliche Stimmabgabe war seiner Meinung nach am besten dazu geeignet, das Volk politisch zu erziehen. Später revidierte er

---

<sup>53</sup> Vgl. Anderson, S. 109 und Aschoff, Rechtsstaatlichkeit, S. 46.

<sup>54</sup> Hermann von Mallinckrodt (undat.). Zitiert nach Spael, a.a.O., S. 43. Für Windthorst wurde die Freundschaft zu Mallinckroth eine der wichtigsten politischen und persönlichen Stationen während des Norddeutschen Bundes. Mallinckroth, von dem Windthorst behauptete, er sei sein Gewissen, war 1852 auf Vorschlag der preußischen Regierung, die einen katholischen Kandidaten für einen bestimmten Wahlbezirk brauchten in die Politik eingetreten. Beide Männer arbeiteten bis zum Tode Mallinckroths 1874 eng zusammen. Vgl. Anderson, S. 105-108.

<sup>55</sup> Vgl. Hüsgen, S. 73.

diese Ansicht, da er die Gefahr der Manipulation von Wählern befürchtete.<sup>56</sup>

Ein wichtiges Anliegen Windthorsts war die finanzielle Unabhängigkeit der Abgeordneten. So forderte er die Übernahme der Reisekosten und die Zahlung von Diäten.<sup>57</sup> Bismarck wollte auf keinen Fall den Typus eines Berufspolitiker entstehen lassen, der sich auf eine parteipolitische Basis stützte. Windthorst brachte seinen Antrag in den kommenden Jahren immer wieder ein. Diäten für Abgeordnete wurden aber erst 1906 bewilligt.<sup>58</sup> Handelte es sich bei Windthorsts Forderungen, ein modernes Parlament mit modernen Politikern zu schaffen, um durchaus liberale Vorstellungen, schien seine Forderung nach Errichtung eines Oberhauses, das als eine Art Vermittlungsorgan zwischen dem Reichstag und der monarchischen Gewalt dienen sollte, von seiner konservativen Weltanschauung getragen zu sein. Windthorst argumentierte, dass einem aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgehenden Parlament zur Sicherung des monarchischen Prinzips und aus konservativem Interesse, ein Oberhaus gegenübergestellt werden müsse. Dies werde dazu beitragen, die Stetigkeit der Entwicklung der Staatsverhältnisse zu garantieren.<sup>59</sup> Diese Forderung war aber nicht nur konservativ. Die politische Bedeutung und somit Position der Einzelstaaten, deren Interessen Windthorst in der Verfassung nicht ausreichend gewahrt sah, sollte durch das Oberhaus gestärkt werden.<sup>60</sup> Bismarck räumte zwar die Vorzüge eines Oberhauses ein, durch ein Oberhaus würde aber die *"schon komplizierte Maschinerie der Verfassung"*<sup>61</sup> noch schwerfälliger werden.<sup>62</sup> Die Mehrheit des Hauses inklusive Bismarck lehnte den Vorschlag ab. Bei der Schlussabstimmung am 16. April

---

<sup>56</sup> Vgl. ebd., S. 66ff.

<sup>57</sup> Vgl. Antrag Windthorsts; in: I. HA, Rep. 84a, Nr. 6252, Blatt 610. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>58</sup> Vgl. Anderson, S. 110

<sup>59</sup> Vgl. Aschoff, Rechtsstaatlichkeit, S. 47.

<sup>60</sup> Vgl. Windthorst an Matthias Deymann, Berlin, 11. August 1867; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 202. Vgl. Paul Colonge, Windthorst und der deutsche Nationalstaat; in: Ludwig Windthorst, 1812-1891, Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, hrsg. vom Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 1991, S. 65.

<sup>61</sup> Sitzung des Reichstages des Norddeutschen Bundes, Berlin, 28. März 1867; in: GW, 10, S. 358.

<sup>62</sup> Vgl. Hüsgen, S. 69.

1867, bei der die Verfassung mit 230 zu 58 Stimmen angenommen wurde, stimmten Windthorst, Mallinckrodt, die Brüder August und Peter Reichensperger sowie die Mehrheit der Mitglieder des Bundesstaatlich-konstitutionellen Vereins gegen die Verfassung und stellten sich damit auf die Seite der Polen und Fortschrittler. Es war nicht das Fehlen von Garantien für kirchliche und religiöse Freiheit, das Windthorst veranlasste, gegen das Verfassungswerk zu stimmen. Entscheidend war, dass er durch den Charakter der Verfassung den Weg zu einem zentralistischen und von Preußen dominierten Einheitsstaat bereits vorgezeichnet sah.<sup>63</sup>

### 3.2.2. Im Abgeordnetenhaus

Mit seinem Entschluss zur Teilnahme an den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus handelte Windthorst gegen die Überzeugung in weiten Teilen welfisch orientierter Politiker, die eine Beteiligung an den Wahlen ablehnten, da dies als Anerkennung der Annexion Hannovers gedeutet werden könnte.<sup>64</sup> Die Briefe an seinen Vertrauten Thomas Deymann, der Bürgermeister in Meppen war und ihn bei der Wahl unterstützen sollte, zeugen von der Beharrlichkeit, mit der Windthorst seine Wahl verfolgte. Obwohl er mit seiner Entscheidung für das Abgeordnetenhaus nach außen auch seine politische Unabhängigkeit von den welfischen Gesinnungsgenossen demonstrierte, wollte er sich nach seiner Wahl im Parlament intensiv für die Rechte Hannovers und des ehemaligen Königs einsetzen. Dies wollte er auch in Zukunft stets als *"eine wahre Lebensaufgabe"*<sup>65</sup> betrachten. Im Herbst 1867 erhielt Windthorst ein Mandat. Er folgte seiner angekündigten politischen Grundlinie und setzte sich für den Erhalt hannoverscher Institutionen und für Dezentralisierung ein. So initiierte er z.B. eine Petitionskampagne gegen den Vorschlag, die alten Grenzen zu verändern, Preußen westlich der Elbe in vier große Bezirke zu teilen und Ostfriesland an Westfalen anzubinden. Diese

---

<sup>63</sup> Vgl. Aschoff, Rechtsstaatlichkeit, S. 48 und Colonge, a.a.O., S. 66.

<sup>64</sup> Vgl. Aschoff, Rechtsstaatlichkeit, S. 50.

<sup>65</sup> Windthorst an Matthias Deymann, Berlin, 28. Oktober 1867; in: Windthorst, Briefe 1834-1880; S. 213. Vgl. auch Windthorst an Matthias Deymann, Berlin, 27. und 28. August; in: Ebd., S. 211f.

Maßnahme Preußens sollte dem Partikularismus entgegenwirken. Es gelang Windthorst, konservative Abgeordnete für seine Vorstellungen zu gewinnen. Als Gegner standen ihm die Nationalliberalen und Teile der Fraktion des Fortschritts gegenüber. Als die preußische Regierung schließlich versprach, die lokale Selbstverwaltung in Hannover beizubehalten, führte das zu heftigen Debatten.<sup>66</sup>

Windthorst war überzeugt, dass die Katholiken und die katholische Kirche von der neuen Verfassung für die Provinz Hannover benachteiligt würden.<sup>67</sup> Windthorst wollte sich im Abgeordnetenhaus dementsprechend nicht nur für Hannover, die Welfen und eine dezentrale Staatsorganisation einsetzen, sondern auch spezifisch kirchliche Angelegenheiten und Interessen vertreten. Auch die Diskussion um die Lage des Hl. Stuhls in Italien glaubte er, beeinflussen zu können:

*"Im Angesichte der Verwicklungen in Italien lege ich jetzt ein besonderes Gewicht darauf, einen Sitz im Abgeordnetenhaus zu erhalten, in welchem gar leicht die Verhältnisse des h. Vaters Gegenstand der Discussion werden könnten."*<sup>68</sup>

Zunächst wurde die Schulfrage zu einem Punkt ständiger Kontroversen im Parlament. Die Vermengung von Kindern verschiedener Konfessionen war den Katholiken nicht willkommen, da man durch Aufweichung der konfessionellen Grenzen einen Identitätsverlust befürchtete. Windthorst beeinflusste die Gemeinden, Petitionen zur Unterstützung der konfessionellen Gymnasien einzureichen. Die Liberalen forderten dagegen die Reform der Schule und ihre vollständige Befreiung von kirchlicher Aufsicht. Es fanden sich hierfür parlamentarische und außerparlamentarische Interessensgruppen zusammen und es gründeten sich Vereine, die intensiver als vor 1866 die Freiheit und Unabhängigkeit der Schule forderten. Man kritisierte, dass, während Art. 24 der Verfassung nur von der Berücksichtigung der konfessionellen Verhältnisse bei der Errichtung öffentlicher Volksschulen spreche, diese Bestimmung aber in der

---

<sup>66</sup> Vgl. Anderson, S. 101f. Vgl. auch Windthorst an Matthias Deymann, Berlin, 25. November 1868 und 1. Februar 1869 in: Ebd.; S. 253f. und 256.

<sup>67</sup> Vgl. Windthorst an Matthias Deymann, Berlin, 27. August 1867; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 211.

<sup>68</sup> Windthorst an Matthias Deymann, Hannover, 2. November 1867; in: Ebd., S. 221.



Praxis auch auf höhere Schulen ausgedehnt würde. Aus öffentlichen Mitteln würden nur evangelische und katholische Schulen errichtet und unterhalten. Die Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften wären trotz der verfassungsmäßigen Religionsfreiheit gezwungen, ihre Kinder auf diese zu schicken oder aus Privatmitteln eigene Schulen zu gründen. Die *"großen Hoffnungen"*, welche man von Seiten der Liberalen an die Einführung einer Verfassung *"auch in Bezug auf das Schulwesen"*<sup>69</sup> geknüpft hatte, seien somit unerfüllt geblieben.

Im Abgeordnetenhaus blieb Windthorst fraktionslos. Er zählte zu den sogenannten "Wilden", eine Bezeichnung für Abgeordnete ohne parteiliche Bindung. Da er den Wahlkreis Meppen vertrat, bezeichneten ihn einige auch scherzhaft als "Meppen-Fraktion".<sup>70</sup> Dass er sich keiner Fraktion anschloss, ist im Hinblick auf seine schulpolitischen Forderungen erstaunlich. Auch wenn das Zentrum im preußischen Abgeordnetenhaus nur noch als Restgruppe bestand, die sich offensichtlich nur noch zu einem regelmäßigen Informationsaustausch traf und sich die Vielzahl der katholischen Abgeordneten auf andere politische Parteien verteilten,<sup>71</sup> gab es die Zentrumsfraktion noch. Diese Gruppe bot sich für Windthorst in vielen Punkten praktisch für eine Zusammenarbeit an. Zudem war er sehr gut mit Hermann von Mallinckrodt befreundet, der bereits im Mai 1862 persönlich einen Programmentwurf für die preußische Zentrumsparterie geschrieben hatte, in dem er nicht nur den ungeschmälernten Fortbestand des Deutschen Bundes oder den Schutz der Freiheit und Rechte des Individuums, sondern auch die Orientierung des Staates an christliche Grundsätze gefordert hatte.<sup>72</sup> Das Zentrum wurde vor 1871 offensichtlich auch noch nicht als ultramontan

---

<sup>69</sup> Vorlage einer Unterschriftensammlung für das Abgeordnetenhaus, undatiert, vermutlich 1868; in: Nachlass Johannes Classen-Kappelmann, 1025 Nr. 22, Blatt 3. Historisches Archiv der Stadt Köln. Vgl. auch Handschriftliche Niederschrift der Statuten und des Entwurfs eines Vereins für die Freiheit der Schule, undatiert, vermutlich 1868; in: Ebd., Blatt 2.

<sup>70</sup> Vgl. Johann Menzenbach, Ludwig Windthorst in seinem Leben und Wirken insbesondere in seiner politischen Tätigkeit, Trier 1892, S. 84. Vgl. Anderson, S. 103.

<sup>71</sup> Vgl. Ute Schmidt, Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 51), Opladen 1987, S. 62.

<sup>72</sup> Vgl. Programmentwurf Hermann von Mallinckrodt für die Zentrumsfraktion, Mai 1862; in: Görtemaker, S. 261.

angesehen. Mancher äußerte gar die Hoffnung, dass der Liberalismus sich mit dem Katholizismus versöhnen könnte. In einem Brief Otto Camphausens an seinen Bruder Ludolf erwog Otto den Eintritt in die Fraktion des Zentrums.<sup>73</sup> Auch für Ludolf spielte dieser Gedanke zumindest kurzfristig eine Rolle, denn er betrachtete,

*"[...] abgesehen von den Bestrebungen der Ultramontanen und der durchschnittlichen Intelligenz, die gegenwärtig in der katholischen Kirche herrschende Bewegung als ein interessantes und wichtiges Kapitel der Zeitgeschichte".*

Ludolf Camphausen ging davon aus, dass sich der Kampf zwischen Liberalismus und Religion in den kommenden Jahren legen werde. Auch die Liberalen seien nicht mehr daran interessiert, die Kirche, wie noch vor einigen Jahrzehnten, spöttisch und höhnisch anzugreifen:

*"Gegenwärtig haben die Fortschritte in Wissenschaft und Bildung deren Niveau in ruhigem Fortbau allmählich hoch gehoben und der Charakter der Zeit ist nicht der Angriff auf Religion und Kirche, sondern das positive Streben nach Entwicklung der geistigen Kräfte, unabhängig von beiden und ohne Rücksicht auf sie."<sup>74</sup>*

Unter den Katholiken mehrten sich nach dem preußisch-österreichischen Krieg wieder die Stimmen, die eine engere Zusammenarbeit der katholischen Abgeordneten im Parlament forderten. Viele Katholiken hatten offensichtlich mehr als die Jahre zuvor, das Bedürfnis, eigene katholische Abgeordnete zu wählen. Aus Posen erreichte Karl Friedrich von Savigny z.B. ein Brief, in dem die Aufstellung eines deutschen Katholiken gefordert wurde, da die Katholiken bei den Wahlen zwar immer den Ausschlag gaben, sich aber stets von anderen Parteien *"als Wahlfutter gebrauchen ließen"*<sup>75</sup>. Diese Stimmen kamen vornehmlich aus konservativen und auch klerikalen Kreisen. Besonders Savigny bemühte sich zunehmend, Einfluss auf die politische Organisation der Katholiken, bzw.

---

<sup>73</sup> Vgl. Otto an Ludolf Camphausen, Berlin, 2. Oktober 1867; in: Nachlass Ludolf Camphausen, 1023 L 883, S. 1f. Historisches Archiv der Stadt Köln.

<sup>74</sup> Ludolf an Otto Camphausen, Rüngsdorf, 22. Oktober 1869; in: Ebd., 1023 L 972, S. 2.

<sup>75</sup> Aus der Provinz Posen an Savigny, Kursdorf bei Frauenstadt, 23. Oktober 1867; in: Real, S. 90.

auf die Katholiken, die sich in das Abgeordnetenhaus hineinwählen lassen wollten, zu nehmen. Savigny war katholisch, repräsentierte eine preußisch-konservative Politik und strebte das Amt des Bundeskanzlers an. Dass Windthorst sich noch nicht einer von Savigny geprägten politischen Richtung anschloss, entsprach der unterschiedlichen politischen Ausrichtung der beiden Männer. Zudem gehörte Windthorst zu Bismarcks erklärten Gegnern, was Savigny zu diesem Zeitpunkt noch nicht war. Als Savigny Bismarck überzeugen wollte, ihm das Amt des Kanzlers anzutragen, hatte er gegenüber Bismarck argumentiert, dass die *"tiefe Verstimmung vieler guter Katholiken"* über die Verdrängung Österreichs aus Deutschland und die preußischen Annexionen durch die *"Berufung eines Katholiken an der Spitze"* gemildert werden könnten. Bismarck soll erwidert haben:

*"Wenn er meint, daß Gegner wie Mallinckrodt und Windthorst durch sein Präsidieren des Bundesrats versöhnt werden könnten, so ist das eine Illusion."*<sup>76</sup>

### 3.2.3. Das Zollparlament

Neben seiner Tätigkeit im Abgeordnetenhaus und im Norddeutschen Reichstag wurde Windthorst als Mitglied des Reichstages 1868 gleichzeitig auch Abgeordneter des Zollparlamentes. Die Mitgliedschaft im Zollverein war für das wirtschaftliche Überleben der Klein- und Mittelstaaten notwendig. Das Zollparlament setzte sich neben den Mitgliedern des Norddeutschen Reichstages aus Vertretern der Zollvereinsstaaten Bayern, Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Luxemburg zusammen. Da alle Entscheidungen mit einfacher Mehrheit getroffen werden sollten, hatte sich Preußen die Hegemonialstellung gesichert und Bismarck hatte das Vetorecht der Einzelstaaten aufgehoben.

Bismarck und die Nationalliberalen setzten große Hoffnungen in das Zollparlament. Die Neuorganisation des Zollvereins sollte ein wichtiger Schritt zum kleindeutschen Nationalstaat sein und als

---

<sup>76</sup> Gespräch mit dem Vortragenden Rat von Keudell, Berlin, Frühjahr 1867; in: GW, 7, S. 196.

Vorstufe zu einem gesamtdeutschen Reichstag dienen. Bei den Wahlen in den süddeutschen Staaten im Frühjahr 1868 galt das Wahlrecht des Norddeutschen Bundes und nicht das Zensuswahlrecht. Das Vorhaben der Liberalen, die Wahlen auch als eine Art Plebiszit über die deutsche Frage zu benutzen, setzte voraus, dass es diesen Anschlusswillen in der süddeutschen Bevölkerung gab. Die Anhänger der nationalen Idee sollten demnach einen überzeugenden Sieg erringen. Die Wahlen in den süddeutschen Staaten, brachten aber nicht den erwünschten Erfolg, sondern eine unangenehme Überraschung. Von insgesamt einundneunzig Mandaten fielen sechsundzwanzig an die Nationalpartei, die der nationalliberalen oder freikonservativen Fraktion des Norddeutschen Reichstages entsprach. Nur in Hessen-Darmstadt hatte man überwiegend kleindeutsch-liberal gewählt. In Bayern setzte sich die später als "Patriotenpartei" bezeichnete Gruppierung durch, in Württemberg die württembergische Volkspartei sowie eine Anzahl partikularistischer Gruppen. Selbst in Baden, das von einer liberalen Parlamentsmehrheit regiert wurde, konnten sich die Anhänger des nationalen Gedankens nicht im erhofften Maß durchsetzen. In Baden fielen von den 14 Mandaten 6 an Kandidaten, die als großdeutsch-klerikal bezeichnet wurden und die in Fragen der Deutschlandpolitik sowie der Innenpolitik oppositionell zum herrschenden Liberalismus in Baden standen.<sup>77</sup>

Bei den Wahlen in Süddeutschland hatten auch konfessionelle Auseinandersetzungen, die auf beiden Seiten zum Teil mit Hassausbrüchen begleitet wurden, eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Teile der liberalen Presse bezeichneten den Wahlkampf als Kampf der Protestanten gegen die Katholiken. Besonders in ländlichen Gebieten gelang es dem katholischen Klerus, die Katholiken zu mobilisieren und so schöpfte man die Möglichkeiten des demokratischen Wahlrechtes, das von den katholischen Führern im Grunde nicht befürwortet wurde, aus. Die partikularistisch orientierten Katholiken waren aufgrund des Wahlrechts stark vertreten und der nicht mehr existente Dualismus zwischen Preußen und Österreich schien abgelöst durch den Dualismus zwischen Nord- und Süd-

---

<sup>77</sup> Vgl. Gall, S. 477ff. Vgl. hierzu auch Aschoff, Rechtsstaatlichkeit, S. 53.

deutschland.<sup>78</sup> Die süddeutschen Abgeordneten schlossen sich in Berlin zu einem Teil in der sogenannten Süddeutschen Fraktion zusammen, der auch Windthorst als Hospitant beitrug.<sup>79</sup> Schon in der ersten Sitzung des Zollparlaments am 27. April 1868, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen kleindeutschen Liberalen und süddeutschen Abgeordneten. Am 7. Mai verlangte der liberale hessische Abgeordnete Bamberger eine Adresse an den König mit der Forderung, die nationale Einheit nunmehr zu vollenden. Die darauffolgenden Debatten waren erbittert. Als schließlich bekannt wurde, dass die süddeutschen Abgeordneten ihren Auszug aus dem Parlament beschlossen hatten, für den Fall dass Bambergers Antrag angenommen würde, entschied Bismarck, diese Frage nicht mehr zu behandeln. Das Parlament nahm den Antrag der Süddeutschen an, zur Tagesordnung überzugehen.

Die nächsten zwei Jahre vergingen ohne große nationalpolitische Debatten im Zollparlament. Bismarck selbst erschien nur noch einmal.<sup>80</sup> Ihm war klar geworden, dass im Süden starke Gegenkräfte gegen einen kleindeutschen Nationalstaat unter preußischer Führung vorherrschten. Generelle Unterstützung für seine Deutschlandpolitik gab es offensichtlich nicht. In Baden kam es durch Jacob Lindau 1869 zur Gründung einer "Katholischen Volkspartei", die u.a. für eine Änderung der die Liberalen begünstigenden badischen Wahlgesetze eintrat. Zudem forderten sie ein föderalistisches Deutschland unter Einschluss Österreichs. Die Wahlen zur Zweiten Kammer in Baden brachten vier Abgeordnete der neuen Partei in das Parlament. Lindau forderte auf der Generalversammlung der katholischen Vereine die Gründung einer katholischen Partei für ganz Deutschland.<sup>81</sup> Und als es schließlich auch 1869 zu einem Wahlsieg der Patriotenpartei in Bayern kam und der mit Bismarck kooperierende bayrische Ministerpräsident, Fürst Hohenlohe, zurücktrat, blieb diese Entwicklung nicht ohne Rückwirkung auf die kleindeutsch-nationalen

---

<sup>78</sup> Vgl. Heinz Hürten, Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800-1960, Mainz 1986, S. 131ff.

<sup>79</sup> Vgl. Aschoff, Rechtsstaatlichkeit, S. 53.

<sup>80</sup> Vgl. Anderson S. 117f.

<sup>81</sup> Vgl. Hürten, a.a.O., S. 132.

Parteien in Süddeutschland, die zunehmend kritischer gegenüber den 1866 eingenommenen Positionen wurden.<sup>82</sup>

Obwohl Ferdinand Bissing Vorsitzender der süddeutschen Vereinigung im Zollparlament geworden war, hatte Windthorst bald eine führende Stellung in der Organisation übernommen. Die Verschiedenartigkeit der politischen Ansichten und Überzeugungen innerhalb der Gruppe - es schlossen sich Protestanten wie Katholiken, Liberale wie Konservative und u.a. Männer wie August Bebel und Karl Liebknecht als Hospitanten an - erschwerten allerdings die Arbeit.<sup>83</sup> Windthorst setzte sich vor allem für die regelmäßige Teilnahme der Mitglieder an den Sitzungen ein. Sowohl im Zollparlament als auch im Norddeutschen Reichstag mahnte er säumige Abgeordnete, die Sitzungen zu besuchen und drängte darauf, Parteidisziplin zu wahren und die in der Fraktion gefassten Beschlüsse gemeinsam im Parlament zu vertreten.<sup>84</sup> Windthorsts Forderungen waren, wie sein parlamentarisches, rechtsstaatliches und parteipolitisches Verhalten, modern. Als Abgeordneter nutzte er die durch den Parlamentarismus und die Rechtsstaatlichkeit zur Verfügung stehenden Mittel. Gegnern und politischen Partnern fiel er durch sein taktisches Geschick auf. Er galt bald als entscheidender Kopf des bundesstaatlich-konstitutionellen Vereins im Norddeutschen Reichstag. So bemerkte ein Fraktionskollege, dass Windthorst *"der eigentliche Instruktor der Fraktion auf dem ihr fremden Boden"* sei. Er hätte sich als zuverlässiger *"Führer"* auf den *"Irr- und Schleichwegen des parlamentarischen Parteiwesens"* sowie durch die *"Fußfallen und Fallgruben der provisorischen Geschäftsordnung"*<sup>85</sup> bestens bewährt. Und Eduard Lasker zeigte sich irritiert über den Politiker Windthorst, der scheinbar immer zu reden pflegte, dessen Argumente alle politische Seiten anziehen konnten und der in dieser Art parteilos sei. Windthorsts

---

<sup>82</sup> Vgl. Gall, S. 481f.

<sup>83</sup> Vgl. Anderson, S. 117f.

<sup>84</sup> Vgl. Windthorst an Alexander Freiherr von Münchhausen, Hannover, 3. Juni 1868 in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 244. Vgl. auch Windthorst an Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein, Berlin, 4. März ohne Jahr; in: Windthorst, Briefe 1881-1891, a.a.O., S. 870.

<sup>85</sup> Fraktionsmitglied Dr. Edmund Jörg aus Bayern (undat.). Zitiert nach A. Reumont, Ludwig Windthorst. Eine Sammlung von Zeit- und Lebensbildern, 3. Heft, Mönchengladbach 1913, S. 24.

Führungsstil sei *"geschickt und klug"*<sup>86</sup>. Diese Charakteristik entsprach auch der Einschätzung des altliberalen Landrates Georg von Vincke, der bereits 1866 zu August Reichensperger über Windthorst gesagt hatte:

*"Wollen Sie wissen, wer die drei gescheitesten Leute bei uns jetzt sind? Das sind drei annektierte Hannoveraner! Der eine ist Benignsen, der ist sehr gescheit; der zweite ist Miquel, der ist noch gescheiter; der dritte aber ist Windthorst, der ist so gescheit, wie die beiden anderen zusammen."*<sup>87</sup>

Wenn man von kleindeutsch-preußischer Seite Windthorsts politische Aktivitäten gelegentlich als Versuch kritisierte, die militärische Entscheidung über Deutschland rückgängig machen zu wollen, so war dieser Vorwurf nicht ganz unberechtigt. Windthorst bekannte sich offen zu einem Deutschland mit Österreich, seiner Zuneigung zum Welfenhaus und zu seinem Katholizismus, wobei man an dieser Stelle anmerken muss, dass der katholische Aspekt während seiner parlamentarischen Arbeit im Norddeutschen Bund zunächst eine eher untergeordnete Rolle spielte. 1866/67 hatte aus Windthorsts Sicht nicht das Recht, sondern die Macht entschieden. Rückgängig zu machen war diese Entwicklung nicht. Windthorst konnte aber versuchen, auf die weitere Entwicklung gemäß seinen Vorstellungen Einfluss zu nehmen. Hierfür hielt er es für notwendig, in den Parlamenten vertreten zu sein und bereits innerhalb einer kurzen Zeitspanne hatte er sich in den Parlamenten als Persönlichkeit einer oppositionellen Bewegung etabliert. Er vertrat Positionen, die ihn nicht nur als Gegner einer nationalliberalen Politik, sondern auch als einen prinzipiellen Gegner der bismarcksch-preußischen Machtpolitik charakterisierten. Mit ihm stand dem Machtpolitiker Bismarck ein Politiker entgegen, der das Recht an erster Stelle setzte. Tatsächlich zählte Windthorst bereits zu den erklärten Gegnern Bismarcks, auch wenn Bismarck sich zu dieser Gegnerschaft nicht auf direktem Weg und öffentlich bekannte. Vielleicht scheute Bismarck eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Windthorst zu jenem Zeitpunkt noch, da sie

---

<sup>86</sup> Eduard Lasker im preußischen Abgeordnetenhaus, Berlin, 24. November 1869. Zitiert nach Anderson, S. 106.

<sup>87</sup> Der altliberale Landrat Georg von Vincke zu August Reichensperger (undat.). Zitiert nach Hüsgen, S. 58.

taktisch nicht in sein Konzept passte und er zunächst die weitere Entwicklung abwarteten wollte.

### 3.3. Verschwörungstheorien

#### 3.3.1. Die Welfenlegion

Mit der Annexion der deutschen Staaten Hannover, des Kurfürstentums Hessen, des Herzogtums Nassau und der Freien Stadt Frankfurt am Main setzte Bismarck die geographische Geschlossenheit des preußischen Staatsgebietes durch. Die regierenden Fürsten wurden entthront. Für das preußische Königshaus stellte diese Entthronung aber auch eine Belastung dar. Es war nicht nur eine Verletzung des monarchischen Prinzips, es bestanden auch zum Teil enge verwandtschaftliche Beziehungen zu den Fürstenhäusern. Man entschloss sich Abfindungsverträge abzuschließen, die es den besiegten Fürsten möglich machen sollten, ihren bisherigen Lebensstil beizubehalten.<sup>88</sup>

Im Auftrag Georgs V., der nach dem Einrücken preußischer Truppen sein Land verlassen hatte und nach Österreich geflohen war, verhandelte Windthorst mit Preußen über die Herausgabe des königlichen Besitzes. Windthorst betonte immer wieder die Notwendigkeit der Sicherung des Grundbesitzes, der wichtig für den *"dauernden Glanz eines Hauses"*<sup>89</sup> sei. Eine finanzielle Entschädigung sollte nur im äußersten Fall zustande kommen. Obwohl man von preußischer Seite aus die Forderungen nach Gebieten ablehnte, verliefen die Verhandlungen nach Ansicht Windthorsts zunächst

---

<sup>88</sup> Vgl. Robert Nöll von der Nahmer, Bismarcks Reptilienfonds. Aus den Geheimakten Preußens und des Deutschen Reiches, Mainz 1968, S. 23.

<sup>89</sup> Windthorst an N.N., Celle 22. Oktober 1866; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 151. Vgl. auch hierzu Windthorst an N.N., Celle 23. Oktober und 25. Oktober 1866; in: Ebd., S. 153f. Von welfischer Seite aus war es gelungen, den britischen Botschafter Lord Loftus als Mittelsmann zu gewinnen. Loftus hatte aber offensichtlich kein Interesse, sich allzu intensiv in diese Verhandlungen hinein ziehen zu lassen: *"Bei der Verhandlung selbst wollte derselbe in keiner Weise sich betheiligen und davon, daß er demnächst, wenn eine Einigung erzielt worden, das formelle Abkommen zu unterzeichnen habe, wollte derselbe absolut nichts wissen."* Er wollte nur, wenn die Verhandlungen ins Stocken gerieten, *"durch den Einfluß der Königlich Großbritannischen Regierung die eingetretenen Hindernisse, wo möglich"* beseitigen. Windthorst und Carl August Erxleben an Georg V., Berlin 5. Februar 1867; in: Ebd., S. 165.



weitgehend zufriedenstellend. Das Klima der Verhandlungen änderte sich, als am 15. Mai 1867 die preußische Polizei in Frankfurt Briefe abfing, die von Hietzing, dem Aufenthaltsort Georgs V., nach Hannover gebracht werden sollten. Aus den Briefen las man eine welfische Verschwörung heraus.

In Frankreich sollte sich mit Wissen des ehemaligen hannoverschen Königs eine sogenannte Welfenlegion gebildet haben, um im Kriegsfall *"mit den französischen Truppen in's Land einzufallen."*<sup>90</sup> Georg V. selbst hatte 1867 Oscar Meding, den früheren Leiter seines Presseamtes, nach Paris geschickt, wo er bis in das Jahr 1870 seine konspirative Tätigkeit entfaltete. Die Schätzungen über die Stärke der von Frankreich gebilligten Welfenlegion, lag zwischen 900 und 1400 Mann. Waffen besaß die Organisation allerdings nicht, das wurde von Frankreich nicht geduldet, aber sie war militärisch organisiert und es existierten Waffendepots für den Ernstfall. Nach dem diese Aktivitäten ehemaliger hannoverscher Staatsangehöriger an die Öffentlichkeit gedrungen war, kam es in Preußen in der Folgezeit zu fortdauernden Verhaftungen und Hausdurchsuchungen maßgeblicher welfischer Sympathisanten. Trotz dieser Umstände gelang es Windthorst aber noch im September 1867, einen für Georg V. günstigen Vertragsabschluß zu erzielen, wonach dem ehemaligen Regenten 16 Millionen Taler zuerkannt wurden. Zwar wurde der Vertrag am 3. März 1868 im Gesetzblatt veröffentlicht, das Abgeordnetenhaus entschied sich aber auf der Grundlage der Verdächtigungen für die Beschlagnahmung des Vermögens. Ein nicht unwesentlicher Punkt für diese Entscheidung war auch, dass Georg V. nach wie vor nicht offiziell auf den Thron verzichtet hatte. Bismarck dagegen drohte mit seinem Rücktritt, würde das Abgeordnetenhaus dem Vertrag nicht zustimmen. Allerdings war dies nur ein taktischer Schachzug. Bismarck wartete, bis das Abgeordnetenhaus in Urlaub gegangen war, und als Georg V. vor Publikum einen Toast auf den herannahenden Tag seiner Rückkehr auf den hannoverschen Thron aussprach, benutzte Bismarck dies als Vorwand, um das Geld zu beschlagnahmen.<sup>91</sup> Nach Bismarcks Auffassung sollte es die Hauptaufgabe des mit dem eingezogenen Geld gegründeten Fonds

---

<sup>90</sup> Windthorst, Ernst Unico v. Malortie und Carl August Erxleben an Georg V. Berlin, 24. Mai 1867; in: Ebd., S. 173.

<sup>91</sup> Vgl. Nahmer, a.a.O., S. 36.

sein, "die bössartigen Reptilien" bis in ihre Höhlen hinein zu verfolgen, "um zu beobachten was sie trieben"<sup>92</sup>. Mit dem beschlagnahmten Vermögen wurde der preußischen Regierung und Bismarck aber auch ein nicht zu unterschätzendes Machtmittel in die Hand gegeben, das Bismarck dem Zugriff des Abgeordnetenhauses entzogen hatte. Bismarck finanzierte mit einem Teil des Geldes u.a. die Beeinflussung der Presse. Er bediente sich aus diesem Fonds auch, um die Bank seines Schwiegervaters in Danzig, die nahe am Bankrott stand, zu unterstützen.<sup>93</sup>

Windthorst war über die Entwicklung verärgert und war überzeugt, dass die Situation von Georg V. provoziert worden war. Gegenüber Stüve klagte er über den fehlenden politischen Weitblick seines ehemaligen Königs,

*"[...] der sich immer durch Platen verführen, durch einen Lump wie Meding ausplündern und in Paris vertreten lasse und ihnen glaube, daß jeden Augenblick der Krieg ausbrechen würde."*<sup>94</sup>

Stüve glaubte, dass Windthorst "mit Recht sehr irritiert über diese Dummheiten" des ehemaligen hannoverschen Königs sei. Noch mehr als über die Dummheiten seines ehemaligen Königs sei Windthorst aber "über das ganze preußische Regierungswesen"<sup>95</sup> verbittert. Die Beschlagnahmung des Vermögens bewertete Windthorst als Willkür und als "einen Akt der Gewalt in Form eines Gesetzes." Es sei "unerhört", dass so etwas "in einem zivilisierten Staate" vorkommen könne. Die Vorwürfe, der König betreibe die Wiederherstellung des hannoverschen Staates, versuchte Windthorst zu entschärfen und argumentierte, dass Georg V. mit seinem Wunsch nach Wiederherstellung Hannovers, nur die "Hoffnung auf Gott" lege und keine eigenen militärischen Pläne gehabt habe. Und wenn jemand sich nur auf Gott verlassen würde, so Windthorst, "dann ist das für andere etwas durchaus Ungefährliches"<sup>96</sup>. Bei

---

<sup>92</sup> Otto von Bismarck (undat.). Zitiert nach Spael, S. 46.

<sup>93</sup> Vgl. Saitschick, S. 53.

<sup>94</sup> Johann Carl Bertram Stüve an Friedrich Johannes Frommann, Osnabrück, 22. Juni 1868; in: Johann Carl Bertram Stüve, Briefe 1817-1872, 2 Bde., eingeleitet und ausgewertet von Walter Vogel (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, Hefte 10/11), Göttingen 1959/60, Bd. 2., 1848-1872, S. 944.

<sup>95</sup> Stüve an Frommann, Osnabrück, 21. September 1869; in: Ebd., S. 960.

<sup>96</sup> Windthorst (undat.). Zitiert nach Spael, S. 46f.

seinem Bemühen, das Geld der Regierung zu entziehen, wurde Windthorst auch von Rudolf von Virchow und einigen Fortschrittlern unterstützt. Obwohl Windthorst in den folgenden Jahren gegen das Vorgehen der preußischen Regierung regelmäßig Protest einlegte, wurde die Beschlagnahmung des sogenannten Welfenfonds erst nach Bismarcks Abschied aus der Politik und nach Windthorsts Tod aufgehoben.<sup>97</sup>

Von Seiten der leidenschaftlichen Anhänger des ehemaligen Welfenstaates akzeptierte man die Entthronung des hannoverschen Königs nie. Nachträglich priesen sie die hannoverschen Zustände in Verfassung und Verwaltung als beispielhaft und klagten Preußen an, die materielle Lage sowie die moralische Gesinnung des Landes durch die Annexion auf einen Tiefstand befördert zu haben.<sup>98</sup> Es war eine nicht unwesentliche Anzahl, die von einer Rückkehr der alten Verhältnisse und dem "*Stamm der Löwen*"<sup>99</sup> träumten und die Wiederherstellung der alten Verhältnisse vor 1866 forderten. An solchen Bestrebungen hat sich Windthorst nicht beteiligt.<sup>100</sup> Er pflegte aber Zeit seines Lebens einen sehr guten Kontakt zur Welfenfamilie. Die Bedeutung, die man Windthorst auch Jahrzehnte später noch von dieser Seite zukommen ließ, geht u.a. aus zwei Briefen von Marie von Hannover, der Frau Georgs V., und von Herzog Ernst August von Cumberland, einem Sohn Georgs V., hervor, die weit über die üblichen Höflichkeitsfloskeln hinausgingen. So lobte Marie, dass Windthorst immer wieder emsig den Kampf für die Interessen Hannovers gegen die preußische Übermacht aufnahm.<sup>101</sup> Auch der Sohn Georgs V., den Windthorst bei seinen

---

<sup>97</sup> Vgl. Hüsgen, S. 60ff. Vgl. zum Welfenfond und Windthorsts Verhältnis zu den Welfen Hans-Georg Aschoff, *Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866-1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 83)*, Düsseldorf 1987.

<sup>98</sup> Vgl. August Freiherr von Karais in seiner dem ehemaligen König Georg gewidmeten Schrift über die Lage in Hannover 1868; in: Dep. 103, XXI, 65. Königliches Hausarchiv Hannover.

<sup>99</sup> Ungezeichneter Brief an den ehemaligen hannoverschen König Georg, Osnabrück, 27. Mai 1869; in: Ebd., Dep. 103, II, 73/78.

<sup>100</sup> Vgl. hierzu auch Brief der Mitglieder des Hannoverschen Clubs an Georg mit Unterschriften, Osnabrück, September 1874; in: Ebd., Dep. 103, II, 158/54.

<sup>101</sup> Vgl. Abschrift eines eigenhändigen Briefes der verwitweten Königin Marie von Hannover, der Gemahlin des 1866 entthronten Königs Georg V., an Ludwig Windthorst, Gmunden, den 15. Januar 1887; in: *Ala Ludwig Windthorst 2*,

Verhandlungen über die Nachfolgerechte in Braunschweig unterstützte,<sup>102</sup> lobte den "*Staats-Minister Windthorst*"<sup>103</sup> für die Dienste, die er dem Welfenhaus noch nach der Annexion erwies. Selbst der einstige Regent Georg V., der noch gegen Ende seiner Herrschaft an Windthorsts Loyalität gezweifelt hatte, brachte Windthorst verstärktes Vertrauen entgegen und machte ihm Ende der 60er Jahre das Angebot, die Leitung einer Hannoverschen Exilregierung in Frankreich zu übernehmen. Windthorst lehnte dieses Angebot mit der Begründung ab, er sei weder adelig, noch habe er Vermögen und spreche kein französisch. Dies waren aber sicherlich nicht Windthorsts ausschlaggebende Argumente, denn einen anderen von Georg V. vorgeschlagenen Kandidaten lehnte er mit der Begründung ab, dass eine Tätigkeit in der Exilregierung in Preußen als Hochverrat gelten und den Verlust der Pensionsansprüche bedeuten würde.<sup>104</sup> Windthorst war Realpolitiker und sein politisches Denken war auf die Gegenwart und die Zukunft ausgerichtet. Politische Sentimentalitäten hatten darin keinen großen Platz. Seine alte Verbundenheit zum Welfenhaus und sein Einsatz für seinen ehemaligen König verstärkten aber bei seinen politischen Gegnern den ohnehin schon bestehenden Verdacht, dass Windthorst seinem neuen preußischen Staat und dem Norddeutschen Bund nicht loyal gegenüber stehe.

### 3.3.2. Unfehlbarkeitsdogma und Katholiken

Im Sommer 1869 berief Pius IX. die Bischöfe für Dezember zu einem Konzil nach Rom. Der Papst wollte das päpstliche Unfehlbarkeitsdogma, das von vielen deutschen Laien wie auch von einem großen Teil der Bischöfe in Deutschland, Österreich, Frankreich und

---

Zugangsnummer 2158, Allgemeine Akten betreffend Ludwig Windthorst, Blatt 5/6. Bischöfliches Diözesanarchiv Aachen.

<sup>102</sup> Vgl. Anderson, S. 97.

<sup>103</sup> Abschrift eines Briefes von Herzog Ernst August von Cumberland, ein Sohn des 1866 entthronten Königs Georg V., und seiner Gemahlin an Ludwig Windthorst, Gmunden, den 26. Mai 1888; in: Ala Ludwig Windthorst 2, Zugangsnummer 2158, Allgemeine Akten betreffend Ludwig Windthorst, Blatt 11/12. Bischöfliches Diözesanarchiv Aachen.

<sup>104</sup> Vgl. Windthorst an Georg V., 16. November 1870; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 296ff.

Nordamerika abgelehnt wurde, durchsetzen. Im Vorfeld des Konzils waren viele deutsche Katholiken bemüht, die neue Glaubenslehre zu verhindern. In Berlin gründete sich ein Komitee aus kritischen Katholiken, das eine Adresse an die Versammlung der deutschen Bischöfe in Fulda übersandte.<sup>105</sup> Diesem Komitee gehörte auch Windthorst an.

In Anbetracht der kritischen Haltung vieler Katholiken glaubte Peter Reichensperger nicht, dass der Papst den *"Unsinn von dem Dogma"*<sup>106</sup> würde durchsetzen können. Die zunächst ablehnende Haltung der Bischöfe beruhigte auch Windthorst.<sup>107</sup> Er fürchtete allerdings schon die Diskussion über das Dogma der persönlichen Unfehlbarkeit. Seiner Ansicht nach, sollte die Frage *"auf dem Konzil gar nicht angeregt"* werden. Eine Behandlung der Thematik war für ihn weder *"notwendig, noch opportun"*. Er glaubte, dass eine Bejahung des Unfehlbarkeitsdogmas, zwar nicht unbedingt ein Schisma, aber *"doch eine innere Entfremdung"* vieler Katholiken bewirken und, dass auf der anderen Seite eine *"Verneinung des Ansehen des päpstlichen Stuhl schwächen"*<sup>108</sup> könnte.

Als sich gegen Ende 1869 ankündigte, dass der Papst das Unfehlbarkeitsdogma trotz der Widerstände im Klerus durchbringen wollte, versuchte Windthorst persönlich auf jene Geistlichen Einfluss zu nehmen, die zum Vatikanischen Konzil geladen waren. Im Oktober 1869 suchte er den Jesuiten Clemens Schrader zu einer Unterredung auf und warnte ihn vor den Gefahren des Dogmas. Schrader kritisierte diese Einmischung eines Laien in die kirchliche Politik und schrieb an Onno Klopp, er erwarte die vollkommene Unterwerfung der Katholiken unter die Entscheidungen des Konzils, auch wenn sie *"den liberalen Katholiken, weder notwendig noch opportun"*<sup>109</sup> erscheinen würden. Vergeblich versuchte Windthorst zusammen mit Hermann von Mallinckroth und Peter Reichensperger auch über Kardinal Antonelli, der ein Vertrauter des Papstes war, Einfluss auf die Entscheidung zu nehmen. Von der Erfolglosigkeit seines

---

<sup>105</sup> Vgl. Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 262, Anm. 1.

<sup>106</sup> Peter Reichensperger (undat.). Zitiert nach Anderson, S. 123.

<sup>107</sup> Vgl. Windthorst an Joseph Edmund Jörg, Hannover, 1. Oktober 1869; in: Ebd., S. 271f.

<sup>108</sup> Windthorst an Joseph Edmund Jörg, Hannover, 27. September 1869; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 270.

<sup>109</sup> Schrader an Klopp; in: Stimmen aus Maria Lach; 82,2, S. 140ff.

Vorhabens und von der Ankündigung der neuen Glaubenslehre zeigte Windthorst sich tief getroffen. *"Von ganzer Seele der Kirche ergeben"* sah er für sich persönlich voraus, *"mindestens innerlich"* von ihr *"getrennt zu werden."* Er könne sich *"in das Dogma der persönl[lichen] Unfehlbarkeit nicht finden."*<sup>110</sup> Windthorst glaubte, dass über den stillen Abfall oder die Erkaltung und Entfremdung der Gläubigen von der Kirche auch ein Schisma provoziert werden könnte.

Auch der Historiker Johannes Janssen war überzeugt, dass der katholischen Kirche ein großes Unglück drohe. Er fürchte eine Spaltung. In einem Brief an Karl Friedrich von Savigny schrieb er: Wie auch immer

*"[...] auf dem Konzil entschieden werden möge, für die nächste Zeit wenigstens hat die Autorität des heiligen Stuhles bereits furchtbar gelitten, und wird noch mehr leiden, und mit dem kirchlichen Leben geht es, soweit ich beobachten kann, überall zurück."*

Janssen erschien es als Irrtum zu glauben, dass *"die oppositionelle Bewegung nur eine Gelehrten-Bewegung sei"*<sup>111</sup>. Ihn selbst wolle man als kritischen Mitarbeiter des Bonner theologischen Literaturblattes vom Mittelpunkt der Kirche trennen. Während aber liberale Katholiken wie Janssen oder Windthorst die katholische Kirche immer weiter einem Schisma entgegensteuern sahen, teilte Savigny solche Auffassungen nicht. Er zeigte sich überzeugt, dass die katholische Kirche *"zu siegen im Begriff"* stehe, da *"sie die einzige wahrhaft ideelle Macht auf Erden"* sei, die sich weder *"einschüchtern"*, noch *"zum Aufgeben und Modifizieren ihrer Prinzipien bestimmen"* ließe. Die *"Autorität kommt von oben, nicht von unten"*<sup>112</sup>. Entgegen Savignys nahezu unerschütterlichem Glauben an die Obrigkeit und die Richtigkeit der päpstlichen Entscheidung, betrachteten aber selbst die Bischöfe, die sich dem Willen des Papstes beugten, die weitere Entwicklung mit größter Sorge. Für einige stand nichts weniger als der Zusammenhalt der katholischen Kirche auf dem Spiel. Eine Gefahr sah der Kölner Erzbischof

---

<sup>110</sup> Windthorst an Johann Bernard Höting, Hannover, 31. Dezember 1869; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 274.

<sup>111</sup> Johannes Janssen an Savigny, Frankfurt, 30. März 1870; in: Real, S. 101f.

<sup>112</sup> Savigny an Johannes Janssen, Berlin, 11. Mai 1870; in: Ebd., S. 106.

Melchers vor allem *"für die unter gemischter Confession lebenden Katholiken"*. Diese seien aufgrund der *"Vorurtheile, Schmähungen und Verleumdungen"* im Zusammenhang mit den Beschlüssen des Konzils, die *"überall und besonders in Deutschland verbreitet worden sind"*, einem großen Druck ausgesetzt. Zur Mahnung und um die Abspaltung von Katholiken von der Kirche zu verhindern, erschien ein Hirtenschreiben deutscher Bischöfe mit dem man die päpstliche Entscheidung zu rechtfertigen suchte. Auf dem *"unfehlbaren Lehramte der Kirche"* beruhe *"die ganze Sicherheit und Freudigkeit unseres Glaubens."*<sup>113</sup>

Windthorst, der das Dogma nicht nur unter dem Gesichtspunkt eines gläubigen Katholiken, sondern auch aus dem Blickwinkel eines Politikers betrachtet hatte, sah seine Befürchtungen bestätigt. Mit größter Sorge bemerkte er Anfang 1870, dass auch in *"den höchsten und allerhöchsten Kreisen"* die Stimmung gegen die Katholiken *"bitter, bitter böse"*<sup>114</sup> sei. Noch im Oktober 1869 hatte Ludolf Camphausen die Erwartung geäußert, dass sich der Kampf zwischen Liberalismus und Religion beruhigen werde und die Liberalen nicht mehr daran interessiert wären, die Kirche spöttisch und höhnisch anzugreifen.<sup>115</sup> Die Ankündigung der neuen Glaubenslehre war aber von den Liberalen als eine Herausforderung betrachtet worden. Das konfessionelle Klima hatte sich aufgeheizt und eine antikatholische Welle schwoll an. In Berlin-Moabit stürmte und demolierte im August 1869 eine aufgebrachte Menge eine kleine Dominikanerniederlassung und vertrieb nach einigen Tagen die verbliebenen Patres. Petitionen wurden an das preußische Abgeordnetenhaus gerichtet, die die Aufhebung der Klöster forderten. In einer liberalen Petition hieß es u.a., die Orden seien die *"Pflanzstätte des Aberglaubens"*,

---

<sup>113</sup> Hirtenbrief des hochhehrwürdigen Herrn Paulus, Erzbischof von Köln, über die Unfehlbarkeit des päpstlichen Lehramtes nebst dem gemeinsamen Hirtenschreiben deutscher Bischöfe über das vatikanische Concil vom Ende August 1870, Köln 1870, S. 3; in: Nachlass Paul Melchers, Vorläufige Signatur Nr. III.2. Historisches Archiv des Erzbistums Köln.

<sup>114</sup> Windthorst an Johann Bernard Höting, Berlin, 21. Februar 1870; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 280.

<sup>115</sup> Vgl. Ludolf an Otto Camphausen, Rüngsdorf, 22. Oktober 1869; in: Nachlass Ludolf Camphausen, 1023 L 972, S. 2. Historisches Archiv der Stadt Köln.

der *"Unzucht"* und der *"Faulheit"*<sup>116</sup>. Die Mehrheit der Petitionskommission stimmte diesen Petitionen zu. Insbesondere der Kommissionsbericht des liberalen Juristen Prof. Gneist erregte die Gemüter der katholischen Abgeordneten.<sup>117</sup> Hinsichtlich der bevorstehenden Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes deutete Windthorst die Situation als *"ernst und schwierig"*. Durch die *"bedenklichen Schritte des Concils"* sei ein Kampf entfacht worden, der *"verbittert und verbohrt"*<sup>118</sup> geführt würde.

Für Windthorst galt es nun, die Katholiken darauf aufmerksam zu machen, von welcher entscheidenden Bedeutung die kommenden Wahlen seien. Es ginge um nichts Geringeres als die Aufrechterhaltung dessen, was die Katholiken erreicht hatten. Taktisch gesehen war es Windthorst wichtig, dass man sich auch nach dem Unfehlbarkeitsdogma weiterhin als Einheit präsentierte. Zweifel und Streit in den eigenen Reihen sollten nicht nach außen getragen werden. Trotz seiner großen persönlichen Enttäuschung vermied Windthorst daher auch eine öffentliche Stellungnahme über die päpstliche Entscheidung. Intern kam es zu Meinungsverschiedenheiten als über den Inhalt des Briefes, den Windthorst, Mallinckrodt, August Reichensperger u.a. an Kardinal Antonelli geschickt hatten, in der *"Augsburger Allgemeinen Zeitung"* geschrieben wurde. Man schrieb, dass sich Reichensperger, Mallinckrodt und Windthorst gegen das Dogma ausgesprochen hätten. Windthorst sah den Schuldigen für diese Indiskretion in Reichensperger, der nach Ansicht Windthorsts zu viel an Dritte preisgegeben und dadurch interne Informationen nach außen getragen hatte. Als sich Mallinckrodt einseitig und ohne Rücksprache in der Presse äußerte und dort hervorhob, dass Opportunitätsgründe für seine ablehnende Meinung ausschlaggebend gewesen wären, er aber jede dogmatische Erklärung eines ökumenischen Konzils als Ausspruch des unfehlbaren Lehramtes anerkennen werde, war Windthorst geradezu persönlich verletzt. Windthorst war überzeugt, dass die Äußerungen Mallinckrodts ihn und auch Reichensperger in Verlegenheit gebracht hatten.

---

<sup>116</sup> Liberale Petition aus dem Jahr 1869. Zitiert nach David Blackbourn, *Volksfrömmigkeit und Fortschrittsglaube im Kulturkampf* (Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge, Nr. 81), Wiesbaden/Stuttgart 1988, S. 23.

<sup>117</sup> Vgl. Reumont, a.a.O., S. 29f.

<sup>118</sup> Windthorst an August Reichensperger, Hannover, 29. Juni 1870; in: Windthorst, *Briefe 1834-1880*, S. 285.



Windthorst wollte weiterhin schweigen. Erst wenn sich sein Schweigen ungünstig auf seine Wahl auswirken könnte, wollte er öffentlich Stellung nehmen.<sup>119</sup>

Das konfessionelle Klima in Deutschland entspannte sich nicht mehr wesentlich. Dass sich nun der Führer der Katholiken für unfehlbar erklärt hatte, war nicht nur für die Liberalen eine politische wie ideologische Provokation. Man hatte sich wenn nicht die Gegnerschaft, so doch mindestens die Verärgerung der gläubigen Protestanten zugezogen. Die durchaus vorhandene Sympathie vieler orthodoxer Protestanten für manche katholischen Forderungen wurde hierdurch ohne Zweifel geschmälert. Zur Verhandlung über die an das Abgeordnetenhaus gerichteten Petitionen zur Aufhebung der Klöster und über den Kommissionsbericht des liberalen Juristen Prof. Gneist, dessen Inhalt Windthorst als beleidigend und provozierend verurteilte, kam es aber nicht. Zwar hatten die katholischen Abgeordneten wie Windthorst, Mallinckrodt, Peter Reichensperger u.a. die Klärung der Situation beantragt und eine Behandlung des Kommissionsberichtes befürwortet, die Mehrheit des Hauses und die Regierung war aber gegen eine solche Debatte.<sup>120</sup> Als Grund für die ablehnende Haltung gab der liberale Abgeordnete Eduard Lasker später an:

*"Wir konnten damals leidenschaftliche religiöse Debatten nicht gebrauchen [...] Das Deutsche Reich war noch nicht geeinigt und es würde zum größten Schaden gereicht haben der zukünftigen Vereinigung des Südens und des Nordens, wenn es Ihnen damals bereits gelungen wäre, diese Saat der Zwietracht und des kirchlichen Streites auszustreuen; wir mußten dies verhüten. Sollte der Kampf einmal geführt werden, dann, nachdem das Dach gewölbt ist über das gemeinsame Reich, bis dahin durfte keine Verhandlung uns weiter voneinander entfernen."<sup>121</sup>*

Bismarck fühlte sich durch die Entwicklung in der katholischen Kirche einmal mehr in seinem Verdacht bestätigt, dass von Seiten der aus Rom gelenkten Katholiken eine konkrete Gefahr für Preußen und den Norddeutschen Bund ausgehe:

---

<sup>119</sup> Vgl. ebd., S. 286, Anm. 1. Vgl. auch Windthorst an Johann Bernard Höting, Hannover, 7. Juli 1870; in: Ebd., S. 286.

<sup>120</sup> Vgl. Reumont, S. 29f.

<sup>121</sup> Eduard Lasker (undat.). Zitiert nach Spael, S. 54f.

*"Wenn wir die klerikalen Organe in Österreich, in Süddeutschland, in Belgien, in Frankreich, ja selbst in Holland und den Britischen Inseln, in Preußen, in Polen und in Amerika genau in demselben Tone und nur in der Anständigkeit und der Feinheit des Ausdrucks etwas verschieden gegen Preußen und den Norddeutschen Bund auftreten sehen, so müssen wir unbedingt annehmen, daß die Stimmgabel für diesen Ton in Rom zu suchen ist."<sup>122</sup>*

Auch wenn Bismarck fürchtete, dass der Papst die internationalen Mächte gegen Preußen mobilisieren könnte, war die Konfessionszugehörigkeit sicherlich ein zu schwacher Punkt, um eine internationale Allianz gegen Preußen und den Norddeutschen Bund zu errichten. Die irrationale Angst Bismarcks war nicht berechtigt. Auch innerhalb der preußischen und norddeutschen Grenzen sowie im Gebiet der Staaten des Zollparlamentes existierte keine wirkliche Gefahr durch den Papst oder die Katholiken. Und selbst wenn von Gruppierungen wie den Hannoveranern mit Ludwig Windthorst und katholischen Gruppen in Süd- und Südwestdeutschland, Polen und im Rheinland ein starker Widerstand gegen die preußisch-protestantische Zentralregierung bestand, das die Katholiken durch eine religiöse Debatte die Süddeutschen von den Norddeutschen abspalten wollten, wie Bismarck vermutete, ist unwahrscheinlich. Selbst wenn man bei einigen Katholiken diesen Willen voraussetzen würde, scheint die politische Kraft der konfessionellen Frage alleine für solche Bestrebungen zu schwach gewesen zu sein.

Die Katholiken waren auf der Schwelle zur Gründung des Deutschen Reiches im Grunde in erster Linie mit sich selber beschäftigt, denn sie befanden sich durch die theologische Diskussion am Rande der inneren Spaltung. Gegenüber anderen musste man seinen Glauben verteidigen und anstatt sich intensiv mit realpolitischen Themen auseinander setzen zu können, musste ein großer Teil der Katholiken seine Energie für theologische Fragen aufwenden, die letztendlich auch Fragen nach der eigenen Identität waren. Die Alternativen waren: Bejahung des Dogmas, öffentliche Verneinung, die zur Abspaltung führen konnte, oder eine schweigsame Verneinung, die einer Unterwerfung gleichkam. Konservative Katholiken wie Savigny reagierten obrigkeitstreu und relativ gelassen. Einige religiöse Führer

---

<sup>122</sup> Erlaß an den Botschafter in London Grafen von Bernsdorff, Berlin, 16. März 1870; in: GW, Bd. 6b, S. 296.

und Theologen wie der Bischof von Breslau, Joseph Hubert Reinkens, spalteten sich mit der sogenannten altkatholischen Bewegung von der Papstkirche ab.<sup>123</sup> Viele aufgeklärte Katholiken wie Windthorst und einige Bischöfe versuchten sich mit aller Energie gegen das Dogma zu wehren und ordneten sich schließlich doch unter. Für Windthorst war die neue Glaubenslehre ein schwerer Schlag. Seine Stimmungslage war ähnlich wie bei der Annexion Hannovers, da er sich trotz großer Anstrengungen ohnmächtig an eine ungewollte Entwicklung anpassen musste. Ob er das Dogma persönlich verwunden und ob jene ruhige innere Abspaltung von der päpstlichen Kirche staatgefunden hat, die er befürchtete, ist sicherlich nicht unwahrscheinlich, bleibt aber offen.

### 3.4. Gründungsphase des Deutschen Reiches

#### 3.4.1. Außenpolitik und römische Frage

In der Frage der deutschen Einigungspolitik kristallisierte sich Frankreich, wie von Bismarck und großen Teilen der nationalen Bewegung schon festgestellt, bald als Gegner heraus. In der Frage Luxemburgs, das seit seiner Gründung 1815 dem Deutschen Bund angehörte, kam es bereits kurz nach dem preußisch-österreichischen Krieg zur ersten außenpolitischen Krise. Begonnen hatte die Auseinandersetzung als König Wilhelm III. von Holland mit dem französischen Kaiser Napoleon III. über den Erwerb Luxemburgs, als Ausgleich für die Erfolge Preußens, verhandelte. Preußen sollte dem Verkauf zustimmen. Obwohl Bismarck 1866 Frankreich Luxemburg zugesichert hatte, musste er mit Rücksicht auf die liberale öffentliche Meinung den Verkauf ablehnen. Diese Ablehnung brachte Frankreich und Preußen an den Rand eines Krieges. Unter Vermittlung Großbritanniens konnte diese Krise noch einmal beigelegt werden mit dem Ergebnis der Unabhängigkeit und Neutralität des Großherzogtums.<sup>124</sup>

Mit Signalwirkung nach außen und als Demonstration der nationalen Position, wurden während des Konfliktes mit Frankreich im Frühjahr

---

<sup>123</sup> Vgl. hierzu Nachlass Joseph Hubert Reinkens, Bla bis Blk. Stadtarchiv Aachen.

<sup>124</sup> Vgl. Görtemaker, S. 243f.

1867 die im Sommer 1866 zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Bündnisse veröffentlicht. Napoleon versuchte in der Folgezeit die europäische Mächtekonstellation zugunsten einer Eindämmungspolitik gegenüber Deutschland zu verändern. Als eine Annäherung zwischen Russland und Frankreich nicht zustande kam, da Russland in der orientalischen Frage Frankreichs Unterstützung verlangte, Frankreich sich aber nicht in die Gegensätze zwischen England und Russland hereinziehen lassen wollte und viele Franzosen Gegner der russischen Polenpolitik waren, versuchte Frankreich sich Österreich anzunähern. Im August und Oktober 1867 kam es in Salzburg und Paris zu zwei Treffen der beiden Kaiser. Ein französischer Allianzvorschlag, auf dessen Grundlage Frankreich das linke Rheinufer und Österreich als Vormacht in Süddeutschland Schlesien erhalten sollte, wurde von der österreichischen Regierung aber abgelehnt. In Österreich war man nicht bereit, einen neuen Bruderkrieg zu beginnen. Ein Bündnis mit Frankreich konnte darüber hinaus Russland provozieren, sich zugunsten Preußens einzuschalten: Wien wollte eine stärkere Berücksichtigung der Interessen auf dem Balkan.<sup>125</sup> Bismarck steuerte einen neutralen deeskalierenden Kurs und vermied es, sich in die Abhängigkeit der am Balkan interessierten Mächte zu begeben. Als Österreich 1868 versuchte eine Krimkriegskoalition mit den Westmächten gegen Rumänien zu Stande zu bringen, brachte Bismarck den rumänischen Fürsten dazu, seine ultranationalistischen Minister zu entlassen und entschärfte die Krise.<sup>126</sup> Bismarck hielt es zwar für sehr wahrscheinlich, dass die deutsche Einheit durch gewaltsame Ereignisse gefördert werden würde, lehnte aber ein willkürliches Eingreifen in die Entwicklung ab. Im Augenblick wäre die deutsche Einheit noch keine *"reife Frucht"* und das Abschlagen *"unreifer Früchte"*<sup>127</sup> sei nicht ratsam. Eine *"ungesuchte Gelegenheit"* aber, etwa einen *"Umsturz in Frankreich"* oder einen *"Krieg anderer Großmächte unter sich"*<sup>128</sup> hielt er für nutzbar.

---

<sup>125</sup> Vgl. Nipperdey, Bd. 2, S. 17ff. und S. 29.

<sup>126</sup> Vgl. Gall, S. 474f. Vgl. Nipperdey, Bd. 2, S. 20f.

<sup>127</sup> Erlaß an den Gesandten in München Freiherrn von Werzthern, Berlin, 26. Februar 1869; in: GW, 6b, S. 2.

<sup>128</sup> Dikat, November 1869; in: Ebd., S. 166.

Eine Möglichkeit, die von Bismarck so benannte unreife Frucht der deutschen Einheit reifen zu lassen, bot sich, als die neue Regierung in Madrid auf der Suche nach einem Nachfolger der gestürzten Königin Elisabeth II. war. Madrid bemühte sich um den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, Gemahl einer portugiesischen Prinzessin und entfernter Verwandter König Wilhelms I. von Preußen. Bismarck versuchte, König Wilhelm von einer Kandidatur des Prinzen zu überzeugen. Frankreich hingegen forderte von Preußen eine schriftliche Garantie, dass die Hohenzollern keine Kandidatur für den spanischen Thron anstrebten. Hierfür verhandelte der französische Botschafter Graf Benedetti mit dem preußischen König in Bad Ems. Wilhelm stimmte den französischen Vorschlägen nun zunächst zu. Die Forderung Frankreichs, eine Erklärung abzugeben, die einer Entschuldigung gleichkam, nutzte Bismarck aber als Gelegenheit, den Nachbarstaat zu provozieren. Unter Zurückdrängung der ursprünglichen Streitfrage stellte Bismarck Frankreich in der Öffentlichkeit als Macht hin, die die Kompromissbereitschaft des preußischen Königs ausnutzen wollte, um Preußen zu demütigen. Die französische Regierung fühlte sich unter Druck gesetzt und erklärte Preußen im Juli 1870 den Krieg. Mit der Kriegserklärung trat auch der Bündnisfall zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten ein. Die Kämpfe zwischen deutschen und französischen Truppen begannen im August 1870. Die französischen Truppen erwiesen sich rasch als unterlegen. Napoleon geriet nach der Schlacht bei Sedan im September in deutsche Kriegsgefangenschaft, sein Regime brach zusammen und Frankreich wurde zur Republik erklärt.<sup>129</sup>

Im Gegensatz zu den Sorgen Bismarcks und vieler Anhänger der kleindeutsch-liberalen Idee wurden auch die meisten Katholiken vom Sturm der nationalen Begeisterung nicht weniger ergriffen als die anderen Deutschen. Auch die katholische Kirche in Preußen erfüllte ihre Untertanenpflicht. Die in dieser Arbeit bereits erwähnten Neusser Augustinerinnen entsandten unter bischöflicher Obhut wie bereits 1866 wieder sechs Schwestern in die Pfliegelazarette. Und obwohl den Schwestern, die mit der Front nach Frankreich zogen, sicherlich kein Nationalismus unterstellt werden kann, und obwohl

---

<sup>129</sup> Vgl. hierzu Görtemaker, S. 244f., Nipperdey, Bd. 2, S. 59 und Gall, S. 485-503.

man Franzosen und Deutsche gleichsam pflegte, lässt sich aus den Aufzeichnungen der Chronistin doch eine gewisse Begeisterung für die deutsche Seite lesen. Der Krieg und die Stimmung wird ausgiebig kommentiert, während z.B. das Unfehlbarkeitsdogma lediglich an einer Stelle ohne jeglichen Kommentar kurz erwähnt wird. Auch als im September 1870 die Italiener mit geheimer Zustimmung Bismarcks dem Papst den letzten Rest der weltlichen Macht entrissen, und die Bestürzung bei vielen Katholiken groß war, wurde das von den Schwestern ebenfalls nicht erwähnt.<sup>130</sup>

Obwohl in der Regel durchaus von nationaler Begeisterung ergriffen, waren einige deutsche Katholiken offensichtlich auch bereit, den Papst während der kritischen Phase von 1870 militärisch zu unterstützen. Bereits auf einem Kirchentag im September 1869 hatte man über militärische Hilfe für die päpstlichen Truppen gesprochen. 1000 Gewehre hatten englische Katholiken bereits bezahlt, die deutschen und österreichischen Katholiken sollten weitere 5000 übernehmen. Frankreich hatte bereits zum Papstjubiläum zwei Batterien und Munition nach Rom gebracht.<sup>131</sup> Für die preußische Politik war die Beteiligung deutscher Katholiken an einem derartigen Vorhaben nicht annehmbar. Bismarck war bemüht, die Katholiken über die Situation des Papstes zu beruhigen. So kursierten in Deutschland Gerüchte, dass der Papst in Preußen um politisches Asyl nachsuchen wolle. In Gesprächen mit dem badischen Großherzog und dem preußischen Kronprinzen soll Bismarck sich keineswegs abgeneigt gezeigt haben, dem Papst in Fulda oder Köln Asyl zu gewähren.<sup>132</sup> Am 21. September telegraphierte Bismarck aber aus seinem Hauptquartier:

---

<sup>130</sup> Vgl. die Eintragungen in der Neusser Klosterchronik für das Jahr 1870/71. Archiv des Augustinerinnenklosters Neuss.

<sup>131</sup> Vgl. Christoph Weber, "Eine starke, enggeschlossene Phalanx", *Der politische Katholizismus und die erste deutsche Reichstagswahl 1871* (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 35), Essen 1992, S. 15.

<sup>132</sup> Vgl. Ernst Engelberg, *Bismarck: Das Reich in der Mitte Europas*, Berlin 1990, S. 117.

*"Nein. Übersiedelung des Papstes nach Preußen würde Verlegenheit und politische Gefahr für uns sein, daher jedenfalls keine Initiative dazu ergreifen."<sup>133</sup>*

Nicht wenige Katholiken waren enttäuscht über das Desinteresse, dass man der Lage des Papstes entgegenbrachte. Die Enttäuschung bezog sich hierbei aber nicht nur auf die preußische, sondern auch auf die österreichische Haltung. Der Limburger Domkapitular Karl Klein schrieb in einem Brief an Savigny:

*"Doch weiß ich nicht, was ärger ist, die Schandtat eines gottvergessenen Königs von Revolutions Gnaden oder die Passivität der Machthaber, vorab eines Fürsten der sich K.K. Apostolische Majestät betiteln läßt und mit der Krone des hl. Stefan geschmückt ist. Aufrichtig gesprochen sehe ich in der jämmerlichen Haltung des österreichischen Kabinetts eine Erschwerung der katholischen Aktion in Preußen; [...] Zudem muß der gerechte und gottesfürchtige Sinn des Königs, dem mein ganzes Herz gehört, das wohlbegründete Vertrauen einflößen, daß Preußen eine Aktion Österreichs und der anderen Mächte für den Papst nicht lähmen werde, und will ich gern an der Hoffnung festhalten, daß Graf Bismarck auch jetzt wieder sich erinnern werde, daß Preußen acht Millionen Katholiken zähle, die wahrlich nicht zu den schlechtesten Elementen im Staate gehören."<sup>134</sup>*

Am 20. September 1870 wandte sich zunächst Bischof und Domkapitel von Fulda an den preußischen König mit der Bitte um Intervention zugunsten des Papstes. Ein derartiger Wunsch war nicht neu, denn bereits 1866 hatten einige katholische Bischöfe über ein solches Schreiben konferiert. Im Schreiben vom September 1870 bezog man sich nun ausdrücklich auf die Eröffnungsrede des Königs vor dem Abgeordnetenhaus vom 15. August 1867, in der der König betont hatte, auch dem Anspruch der katholischen Untertanen auf Fürsorge für die Würde und Unabhängigkeit des geistlichen Oberhauptes ihrer Kirche gerecht zu werden.<sup>135</sup> Auch in der Zeitung "Germania" und in den "Breslauer Hausblättern" erschienen verschiedentlich Leitartikel, in denen deutlich gemacht wurde, wie wichtig den Katholiken ein Eingreifen Deutschlands zu Gunsten des

---

<sup>133</sup> Telegramm an das Auswärtige Amt, Ferrières, 21. September 1870; in: GW, Bd. 6b, S. 514. Vgl. auch das Telegramm an das Auswärtige Amt, Ferrières, 30. September 1870; in: Ebd., S. 527.

<sup>134</sup> Karl Klein an Savigny, Limburg, 15. Oktober 1870; in: Real, S. 154.

<sup>135</sup> Vgl. Real, S. 30 und vgl. Thronrede des Königs von Preußen bei Eröffnung des preußischen Abgeordnetenhauses, 15. November 1867; in: Ebd., S. 92f.

Kirchenstaates war.<sup>136</sup> Eine Adressbewegung aus vielen deutschen Städten setzte ein und erreichte das Hauptquartier in Versailles. Bismarck, der wohl vermutete, dass diese Bewegung von Savigny eingeleitet worden war, signalisierte Verständnis.<sup>137</sup> Kultusminister Mühler sandte ein Schreiben an die deutschen Bischöfe, in dem er zwei Fragen stellte:

*"1) Was als Minimum der Sicherstellung der Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes in der Verwaltung seines Oberhirtenamtes anzusehen sei, und 2) auf welche Weise dasselbe zu beanspruchen sei, ob durch Gewalt oder Unterhandlungen oder Kongreß."*

Die meisten Bischöfe waren unsicher, wie diese Fragen beantwortet werden sollten. Nach Ansicht Kleins ließ dieses Ersuchen eine doppelte Auslegung zu. Zum einen könne sie als *"sachdienliches Einvernehmen mit dem Episkopat"* gedeutet werden. Zum anderen aber könne sie sich *"als eine den Herren Bischöfen gestellte Falle erweisen"*<sup>138</sup>. Klein bat Savigny, sich zu dieser Problematik zu äußern. Savigny war sich nicht sicher, wie er die Frage des Kultusministers beantworten sollte und riet den Bischöfen, sich zunächst untereinander zu einigen, um eine einheitliche Haltung einnehmen zu können. Bedingung sei aber eine unbeschränkte Landeshoheit des Papstes. Über die Größe des Territoriums sprach Savigny nicht. Zur Erreichung der katholischen Forderungen solle man Verhandlungen mit Italien aufnehmen oder einen europäischen Kongress einberufen. Man solle aber auch bereit sein, Waffengewalt anzuwenden:

*"Auch würde die gläubige katholische Bevölkerung ihrerseits vor keinem Opfer zurückschrecken, auch nicht mit dem eines Eintretens mit bewaffneter Hand, wenn die Regierung dies, nach Erschöpfung aller anderen Mittel, zur Verteidigung der unveräußerlichen Rechte des heiligen Stuhls für nötig erachten sollte."*<sup>139</sup>

---

<sup>136</sup> Vgl. Weber, a.a.O., S. 26.

<sup>137</sup> Vgl. Schreiben an den Staatsminister von Mühler, Versailles, 19.10.1870. GW, Bd. 6b, S. 553f. Vgl. hierzu auch Weber, S. 23.

<sup>138</sup> Karl Klein an Savigny, Limburg, 31. Oktober 1870; in Real, S. 163.

<sup>139</sup> Savigny über die Art der Beantwortung der vom preußischen Ministerium gestellten Fragen, o.D., vermutlich erste Oktoberhälfte 1870; in: Real, S. 153.



Als territorialen Umfang des Kirchenstaates forderten die meisten Bischöfe im Dezember 1870 die Wiederherstellung des Kirchenstaates in den Grenzen von 1859.<sup>140</sup>

Auch Windthorst hatte die Adressbewegung unterstützt. Die Situation des Papstes bezeichnete er als Katastrophe und hielt eine territoriale Unabhängigkeit des päpstlichen Stuhles für absolut erforderlich, wobei er über die Größe des Territoriums keine Meinung äußerte. Er drängte August Reichensperger dazu, die preußische Regierung zum Eintreten für die Interessen des Papstes zu bewegen. Dieser Wunsch wurde von Windthorst aber nicht mit der gleichen Aufmerksamkeit bedacht wie die Fragen, die im Zusammenhang mit einer zukünftigen neuen deutschen Verfassung standen, und er unterschied sich in seiner Analyse von vielen seiner katholischen Kollegen. Sein Blick war direkt auf die politische Situation in Deutschland gerichtet. So war er überzeugt, dass die Diskussion über die päpstliche Herrschaft von der nationalliberalen Partei als taktisches Ablenkungsmanöver provoziert worden war, um sich an der Schwelle des neuen Reiches in eine bessere Ausgangsposition zu bringen. Hierdurch gelänge es bei den Verhandlungen über eine neue deutsche Verfassung, die *"nationalliberale Schablone"*, die Windthorst für *"immer unannehmbar und dem deutschen Wesen zuwieder"*<sup>141</sup> hielt, anzusetzen und politische Gegner wie die Katholiken schon im Vorfeld zu isolieren.

### 3.4.2. Kaiserkrönung und Verfassung

Bismarck war entschlossen, sich nicht in eine stärkere Abhängigkeit zur nationalen Bewegung zu begeben. Die Einigung Deutschlands sollte sich in der äußeren Form als eine zwischen monarchischen Regierungen ausgehandelte Angelegenheit darstellen. Das parlamentarische Element sollte weitgehend in den Hintergrund treten. Die verfassungsrechtlichen Prinzipien des Norddeutschen Bundes wollte Bismarck generell erhalten. Schon wenige Tage nach dem

---

<sup>140</sup> Vgl. Weber, S. 25.

<sup>141</sup> Windthorst an August Reichensperger, Hannover 23. September 1870; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 290. Vgl. auch Windthorst an August Reichensperger, Hannover, 12. Oktober 1870; in: Ebd. S. 292f.

Sieg bei Sedan wurde die Einigungsfrage offiziell aufgeworfen. Hessen und Baden beantragten ihren Beitritt zum Norddeutschen Bund. In Bayern und Württemberg, bestand dagegen zunächst wenig Interesse, sich auf Anschlussverhandlungen einzulassen. Bismarck drohte Bayern mit Ausschluss aus dem Zollverein und wirtschaftlicher Isolation und führte schwierige aber schließlich erfolgreiche Einzelverhandlungen mit beiden Staaten. Bismarck veranlasste den bayrischen König Ludwig zum sogenannten Kaiserbrief, in welchem die deutschen Fürsten den preußischen König zur Annahme der Kaiserwürde aufforderten. Als Gegenleistung bekam Ludwig u.a. eine finanzielle Zuwendung aus dem beschlagnahmten Welfenfonds.<sup>142</sup>

Bismarck hatte bei den Verhandlungen über die deutsche Einheit auch einige Konzessionen machen müssen, wie die Verstärkung der Rechte des föderalen Bundesrates. Auch das Vetorecht bei Verfassungsänderungen stand nicht mehr alleine Preußen zu. Besondere Rechte Bayerns betrafen in erster Linie das Post- und Eisenbahnwesen, die Verbrauchssteuer sowie Sonderregelungen bei diplomatischen Fragen, wie das Zugeständnis einer bayrischen Gesandtschaft beim Vatikan. Bei den Kleindeutsch-liberalen stießen diese Regelungen zugunsten der partikularen Kräfte und Interessen deutscher Einzelstaaten auf Ablehnung. Besonders in der Kritik stand das Recht Bayerns, in gewissem Umfang auch Württembergs, auf ein nahezu selbstständiges Heer, bei dem der Kaiser im Frieden nur ein "Besichtigungsrecht" hatte. Problematisch war in Bayern, dass die Verträge in den Landtagen ratifiziert werden mussten. Es gründete sich die antipreußisch orientierte "Katholische Volkspartei" und erst im Januar 1871 konnten die Befürworter der Reichsgründung die notwendige Zweidrittelmehrheit durch die Gewinnung von 32 Stimmen der gemäßigten Patrioten erreichen. Die in Versailles ausgehandelten Verträge wurden auch dem Reichstag vorgelegt. Formell wurde das Deutsche Reich noch vor der Entscheidung im bayrischen Landtag bereits am 1. Januar 1871 durch Inkrafttreten der Verträge ins Leben gerufen. Am 5. Dezember 1870 wurde Wilhelm, der sich anfänglich gegen den Titel eines Deutschen Kaisers sträubte, in Versailles die Kaiserkrone angetragen, und noch

---

<sup>142</sup> Vgl. Nipperdey, Bd. 2, S. 77ff., Görtemaker, S. 250ff. und Gall, S. 517ff.

bevor Frankreich endgültig besiegt war, fand am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles die Kaiserproklamation Wilhelms I. statt.<sup>143</sup> Das symbolische und politische Wertmaß der Reichsgründung war offensichtlich. Seit 1848 war die Gründung eines deutschen Reiches mit einem preußischen König an der Spitze ein Ziel des liberalen deutschen Bürgertums. Errichtet wurde dieses Reich aber nicht durch ein Parlament, sondern von Fürsten, die es zu einem großen Teil gar nicht wollten und von einem Mann, der ein Gegner des Liberalismus war.

Windthorst, der vor dem Krieg die Gelder bewilligte, die für einen Sieg über Frankreich benötigt wurden,<sup>144</sup> betrachtete den Einigungskrieg nicht als nationale Erhebung, für ihn war er das Werk Bismarcks. 1863 hatte Windthorst hervorgehoben, dass die Behandlung der deutschen Frage in das Parlament gehöre und in letzter Instanz die Sache der Fürsten sei. Damals fürchtete er *"weniger den Krieg als die Revolution"*<sup>145</sup>, denn würden die Fürsten keine Regelung herbeiführen, dann würde das Volk dies tun. Aus seiner damaligen Sicht konnte er ansatzweise mit dem Vorgang der Einigung zufrieden sein. Als aber die in Versailles ausgehandelten Verträge Anfang Dezember 1870 dem Reichstag vorgelegt wurden, meldete er inhaltliche Einwände gegen die Vorgehensweise Bismarcks an und widersetzte sich der Art und Weise, wie durch den Beitritt der süddeutschen Staaten eine Verfassungsänderung durchgeführt werden sollte. Er erklärte, dass der Reichstag nicht kompetent für einen Beschluss sei und er nicht das Recht habe, einen solchen Beschluss zu fassen, da seine Legislaturperiode bereits abgelaufen sei.<sup>146</sup> Zudem hatte der Krieg den Rahmen eines nationalen Einigungskrieges überschritten. Die Grenze an den Vogesen wurde nicht ethnisch, sondern strategisch festgesetzt. Lothringen war im Gegensatz zum Elsass nicht mehrheitlich deutsch und während man Straßburg durchaus als eine alte deutsche Stadt bezeichnen konnte, sprach man in Metz französisch.<sup>147</sup> Während Ketteler in einem Brief

---

<sup>143</sup> Vgl. Ebd.

<sup>144</sup> Vgl. Anderson, S. 132.

<sup>145</sup> Windthorst an Hammerstein, Hannover, 21. August ohne Jahr [1863]; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 104.

<sup>146</sup> Vgl. Hüsgen, S. 74f.

<sup>147</sup> Vgl. Nipperdey, Bd. 2, S. 69.

an Bismarck argumentierte, man könne die Bevölkerung in Elsass-Lothringen besser in das Reich integrieren, wenn man dort die Sicherheit böte, dass die Annexion nicht der Beginn der religiösen Benachteiligung wäre,<sup>148</sup> und sich so Bismarck vorsichtig als möglicher konservativer Verbündeter näherte, schätzte Windthorst die weltpolitische Situation und die Ausgangslage des neuen Deutschland kritisch ein. Der Krieg als Geburtsort der neuen Verfassung und des Reiches sei ein denkbar ungünstiges Vorzeichen für die Zukunft des neuen Deutschen Reiches:

*"Die deutsche Verfassung wird niedergeschrieben im Palaste Ludwig XIV, sie wird niedergeschrieben unter dem Donner der Kanonen. Es wäre verwunderlich, wenn ihr Charakter nicht dadurch bestimmt würde. Der Geburtsort und die Pathen haben immer einen Einfluß auf den werdenden Menschen. [...] Der nächste Krieg, welchen wir, sofern wir noch 10 Jahre leben, noch mitmachen können, wird der Weltbrand sein und es wird der jetzige Krieg dahinter wie ein Kinderspiel zurücktreten."<sup>149</sup>*

Hinsichtlich Bismarcks Politik in Elsass-Lothringen sprach Windthorst später von einer Diktatur. In seinen verbalen Angriffen auf den Reichskanzler drückte sich auch seine Ohnmacht und Abneigung gegenüber der bismarckscher Politik aus. So stehe die Bevölkerung in Elsass-Lothringen *"vollkommen rechtlos dem Willen eines einzelnen Mannes"* gegenüber. Diese Art der Politik war für Windthorst etwas *"Niederdrückendes"*, etwas *"Demoralisirendes"*, etwas der *"Menschenwürde Widersprechendes"*<sup>150</sup>. Um der Machtpolitik und einer möglichen Willkürpolitik Bismarcks entgegenzuwirken, sollten seiner Ansicht nach so schnell wie möglich die Normalzustände der Vorkriegszeit wieder hergestellt werden. Einige Teile Deutschlands waren von Juli 1870 an unter Kriegsrecht gestellt worden. Die Regierung begann die Pressefreiheit einzuschränken und zahlreiche Personen vorbeugend zu inhaftieren. Auch Windthorst war mit seinen schriftlichen Äußerungen durchweg zurückhaltend, da er

---

<sup>148</sup> Vgl. Bischof von Ketteler an Graf Bismarck in Versailles, Mainz, 10. Oktober 1870; in: Ludwig Bergsträsser (Hrsg.), Der politische Katholizismus. Dokumente seiner Entwicklung (Der deutsche Staatsgedanke, Zweite Reihe: Die Parteien und der Staat III), 2 Bde., München 1921/23, Bd. 2, S. 35.

<sup>149</sup> Windthorst an Wilhelm Freiherr von Hammerstein, Hannover, 22. Oktober 1870; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 295.

<sup>150</sup> Windthorst im Reichstag, 10. Juni 1872. Zitiert nach Anderson, S. 132, Anm. 6.

fürchtete unter Kontrolle der Staatsorgane zu stehen.<sup>151</sup> Er unterstützte eine Interpellation des Fortschrittlers Duncker gegen diese Maßnahmen und griff in scharfer Weise Bismarck an, den er als Initiator dieser Politik betrachtete. Da die Ausnahmegesetze aber auch noch nach Eroberung von Paris im Februar 1871 aufrechterhalten wurden, brachte er eine eigene Interpellation ein und unterstützte den Antrag der beiden nationalliberalen Politiker Miquel und Lasker, die die Aufhebung des Kriegsrechtes forderte.<sup>152</sup>

Viele Katholiken fürchteten während der Gründungsphase des neuen Staates nicht nur Einschränkungen der kirchlichen Rechte, sondern waren auch besorgt wegen der Radikalität mancher öffentlicher Aussagen. *"Erst die Franzosen, dann die Jesuiten"*<sup>153</sup>, drohte so u.a. die Göttinger Zeitung und in Teilen der liberalen und protestantischen Öffentlichkeit wurde der Ausgang des Krieges vielfach als ein *"Sieg des Protestantismus über den Katholizismus dargestellt"*<sup>154</sup>. In Anbetracht der Tatsache, dass sich das konfessionelle Klima weiter verschlechterte, hatte Ketteler in seinem Brief vom 10. Oktober 1870 an Bismarck in Versailles, Garantien und Sicherheiten für die katholische Kirche gefordert. Die in Preußen geltenden Verfassungsbestimmungen sollten auf das ganze Deutsche Reich ausgedehnt werden. Während Ketteler noch darauf hoffte, dass Bismarck sich für die katholische Kirche einsetzen würde, hielt Windthorst es bereits für entschieden, dass man den Katholiken wenig Raum an der Mitgestaltung im Reich geben, und dass man an den entscheidenden Stellen des Staates *"den protestantischen Charakter des Staates zu wahren wissen"*<sup>155</sup> würde. Windthorst war überzeugt, dass nach Herstellung des äußeren Friedens die inneren Kämpfe zwischen Staat und Kirche besonders um die Frage der Schulen entflammen würden. Er bat Karl Friedrich von Savigny seinen Einfluss geltend zu machen. In die neue deutsche Verfassung sollten Bestimmungen

---

<sup>151</sup> Vgl. Windthorst an Wilhelm Freiherr von Hammerstein, Hannover, 22. Oktober 1870; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 294f.

<sup>152</sup> Vgl. Anderson, S. 132.

<sup>153</sup> Aus einem Artikel der "Göttinger Zeitung", 5. August 1870. Zitiert nach Reumont, S. 32.

<sup>154</sup> Bischof von Ketteler an Graf Bismarck in Versailles, Mainz, 10. Oktober 1870; in: Bergsträsser, Bd. 2, a.a.O., S. 34.

<sup>155</sup> Windthorst an August Reichensperger, Hannover 12. Oktober 1870; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 292f.

aus der preußischen Verfassung aufgenommen werden, die die kirchlichen Freiheiten und den *"kirchlich-konfessionellen Charakter der Volksschulen und der Schulen"* sichern sollten. Hierdurch sollte den Katholiken für den kommenden Kampf, dessen Ausgang *"viel wichtiger"* und *"von viel nachhaltigerer Wirkung [...] als die übrigen Kämpfe"* sei, eine bessere Ausgangsposition verschafft werden. Für Windthorst war aber nicht nur das Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche wichtig. Die *"Art und Weise, wie dieser Kampf ausgetragen"*<sup>156</sup> würde, sei für das religiöse, gesellschaftliche und das politische Klima von entscheidender Bedeutung und letzten Endes richtungsweisend für die Zukunft des neuen Staates. Zwar beteuerte Savigny, dass die von Windthorst angesprochenen Punkte auch in seinem Interesse lägen, er besitze aber zu seinem Bedauern nicht die Möglichkeit, Einfluss nehmen zu können.<sup>157</sup> War Ketteler mit Bismarck an einen Mann herangetreten, der kein Interesse hatte, den Einfluss des Katholizismus zu stärken, so war Windthorst mit Savigny an einen Mann herangetreten, der keinen Einfluss mehr hatte. Die Vertreter des deutschen Katholizismus hatten zu diesem Zeitpunkt offensichtlich keinen direkten Zugang zu den Entscheidungszentren der Macht.

In seiner Sorge um die künftige Stellung der Katholiken, der Angst vor weiteren Einschränkungen der Autonomie der Einzelstaaten und vor einer Willkür- und Machtpolitik Bismarcks, brachte Windthorst gegen die Verfassung des Deutschen Reiches ähnliche Einwände vor, wie drei Jahre zuvor gegen die Verfassung des Norddeutschen Bundes. Weiterhin forderte er ein Oberhaus als Gegenpol zur Zentralgewalt, da die Zentralgewalt die Einzelstaaten weiter beschränken wolle.<sup>158</sup> Er brachte einen das Budget wahrenden Antrag ein und erhob die Forderung zur Schaffung eines Bundesgerichtes, um Streitigkeiten zwischen den Bundesmitgliedern zu schlichten. Solange er kein Gericht *"zum verfassungsmäßigen Schutz des verfassungsmäßigen Rechts"* habe, solange habe er *"keine Verfas-*

---

<sup>156</sup> Windthorst an Karl Friedrich von Savigny, Hannover, 19. September 1870; in: Nachlass Karl Friedrich von Savigny, I. HA, Rep. 92, Savigny, Nr. 217. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>157</sup> Vgl. Ungezeichnetes Schreiben Karl Friedrich von Savignys. Vermutlich das Konzept eines Briefes an Windthorst, Berlin, 20. September 1870; in: Ebd.

<sup>158</sup> Vgl. Colonge, S. 66.

zung."<sup>159</sup> Auch wiederholte er seine Forderung nach Diäten für Abgeordnete. Bei der Abstimmung des Reichstages, König Wilhelm die Kaiserkrone anzubieten, enthielt sich Windthorst der Stimme, warnte aber seine politischen Freunde davor, sich nicht anlässlich der Ablehnung eigener Forderungen aus der Politik und dem öffentlichen Leben zurückzuziehen. Ein Rückzug sei ein niemals wieder gut zu machender Fehler. Er forderte jene, die gegen den Anschluss an das Reich gestimmt hatten, auf, sich ohne Säumen und mit voller Entschlossenheit auf den Boden der neuen Tatsachen zu stellen, um an der weiteren Ausgestaltung des Deutschen Reiches mit zu arbeiten.<sup>160</sup>

---

<sup>159</sup> Windthorst im Norddeutschen Reichstag, Berlin, 5. Dezember 1870. Zitiert nach Hüsgen, S. 70.

<sup>160</sup> Vgl. Windthorst an Joseph Edmund Jörg, Berlin, 22. Januar 1871; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 303.





## 4. Antagonist des bismarckschen Reiches

### 4.1. Eine unvollendete Volkspartei

#### 4.1.1. Die Gründungsphase

Für die Zentrumsfraktion im preußischen Abgeordnetenhaus hatte Hermann von Mallinckrodt im Mai 1862 bereits einen Programmentwurf geschrieben, in dem ein Staat mit christlichen Grundsätzen, die Freiheit und die Rechte des Individuums und die Nichtauflösung des Deutschen Bund gefordert wurde. Bei dieser Fraktion handelte es sich aber im Prinzip mehr um eine lockere Vereinigung als um eine Partei im heutigen Sinne.<sup>1</sup> Nach Beendigung des kirchenpolitischen Auseinandersetzungen um die sogenannten Raumerschen Erlasse in den 50er Jahren und der Unentschlossenheit in der Frage der Heeresverstärkung und des Budgetrechtes Anfang der 60er Jahre, spielte sie im Grunde keine wichtige politische Rolle mehr.<sup>2</sup>

Mit der Gründung einer effektiver organisierten katholischen Partei befasste man sich in der ersten Sitzung des unter der Leitung des Fürsten Löwenstein neugegründeten "Zentralkomitees der Katholischen Vereine Deutschlands" im September 1868.<sup>3</sup> Und im Hinblick auf die Wahlen 1870 für das preußische Abgeordnetenhaus forderten prominente Katholiken wie Peter Reichensperger verstärkt die Gründung einer solchen Partei:

*"Die katholische Bevölkerung Preußens aber kann eines solchen Vereinigungspunktes um so weniger entbehren, als sie an sich nur eine Minorität darstellt und nicht bloß ihre staatsbürgerlichen Rechte und Interessen, sondern überdies ihre vielfach angegriffe-*

---

<sup>1</sup> Vgl. Programmentwurf Hermann von Mallinckrodt für die Zentrumsfraktion, Mai 1862; in: Manfred Görtemaker, Deutschland im 19. Jahrhundert, Entwicklungslinien (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 274), 5. Auflage, Bonn 1996, S. 261. Vgl. auch Ute Schmidt, Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 51), Opladen 1987, S. 62.

<sup>2</sup> Vgl. Jürgen Herres, Städtische Gesellschaft und katholische Vereine im Rheinland 1840-1945, Essen 1996, S. 358 und Karl-Egon Lönne, Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1986, S.127.

<sup>3</sup> Vgl. Christoph Weber, "Eine starke, enggeschlossene Phalanx", Der politische Katholizismus und die erste deutsche Reichstagswahl 1871 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 35), Essen 1992, S. 14.

*ne und bedrohte kirchliche Freiheit und Lebensbetätigung ernstlich zu verteidigen hat.*<sup>4</sup>

Im Sommer 1870 begann Savigny mit seiner Arbeit an einem politischen Programm,<sup>5</sup> dessen erster Entwurf einigen Katholiken, die sich in erster Linie nur mit kirchenpolitischen Fragen auseinandersetzen wollten, allerdings zu umfassend war. So schrieb der Domkapitular in Münster, Joseph Giese, an Savigny, dass die Katholiken seines Erachtens viel geschlossener zusammenstehen würden, wenn man sich verstärkt mit religiösen Fragen befassen und *"die politischen Fragen nicht vor ein größeres Publikum bringen"*<sup>6</sup> würde. Einige Wochen vor den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus und vor dem Hintergrund des deutsch-französischen Krieges, trafen sich in Soest führende katholische Politiker zur Beratung eines Wahlprogramms. In diesem sogenannten Soester Programm vom 28. Oktober 1870 überarbeitete man einen von Savigny handschriftlich formulierten Entwurf.<sup>7</sup> Von den 52 Unterzeichnern des Soester Programms hatten acht Unterzeichner adlige Namen, elf entstammten bürgerlichen Berufen und der Landwirtschaft, weitere acht besaßen gehobene bürgerliche Berufe. Auch 21 Geistliche hatten das Soester Programm unterschrieben, was den Eindruck bestätigte, dass es sich um eine konfessionelle katholische Gruppierung handelte.<sup>8</sup>

Während die ersten Punkte des Programms - Anerkennung des Königs als gottgewollte Obrigkeit, Forderung nach Selbständigkeit der Kirche, Parität der Glaubensbekenntnisse und konfessioneller Schulen -, befürwortet wurden, trafen die Forderung nach Erhalt der Unabhängigkeit und der freien Selbstbestimmung der Bundesstaa-

---

<sup>4</sup> Schreiben Peter Reichenspergers an die "Kölnische Volkszeitung", 11. Juni 1870; in: Ludwig Bergsträsser (Hrsg.), Der politische Katholizismus. Dokumente seiner Entwicklung (Der deutsche Staatsgedanke, Zweite Reihe: Die Parteien und der Staat III), 2 Bde., München 1921/23, Bd. 2, S. 25.

<sup>5</sup> Vgl. Willy Real (Hrsg.), Katholizismus und Reichsgründung. Neue Quellen aus dem Nachlaß Karl Friedrich von Savignys (Quellen und Forschungen aus dem Gebiet der Geschichte, Neue Folge, Heft 11), Paderborn/München/Wien/Zürich 1988, S. 34.

<sup>6</sup> Johannes Giese an Savigny, Münster, 21. Juni 1870; in: Ebd., S. 119.

<sup>7</sup> Vgl. Savignys Bleistiftnotiz über das Wahlprogramm, o.D., vermutlich Sommer 1870; in: Ebd., S. 111ff. Das Soester Programm vom 28. Oktober 1870; in: Bergsträsser, Bd. 2, a.a.O., S. 27f.

<sup>8</sup> Vgl. Heinz Hürten, Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800-1960, Mainz 1986, S. 139.

ten, die Forderung nach einer föderativen Organisation des Reiches und die Dezentralisierung der Verwaltung auf Grundlage der politischen Kooperationen in Gemeinden, Kreisen und Provinzen, die Einschränkung des Militäretats und Ansätze einer Sozialstaatlichkeit nicht auf generelle Zustimmung. Die ersten Punkte des Programms wurden in einer Reihe von Wahlaufrufen katholischer Kandidaten übernommen und in die Öffentlichkeit gebracht.<sup>9</sup> Bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus wurden in katholischen Gebieten schließlich eine Reihe von Abgeordneten wie Savigny, Mallinckrodt, Reichensperger und Schorlemer-Alst gewählt, die das Programm unterschrieben hatten.<sup>10</sup> Im Dezember 1870, während der Verhandlungen im Reichstag über die Versailler Vorlagen, luden Karl Friedrich von Savigny, Peter Reichensperger u.a. die katholischen Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses zu gemeinsamen Besprechungen ein, um die Partei zu gründen. Ein vorbereitendes Gremium schlug den Namen "Fraktion des Zentrums" vor, und am 13. Dezember fanden sich erstmals rund vierzig Teilnehmer zur Sitzung zusammen. Nicht alle katholischen Abgeordneten schlossen sich der Zentrumsfraktion an. Einige waren der Ansicht, man solle von der Gründung einer derartigen Partei absehen und sich je nach politischer Grundrichtung den verschiedenen Fraktionen anschließen.<sup>11</sup>

August Reichensperger klagte über die Schwierigkeiten, Statuten für eine preußische Zentrumsfraktion zu entwerfen. Aufgrund der unterschiedlichsten politischen Schattierungen, mussten viele Rücksichten genommen werden, damit eine solche Partei nicht auseinanderfalle. Neben Auseinandersetzungen der politischen Ausrichtung war ein Streitpunkt die Behandlung der Fragen, die in engem Zusammenhang mit der päpstlichen Politik standen. Über die finanziellen Belange des Kirchenstaates hinaus, begannen die Abgeordneten über die Frage der päpstlichen Unfehlbarkeit zu diskutieren. Besonders die akademisch gebildeten und liberalen

---

<sup>9</sup> Vgl. Wahlaufruf zu den Neuwahlen des preußischen Abgeordnetenhauses 1870; in: Bergsträsser, Bd. 2, S. 29ff.

<sup>10</sup> Vgl. Hans-Georg Aschoff, Rechtsstaatlichkeit und Emanzipation. Das politische Wirken Ludwig Windthorst's (Emsland/Bentheim, Beiträge zur neueren Geschichte, Bd. 5), Sögel 1988 (im folgenden angegeben als: Aschoff, Rechtsstaatlichkeit), S. 59.

<sup>11</sup> Vgl. Hürten, a.a.O., S. 140.

Katholiken waren zurückhaltend, diesen Schritt der Gesamtkirche zu unterstützen. Die kirchlichen Oberen maßregelten die Gegner mit kanonischen Strafen, wie z.B. der Exkommunikation und Amtsenthebung, von denen auch Lehrer und Professoren an staatlichen Schulen betroffen waren. Die staatlichen Stellen weigerten sich wiederum, die Betroffenen aus ihren Ämtern zu entfernen, mit der Begründung, dass es sich um staatliche Bedienstete handele.<sup>12</sup> In der Sitzung des Zentrums vom 9. Januar 1871 unterbreitete Freiherr von Loe den Vorschlag, eine Interpellation an die königliche Staatsregierung zu richten, ob und was die Regierung zum Schutz des Papstes zu tun gewillt sei. Loe begründete seinen Vorschlag mit dem Wunsch der Katholiken, Klarheit über die Absichten der Staatsregierung zu bekommen. Während der Diskussion in der Fraktion äußerte Peter Reichensperger seine Bedenken gegen diesen Vorschlag. Eine Majorität für diese Sache sei nicht zu erwarten und würde im Gegenteil nur politischen Schaden anrichten. Die Fraktion stellte die Angelegenheit zurück und beschloss, an einer gemeinsamen Adresse des Reichstages an Wilhelm I. mitzuarbeiten und die eigenen Vorstellungen hinsichtlich der Frage um die Stellung des Papstes dort einfließen zu lassen. Als man aber die Interessen nicht genügend berücksichtigt fühlte, beschloss das Zentrum, eine eigene Adresse zu entwerfen.<sup>13</sup>

#### 4.1.2. Windthorsts Positionierung

Windthorst selber betonte in späteren Aussagen immer wieder, dass er bei der Gründung des Zentrums keine entscheidende Rolle gespielt habe und dass die Gründer des Zentrum bereits vorher zusammengetreten waren, als er noch keiner Fraktion angehörte.

---

<sup>12</sup> Vgl. Matthias Martin, *Der katholische Weg ins Reich. Der Weg des deutschen Katholizismus vom Kulturkampf hin zur staatstragenden Kraft* (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 799), Frankfurt a. M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1998, S. 85.

<sup>13</sup> Vgl. Sitzung der Fraktion des Zentrums (Verfassungspartei) am 9. Januar 1871, Stube Nr. 13 des Abgeordneten-Hauses, Sitzung der Fraktion des Zentrums (Verfassungspartei) vom 18. Januar 1871 und Verhandelt, Berlin, 2. Februar 1871; in: Nachlass Karl Friedrich von Savigny, I. HA, Rep. 92, Savigny, Nr. 172/IX, Nr. 172/XII und Nr. 172/XVII. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

Man hätte ihn erst später eingeladen. Erst nachdem man sich auf den Zusatz Verfassungspartei geeinigt habe, und nach einem förmlichen Brief mit der Bitte, der Partei beizutreten, habe er den Beitritt vollzogen.<sup>14</sup>

In der Presse registrierte man das anfängliche Zögern und war *"gespannt, ob der alte Windthorst, der ganz der Mann"* dazu sei, *"diese Sorte von Patrioten zu führen"*, in diese neue Fraktion *"eintreten oder nach wie vor seine eigene Fraktion bilden"*<sup>15</sup> würde. Trotz der öffentlichen Zurückhaltung und trotz Windthorsts Beteuerungen, bei der Gründung keine große Rolle gespielt zu haben, war Windthorst prädestiniert, Einfluss zu nehmen, denn bereits im Norddeutschen Bund pflegte er Kontakte mit Gleichgesinnten aus den Süddeutschen Staaten. Seit Mitte 1870 hatte sich auch Windthorsts Kontakt zu Savigny und August Reichensperger, dem er bereits am 29. Juni 1870 schrieb, dass er versucht habe, die Bischöfe von der Wichtigkeit der Wahlen zum Abgeordnetenhaus zu überzeugen, intensiviert. Er bewertete ein gemeinsames Wahlprogramm als gut für die Katholiken. Die Angelegenheiten könnten keine vorteilhafte Entwicklung nehmen, *"wenn nicht ein starker Haufen tactfester Katholiken gewählt"*<sup>16</sup> würde. Hinsichtlich der Namensgebung der neuen Partei stimmte Windthorst August Reichensperger zu, der vorschlug, die Partei Fraktion des Zentrums zu nennen, hatte aber auch keine Bedenken gegen das Wort katholisch im Namen, denn die Politik sei *"von der katholischen Überzeugung untrennbar"*.

---

<sup>14</sup> Vgl. Ludwig Windthorst, *Ausgewählte Reden des Staatsministers a.D. und Parlamentariers Dr. Ludwig Windthorst*, gehalten in der Zeit von 1851-1891, 3 Bde., Bd. 2, Osnabrück 1902, S. 43. Vgl. Aschoff, *Rechtsstaatlichkeit*, a.a.O., S. 61. Anderson vermutet, dass es falsch wäre anzunehmen, Windthorst wäre, obwohl er an Savignys Gründungsbesprechung am 13. Dezember 1870 teilnahm, bei Gründung des Zentrums maßgeblich in den Vordergrund getreten. Hierfür habe es andere Persönlichkeiten wie Ketteler, Schorlemer-Alst, Reichensperger, Savigny und Mallinckrodt gegeben. Vgl. Margaret Lavinia Anderson, *Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 14), Düsseldorf 1988, S. 137f.

<sup>15</sup> Aus einem Artikel der "Berliner Tribüne", 16. Dezember 1870. Zitiert nach Anderson, a.a.O., S. 138f.

<sup>16</sup> Windthorst an August Reichensperger, Hannover, 29. Juni 1870; in: Ludwig Windthorst, *Briefe*, 2 Bde., Bd. 1, 1834-1880, bearbeitet von Hans-Georg Aschoff und Heinz-Jörg Heinrich (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Band 45), Paderborn/München/Wien/Zürich 1995 (im folgenden als: Windthorst, *Briefe 1834-1880*), S. 285.

Auch die evangelische Partei existiere *"trotz aller Floskeln"*<sup>17</sup>. Bereits am 19. Dezember ließ er sich bei der provisorischen Abstimmung mit Savigny und von Schorlemer-Alst mit absoluter Mehrheit in den Vorstand wählen.<sup>18</sup> Einen Tag später wurde er in diesem Amt bestätigt und arbeitete an der innerparteilichen Organisation sowie der taktischen Ausrichtung des Zentrums für das Abgeordnetenhaus und den Reichstag mit. Er setzte sich von Beginn an für eine verstärkte Einbeziehung des Klerus bei der Vorbereitung der Wahlen ein. Die Tätigkeit des Klerus hätte den politischen Katholiken *"zu besseren Erfolgen verholfen"*. Die kirchliche Organisation sei die *"gegebene Maschinerie."* Auch in der Zukunft müsse es mit ihrer Hilfe *"mit fliegenden Fahnen zur Walurne gehen."*<sup>19</sup>

Die Tatsache, dass Windthorst sich bei der Gründung der Partei öffentlich zurückhielt, war taktischer Natur. Als politische Belastung wog die Tatsache, dass er ehemaliger hannoverscher Staatsmann war und sich nach wie vor der hannoverschen Gesellschaft und dem hannoverschen Staat verbunden fühlte. Bismarck hatte Georg V. in der Öffentlichkeit diskreditiert. Alle die dem ehemaligen hannoverschen König nahe standen, gerieten zumindest indirekt in den Verdacht des Landesverrates. Als man am 6. Januar 1871 einen Neujahrsglückwunsch von Seiten der Fraktion an Wilhelm I. richten und hierfür die Mitarbeit Windthorsts in Anspruch nehmen wollte, lehnte Windthorst eine Beteiligung daran aus politischer Vorsicht ab und schlug vor, hierfür Vertreter aus den alten preußischen Provinzen zu nehmen.<sup>20</sup> Später musste Windthorst die Partei immer wieder als Partei ohne welfischen Einfluss und staatsfeindliche Absichten verteidigen. Diese Vorwürfe standen fast immer in einem engen Zusammenhang mit seiner Person. Einige seiner Gegner glaubten,

---

<sup>17</sup> Windthorst, Berlin, Englisches Haus, 14. Dezember 1870, abends 7.45; in: Nachlass Karl Friedrich von Savigny, I. HA, Rep. 92, Savigny, Nr. 172/II. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin. Auf welche Partei Windthorst sich hierbei bezog, geht nicht aus der Aussage hervor. Es könnte sich um die mehrheitlich protestantische Nationalliberale Partei, eher aber um die von protestantischen Junkern dominierte Konservative Partei gehandelt haben.

<sup>18</sup> Vgl. Berlin, Abgeordnetenhaus 13, 19. Dezember 1870; in: Ebd., Nr. 172/V.

<sup>19</sup> Windthorst, Berlin, Abgeordnetenhaus Nr. 13, 20. Dezember 1870; in: Ebd., Nr. 172/VI.

<sup>20</sup> Vgl. Windthorst, Berlin Abgeordnetenhaus Nr. 13, 6. Januar 1871; in: Nachlass Karl Friedrich von Savigny, I. HA, Rep. 92, Savigny, Nr. 172/VII. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

dass er als Anhänger des Welfenstaates die Zerstörung des Reiches plane. Was Windthorst dazu bewog, Mitglied des Zentrums zu werden war sicherlich seine Zugehörigkeit zum Katholizismus, der einen großen Teil seiner Identität ausmachte. Windthorst gehörte aber in seiner Kombination aus Welfentum, Katholik, Rechtsstaatler, Parlamentarier und Föderalist zu den Antagonisten des neuen bismarckschen Reiches. Den Eingriff des bismarcksch-preußischen Machtstaates wollte er nicht nur bezüglich der Kirche oder der Schulpolitik verhindern. Er wollte zu jeder Zeit und mit seiner ganzen Kraft *"allen Versuchen entgegenzutreten, die von der Staatsomnipotenz"*<sup>21</sup> unternommen würden. Und diese Staatsomnipotenz wurde für ihn von Bismarck repräsentiert. Alles andere als das Bekenntnis zum neuen Staat wäre für Windthorst aber nicht in Frage gekommen. Er war politischer Realist und kein Revolutionär. Trotzdem fühlte er sich immer wieder genötigt, sich gegen die Vorwürfe seiner Gegner zu verteidigen und ließ bis in sein hohes Alter nicht davon ab, zu betonen, dass er sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt habe.

#### 4.1.3. Die klerikale Partei

Während der Reichstagswahlen wurden die Katholiken in bischöflichen Erlassen und in Aufrufen politischer Vereinigungen aufgefordert, nur solche Kandidaten zu wählen, welche die Ansichten der im preußischen Abgeordnetenhaus bereits bestehenden Partei des Zentrums teilten und eine ähnliche Partei auch im Reichstage zu bilden bereit seien. Die Geistlichen wurden aufgefordert, sich an den Wahlen zu beteiligen und darauf einzuwirken, dass alle Gläubigen *"überzeugt und veranlasst"* würden, sich ebenso *"pflichtgemäß und ohne Ausnahme zu beteiligen"*<sup>22</sup>. Nach dem ersten Wahlgang erschien in den Breslauer Hausblättern ein Bericht, in dem man darlegte, dass die Katholiken zusammen mit den Konservativen eine

---

<sup>21</sup> Rede Windthorst vor dem Deutschen Reichstag, Berlin 3. April 1871; in: I. HA, Rep. 84a, Nr. 6235, Blatt 511. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>22</sup> Aufruf Melchers zu der bevorstehenden Wahl, Köln, 23. Januar 1871; in: Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln, 1. Februar 1871, Jahrgang XX, 3, S. 11.

überragende Rolle spielen würden. Man errechnete das Verhältnis von Zentrum und Konservativen gegen Liberale mit 200 : 130. Selbst ohne den Beistand der Welfen und Polen werde das Zentrum auch alleine eine der mächtigsten Parteien bilden.<sup>23</sup> Aber bereits nach den Stichwahlen wurden diese Stimmen verhaltener. Eine ganze Reihe von katholischen Kandidaten hatten sich dem Zentrum noch nicht angeschlossen, die Konservativen waren nicht so stark wie erwartet und die Nationalliberalen wurden mit fast 31 % und 125 Mandaten die stärkste Fraktion. Das Zentrum stellte mit 19 % und 61 Mandaten zwar immer noch die zweitstärkste Fraktion, einige Katholiken verfielen aber trotz dieses im Grunde guten Wahlergebnisses in eine regelrechte Panikstimmung.<sup>24</sup>

Am 21. März 1871 eröffnete Kaiser Wilhelm I. den ersten deutschen Reichstag. In der Beratung der Dankesadresse an den Kaiser trat der Konflikt zwischen Zentrum und anderen politischen Gruppierungen in der italienischen Frage deutlich hervor. Von der Mehrheit des Hauses wurde eine Nichtintervention in der römischen bzw. italienischen Frage gefordert. Das Zentrum wollte diesem Grundsatz nicht zustimmen und brachte nun einen Antrag ein, der eine Alternative zur Antwort auf die Thronrede darstellen sollte. Von nationalliberaler und kleindeutscher Seite wurde man daraufhin scharf angegriffen. Während der sogenannten Adressdebatte im Reichstag verhärteten sich die Gegensätze. Durch seine Haltung in der Frage der territorialen Herrschaft des Papstes, würde das Zentrum *"die religiösen Kämpfe auf die politische Arena bringen"*<sup>25</sup>. Die eigentliche Gründungsmotivation der Partei sei, für die weltliche Macht des Papstes zu intervenieren. Als Beispiel hierfür wurde ein Schreiben des Domkapitels in Elbing, u.a. unterschrieben von Dr. Mofang, angeführt, in dem die Zentrumsmänner nachdrücklich aufgefordert wurden, sich für die weltliche Macht des Papstes einzusetzen.<sup>26</sup> Die Partei sei daher nur ein Werkzeug des internationalen Katholizismus:

---

<sup>23</sup> Vgl. Weber, a.a.O., S. 123f.

<sup>24</sup> Vgl. ebd., S. 124, Anm. 76.

<sup>25</sup> Der Abgeordnete von Blanckenburg vor dem Deutschen Reichstag, 3. April 1871; in: I. HA, Rep. 84a, Nr. 6235, Blatt 513. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>26</sup> Vgl. Nordeck zur Rabenau vor dem Deutschen Reichstag, 3. April 1871; in: Ebd., Blatt 520f.



"Sie werden nicht Centrum heißen, sondern Klerikale."<sup>27</sup> Auch Politiker, wie z.B. Otto und Ludolf Camphausen, die nur wenige Jahre zuvor noch einen Beitritt in das Zentrum erwogen hatten und glaubten, dass die religiösen Auseinandersetzungen keine bedeutende Rolle mehr spielen, die Ultramontanen zurückgedrängt würden und das Zentrum dann eine politische Alternative darstellen könnte, gingen nun davon aus, dass sich in der neuformierten Partei die Ultramontanen endgültig durchgesetzt hätten.<sup>28</sup> Eng verknüpft mit dem Vorwurf, die Interessen des Papstes zu vertreten, war auch der nicht von der Hand zu weisende Eindruck, das Zentrum stifte durch seine Italienpolitik Unruhe und arbeite berechnend gegen das neue Reich. Im Gegensatz zu Bachems Angaben, das Zentrum habe nicht von einer militärischen Operation in Italien gesprochen,<sup>29</sup> haben August Reichensperger und Ketteler eine solche Intervention zwar nicht direkt gefordert, aber darauf hingewiesen, dass sie eine solche Intervention nicht ablehnen würden.<sup>30</sup> Beobachter resümierten, dass selbst Österreich geschweige denn andere Staaten dem Wunsch der Zentrumsmitglieder nachkommen könnten, sich in die italienische Politik einzumischen, und dass es keineswegs möglich sei, die Wiederherstellung des Kirchenstaates durch Konferenzen durchzusetzen. Man warf Männern wie Windthorst, Reichensperger und Ketteler vor, dass ihre Forderung zu erheblichen Spannungen mit Italien führen müsste und entweder eine *"diplomatische Niederlage oder den Krieg zur Folge haben müsste"*. Ein Krieg hätte dann *"fast mit Sicherheit eine europäische Coalition"*<sup>31</sup> provoziert. Was, so konnte man im Anbetracht solcher Gedanken fragen, war ein Bekenntnis des Zentrums zu Kaiser und Reich wert, wenn man das Reich mit seiner Forderung in außenpolitische Schwierigkeiten brachte und damit seine Existenz gefährdete?

Obwohl es sich bei der Forderung nach päpstlicher Unabhängigkeit um einen bekannten Wunsch handelte und diese Frage schon immer

---

<sup>27</sup> Der Abgeordnete von Blanckenburg vor dem Deutschen Reichstag, 3. April 1871; in: Ebd., Blatt 513.

<sup>28</sup> Vgl. Ludolf an Otto Camphausen, Rüngsdorf, 15. März 1871; in: Nachlass Ludolf Camphausen, 1023 L 1054, S. 5. Historisches Archiv der Stadt Köln.

<sup>29</sup> Karl Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrums-partei 1815-1914, Bd. 3, Köln 1927, S. 197, Anm. 2.

<sup>30</sup> Vgl. Weber, S. 30.

<sup>31</sup> Artikel aus der "Magdeburger Zeitung", 4. April 1871. Zitiert nach ebd., S. 33.

unter den Katholiken und auch im preußischen Episkopat diskutiert worden war, handelte es sich um einen schwerwiegenden taktischen Fehler, diesen Wunsch in der doch durchaus kritischen Gründungsphase des Reiches vor das Parlament zu bringen. Das *"schwarze Centrum"*, so urteilte Ludolf Camphausen, war durch diese Forderung schon recht früh in die Lage gebracht worden, *"für die unhaltbarste seiner Positionen zu kämpfen."*<sup>32</sup> Die Zentrums Politiker hätten wissen müssen, dass die demonstrative Parteinahme für den Kirchenstaat das Reich in Gegensatz zum neuen Italien gebracht, dort die profranzösischen Kräfte gestärkt und damit im Resultat eine *"allianzähnliche Zusammenarbeit mit Frankreich gefördert hätte"*<sup>33</sup> und ihre Forderung daher in Deutschland auf erheblichen Widerstand stoßen musste. Bemerkenswert ist, dass gerade ein so erfahrener Politiker wie Windthorst die Forderung des Zentrums nicht aus taktischen Überlegungen entschärft hat. Wie wichtig Windthorst der Wunsch nach einem päpstlichen Territorium war oder ob er an dessen politische Durchsetzbarkeit überhaupt glaubte, ist nicht genau zu klären. Nach außen aber vertrat er die Forderung und verschärfte durch seine Argumentation die Diskussion. In seiner Rede während der Adressdebatte sprach er nicht von einer italienischen Nation sondern von Italienern, die entweder im Kirchenstaat oder in den anderen Staaten Italiens wohnhaft seien. Er hob hierbei auch die Vorzüge des 1815 gegründeten Deutschen Bundes hervor. Damals sei die ganze deutsche Nation in diesem Bund vertreten gewesen, *"während heute nicht die ganze deutsche Nation darin ist."* In diesem Zusammenhang kritisierte er die preußische Polenpolitik. Das polnische Volk sei ein Volk *"mit reicher Geschichte und großen Taten"*<sup>34</sup>. Windthorst warf die Frage auf, was wäre, wenn die Polen einen eigenen Staat fordern würden. Windthorst hatte nicht nur die Begrenzung, sondern im Grunde die Berechtigung des gesamten Deutschen Reiches öffentlich in Frage gestellt. Derartige Formulie-

---

<sup>32</sup> Ludolf an Otto Camphausen, Rüngsdorf, 30. März 1871; in: Nachlass Ludolf Camphausen, 1023 L 1055, S. 3. Historisches Archiv der Stadt Köln.

<sup>33</sup> Ernst Engelberg, Bismarck: Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990, S. 118.

<sup>34</sup> Rede Windthorsts im Reichstag, 30. März 1871. Zitiert nach Paul Colonge, Windthorst und der deutsche Nationalstaat; in: Ludwig Windthorst, 1812-1891, Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, hrsg. vom Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 1991, S. 67f.

rungen waren besonders geeignet, Bismarck herauszufordern, denn sie vermittelten den Eindruck, dass man es von Seiten des Zentrums auf die Niederlage und Zerstückelung des Reiches abgesehen hatte. Obwohl aber Windthorsts Rede im Grunde ein Affront gegen Bismarcks Politik war - selbst die zentrumsfreundliche Zeitung aus Aachen, *Echo der Gegenwart*, kritisierte Windthorsts Aussagen - blieb der Reichskanzler zurückhaltend.<sup>35</sup> Trotz aller Vorbehalte und Antipathien gegenüber den sogenannten Ultramontanen betrachtete er das Zentrum offensichtlich noch als potentiellen Verbündeten. Anfangs habe er erwartet, dass sich die neue Partei, wenn sie auch katholisch gefärbt sei, dem konfessionellen Gegensatz nicht jeden politischen Grundsatz unterordnen würde und der Reichregierung auf konservativer Grundlage eine Unterstützung bieten könnte, schrieb Bismarck noch im April 1871.<sup>36</sup> Dass er in Windthorst keinen Verbündeten finden konnte, war ihm allerdings schon lange bewusst. Windthorst verfolgte weiter seine eingeschlagene Politik hinsichtlich der Frage nach der territorialen Unabhängigkeit des Papstes. Unter anderem sprach er von einer möglichen und zu erwartenden diplomatischen Intervention der katholischen Mächte Europas. Er hielt es für erforderlich, dass die Katholiken nicht aufhören sollten, dem Wunsch nach Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes immer neuen Ausdruck zu verleihen. Aber er versuchte, Petitionen für den Heiligen Vater direkt an den Reichstag zu unterbinden, da er diese für inopportun hielt. Es könne sich nur eine feindselige Stimmung bei erneuten Beratungen Luft machen. Seinem taktischen Vorgehen entsprach es, an die Regierungen und die Fürsten stetig in periodischer Reihenfolge Petitionen zu senden.<sup>37</sup> Obwohl das Zentrum schließlich die Verfassung nicht ablehnte, war während der Adressdebatte das Misstrauen der Liberalen gegen die neue Partei noch größer geworden. Es erhärtet sich die schon

---

<sup>35</sup> *"Es gibt unter den Katholiken Heißsporne, die da wünschen, Deutschland möge sich nach kaum beendigtem Kriege in einen neuen Krieg gegen Italien stürzen"*. Aus einem Artikel der Aachener Zeitung *"Echo der Gegenwart"*, 18. Juli 1871. Zitiert nach Weber, S. 34, Anm. 69.

<sup>36</sup> Vgl. Erlaß an den Gesandten in München Freiherrn von Werthern, Berlin, 17. April 1871; in: Otto von Bismarck, *Die gesammelten Werke*, hrsg. und bearb. von Willy Andreas, Werner Frauendienst, Hermann von Petersdorff u.a., 15 Bde., Berlin 1923-1935 (im folgenden angegeben als: GW), Bd. 6c, S. 3.

<sup>37</sup> Vgl. Windthorst an Albert Ludwig von Halza-Radlitz, Berlin, 4. Mai 1871; in: Windthorst, *Briefe 1834-1880*, a.a.O., S. 308.

verbreitete Meinung, dass das Zentrum ein prinzipieller Gegner des neuen Reiches sei.<sup>38</sup> Als Peter Reichensperger die Presse-, Vereinigungs-, Versammlungsfreiheit und Autonomie der Kirchen forderte, betrachteten die Liberalen plötzlich diese Grundrechte der preußischen Verfassung von 1850 als "*Trojanisches Pferd*"<sup>39</sup>, mit dem die Katholiken unter dem Vorwand der persönlichen Freiheiten des Einzelnen die Gewalt im Staate an sich reißen wollten. Bebel griff diese Argumentation der Liberalen an und klagte, dass man es mit dem Freiheitsbegriff anscheinend nicht so genau nehme und dass die Streitigkeiten über Religion einen übermäßig großen Raum einnehmen.<sup>40</sup>

Hinsichtlich der Haltung der Liberalen gegen das Zentrum ist auch zu bedenken, dass über die vorhandenen politischen Differenzen zwischen kleindeutschem Liberalismus und katholischer Anschauung auch Ängste liberaler Politiker über den Wahlausgang eine Rolle gespielt haben. Nicht nur während der Wahlen in den Süddeutschen Ländern zum Zollparlament hatte man gesehen, dass es einen starken Widerstand gegen die nationalliberale und bismarcksche Deutschlandpolitik gab. 1870/71, durch eine Partei, die diese Stimmen der Gegner offensichtlich sammelte, wurde man auch in bisher sicher geglaubten Wahlkreisen attackiert. Ein Beispiel hierfür ist der Wahlkreis Krefeld.<sup>41</sup> Zur Reichstagswahl stellte sich August Reichensperger als Zentrums kandidat. Ihn betrachtete man als einen Eindringling in die bestehende Ordnung. Es war die Angst der liberalen Eliten vor einer politischen Ablösung, die im Falle Krefelds tatsächlich stattfand. Im Wahlkampf warf der liberale Kandidat Seyffardt Reichensperger vor, hinter sich die politisch Unzuverlässigen zu sammeln, jene die bis dato politisch noch nicht in Erscheinung getreten waren, jetzt aber durch ihre Führer dazu aufgefordert wurden, die es für günstig hielten, für "*ihre Sonder-Anschauungen*

---

<sup>38</sup> Vgl. Lothar Gall, Bismarck. Der weisse Revolutionär, Taschenbuchausgabe, Berlin 1997, S. 547. Vgl. hierzu auch Anderson, S. 152.

<sup>39</sup> Anderson, S. 152.

<sup>40</sup> Vgl. Der Abgeordnete Bebel vor dem Deutschen Reichstag, 3. April 1871; in: I. HA, Rep. 84a, Nr. 6235, Blatt 521. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>41</sup> Hierzu auch Ludolf von Camphausen, der über die Stärke des Zentrums in Köln anmerkte: "*Hätten in Köln Nationalliberale und Fortschrittler sich geeinigt, würden sie dennoch unterlegen sein.*" Ludolf an Otto Camphausen, Rüngsdorf, 15. März 1871; in: Nachlass Ludolf Camphausen, 1023 L 1054, S. 5. Historisches Archiv der Stadt Köln.

und Sonder-Interessen zu werben."<sup>42</sup> Das nach Seyffardt bis zu diesem Zeitpunkt gute Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten wurde empfindlich gestört. Katholikenfeindlich wurde im Wahlkampf nun nach Ansicht Seyffardts von den Zentrumskandidaten *"alles genannt, [...] was nicht zur neuen ultramontanen Fahne schwor"*<sup>43</sup>. Hierbei sei es nicht von Bedeutung, ob der Gegner katholisch oder protestantisch sei. Das Zentrum sei eine klerikale Partei, denn es sei die römische Geistlichkeit, die *"mit rücksichtsloser Energie"* an der Zerstörung des Vaterlandes arbeite. Sie *"wühle und stimme gegen das wiedergewonnene Deutsche Reich."*<sup>44</sup> Man wolle dem Staat *"alle erdenklichen Hindernisse"* bereiten und *"österreichische und großdeutsche Sympatien"* pflegen. Dafür trage man konfessionelle Streitigkeiten aus und trage sie in politische Gebiete hinein *"wo sie unbedingt nicht hingehören."*<sup>45</sup> Reichensperger, *"diesen jesuitischen Pfaffenknecht"*<sup>46</sup>, galt es zu besiegen. Trotz aller Versuche der Liberalen, den Wahlkreis zu gewinnen, gewann Reichensperger in Krefeld. Seyffardt, der schließlich ein Mandat in seinem zweiten Wahlkreis in Magdeburg erhielt, machte für die Niederlage in erster Linie den Einfluss des katholischen Klerus auf die Wähler verantwortlich. Seiner Ansicht nach musste man in Zukunft gegen derartige Beeinflussungen mit gesetzgeberischen Mitteln und Verboten angehen. Der Staat sollte die Geistlichkeit politisch zurechtweisen und ihren Einfluss auf das Wahlvolk unterbinden.<sup>47</sup> Die Frage ob nicht nur die Beeinflussung des Wahlvolks vom Klerus, sondern auch andere politische Gründe und Bedürfnisse zu seiner Niederlage beigetragen haben könnten, analysierte er nicht.

---

<sup>42</sup> Rede von Ludwig Friedrich Seyffardt als Kandidat der liberalen Partei für den ersten deutschen Reichstag in der Parteiversammlung zu Krefeld, 12. Februar 1871; in: Nachlass Ludwig Friedrich Seyffardt, 40/15/387. Stadtarchiv Krefeld.

<sup>43</sup> Ludwig Friedrich Seyffardt, *Erinnerungen*. Als Handschrift gedruckt. Nach dem Tode des Verfassers in seinem Auftrag überreicht, Leipzig 1900, S. 59.

<sup>44</sup> Der königliche Bankdirektor Zuccalmeglio (undat.). Zitiert nach ebd., S. 58.

<sup>45</sup> Rede von Ludwig Friedrich Seyffardt als Kandidat der liberalen Partei für den ersten deutschen Reichstag in der Parteiversammlung zu Krefeld, 12. Februar 1871; in: Nachlass Ludwig Friedrich Seyffardt, 40/15/387. Stadtarchiv Krefeld.

<sup>46</sup> Wunderlich - nach Auskunft des Krefelder Archivs, handelt es sich um den Krefelder Geschäftsmann Bernhard Wunderlich - an Seyffardt, Krefeld, 8. Januar 1871; in: Ebd., 40/15/188.

<sup>47</sup> Vgl. Seyffardt, a.a.O., S. 57ff.

#### 4.1.4. Gründungsmotivationen

Für Weber war die römische Frage die eigentliche Gründungsmotivation für die Partei des Zentrums. Sie zum Sprachrohr und Interessenvertreter des Papstes zu machen, war seiner Ansicht nach auch das vorrangige Ziel Savignys. Weber stützt seine These auf den veröffentlichten Nachlass von Savigny durch Real. Jede Betrachtung sei realitätsfremd, die nicht diese beiden entscheidenden Differenzpunkte bei der Zentrumsgründung erkennt: Wer bereit war für den Kirchenstaat Opfer zu bringen und an die Unfehlbarkeit des Papstes glaubte, war ein Jahr später ein Zentrumsmann.<sup>48</sup> Nicht ein *"nie existierendes Eintrittsverbot gegen Protestanten"* machte das Zentrum zu einer streng konfessionellen Partei, sondern ein *"mit voller Wucht"* und auf Dauer zur Geltung gebrachtes *"Eintrittsgebot an die Katholiken."* Die Aufforderung, jeder Katholik solle einen gesinnungstreuen Zentrumsmann wählen, bewertet Weber als einen Zwang. Wenn bischöfliche Erlasse dem Katholiken vorschreiben durften, wie er zu wählen hatte, dann trat seiner Ansicht nach ein Zustand ein, den man als *"Mediatisierung des katholischen Wählers"*<sup>49</sup> bezeichnen könne.

Obwohl die These Webers sicherlich in der Grundtendenz unterstützt werden kann, werden durch sie viele andere Gründungsmotivationen überdeckt, die erst in einem Zusammenhang sozusagen als ein Motivationskonglomerat zu sehen sind. Über Savigny ließe sich an dieser Stelle anmerken, dass er als Bundeskanzler, und diesbezüglich hatte er sich gegenüber Bismarck geäußert, sicherlich bereit gewesen wäre, die Katholiken hinter sich zu sammeln und unter seiner Obhut dem bismarckschen Reichsgedanken zuzuführen. Ob Savigny ein solches Vorhaben gelungen wäre, ist eine nicht zu beantwortende Frage. In jedem Fall ist seine Gründungsmotivation auch in der verletzten Eitelkeit aufgrund der Ablehnung Bismarcks zu suchen. Savigny war in gewissem Sinne ein Verlierer der neuen Ordnung.

---

<sup>48</sup> Weber, S. 15.

<sup>49</sup> Ebd., S. 37.

Das Zentrum war auch ein Produkt der Vorgeschichte des Kulturkampfes, *"des latenten Kulturkampfes auch vor 1871."*<sup>50</sup> Für die meisten Katholiken haben Bedrohungsängste eine Rolle gespielt. Der ohnehin schon vorhandene Gegensatz zwischen liberaler und katholischer Welt hatte sich in den letzten Jahrzehnten unter dem Einfluss der Wende des Papstes gegen die italienische Nationalbewegung zunehmend verstärkt. Im Deutschen Reich befanden sich die vornehmlich großdeutsch orientierten Katholiken in einer für sie als ungünstig empfundenen Situation. Über die emotionale Gleichsetzung von Protestantismus mit Fortschritt und kleindeutschem Reich, der Gleichsetzung von Katholizismus mit ökonomischer Rückständigkeit, nationaler Unbeständigkeit und geistiger Zurückgebliebenheit hinaus,<sup>51</sup> gab es radikale und drohende Stimmen. So prophezeite die Kreuzzeitung einen *"Religionskrieg", der "vielleicht ebenso blutig"* werden könnte, *"wie vor 200 Jahren der Dreißigjährige Krieg!"*<sup>52</sup> Vom späteren Hofprediger und Reichstagsabgeordneten Adolf Stoecker, Antisemit und konservativer Sozialpolitiker, wurde das neue Deutschland als Heiliges Evangelisches Reich deutscher Nation bezeichnet. Er könne die Spur Gottes von 1517 bis 1871 in dieser Entwicklung sehen. Selbst Bennigsen sprach von einem evangelischen Kaisertum. Auch wenn derartige Aussagen offiziell abgelehnt wurden, so verbarg sich hinter vielen Formulierungen im Prinzip doch die zum damaligen Zeitpunkt weitverbreitete religiös-politische Überzeugung, dass der militärische Sieg Preußens auch

---

<sup>50</sup> Thomas Nipperdey Deutsche Geschichte 1866-1918, 2 Bde., Bd. 2, Machtstaat vor der Demokratie, Broschierte Sonderausgabe, München 1998, S. 338.

<sup>51</sup> Vgl. Horst Gründer, Nation und Katholizismus im Kaiserreich; in: Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, hrsg. von Albrecht Langner (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B: Abhandlungen) Paderborn/München/Wien/Zürich 1985, S. 66. Der Schriftsteller Otto von Corvin, dessen 1845 erschienenes Buch Pfaffenspiegel bis 1912 in der 43. Auflage über 1,5 Millionen mal verkauft wurde, schrieb in seiner Vorrede zur vierten Auflage 1870: *"Für die gebildeten Klassen der Gesellschaft ist überall die Macht des Papstes, sofern sie ihren Glauben betrifft, ein toter Buchstabe; allein diese Macht hat noch immer eine fühlbare praktische Bedeutung, solange das Fundament einigermaßen zusammenhält, auf dem sie erbaut wurde, das ist die Dummheit des Volkes, - oder um es milder auszudrücken, der 'blinde Glaube' des Volkes an ihre Berechtigung."* Otto von Corvin, Pfaffenspiegel, Historische Denkmale des Fanatismus in der römisch-katholischen Kirche, 43. Ausgabe, Berlin 1912, S. 21.

<sup>52</sup> Aus einem Artikel der "Kreuzzeitung" (undat.). Zitiert nach Wilhelm Spael, Ludwig Windthorst. Bismarcks kleiner großer Gegner, Ein Lebensbild, Osnabrück 1962, S. 51.

der Sieg eines protestantischen Prinzips über ein katholisches Prinzip bzw. eines germanischen Geistes über einen romanischen Geist symbolisiere. Durch diese Weltsicht fühlte sich eine große Minorität der Katholiken Deutschlands diskriminiert.

Wehler interpretiert das Zentrum als Verteidiger der überlebten Klassen und argumentiert, dass auf dauerhafte, "*tatkräftige Mithilfe*" bei der Parlamentarisierung oder gar "*der Demokratisierung des Reiches*"<sup>53</sup> mit der Zentrumspartei nicht zu rechnen war. Dieses Argument entspricht nicht den politischen Entwicklungslinien. Das Zentrum bewies nicht erst am Ende des Kaiserreiches und während der Weimarer Republik, dass man bereit war, Verantwortung zu übernehmen und einen Staat demokratisch und parlamentarisch zu organisieren verstand. Das Zentrum besaß eine große soziale Komponente. Wie zum Beispiel in der Stadt Krefeld, in der August Reichensperger mit Ludwig Seyffardt um ein Reichstagsmandat stritt, waren etwa zwei Drittel der Einwohner katholisch, ein Drittel evangelisch zuzüglich etwa 1000 Menoniten und 1000 Juden. Die Katholiken zahlten aber nur ein Drittel der Steuern, und unter den am höchsten besteuerten Bürgern befand sich kein einziger Katholik. In den Händen der nichtkatholischen Oberschicht lag die politische Vertretung.<sup>54</sup> Das Zentrum war von seiner Wählerstruktur eine Partei der Nicht-Besitzenden. Wenn das Zentrum auch auf den ersten Blick überwiegend von Konservativen geführt wurde, so artikulierte sich hier doch auch der Wunsch nach politischer Beteiligung. Im Jahr 1870 entfielen auf die 41 Millionen zählende Bevölkerung Deutschlands mit knapp 15 Millionen 36 Prozent auf die Katholiken.<sup>55</sup> Gemeinsam war ihnen die Unzufriedenheit mit dem bismarckschen Reich, die Angst vor Repressalien, die italienische Frage und die Suche nach der eigenen Identität im Reich. Man erhoffte sich auch eine Verbesserung der eigenen Lebenssituation durch Formierung und Artikulation. Demokratisierung und Parlamentarisierung waren langfristig die notwendige Konsequenz dieses Wunsches. So trug

---

<sup>53</sup> Hans Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich* (Deutsche Geschichte, Bd. 9), 5. Auflage, Göttingen 1983, S. 121f.

<sup>54</sup> Vgl. Hartmut Rössel, Ludwig Friedrich Seyffardt; in: Joachim Lilla (Hrsg.), *Krefelder Abgeordnete. Abgeordnete aus Krefeld in überörtlichen Parlamenten seit 1826 unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Bundestages* (Krefelder Studien, Bd. 12), Krefeld 2000, S. 168.

<sup>55</sup> Vgl. Engelberg, a.a.O., S. 56.



das Zentrum in sich das Bewahren einer Ideen- und Machtstruktur vergangener Jahrhunderte, das Aufbäumen gegen die Moderne und war doch gleichzeitig eine moderne Partei. Als Erich Foerster, der Biograph von Adalbert Falk, schrieb, das Zentrum habe das normale Gleichgewicht zwischen der Rechten und der Linken durcheinander gebracht und einen angemessenen Dialog zwischen den beiden großen berechtigten politischen Grundrichtungen verhindert,<sup>56</sup> spielte für ihn der Begriff Volkspartei noch keine große Rolle. Die beiden großen politischen Grundrichtungen waren die Verbände von Eliten, den Besitzenden und den Gebildeten. Im Zentrum kündigte sich der Übergang in eine neue Zeit an, die Verbindung von Tradition und Moderne. Nach der Reichstagswahl konnten sich nun Teile der Bevölkerung parlamentarisch, wenn auch unter dem Vorzeichen eines ultramontanen Mantels mit oft ultrakonservativen Vertretern, präsentieren. Die Forderung nach dem moralischen und materiellen Wohl aller Volksklassen, war zwar vornehmlich christlich motiviert, bedingte sich so aber auch aus der Wählerschaft. In der Presse stellte man das Zentrum auch aus diesem Blickwinkel oft mit den Sozialdemokraten gleich und bezeichnete es als "Partei Savigny-Bebel" oder "Partei Savigny-Liebknecht".<sup>57</sup>

Die Gründung des Zentrums war trotz dessen konfessionell katholischen Charakters ein Novum in der Parteienlandschaft. Im Parlament hatte es durch seine Heterogenität Anknüpfungspunkte zu jeder politischen Richtung. Von Seiten des Zentrums wurde der Versuch unternommen, Nicht-Katholiken zu gewinnen. Zwar hatten sich bereits im April 1871 Ludwig von Gerlach, der ein Gegner der Bismarckschen Annexionspolitik von 1866 war, und fünf weitere Lutheraner, vornehmlich aus Hannover, als stimmberechtigte Hospitanten der Fraktion angeschlossen, doch der Anteil der protestantischen Mitglieder blieb gering.<sup>58</sup> Hinsichtlich gemeinsamer

---

<sup>56</sup> Vgl. Erich Foerster, Adalbert Falk. Sein Leben und Wirken als preußischer Kultusminister dargestellt auf Grund des Nachlasses und Beihilfe des Generals Adalbert von Falk, Gotha 1927, S. 141. Vgl. hierzu auch David Blackburn, Die Zentrumsparterie und die deutschen Katholiken während des Kulturkampfes und danach; in: Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, hrsg. von Otto Pflanze unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien, Bd. 2), München/Wien 1983, S. 74.

<sup>57</sup> Vgl. A. Reumont, Ludwig Windthorst. Eine Sammlung von Zeit- und Lebensbildern, 3. Heft, Mönchengladbach 1913, S. 37.

<sup>58</sup> Vgl. Anderson, S. 156.

wertekonservativer Punkte wie der Schulfrage bestanden durchaus Gemeinsamkeiten mit konservativen Protestanten. Für gläubige Protestanten war es aber schwer, sich einer Partei anzuschließen, die entgegen der politisch allgemeinen Analyse der internationalen Verhältnisse, im Deutschen Reich vehement ihre Position in der römischen Frage vertrat. Das Zentrum hatte sich so selber in eine taktisch ungünstige Position gebracht. Eine Art christliche Volkspartei war zu diesem Zeitpunkt auch deshalb nicht möglich, weil das Zentrum sich nicht vom Einfluss der katholischen Geistlichen frei machen konnte und wollte. Eine pragmatische Herangehensweise im Umgang mit dem Einfluss des Klerus offenbarte Windthorst. Er wollte sich des Klerus bedienen und sich nicht von ihm bevormunden lassen. Die Mitarbeit des Klerus bei der Organisation der Wahl hielt er für notwendig. Im Sinne Windthorsts brauchte nicht der Klerus das Zentrum, das Zentrum brauchte den Klerus.<sup>59</sup> Mit dieser Taktik, den Klerus als Propagandainstrument zu nutzen, stärkte man aber auch die Bedeutung der katholischen Geistlichkeit.

## 4.2. Der Kulturkampf

### 4.2.1. Erste Maßnahmen

Der Vorwurf, dass von katholischer Seite eine antipreußische und gegen das Deutsche Reich gerichtete Politik betrieben würde, rückte vor den Reichstagswahlen immer mehr in das Zentrum der Auseinandersetzung. Besonders Windthorst wurde angegriffen. Nicht nur kleindeutsch-liberale Gegner, auch Katholiken forderten, Windthorst solle nicht gewählt werden. In der Zeitung "Ems- und Hase- Blätter" und dem "Ling'schen Wochenblatt", beide Zeitungen wurden in seinem Wahlkreis gelesen, sprach man ihm *"ein warmes deutsches Herz"* und ein *"reges Interesse für die Neugestaltung" des "großen Vaterlandes"* ab und forderte, dass es im katholischen Interesse nicht nur geboten sei, einen Mann *"von entschieden kirchlicher Gesin-*

---

<sup>59</sup> Vgl. Windthorst, Berlin, Abgeordnetenhaus Nr. 13, den 20. Dezember 1870; in: Nachlass Karl Friedrich von Savigny, I. HA, Rep. 92, Savigny, Nr. 172/VI. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin. Vgl. auch Windthorst an August Reichensperger, Hannover, 29. Juni 1870; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 285.

nung", sondern auch von *"entschieden deutschem Herzen in den Reichstag zu schicken."*<sup>60</sup> Bismarck selber war nach wie vor zurückhaltend, ließ aber im Juni 1871 durch die "Kreuzzeitung" erklären, die Regierung könne die Führer der Zentrumspartei nicht als ihre Freunde betrachten. Die Partei steigere die vom Kommunismus ausgehende Gefahr für die Gesellschaft und man drohte, dass unter einem *"Bündnis der Schwarzen mit den Roten [...] die Kirche leiden"* werde. Die preußische Regierung könne sich nicht länger auf die Defensive beschränken. Würde der Vatikan seine Beziehungen zum Zentrum nicht abbrechen und weitere Angriffe verhindern, *"lehnt sie die Verantwortlichkeit für die Folgen ab."*<sup>61</sup>

Während sich der Kampf zwischen Zentrumsanhängern und Liberalen in der Publizistik entfaltete, näherten sich Bismarck und die Nationalliberalen hinsichtlich der Kirchenpolitik zusehends an. Bereits Mitte der 60er Jahre war von liberaler Seite die Aufhebung der katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium gefordert worden, die im Jahre 1841 nach den sogenannten Kölner Wirren und nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. ins Leben gerufen wurde und über Jahrzehnte eine Vermittlungsinstanz zwischen kirchlichen und staatlichen Interessen war. Äußerer Anlass für die Auflösung dieser Einrichtung waren Unruhen im oberschlesischen Königshütte. Den Mitgliedern der Abteilung wurde eine pro-polnische Position vorgeworfen. In Posen und Westpreußen würden Deutsche und ganze Ortschaften, die noch eine Generation zuvor amtlich deutsch gewesen wären durch *"die Einwirkung der katholischen Abteilung polnisch erzogen"*<sup>62</sup>. Der Leiter der Abteilung, Geheimrat Adalbert Krätzig, wurde von Bismarck bezichtigt, diese Entwicklung und die Unruhen geschürt zu haben. Krätzigs Posten wurde schließlich mit einem Wartegeld zur Disposition gestellt.<sup>63</sup> Obwohl der Kultusminister von Mühler die Bestimmung durchführte, hatte er

---

<sup>60</sup> Aus Wahlanzeigen und einem Leserbrief in den "Ems- und Hase- Blättern" und dem "Ling'schen Wochenblatt", Februar 1871. Zitiert nach Josef Hamacher, Ludwig Windthorst und das Emsland; in: Ludwig Windthorst, 1812-1891, Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, hrsg. vom Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 1991, S. 85.

<sup>61</sup> Leitartikel in der "Kreuzzeitung", 19. Juni 1871. Zitiert nach Gall, a.a.O., S. 545.

<sup>62</sup> Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Neue Ausgabe, 3 Bde., Stuttgart/Berlin 1921, Bd. 2, S. 150.

<sup>63</sup> Vgl. Engelberg, S. 121.

sich gegen diese Maßnahme gewehrt. Auch der Kaiser selbst stand dem Vorhaben skeptisch gegenüber und Kaiserin Augusta, die später von Bismarck beschuldigt wurde, die katholischen Geistlichen finanziell zu unterstützen, lehnte es gänzlich ab.<sup>64</sup> Dennoch wurde nach königlichem Erlass vom 8. Juni 1871 die katholische Abteilung im Kultusministerium aufgelöst.<sup>65</sup>

Die preußische Regierung unterstützte im innerkatholischen Streit nun auch verstärkt die Altkatholiken, die Gegner des päpstlichen Unfehlbarkeitsdogmas. Im Altkatholizismus sah der spätere preußische Kultusminister Falk ein *"Moment, welches mit den Intentionen der Staatsregierung übereinstimmt"*. Dieses Moment sei *"der Kampf gegen Rom"*<sup>66</sup>. Man hoffte, dass sich die altkatholische Bewegung zu einer vom Papst unabhängigen Nationalkirche entwickeln würde. Als man von Seiten des papsttreuen Klerus begann, altkatholisch gebliebene Lehrer zu exkommunizieren - auch der Kirchenhistoriker Ignaz von Döllinger war im April 1871 exkommuniziert worden - und ihnen die kirchlichen Lehraufträge entzog, weigerten sich die staatlichen Stellen, die Betroffenen aus ihren Ämtern zu entfernen, mit der Begründung, dass es sich um staatliche Bedienstete handelte. Stand Wilhelm I. der Auflösung der katholischen Abteilung noch skeptisch gegenüber, so trug er diese Entscheidung Bismarcks offensichtlich ohne Einschränkung mit. Die Proteste der deutschen Bischöfe wurden zurückgewiesen.<sup>67</sup> In zwei Schreiben späteren Datums an den altkatholischen Bischof von Breslau, Joseph Reinkens, der mit der preußischen Regierung und dem Königshaus einen regen schriftlichen Kontakt pflegte,<sup>68</sup> sprach sich Wilhelm I. positiv für die Sache der Altkatholiken aus. Diese verfolgten seiner Ansicht nach keine irdischen Ziele, sondern nur *"des Menschen*

---

<sup>64</sup> Königin Augusta war insbesondere einigen pflegerisch arbeitenden katholischen Frauenorden persönlich zugetan und spendete für deren Arbeit. Sie tat dies aber nicht hinter dem Rücken Bismarcks, sondern offen. Vgl. hierzu die Eintragungen der Chronistin des Neusser Augustinerinnenklosters der Jahre 1866ff. Archiv des Augustinerinnenklosters Neuss.

<sup>65</sup> Vgl. Gall, S. 551f.

<sup>66</sup> Adalbert Falk (undat.). Zitiert nach Spael, a.a.O., S. 79f.

<sup>67</sup> Vgl. Martin, a.a.O., S. 109.

<sup>68</sup> Vgl. diverse kirchenpolitische Briefe und Schreiben von 1873 bis 1895; in: Nachlass Joseph Hubert Reinkens, Bl. bis Blk. Stadtarchiv Aachen.

*Frieden zu suchen mit Gott.*<sup>69</sup> Der Kaiser hegte *"die Zuversicht"*, dass die von seiner Regierung veranlasste Kirchenpolitik die richtigen *"Grenzen zwischen Staat und Kirche zum Segen des Vaterlandes"*<sup>70</sup> herstellen würde.

Die politische Verwertbarkeit der altkatholischen Bewegung, deren Mitgliederzahl Bischof Reinkens, der 1872 exkommuniziert wurde, mit ca. 50 000 angab,<sup>71</sup> schätzte Bismarck aber bereits 1871 als relativ gering ein. Reinkens selber war wenig motiviert, sich für die Sache des staatlichen Kampfes gegen die katholische Kirche einspannen zu lassen. Der Altkatholizismus sei kein Staatskatholizismus. In vielen evangelischen Kreisen interessierte man sich tatsächlich auch weniger für den politischen Gehalt des Altkatholizismus, sondern man beschäftigte sich mit seinen Glaubensinhalten. Fragen, wie man die Altkatholiken unterstützen oder ob man sie vielleicht in die evangelische Kirche integrieren könnte, standen zur Diskussion. Reinkens bedauerte, dass durch die politische Auseinandersetzung eine so wichtige Frage wie das päpstliche Unfehlbarkeitsdogma in den Hintergrund rückte und von der staatlichen Politik verdeckt wurde. Er war letztlich überzeugt, dass der Kulturkampf die Ausbreitung der altkatholischen Bewegung verhindert hatte.<sup>72</sup> Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Kulturkampf tatsächlich mit dazu beigetragen hat, dass Windthorst und andere eher zu liberalen Positionen tendierenden Katholiken wie Mallinckrodt oder Reichensperger an einer wichtigen Auseinandersetzung in der katholi-

---

<sup>69</sup> Schreiben Kaiser Wilhelms I an Bischof Dr. Joseph Hubert Reinkens, Berlin, 17. Januar 1874; in: Ebd., Bla, Nr. 1.

<sup>70</sup> Schreiben Kaiser Wilhelms I. an Bischof Dr. Joseph Hubert Reinkens, Berlin, 8. Januar, 1875; in: Ebd., Nr. 2.

<sup>71</sup> Vgl. Joseph Hubert Reinkens, Hirtenbrief vom 11. August 1873; in: Joseph Hubert Reinkens, Hirtenbriefe von Dr. Joseph Hubert Reinkens, katholischem Bischof der Altkatholiken des Deutschen Reichs. Nach dessen Tode herausgegeben von der Synodal-Repräsentanz, Bonn 1897, S. 1.

<sup>72</sup> Vgl. Welche Aufgaben erwachen der evangelischen Kirche Deutschlands aus der altkatholischen Bewegung? Vortrag gehalten auf der niederrheinischen Pastoralkonferenz zu Düsseldorf am 25. April 1872 von F.R. Fay, Pfarrer in Krefeld und vgl. Ursprung, Wesen und Ziel des Altkatholizismus. Vortrag des katholischen Bischofs Dr. Joseph Hubert Reinkens. Gehalten auf Wunsch des katholischen Kirchenvorstandes der altkatholischen Parochie Breslau am 30. September 1882, in: Nachlass Ludwig Friedrich Seyffardt, 40/15/334. Stadtarchiv Krefeld.

schen Kirche in Deutschland nicht teilgenommen haben.<sup>73</sup> Die altkatholische Bewegung blieb eine Randerscheinung. Die katholische Bevölkerung beteiligte sich wenig oder gar nicht an dieser vorwiegend von einigen Professoren, Advokaten, Literaten und Geistlichen geführten Diskussion. Für die Altkatholiken war es schwer, sich von der staatlichen Umklammerung zu lösen. Die Bewegung, die 1873 ihre staatliche Anerkennung fand und durch ein Gesetz unter Schutz gestellt wurde und dadurch die Möglichkeit erhielt, Ansprüche auf das kirchliche Vermögen geltend zu machen, konnte sich, auch aufgrund geschickter Propaganda der papsttreuen Katholiken, nie ganz dem Vorwurf entziehen, sie hätte ihre Existenz in erster Linie Bismarck zu verdanken.

Zwar beteuerte Reinkens, der Altkatholizismus sei unpolitisch, hatte aber auf der anderen Seite auch Zweifel daran, dass es sich vereinbaren lasse, sich dem päpstlichen Dogma zu unterwerfen und gleichzeitig ein treuer Untertan des deutschen Kaisers und Königs von Preußen zu sein. Die Führer des Zentrums könnten diesen Widerspruch nicht ausklammern. Auch Windthorst, jener *"kleine kluge Mann"*, würde im Kreise seiner politischen Freunde *"freimütig und lächelnd"* gestehen, dass er *"nichts weiter thue, als den Katechismus befolgen"*, den er von den *"Bischöfen, d.h. in letzter Instanz von dem Papste gelernt habe"*<sup>74</sup>. Windthorst seinerseits versuchte, die Ausbreitung des Altkatholizismus zu verhindern. Die Altkatholiken griff er aufgrund ihrer politischen Stärke und nicht aufgrund ihres Glaubens an. Windthorst warnte eindringlich vor dem politischen Potential der Bewegung, mahnte die Katholiken, enger zusammenzurücken und die Abweichler in den eigenen Reihen zu bekämpfen. Man kämpfe um die Existenz der katholischen Kirche in Deutschland. *"Die äußeren Feinde"* waren für Windthorst in diesem

---

<sup>73</sup> Ob eine Teilnahme von Laien an einer solchen Diskussion auf die weitere Entwicklung der katholischen Kirche Einfluss gehabt hätte, ist allerdings fraglich. Für die persönliche religiöse Entwicklung des Einzelnen hätte sie aber sicherlich eine Rolle spielen können.

<sup>74</sup> Ursprung, Wesen und Ziel des Altkatholizismus. Vortrag des katholischen Bischofs Dr. Joseph Hubert Reinkens. Gehalten auf Wunsch des katholischen Kirchenvorstandes der altkatholischen Parochie Breslau am 30. September 1882, S. 8f.; in: Nachlass Ludwig Friedrich Seyffardt, 40/15/334. Stadtarchiv Krefeld.

Kampf *"nicht einmal die gefährlichsten"*<sup>75</sup>. Was seine innerste Überzeugung bezüglich des Dogmas betraf schwieg Windthorst, der auch vorsichtig hinsichtlich seiner schriftlichen Äußerungen geworden war. Das Briefgeheimnis betrachtete er als dehnbaren Begriff Bismarcks.<sup>76</sup> Tatsächlich war seine Vorsicht nicht unbegründet. Kurz vor der Debatte über das Schulaufsichtsgesetz und vor der Abstimmung zu Beginn des darauffolgenden Jahres wurde ein junger katholischer Apotheker unter dem Vorwurf verhaftet, ein Attentat gegen Bismarck geplant zu haben. Da man kein verwertbares Belastungsmaterial fand, durchsuchte man das Haus des Posener Domherren Johannes Kozmian, bei dem der Verdächtige gewohnt hatte. Man fand bei der Durchsuchung auch einen Brief Windthorsts. Bismarck veröffentlichte diesen Brief, mit der Hoffnung, ihn gegen Windthorst nutzen zu können. Der Inhalt des Briefes war aber nicht brisant genug, um eine größere Wirkung erzielen zu können.<sup>77</sup> Hätten sich in dieser Phase aber Briefe Windthorsts mit persönlich geäußerten Zweifeln oder Kritik über den päpstlichen Kurs gefunden, wie hätte die katholische Bevölkerung auf derartige Äußerungen eines ihrer Führer reagiert?

Ende 1871 wendete sich Bismarcks Innenpolitik noch deutlicher in eine liberale Richtung. Schon im Norddeutschen Bund hatte man von liberaler Seite auf eine Regelung gehofft, wonach der Gebrauch der Kanzel als Bühne der politischen Agitation mit Gefängnis bestraft werden könnte. Diese Forderung wurde Mitte November 1871 als sogenannter Kanzelparagraph mit Zustimmung Bismarcks von der bayrischen Regierung angeregt und in den Bundesrat eingebracht. Das Gesetz bedrohte auf Reichsebene jeden Geistlichen oder Religionsdiener mit bis zu zwei Jahren Gefängnis oder Festungshaft, der in Ausübung oder aus Anlass seines Berufes den Staat betreffende Angelegenheiten *"in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise"*<sup>78</sup> zum Gegenstand einer Verkündung oder Erörterung

---

<sup>75</sup> Windthorst an Ernst Lieber, Hannover, 26. Juli 1871; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 314.

<sup>76</sup> Vgl. Windthorst an Karl Friedrich von Savigny, Hannover, 6. August 1871; in: Nachlass Karl Friedrich von Savigny, I. HA, Rep. 92, Savigny, Nr. 217. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>77</sup> Vgl. Anderson, S. 164.

<sup>78</sup> Reichsgesetz betreffend der Ergänzung des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich vom 10. Dezember 1871; in: Der Kulturkampf, hrsg. und erl. von Rudolf Lill unter Mitarb. von Wolfgang Altgeld und Alexia K. Haus (Beiträge

machen würde. Weltanschauliche Zielsetzung war, dass sich die katholische, aber auch die evangelische Kirche sowie jede andere religiöse Gemeinschaft, sich auf den geistlichen Bereich beschränken sollte. Politisch war der Kanzelparagraph eindeutig in der Lage, die Organisation des Zentrums zu schwächen und er war ein klares Ausnahmegesetz, das, wie Eugen Richter warnte, der Rüstkammer der Reaktion entstammte und die Gleichheitsforderung der Rechtsstaatsidee verletzte.<sup>79</sup> Windthorst wehrte sich vehement gegen dieses Gesetz und fand diese Angelegenheit in einem hohen Maße *"unerquicklich"*. Dieses Gesetz träfe nicht nur die Katholiken, sondern es träfe im Grunde am *"empfindlichsten die protest[antische] Kirche, schädigt aber beide."*<sup>80</sup> Die Nationalliberalen, denen es offensichtlich bewusst war, dass sie sich durchaus reaktionärer Mittel bedienten, reagierten auf derartige Vorwürfe empfindlich. Als Windthorst den Kanzelparagraphen als einen Tendenzparagraphen bezeichnete, handelte er sich im Reichstag einen Ordnungsruf des Vizepräsidenten Hohenlohe ein, während die Bemerkung eines bayrischen Liberalen, - es sei ein Beweis der niederen Kulturstufe Bayerns, dass es den vierten Teil seiner Abgeordneten in das Zentrum entsendet habe - ungesühnt blieb.<sup>81</sup>

Ende 1871 zeigten sich viele Katholiken entmutigt über den Fortgang der Politik. Die Kirche sei angegriffen worden, schrieb Adalbert Kraetzig an Savigny, *"weil sie lehrt, daß man Gott mehr gehorchen müsse als den Menschen"*<sup>82</sup>. Die Kirche werde aber trotz der massiven Angriffe auf ihrem Standpunkt beharren und sei bereit, ein wie immer geartetes Schicksal zu ertragen. Und auch das katholische Volk werde *"mit Freuden ausharren im Kampfe für Glauben und wahre Freiheit"*. Schließlich enthülle der Konflikt *"die ganze Erbärmlichkeit und Bosheit"* jener Gegner, *"die den Liberalismus auf der*

---

zur Katholizismusforschung, Reihe A, Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Bd. 10), Paderborn/München/Wien/Zürich 1997, S. 84f.

<sup>79</sup> Vgl. Volker Ullrich, Die nervöse Großmacht 1871-1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreiches, Frankfurt a. M. 1999, S. 48.

<sup>80</sup> Windthorst an Wilhelm Freiherr von Hammerstein, Hannover, 6. Dezember 1871; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 322.

<sup>81</sup> Vgl. Reumont, a.a.O., S. 54.

<sup>82</sup> Adalbert Kraetzig an Savigny, Lauban, 31. Dezember 1871; in: Real, a.a.O., S. 299.



Zunge," aber in ihrem Herzen nur "*Despotismus tragen*"<sup>83</sup>. Selbst wenn der Kampf im Parlament vergeblich sei, so habe er doch dazu beigetragen, das Vertrauen des katholischen Volkes in seine Vertreter noch zu erhöhen. Mancher Katholik bezeichnete die liberalen Gegner als Gottlose.

Während für die meisten Katholiken der Kampf gegen die katholische Kirche bereits intensiv geführt wurde, hatte Bismarck seinerseits den Kampf noch nicht eröffnet. Wie er seine Position im Kampf mit den Ultramontanen sah, erzählte er im Oktober 1871 dem Abgeordneten Chlodwig zu Hohenlohe in einer Anekdote über einen Schuljungen, der bereits vor dem Unterricht in Erwartung einer Strafe weinte. Der Schulmeister sah den Jungen und sprach zu ihm:

*"Junge, wenn du jetzt schon heulst, wie wirst du erst heulen, wenn ich dich haue."*<sup>84</sup>

Dass der Kampf noch verschärft werden sollte wurde deutlich, als Bismarck gegen die Opposition des Kaisers den Kultusminister von Mühlner entließ. Das konservative Bündnis von Thron und Altar, das bereits mit der Auflösung der katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium und mit dem Kanzelparagraphen auf Reichsebene symbolträchtig aufgekündigt worden war, wurde abgelöst und ersetzt durch das Bündnis Bismarcks mit den Liberalen. Am 23. Januar 1872 begann die Ära Falk, die bis zum Juli 1879 reichen sollte. Für Windthorst war Falk "*nichts anderes als das Werkzeug des Fürsten Bismarck*"<sup>85</sup>.

---

<sup>83</sup> Dr. Eduard Müller, Vorsitzender des Koblenzer Lesevereins, an Savigny, Koblenz, 31. Dezember 1871; in: Ebd., S. 300.

<sup>84</sup> Aus einem Gespräch Bismarcks mit dem Abgeordneten Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe in Berlin, 28. Oktober 1871; in: Otto von Bismarck, Gespräche, 3 Bde., herausgegeben von Willy Andreas unter Mitwirkung von K.F. Reinking. Bd 2, Von der Reichsgründung bis zur Entlassung, Bremen 1965, S. 23.

<sup>85</sup> Ludwig Windthorst (undat.). Zitiert nach Spael, S. 107. Falk und Windthorst waren sich das erste Mal bei einem Fest am 25. Februar 1867 begegnet. Damals hielt Falk Windthorst "*für irgendeinen Domherren*" und beschrieb ihn als auffällige Erscheinung mit garstigem Gesicht und mächtigem Kopf. Zitiert nach Foerster, a.a.O., S 63.

#### 4.2.2. Politische Isolierung

Schon wenige Tage nach seiner Ernennung hatte Falk den Entwurf eines Schulaufsichtsgesetzes nach süddeutschem Vorbild vorgelegt, das den Einfluss der Konfessionen auf den Schulunterricht beschneiden sollte. Der Gesetzesvorschlag stieß nicht nur bei den Katholiken, sondern auch bei den altpreußischen Konservativen auf Widerstand. Das Zentrum suchte verstärkt nach Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den Konservativen. Noch am Abend nach der Ernennung Falks traf sich August Reichensperger mit einigen Konservativen zu einem Gespräch.<sup>86</sup>

Eine Zusammenarbeit zwischen Konservativen und Zentrum wollte Bismarck verhindern. Er gab seine bis dato zurückhaltende Haltung auf und griff in eine Diskussion zwischen Windhorst und Mallinckrodt auf der einen und Falk sowie Wehrenpfenning als Wortführer der Liberalen auf der anderen Seite ein, die unter anderem die Auflösung der katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium thematisierte. Bismarck, der während der Debatte größtenteils nicht anwesend gewesen war, hatte lediglich den Schluss der Rede Windthorsts gehört, in dem dieser die pauschale Diskriminierung der Katholiken kritisierte, die bis hinauf in den höchsten Staatsdienst reiche.<sup>87</sup> Bismarck setzte zum Frontalangriff auf das Zentrum an. Er warf der Partei vor, dass sie versuche, in die Regierung einzudringen und sich verspräche, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Er persönlich würde einen katholischen Kollegen in der Regierung durchaus mit Freuden begrüßen, aber:

*"[In] einem konstitutionellen Staate, da bedürfen wir Ministerien einer Majorität, die unsere Richtung im ganzen unterstützt. Glaubt nun der Herr Vorredner, daß, wenn wir das Ministerium aus der Fraktion wählen, der er angehört, daß uns dann die Unterstützung einer Majorität zur Seite stehen würde?"*

Das Zentrum sei als eine rein konfessionelle Fraktion eine ungeheuerliche Erscheinung auf politischem Gebiet. Er habe, als er aus Frankreich zurückkam, die Gründung nicht anders betrachten können *"als im Lichte einer Mobilmachung der Partei gegen den*

---

<sup>86</sup> Vgl. Anderson, S. 156.

<sup>87</sup> Vgl. ebd. und Gall, S. 557.

*Staat.*" Trotzdem habe er gehofft, im Zentrum eine Stütze der Regierung und des Staates zu finden. Stattdessen habe die neue Partei an die *"Leidenschaft der unteren Klassen, der Masse"* appelliert, *"um sie zu erregen gegen die Regierung"*. Das Zentrum habe die Zustimmung jener Kräfte gefunden, die, *"sei es vom nationalen, sei es vom revolutionären Standpunkt"* dem Staat feindlich gegenüber eingestellt seien, wie bei den Welfen, Elsaß-Lothringern, Polen, Dänen und Sozialisten. Bismarck wolle nun das Zentrum von der politischen Bühne befördern und der Partei die Basis entziehen. An die Katholiken appellierte er, das Zentrum nicht weiter politisch zu unterstützen. Innerhalb des Zentrums stellte Bismarck Windthorst als seinen entschiedenen Widersacher heraus. Windthorst sei ein kampfbereites und streitbares Mitglied und nur ungern und mit Widerstreben der preußischen Gemeinschaft beigetreten. Bismarck sei sich nicht sicher, ob Windthorst überhaupt *"die Neubildung des Deutschen Reiches willkommen"*<sup>88</sup> sei.

Windthorst war sich bewusst, dass Bismarck das Zentrum isolieren wollte. Und er selber stand unter schweren Anschuldigungen, die ihn wiederum vom Zentrum isolieren konnten. In seiner Gegenrede stellte er seine Treue und Loyalität zum Deutschen Reich heraus und betonte, auf dem Boden der Verfassung des Deutschen Reiches zu stehen:

*"Ich kann ein eifriger Anhänger des Staates und des Vaterlandes sein und doch mich in meinem innersten Gewissen genötigt finden, viele Maßregeln zu bekämpfen, und zwar energisch zu bekämpfen, welche der Herr Ministerpräsident einzuleiten für gut findet."*

Er versicherte, dass das Zentrum keine rein konfessionelle Partei sei und bestritt den Vorwurf, mit der katholischen Presse des Auslandes zusammen zu arbeiten. Zur Abwehr der Angriffe auf die katholische Kirche sei man bereit, *"nie aggressiv, immer nur verteidigend, aber mit Energie verteidigend."* Dass er gegen Bismarcks Politik vorgehen wollte, daran ließ er aber keinen Zweifel:

---

<sup>88</sup> Sitzung des Hauses der Abgeordneten, 30. Januar 1872; in: GW, a.a.O., Bd. 12, S. 225-228.

*"Wenn der Herr Ministerpräsident annimmt, daß jede Bekämpfung seiner Maßregeln und seiner Politik ein Kampf gegen den Staat ist, dann hat er vielleicht in diesem oder jenen Punkt Recht; aber, meine Herren, ich bin so frei, anzunehmen, daß es noch nicht richtig ist, daß der Herr Ministerpräsident der Staat sei."*<sup>89</sup>

Nachdem Windthorst auf diese Weise versucht hatte, die *"Isolierung aufzubrechen"*, die Bismarck *"wie einen Pestgürtel um die neue Partei zu legen versuchte"*<sup>90</sup>, griff er Bismarck an. Während der Debatte über das Schulaufsichtsgesetz am 8. Februar 1872, in der Windthorst über die bewahrende Funktion der Religion redete und die Frage aufwarf, ob die Monarchie in einer Gesellschaft ohne Religion überlebensfähig sei, warf er Bismarck vor, sich nach links gewendet zu haben. Bismarck habe sich ausdrücklich auf das parlamentarische Prinzip berufen, auf ein Prinzip, das nicht den Monarchen, sondern eine parlamentarische Mehrheit zum entscheidenden Faktor im Staatsleben erklärte, dann falle *"der Schwerpunkt der Staatsgewalt von jetzt an in das Parlament."*<sup>91</sup> Windthorst stellte Bismarck als Diener der liberalen Mehrheit dar, der das monarchische Prinzip verrate, der versuche, den Parlamentarismus einzuführen und das Zentrum, eine konservative Partei und Stütze der konservativen Ordnung, zerstören wolle.

Windthorsts Taktik war geschickt, denn er versuchte, den Kanzler von den Konservativen wie vom König zu isolieren. Windthorsts Anschuldigungen hatten Bismarck sichtlich getroffen. Seine Hände zitterten und er war kaum in der Lage, ein Wasserglas zu halten.<sup>92</sup> Bismarck beschränkte sich allerdings zunächst nur auf einen kurzen Protest, indem er Windthorst eine Verdrehung seiner Worte vorwarf. Er habe bereits langjährige *"Proben im Dienst des monarchischen Prinzips in Preußen gegeben"*<sup>93</sup>, die Windthorst hoffentlich noch bevorstünden. In der Rede des nächsten Tages konzentrierte sich der Reichskanzler nun darauf, Windthorst von der Partei abzutren-

---

<sup>89</sup> Windthorst im Preußischen Abgeordnetenhaus, 30. Januar 1872; in: Windthorst, *Ausgewählte Reden*, a.a.O., Bd. 1, 2. Auflage, Osnabrück 1903, S. 68f.

<sup>90</sup> Gall, S. 560.

<sup>91</sup> Windthorsts im preußischen Abgeordnetenhaus, Berlin, 8. Februar 1872; in: Windthorst, *Ausgewählte Reden*, Bd 1, S. 48.

<sup>92</sup> Vgl. Anderson, S. 159.

<sup>93</sup> Sitzung des Hauses der Abgeordneten, 8. Februar 1872; in: GW, Bd. 11, S. 236.

nen. Eine konfessionelle Partei wäre vom Prinzip nichts Staatsfeindliches, aber dass sich in der Partei alle Staatsfeinde sammeln würden, sei gefährlich. Hierfür sei Windthorst verantwortlich. Zunächst sei er ein großer General ohne Armee gewesen und hätte wie Wallenstein eine Armee aus dem Boden gestampft. Die Partei vertraue ihm zu sehr, er aber benutze sie für seine Interessen und diese wären nicht identisch mit den Interessen der meisten Mitglieder. Der Höhepunkt der Rede Bismarcks kam einer Anklage wegen Hochverrats gleich:

*"Ich glaube, meine Herren vom Zentrum, Sie werden zum Frieden mit dem Staate leichter gelangen, wenn Sie sich der welfischen Führung entziehen und wenn Sie in Ihrer Mitte namentlich welfische Protestanten nicht aufnehmen, die gar nichts mit Ihnen gemein haben, wohl aber das Bedürfnis haben, daß in unserem friedlichen Lande Streit entstehe, denn die welfischen Hoffnungen können nur gelingen, wenn Streit und Umsturz herrscht."*

Der Staat, wie er Windthorst vorschwebte, wäre der Realisierung näher gekommen, *"wenn die Franzosen über uns gesiegt hätten"*<sup>94</sup>. Nicht nur das Zentrum, auch Abgeordnete anderer Parteien zeigten sich wenig erfreut über diesen Angriff Bismarcks. Der Präsident des Landtages, Max von Forckenbeck, ließ Windthorst schriftlich mitteilen, dass er sich bei seiner Gegenrede keinerlei Schranken aufzulegen brauche und er keine Ordnungsstrafe zu befürchten habe. Windthorst begann seine Rede zur Erheiterung des Hauses mit der Feststellung, dass er in den letzten Tagen durch das Übermaß und die Heftigkeit der Angriffe glaube, er besitze eine Bedeutung von der er *"bisher nicht geträumt habe."* Er bestätigte wiederholt seine Anhänglichkeit zum Welfenhaus, betonte aber nachdrücklich seine Loyalität zum Deutschen Reich. Er warf Bismarck vor, ihn einschüchtern zu wollen. Er erfülle in diesem Hause nur seine Pflicht, aber auferlegte *"Unterthanpflicht ist schwerer zu erfüllen als angeborene"*. Er sei seinen Wählern verantwortlich und glaube, dass man sich durch Bismarcks Versuch, ihn einzuschüchtern *"sehr nahe an einem Terrorismus, der das freie Wort unterdrückt"*<sup>95</sup>, bewege. Bismarck

---

<sup>94</sup> Sitzung des Hauses der Abgeordneten, 9. Februar 1872; in: GW, Bd. 11, S. 240.

<sup>95</sup> Windthorst im preußischen Abgeordnetenhaus, 9. Februar 1872; in: Windthorst, Ausgewählte Reden, Bd 1, S. 70f.

verzichtete in einer kurzen Antwort darauf, auf die Ausführungen Windthorsts im einzelnen einzugehen. Er begnügte sich, seine dringende Bitte an ihn zu wiederholen, er möge sich von der Zentrumsfraktion trennen. Dem Zentrum deutete er an, im Falle einer durchgreifenden Trennung ein Opfer bringen zu wollen. Trotz dieses Angebotes, gab Mallinckrodt einen Tag später, am 10. Februar, im Namen der Fraktion zu verstehen, dass man nicht bereit sei, sich von Windthorst zu trennen.<sup>96</sup> Den Vorwurf Mallinckrodts, er mache Windthorsts Ausschluss aus der Partei zu einer Friedensbedingung, verneinte Bismarck. Sein Versuch, Windthorst vom Zentrum abzuspalten, war eindeutig misslungen. Demonstrativ gab die Partei am 12. Februar ein Bankett zu Ehren Windthorsts, auf dem auch einige konservative Abgeordnete zugegen waren.<sup>97</sup> Noch einmal versuchte Bismarck, Windthorst vor anderen Zentrumsabgeordneten zu diskreditieren. Bei einem parlamentarischen Fest, das von den Zentrumsmitgliedern mit Ausnahme August Reichenspergers boykottiert wurde, versuchte Bismarck Reichensperger zu überzeugen, dass sich der Welfe Windthorst nur die katholische Maske vorgesetzt habe und die Partei für seine Zwecke benutzen wolle.<sup>98</sup> Windthorst hatte Bismarck und der politischen Öffentlichkeit eindrucksvoll seine Ebenbürtigkeit auf dem Gebiet der parlamentarischen Auseinandersetzung demonstriert und war durch den Zuspruch seiner Partei gestärkt aus dem Duell hervorgegangen. In der Sache aber siegte Bismarck. In der Zeitung Schwäbischer Merkur wurde ausdrücklich vor Windthorst gewarnt, dessen Gefährlichkeit die *"Masse der junkerlichen altpreußischen Partei natürlich nur langsam"*<sup>99</sup> zu ahnen anfing. Reichsfeinde wurde der Begriff, mit dem Bismarck gesellschaftliche Gruppen oder politische Parteien, die sich seinem Herrschaftswillen nicht unterordnen wollten, quasi stigmatisierte. Von Bismarck vor die Alternative gestellt, *"entweder seinen Konfliktkurs zu unterstützen"* oder politisch in die Nähe des *"reich-*

---

<sup>96</sup> Vgl. Reumont, S. 62.

<sup>97</sup> Vgl. Anderson, S. 162ff.

<sup>98</sup> Vgl. Gespräch mit dem Reichstagsabgeordneten Dr. August Reichensperger, Berlin, 20. April 1872; in: GW, Bd. 8, S. 34ff.

<sup>99</sup> Artikel aus dem "Schwäbischen Merkur" vom 14.2.1872. Zitiert nach Otto Pfülf, Aus Windthorsts Korrespondenz; in: Stimmen aus Maria Lach, Bd. 82, Freiburg 1912, 82, S. 14.

*feindlichen Zentrums*<sup>100</sup> gezogen zu werden, war eine Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum und den Konservativen nicht mehr möglich. Das Zentrum war politisch isoliert. Die Konservativen stimmten schließlich im März 1872 dem Schulaufsichtsgesetz zu, das den Religionsunterricht zur reinen Staatsangelegenheit erklärte.<sup>101</sup>

#### 4.2.3. Gesetzgebung und ziviler Ungehorsam

Im Mai 1872 lehnte die römische Kurie den von Bismarck ausgesuchten katholischen Kardinal Hohenlohe als Gesandten beim Vatikan ab. Hohenlohe, der als Jesuitenfeind bekannt und der Bruder des bayrischen Ministerpräsidenten war, wurde auch vom Zentrum und von Windthorst abgelehnt.<sup>102</sup> Es ist wahrscheinlich, dass Bismarck mit der Ablehnung Hohenlohes durch den Heiligen Stuhl rechnete. Seine Wahl war ein taktisches Meisterstück, denn im Grunde war jede Reaktion geeignet, um Vorteile aus ihr gewinnen zu können. Nahm der Heilige Stuhl Hohenlohe an, hatte Bismarck einen Vertreter preußischer Interessen. Die Ablehnung wurde dagegen am 14. Mai zum Gegenstand einer Interpellation durch Bennigsen, der sie als eine *"Beschimpfung des Deutschen Kaisers"*<sup>103</sup> bezeichnete. Bismarck ging zwar nicht auf Bennigsens Vorschlag ein, die preußische Gesandtschaft am Heiligen Stuhl zu schließen, aber er beklagte sich öffentlich über die Durchkreuzung der wohlmeinenden Absichten des Kaisers. Bismarck richtete eine Depesche an sämtliche europäische Vertreter des Reiches, worin er auf die völlig veränderte Rechtsstellung der Bischöfe, die nur päpstliche Beamte ohne eigene Verantwortlichkeit wären, und auf die angeblich ins Ungeheuerliche gewachsene Macht des Papstes innerhalb der einzelnen Länder hinwies. Im Hinblick auf die kommende Papstwahl sollte man untereinander den Kontakt intensivieren. Diese Andeutun-

---

<sup>100</sup> Ullrich, S. 49.

<sup>101</sup> Vgl. Gesetz betreffend die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens vom 11. März 1872; in: Der Kulturkampf, a.a.O., S. 85.

<sup>102</sup> Vgl. Anderson, S. 166.

<sup>103</sup> Rudolf von Bennigsen im Reichstag, 14. Mai 1872. Zitiert nach Reumont, S. 63.

gen gelangten in die Presse. Es entstand das Gerücht, dass Kardinal Hohenlohe der künftige Papstkandidat Bismarcks sei.<sup>104</sup>

Auf Reichsebene setzte eine Kampagne ein, in der die Jesuiten als Spitze einer ultramontanen Verschwörung hingestellt wurden. Im Juni 1872 wurde ein Gesetz verabschiedet, mit dessen Hilfe die Mitglieder des Jesuitenordens durch die Polizei aus ihrem Wirkungsbereich ausgewiesen werden konnten. Bei der Beratung über das sogenannte Jesuitengesetz erklärte Windthorst im Reichstag, dass es sich bei den Maßnahmen der Regierung um einen Kampf gegen die katholische Kirche *"auf Leben und Tod"* handele. Mit seiner Kampfrede verschärfte Windthorst im Grunde noch einmal die Auseinandersetzung, symbolisierte aber auch die Hilflosigkeit, mit der man der bismarckschen Politik entgegenstand:

*"Man will, nachdem die Bewegung des Altkatholizismus im Sande verlaufen ist oder allernächst verlaufen wird, jetzt von oben herab die Nationalkirche zurechthauen, man will die Katholiken Deutschlands vom päpstlichen Stuhle trennen, [...] man will sie unter die Polizeiknute des Staates bringen, [...] man will dann, weil man doch noch zweifelt, ob das bezeichnete Vorhaben gelingt, im nächsten Konklave das Papsttum entweder vernichten oder verfälschen."*<sup>105</sup>

Windthorst zeigte sich in dieser Phase besonders enttäuscht über die Konservativen, von denen viele schwach geworden seien und dem politischen Druck erlügen.<sup>106</sup>

Bismarck hatte das Zentrum soweit isoliert, dass auch die Konservativen nicht bereit waren, gegen Bismarck zu opponieren. Er sprach martialisch von einer *"blattlausartiger Ausbreitung"* der Jesuiten und

---

<sup>104</sup> Die Depesche selbst wurde erst am 29. Dezember 1874 im Reichsanzeiger veröffentlicht. Vgl. ebd., S. 65.

<sup>105</sup> Windthorst bemerkte polemisch: *"M.H., es handelt sich um etwa 200 Menschen. Diese 200 Menschen haben nichts als das Evangelium und die Waffen des Geistes - fürchten Sie die 200 Menschen? - Oder fürchten Sie das Evangelium? - Oder fürchten Sie die Waffen des Geistes?"* Windthorst im Deutschen Reichstag, 14. Juni 1872; in: Windthorst, *Ausgewählte Reden*, Bd 1, S. 83 und 89. Johannes Sigl, ein bayrischer Journalist, karikierte im humoristischen Wochenblatt *Die Bremse*: *"Ein einziger Jesuit kann durch sein bloße Gegenwart die Liberalen eines ganzen Landes in Aufregung und Schrecken versetzen. Je gebildeter einer ist, desto mehr Angst hat er vor Jesuiten"*. (undat.). Zitiert nach Spael, S. 75.

<sup>106</sup> Vgl. Windthorst an Ludwig von Gerlach, Hannover, 26. September 1872; in: Windthorst, *Briefe 1834-1880*, S. 325.



dass *"die Jesuiten schließlich die Führer der Sozialdemokratie"*<sup>107</sup> seien. Er verwies damit im Grunde schon auf das spätere Sozialistengesetz. Die Sozialisten weigerten sich, das Gesetz anzunehmen. Zwar dankte der überwiegende Teil der Nationalliberalen Bismarck schließlich für die weiteren Fortschritte in der Kirchenpolitik,<sup>108</sup> aber innerhalb der eigenen Reihen gab es erhebliche Bedenken. So bezeichnete Karl Biedermann, Professor für Staatswissenschaft und Philosophie und nationalliberaler Abgeordneter im Reichstag, das Jesuitengesetz als ein *"Ausnahmegesetz im allerschlimmsten Sinn"*<sup>109</sup>, das der Rechtslage widerspreche. Biedermann hatte größte Bedenken für diese Maßnahme zu stimmen und aus Gewissensgründen überlegte er, sein Mandat niederzulegen.

Am 12. November 1872 wurde die neue Legislaturperiode des preußischen Landtages eröffnet. In seiner Thronrede kündigte Wilhelm I. an, dass in Zukunft neue Vorlagen gemacht würden, die die Beziehungen des Staates zu den Religionsgemeinschaften klarer formulieren sollten. Als Pius IX. im Dezember die preußische Kirchenpolitik stark kritisierte und von einer Verfolgung im Deutschen Reich gegen die katholische Kirche sprach, kam es zu heftigen Protesten der Liberalen. Die preußische Regierung reagierte mit dem Abbruch der Beziehungen und mit der Beschlagnahmung der Zeitungen, die die Aussagen des Papstes veröffentlichten. Am 9. Januar 1873 überreichte Kultusminister Falk dem Abgeordnetenhaus vier Gesetze, die das Verhältnis zwischen Staat und Kirche neu regeln sollten. Die vier Gesetzesvorschläge griffen tief in die inneren Angelegenheiten der Kirche ein. Die Entwürfe beschäftigten sich mit der Vorbildung und Anstellung von Geistlichen, stellten die Seminare unter staatliche Aufsicht, regelten die kirchliche Disziplinargewalt und sollten den Kirchenaustritt erleichtern. Falk zweifelte bei der Vorlage

---

<sup>107</sup> Bismarck, vermutlich 1873. Zitiert nach Martin, S. 92.

<sup>108</sup> Vgl. Ullrich, S. 50. Vgl. David Blackbourn, Volksfrömmigkeit und Fortschrittsglaube im Kulturkampf (Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge, Nr. 81), Wiesbaden/Stuttgart 1988 (im folgenden angegeben als: Blackbourn, Volksfrömmigkeit), S. 23. Selbst als der Konflikt zwischen Kirche und Staat schon befriedet war, wehrte man sich gegen die Rückkehr der Jesuiten in das Reich. Vgl. Wider der Rückkehr der Jesuiten in das deutsche Reich. Vortrag von Professor Dr. Theodor Weber, gehalten in dem liberalen Bürgerverein zu Bonn am 6. März 1893; in: Nachlass Ludwig Friedrich Seyffardt, 40/15/334. Stadtarchiv Krefeld.

<sup>109</sup> Karl Biedermann an Eduard Lasker, 12. Juni 1872; in: Der Kulturkampf, S. 149.

der Gesetze allerdings noch an deren Vereinbarkeit mit der preußischen Verfassung. Die prüfende Kommission schlug vor, eine Änderung des Artikel 15 der Verfassung vorzunehmen. Der Erlaubnis, dass jede Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten selber ordnen könne, wurde der Zusatz hinzugefügt, dass die Religionsgemeinschaft den Staatsgesetzen und der gesetzlich geordneten Aufsicht des Staates unterworfen bliebe. Auch der Artikel 18, der dem Staat jegliche Rolle bei der Berufung von Geistlichen abgesprochen hatte, sollte geändert werden.<sup>110</sup>

Bei der Beratung des Entwurfes über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen im Januar 1873 hatte Windthorst vergeblich versucht, das Gesetz von der Tagesordnung streichen zu lassen. In den Debatten kam es zu harten Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Zentrum. Windthorst griff die Liberalen an. Um die Gesetze durchzubringen, habe die liberale Partei eine Erhöhung des Militäretats versprochen und sich somit kaufen lassen. Es war der fortschrittliche Abgeordnete Virchow, der den Kampf des Staates mit der Kirche als Kampf gegen den Aberglauben und für die Kultur, als Kulturkampf bezeichnete. Windthorst appellierte an den Willen zur gegenseitigen Verständigung und bezog Stellung zum Vorwurf der Staatsfeindschaft des Zentrums und der Katholiken.<sup>111</sup> Bei der Schlussabstimmung am 5. Mai 1873 proklamierte Windthorst den passiven Widerstand. Die Katholiken sollten sich nicht den Beschlüssen der Regierung beugen.<sup>112</sup> Dies war für Windthorst, der bis dato immer das Recht an die erste Stelle gesetzt hatte ein Novum. Noch nie hatte er, so willkürlich ihm ein Gesetz auch erschienen war, auf diese Art Stellung bezogen. Weder in Hannover, weder während des Unfehlbarkeitsdogmas noch bei der Besetzung Hannovers durch Preußen. So einzigartig für ihn persönlich diese Vorgehensweise auch war, Windthorst folgte einer Linie, die ein Großteil des Klerus und der Katholiken vertrat.

Als Feldpropst Ramszonowski suspendiert und Kremenz von Ermland eine Gehaltssperre auferlegt wurde, solidarisierten sich die anderen preußischen Bischöfe mit ihren suspendierten Kollegen und

---

<sup>110</sup> Vgl. Reumont, S. 45f. Vgl. Anderson, S. 170ff.

<sup>111</sup> Vgl. Windthorst im Preußischen Abgeordnetenhaus, 17. Januar 1873; in: Windthorst, Ausgewählte Reden, Bd 1, S. 90-110.

<sup>112</sup> Vgl. Spael, S. 99.

wandten sich an Wilhelm I.<sup>113</sup> Auch Melchers hatte sich persönlich bemüht, über den Kaiser Einfluss auf die Gesetzgebung auszuüben. Der Kaiser aber verteidigte das Vorgehen seiner Regierung. Die Gesetzesentwürfe dienten nicht dazu, *"die Kirche in ein Staats-Institut"* umzuwandeln. Sie hätten die Aufgabe, *"bisher unklare Verhältnisse"* klar zu stellen, da sie *"eine richtige Grundlage für die Grenzen zwischen Staat und Kirche"* bildeten. Sie würden zukünftig den Frieden wahren, die Kirche vor Übergriffen schützen und es ihr ermöglichen, dem ausschließlichen Dienst *"des göttlichen Wortes allein ihre ganzen Kräfte zu weihen."* Eindringlich mahnte der Kaiser den Bischof, in diesem Sinne Einfluss auf die *"Geistlichkeit und auf die katholische Bevölkerung"* zu nehmen und jeder *"anderen, falschen Auffassung jener Gesetzesvorlagen entgegenzutreten"*<sup>114</sup>. Der preußische Episkopat aber entschied anders als von Wilhelm I. gefordert. Am 26. Mai 1873, drei Wochen nach Windthorsts Aufforderung eines passiven Widerstandes,<sup>115</sup> erklärte Melchers, dass er sich nicht im Stande sehe, am Vollzug der Gesetze mitzuwirken. Kein katholisches Seminar übernahm die Kulturexamen oder stellte einen Antrag, davon befreit zu werden. Die katholischen Bischöfe stellten keinen Antrag auf Regierungsakkreditierung. Auch der sogenannten Anzeigepflicht der Bischöfe, die Ernennung von Geistlichen dem Oberpräsidenten zu melden, kam man nicht nach. Das hatte zur Folge, dass die staatlichen Unterstützungen gestrichen wurden und viele kirchliche Institutionen geschlossen werden mussten.<sup>116</sup>

Auch der Papst versuchte gegen die Kulturkampfgesetzgebung vorzugehen, indem er Kontakt zu Wilhelm I. aufnahm. Am 15. Oktober 1873 wurde in der Volkszeitung ein Briefwechsel zwischen Kaiser und Papst veröffentlicht, in dem sich der Papst über die Aktionen der deutschen und preußischen Regierung gegen die katholische Kirche beschwerte und den Verdacht äußerte, sie zielten *"auf die Vernichtung des Katholizismus ab."* Der Kaiser, der die

---

<sup>113</sup> Vgl. Anderson, S. 167ff. Vgl. Reumont, S. 45f.

<sup>114</sup> König Wilhelm von Preußen an Paul Melchers, Berlin, 29. März 1873; in: Nachlass Paul Melchers, Vorläufige Signatur Nr. 42. Historisches Archiv des Erzbistums Köln.

<sup>115</sup> Vgl. Spael, S. 99.

<sup>116</sup> Vgl. Anderson, S. 176.

Maßnahmen auch nicht billige, solle Einhalt gebieten, da er sich selber damit schaden würde:

*"Denn Jeder, welcher die Taufe empfangen hat, gehört in irgend einer Beziehung oder auf irgend eine Weise, welche näher hier darzulegen nicht der Ort ist, gehört, sage ich, dem Papste an."*<sup>117</sup>

Dieser Versuch des Papstes hatte keinerlei Erfolg. Auch bewies der Heilige Stuhl mit seiner Behauptung, dass jeder der die Taufe empfangen hätte, in irgendeiner Weise zum Papst gehöre, fehlendes Einfühlungsvermögen und offenbarte eine diplomatische Schwäche. Freundlich aber bestimmt erwiderte der Kaiser, der Papst solle die Umtriebe des katholischen Klerus unterbinden und betonte nachdrücklich, dass er nicht dem Papste angehöre.

Der Kulturkampf belastete das Deutsche Reich. Für viele Gemeinden bedeutete die Ausweisung von Geistlichen und das Unterrichtsverbot eine finanzielle wie bildungspolitische Belastung. In Neuss z.B. wurde dem Orden der Lazaristen untersagt, weiterhin Unterricht in einem Knaben-Konvikt abzuhalten und die Brüder wurden ausgewiesen. Die Augustinerinnen übernahmen zunächst die Anstalt. Aber auch den Nonnen wurde untersagt, Unterricht abzuhalten, da für die Schulbehörde *"der geistliche Charakter noch zu sehr in den Vordergrund trat"*<sup>118</sup>. Geistliche Lehrer mussten nun durch Schulmeister ersetzt werden. Als Folge mussten eine Reihe der von katholischen Geistlichen geleiteten schulischen Einrichtungen geschlossen werden. Die Auseinandersetzung zwischen Katholiken und Staat fiel 1873 in eine sehr kritische Phase des jungen Reiches. Außenpolitisch hatte Bismarck mit dem Drei-Kaiser-Abkommen zwischen Russland, Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich einen Erfolg erzielt. Innenpolitisch wurde das Reich aber durch eine schwere Krise an der Berliner Börse erschüttert. Durch die französische Kriegsschädigung war nach dem Krieg Kapital freigesetzt worden, was zunächst zu einem Wirtschaftsaufschwung und zur Gründung einer großen Zahl von Aktiengesellschaften führte. Infolge von Zahlungsschwierigkeiten zahlreicher Aktiengesellschaften kam es aber zu

---

<sup>117</sup> Artikel in der "Volkszeitung" vom 15. Oktober 1873; in: III. HA, I, Nr. 11648. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin.

<sup>118</sup> Klosterchronik, Neuss, 27. September 1873. Archiv des Augustinerinnenklosters Neuss.

einem Börsenkrach in Berlin. Als im November 1873 das preußische Abgeordnetenhaus neu gewählt wurde, konnte das Zentrum seine Sitze von 52 auf 90 erhöhen und wurde zweitstärkste Fraktion des Hauses. Bei den Wahlen zum Reichstag von 1874 gelang es dem Zentrum, die stärkste Fraktion zu werden. Die Mandate stiegen von 58 auf 91. Auch das linke Parteienspektrum ging aus beiden Wahlen als gestärkt hervor. In Preußen hatten die Nationalliberalen 174 und Fortschrittler 72 Abgeordnete. Ähnlich sah das Kräfteverhältnis im Reich selber aus. Die Konservativen waren die Verlierer der Wahlen.<sup>119</sup>

Im Mai 1874 wurde eine neue Serie von Gesetzen verabschiedet. Eines der Gesetze ermächtigte die Oberpräsidenten, das Vermögen einer Pfarrei zu beschlagnahmen, und man bestimmte, dass alle, auch Juden und Protestanten, die in der Gemeinde lebten, zur Wahl des örtlichen katholischen Pfarrers berechtigt waren. Ein weiteres Gesetz erklärte die Sitze der Bischöfe, die am Widerstand beteiligt waren, für vakant. Eine andere Maßnahme war die Einführung der obligatorischen Zivilehe. Als am 13. Juli 1874 ein Attentat auf Bismarck in Bad Kissingen durch den Böttchergesellen Kullmann angeblich wegen der Kirchengesetzgebung verübt wurde, wurde das Zentrum in der Folgezeit in der Öffentlichkeit noch schärfer angegriffen, größtenteils ohne dass man die Verhandlungen und den Gerichtsprozess gegen Kullmann abwartete.<sup>120</sup> In der Folgezeit wurden katholische Vereine wie der Mainzer Katholikenverein wegen Missachtung staatlicher Institutionen geschlossen, einige seiner Mitglieder bekamen Haftstrafen. Eine Verbotswelle traf auch die Parteipresse, Katholiken und Sympathisanten der Zentrumsparterie wurden aus den höheren Staatsämtern entfernt.<sup>121</sup> Der Reichstag erließ ein Ausweisungsgesetz, das sogenannte Expatriierungsgesetz. Der Priester, der trotz Verbot seine Arbeit fortsetzte, konnte aus Deutschland verwiesen werden. Dies galt auch für die kultische Handlung. Ein neues Ordensgesetz wurde am 31. Mai 1875 beschlossen. Die Art. 15,16 und 18 der preußischen Verfassung, die

---

<sup>119</sup> Vgl. Anderson, S. 185f.

<sup>120</sup> Vgl. Dorothea Arndt, Die protestantisch ausgerichtete Publizistik der Kulturkampfzeit und ihre Blickrichtung auf Ludwig Windthorst, Diss., Würzburg 1969, S. 177.

<sup>121</sup> Vgl. Anderson., S. 179 und S. 183f.

die Freiheit und Autonomie der Kirchen garantierten, wurden gestrichen. Der Landtag nahm das sogenannte Brotkorbgesetz an, das die Einbehaltung des Gehaltes eines Geistlichen bis zu dem Zeitpunkt vorsah, bis dieser sich den Maigesetzen unterworfen hatte. Das Brotkorbgesetz vom 22. April 1875, mit dem Zuwendungen an die Kirche eingestellt werden konnten, und das Gesetz zur Aufhebung aller geistlichen Orden und ordensähnlicher Kongregationen bezeichnete Bennigsen *"als stärkste und wirksamste Maßregel gegen die Ultramontanen"*, die mit diesem *"Coup" die "Resultate der Arbeit von dreißig Jahren"*<sup>122</sup> verlieren würden. Windthorst war überzeugt, man wolle die *"Festung durch Hunger nehmen"*<sup>123</sup>. Die Katholiken seien aber nicht bereit, die Geistlichen aushungern zu lassen, der passive Widerstand würde aufrechterhalten. Über die Kulturkampfgesetze hinaus gab es Stimmen, die die parlamentarische Arbeit des Zentrums behindern wollten und eine eingeschränkte Redefreiheit forderten. Im Dezember 1875 legte Bismarck dem preußischen Kabinett einen Vorschlag vor, wonach ein Abgeordneter, der politischer Vergehen schuldig wurde, sein Mandat verlieren konnte. Dieser Vorschlag aber wurde vom Kabinett zurückgestellt. Die Katholiken leisteten passiven Widerstand, den Pius IX. als religiöse Pflicht verkündet hatte. Am Geburtstag des Kaisers und dem von liberalen Nationalisten gefeierten Sedantag fielen Katholiken dadurch auf, dass an ihren Häusern keine Fahnen wehten oder man den Feierlichkeiten fern blieb.<sup>124</sup> Wünsche nach Festmessen wurden zurückgewiesen. Vom Staat nicht anerkannte Geistliche lasen weiterhin die Messe. Die staatliche Reaktion auf den Widerstand der Kirche war oft spektakulär. Entlassene Geistliche, die weiterhin ihr Amt ausübten, wurden während der Messe verhaftet. In einem Fall wurde eine Hostie konfisziert, um vor Gericht als Beweismittel zu dienen.<sup>125</sup> Es gab Geld- und Gefängnisstrafen gegen Ledochowski in Posen-Gnesen, Melchers in Köln, Bischof Heinrich Förster aus Breslau wurde abgesetzt. Der Kulturkampf war zum Teil auch gewalttätig und bisweilen musste die preußische Armee

---

<sup>122</sup> Rudolf von Bennigsen in einem Brief an seine Frau (undat.). Zitiert nach Reumont, S. 50.

<sup>123</sup> Ludwig Windthorst, vermutlich 1875. Zitiert nach Spael, S. 106.

<sup>124</sup> Vgl. Blackbourn, Volksfrömmigkeit, a.a.O., S. 31.

<sup>125</sup> Vgl. hierzu Anderson, S. 176ff.

aufgeboten werden.<sup>126</sup> Der Widerstand in den polnischen Gebieten des Deutschen Reiches war nicht nur eine Form des zivilen Ungehorsams. Hier erreichte er noch eine andere Dimension. 1874 gab es Kulturkampfaufstände in Ermland, Schlesien, Westpreußen und Posen. In Oberschlesien gab es einen Anschlag auf das Leben eines Priesters, der die Maigesetze annehmen wollte. Dieser Widerstand war für das Reich entsprechend riskanter als der passive Widerstand der deutschen Katholiken. Für Polen stand nicht nur die Lebensform auf dem Spiel, der Katholizismus war gegenüber der preußisch-protestantischen Besatzungsmacht auch ein nationales Identifikationssymbol.

#### 4.2.4. Windthorsts politische Strategie

Der Parlamentarismus war für Windthorst das Mittel zur Durchsetzung seiner Interessen. Als Parlamentarier bewies er sein rhetorisches wie taktisches Geschick. Aufmerksamkeit außerhalb des Parlamentes zu erreichen, war oft das Motiv der langen Auseinandersetzungen mit Bismarck. Windthorst versuchte, die Regierung durch Petitionen, Einwürfe und Änderungsanträge unter Druck zu setzen und brachte seine parlamentarischen Gegner immer wieder in Bedrängnis. Die Politik der Liberalen interpretierte er als widersprüchlich und ließ nicht ab, die Gesetze als Willkürmaßnahmen darzustellen und auf den Zusammenhang zwischen Septennat, die Etatbewilligung für das Heer für sieben Jahre, und Kulturkampf hinzuweisen. Das Septennat sei gegen liberale Prinzipien angenommen worden. Auch die Revolution von 1848 bewertete er neu. Hatte er diese 1848 noch als Anliegen einiger weniger verstanden,<sup>127</sup> interpretierte er sie nun als Erhebung gegen die staatliche Unterdrückung, gegen den *"Absolutismus und die Polizeiwirtschaft"*<sup>128</sup> und verglich die damalige Situation mit der Situation des Kulturkampfes.

---

<sup>126</sup> Vgl. Blackbourn, Volksfrömmigkeit, S. 38f.

<sup>127</sup> Vgl. Windthorst an Engelen, Osnabrück, 4. April 1848; in: Ludwig Windthorst, Briefe an seinen Schwager Ferdinand Engelen 1834-1868, hrsg. von Hermann Schröter (Schriften des Niedersächsischen Heimatbundes, Neue Folge, Bd. 29), Hannover 1954, S. 83f.

<sup>128</sup> Ludwig Windthorst im preußischen Abgeordnetenhaus (undat.). Zitiert nach Colonge, a.a.O., S. 58.

Windthorsts Taktik wurde von manchen als bloße Negation angesehen. Dem Zentrum wurde vorgeworfen, es habe im Grunde kein politisches Programm und betreibe Opposition um der Opposition willen. Windthorst sei der Geist, der stets verneine und der den großartigen Erfolgen des Reichskanzlers und dem an positiven Schaffen reichen politischen Leben, welches das deutsche Volk seit seiner Vereinigung durchdringe, *"nichts als Nörgelei und Schikane"*<sup>129</sup> entgegensetze.

Mit seiner Forderung nach der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen, brachte Windthorst die Nationalliberalen in ernsthafte Schwierigkeiten. Windthorst begründete seinen Antrag mit dem Argument, dass politische Institutionen mit der allgemeinen sozialen Basis übereinstimmen sollten. Wohlhabende Bürger seien nicht zugleich auch weiser, und man könne die sozialistischen Umtriebe durch die Verlagerung der Proteste von der Straße in das Parlament kontrollierbar machen. Die Liberalen hatten sich in ihrem Wahlprogramm auf das demokratische Wahlrecht der Frankfurter Paulskirche verpflichtet. Eine Ablehnung der Wahlrechtsreform wäre Beweis gewesen, dass man nicht zum eigenen Wahlprogramm stand. Aber eine Befürwortung hätte nicht nur Bismarck provoziert, sondern auch eine machtpolitische Katastrophe darstellen können, denn die Liberalen hatten ihre politische Basis im gehobenen Bürgertum. Bei einer Erweiterung der Wählerschaft wären sie möglicherweise auch von Mandatsverlusten betroffen gewesen. Windthorst war sich bewusst, dass ein neues Wahlrecht nicht nur die Liberalen geschwächt, sondern auch das Zentrum gestärkt hätte. Einige Liberale betrachteten das allgemeine Wahlrecht schon als Waffe der Jesuiten.<sup>130</sup> Als man im November 1873 über Windthorsts Vorschlag im Abgeordnetenhaus debattierte, warfen die Nationalliberalen ihm vor, sich lediglich liberaler Phrasen zu bedienen und sprachen ihm die Aufrichtigkeit seiner Vorschläge ab. Er mache sich

---

<sup>129</sup> Artikel aus der "Augsburger Allgemeinen Zeitung", 25. März 1874. Zitiert nach Arndt, a.a.O., S. 173.

<sup>130</sup> Vgl. Winfried Becker, Liberale Kulturkampf-Positionen und politischer Katholizismus; in: Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, hrsg. von Otto Pflanze unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien, Bd. 2), München/Wien 1983, S. 68ff.



erstrebenswerte Ideen zu eigen, nur um seine Ziele erreichen zu können und Unfrieden zu stiften:<sup>131</sup>

*"Herr Windthorst, der nichts weniger als ein Fanatiker ist und einen regen freundschaftlichen Verkehr mit vielen liberalen Abgeordneten, namentlich mit einigen früheren Kollegen aus der hannoverschen Kammer, unterhält, pflegt schon seit einiger Zeit diesen Herren gegenüber die Notwendigkeit eines Ausgleichs zu betonen. Natürlich ist es sehr schwer zu sagen, wie weit Aufrichtigkeit in solchen Reden steckt und ob Herr Windthorst im eigenen Namen redet, oder kraft römischer Vollmachten."<sup>132</sup>*

Für die Nationalliberalen stand die Geschlossenheit der Partei auf dem Spiel und die Führung ging von Bennigsen an Lasker, der von nun an alle Anstrengungen darauf verwandte, die Partei zusammenzuhalten. Nachdrücklich warnte er vor Windthorsts Taktik. In der liberalen Umarmung des Zentrums befände sich der Keim der Tötung. Es gelang den Nationalliberalen, die Abstimmung über das Wahlrecht zu vertagen.

Auch wenn einiges für politische Raffinesse sprechen sollte, wäre es falsch anzunehmen, dass Windthorsts Forderung nach der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts nur rein taktischer Natur war. Für die Katholiken war diese Forderung nicht neu. Windthorst stand durchaus in der Tradition katholischer Politiker, wie der Vorreiter des badischen Katholizismus, Franz Ritter von Buß, der sich 1848 zum allgemeinen Wahlrecht bekannt hatte. Windthorst setzte mit seiner Forderung nicht nur seine Gegner unter Druck, er gefährdete auch die Zusammenarbeit mit den konservativen Kräften seiner eigenen Partei. Die Streitgespräche in den Fraktionsdiskussionen führten fast zum Austritt Ludwig von Gerlachs, einer der wenigen Protestanten im Zentrum.<sup>133</sup>

Als Unterstützung für die parlamentarische Politik des Zentrums legte Windthorst verstärkter Wert auf eine organisierte Vereinsbewegung. Dass Windthorst, wie Anderson es formuliert, Vereine wie den im Mai 1872 gegründeten Mainzer Katholikenverein, zu verhindern suchte, um den Kampf nicht vom Parlament auf die Straße zu verlegen,<sup>134</sup>

---

<sup>131</sup> Vgl. Arndt, S. 251. Vgl. auch Anderson, S. 186ff. und S. 186, Anm. 46.

<sup>132</sup> Artikel aus der "Augsburger Allgemeinen Zeitung", 27. Februar 1874. Zitiert nach Arndt, S. 186.

<sup>133</sup> Vgl. Anderson, S. 188.

<sup>134</sup> Vgl. ebd., S. 183f.

kann daher bezweifelt werden. Zum einen hatte Windthorst mit seinem Aufruf zum passiven Widerstand die Straße schon indirekt in den Kampf mit einbezogen. Zum anderen waren Vereine eine Möglichkeit, den katholischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, und die Massen kontrolliert in die Politik einzubinden. Dies war umso wichtiger, als die Geistlichen im Verlaufe des Kulturkampfes immer stärker der staatlichen Kontrolle unterlagen und keine Wahlwerbung mehr für das Zentrum machen durften. In den katholischen Vereinen sammelten sich die Wähler des Zentrums.

Die Organisation der katholischen Vereinsbewegung, die keine liberale Honoratiorenvereinigung sondern eine Vereinsbewegung war, die ihre Mitglieder zu einem erheblichen Teil aus der Unterschicht rekrutierte, stand auch in einem engen Zusammenhang mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Den Weg zur Sozialreform beschritt man schließlich im Jahre 1877, als Graf von Galen im Namen des Zentrums den ersten Arbeiterschutzantrag einbrachte, der sowohl von Bismarck als auch von den Liberalen abgelehnt wurde. Mit seinem Antrag bewegte Galen sich auf den Spuren von Ketteler, der sich schon seit den 60er Jahre mit der sozialen Not der deutschen Arbeiterschaft auseinandersetzte.<sup>135</sup> Als Galen seinen Antrag begründete und von einer *"christlich-sozialen Weltordnung"* sprach und von den Missständen, die er auf den *"Geist des vom Christentum und seinen Geboten getrennten menschlichen Egoismus"* zurückführte, erwiderte ihm der nachfolgende Redner der Nationalliberalen, dass dies die Negation der gesamten modernen Bildung sei und bemerkte weiter: *"Christlich sind wir alle, und sozial gehört vor den Staatsanwalt."*<sup>136</sup> Bismarck selbst tat die Fragen des Arbeiterschutzes als *"Humanitätsduselei"* ab. In der Sonntagsruhe und der Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit sah er *"einen Eingriff in das Leben der Arbeiter"*<sup>137</sup>.

---

<sup>135</sup> Vgl. Wilhelm Emmanuel von Ketteler, Die zwei Gründe für die miserable Lage der Arbeiterschaft, 1864 und Wilhelm Emmanuel von Ketteler, Auseinandersetzung mit liberalen Vorschlägen zur Lösung der Arbeiterfrage, 1864; in: Katholizismus und wirtschaftlicher Liberalismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. und erl. von Karl Heinz Grenner (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Bd. 12), Paderborn/München/Wien/Zürich 1998, S. 33-43.

<sup>136</sup> Galen und ein vom Autoren unbenannter Redner der Nationalliberalen Partei (undat.). Zitiert nach Spael, S. 183f.

<sup>137</sup> Bismarck (undat.). Zitiert nach ebd., S. 184.

Betrachtet man Windthorsts politische Taktik, kann man im Hinblick auf die nationalliberalen und bismarckschen Ängste um das junge Deutsche Reich, durchaus behaupten, dass sie nicht immer frei von Fehlern war. So ist seine Argumentation für die territoriale Unabhängigkeit des Papstes während der Adressdebatte als unvorsichtig einzustufen. Seine Äußerungen über die Frage der Nation, die Lage der Polen und die Bezeichnung Bismarcks als Diktator waren provokativ. Auch Windthorsts Aussage in seiner Kritik an Bismarcks Einsatz für Hohenlohe, in der er Bismarcks Vorgehen als einen Versuch bezeichnete, *"den Diener eines fremden Herrn zu seinem Diener zu machen"*<sup>138</sup>, war unvorsichtig, denn als Diener fremder Herren durften die Katholiken nicht erscheinen. Den Gegnern wurde mit diesen Aussagen praktisch die Argumentation an die Hand gegeben, um Windthorst und das Zentrum als reichsfeindliche Elemente hinstellen zu können. Allerdings kann man Windthorst nicht vorwerfen, dass er unehrlich gewesen sei. Dass er durch die offene Präsentation seines Standpunktes auch versuchte, Verständnis für jene zu wecken, die sich durch die aktuelle Situation und Politik benachteiligt fühlten, und den Konflikt auf diese Weise auch emotional zu entschärfen suchte, wurde wenig beachtet. Differenziertere Betrachtungen waren selten, der Konflikt verschärfte sich.

### 4.3. Gründe für den Beginn des Kulturkampfes

#### 4.3.1. Real- und machtpolitische Motive

Der Kulturkampf war nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Phänomen. Moderne Staatslenker hatten fast ausnahmslos versucht, den Staat ohne Einschränkung zum Herrscher über sein Gebiet und seine Untertanen zu machen. Was den deutschen Kulturkampf auszeichnete war die Härte, mit dem er geführt wurde. Diese Härte ist zu einem Teil auch mit der Neugründung des Deutschen Reiches zu erklären, das innerhalb kurzer Zeit den Entwicklungsprozess nachzuholen hatte, der in anderen Staaten über Jahrzehnte geführt wurde.

---

<sup>138</sup> Windthorst im Reichstag, 14. Mai 1872. Zitiert nach Reumont, S. 64.

Für die Nationalliberalen war der Kampf gegen die Institution Kirche weltanschaulich geprägt. Er war Teil einer umfassenden Auseinandersetzung zwischen dem modernen Nationalstaat und der katholischen Kirche, die in den Augen der Nationalliberalen immer wieder ihre Rückständigkeit verdeutlichte. Die Nationalliberalen waren auch Träger des kleindeutschen Reichsgedankens und die Vorstellung, dass es neben der Nation "– *dem Maß aller Dinge* –"<sup>139</sup> und dem bürgerlichen Attribut der Vernunft noch andere Werte oder auch übernationale Bindungen religiöser Art geben könne, war den Liberalen offensichtlich fremd. Den politischen Katholizismus und die Gründung des Zentrums empfanden sie als einen Affront. "*Die größte Gefahr für das junge Reich*", schrieb Alfred Dove, nationalliberaler Politiker und Kirchenrechtler an der Universität Göttingen, im Januar 1871, gehe von der "*finsternen Macht Roms*"<sup>140</sup> aus, die ihre Hand bedrohend beängstigend über manch deutsches Gewissen halte und die Entwicklung des Staates störe. Der Kulturkampf traf allerdings nicht nur die katholische Kirche. Für Adolf Stöcker, der einstmals von einem evangelischen Kaisertum geträumt hatte, hatte der Kulturkampf, der seiner Ansicht nach von Bismarck falsch begonnen, geführt und beendet wurde, dazu beigetragen, die evangelische Kirche in Wirren zu stürzen. Der Protestantismus habe sich in die Sakristeien zurückdrängen lassen und hinsichtlich der Pflege des sittlich-religiösen Lebens seinen Einfluss auf das Volk verloren.<sup>141</sup>

Für die meisten Katholiken waren die Hauptverantwortlichen für den Kulturkampf in erster Linie im Lager der Liberalen zu suchen. In einem anonymen Brief an Bismarck wies man den Kanzler auf die Gefahren des Liberalismus hin, der sich überall verbreitet hätte und Bismarck selbst hätte dies gefördert. Wenn das "*deutsche Reich zu Grunde*" ginge, hätte "*Bismarck den Untergang bereitet!*"<sup>142</sup> Noch aber sei es nicht zu spät umzukehren. Windthorst dagegen war von Beginn an überzeugt, dass der Hauptverantwortliche für den

---

<sup>139</sup> Ullrich, S. 47.

<sup>140</sup> Alfred Dove, Januar 1871. Zitiert nach ebd.

<sup>141</sup> Vgl. Robert Saitschick, Bismarck und das Schicksal des deutschen Volkes. Zur Psychologie und Geschichte der deutschen Frage, München 1949, S. 75 und S. 97.

<sup>142</sup> Anonymer Brief an Bismarck, o.D., vermutlich 1872, in: Real, S. 399f.

Kulturkampf in erster Linie Bismarck war. Falk war für ihn lediglich Bismarcks Werkzeug. Auch für Bismarck war die Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche weltanschaulich geprägt, denn die katholische Kirche war in seinen Augen direkter Konkurrent des preußischen Staatswesens und seiner Machtpolitik. Der Papst, ein auswärtiger Fürst, war Führer dieser Gruppierung. Seit den 50er Jahren hatte er den Katholizismus, der für ihn immer eine politische Komponente besaß, misstrauisch beobachtet und als Gefahr für die preußische Politik eingestuft. Dass er den Kampf gegen die katholische Kirche nicht schon früher aufgenommen hatte, hatte durchaus taktische Gründe. Bismarck betrachtete wie die meisten Nationalliberalen auch den religiösen Frieden als Voraussetzung der geeinten Nationalkraft. Nach 1871 war das Reich dann saturiert. Die Katholiken, die nun ein Drittel der Bevölkerung ausmachten, bildeten für ihn ein widerstrebendes katholisches Randgebiet um das protestantische Kerngebiet. Hierzu zählten Elsaß-Lothringen, Oberschlesien und auch die westfälischen und rheinischen Provinzen. Im katholischen Bayern wurden die Verträge zur deutschen Reichsgründung gegen eine große Minderheit in der zweiten bayrischen Kammer angenommen. Von diesen bayrischen *"Ultramontanen"*, diesen *"heimatlosen Römlingen des Südens"*<sup>143</sup>, wie Bismarcks Vertrauter Hans Blum sie nannte, gehörte eine ganze Anzahl dem Zentrum an. Die Schnittstelle, die zwischen Bismarck und den Liberalen bestand, nutzte der Reichskanzler *"zur herrschaftsstabilisierenden innenpolitischen Frontbildung"*<sup>144</sup>.

Mit ausschlaggebend für den Kulturkampf war auch die Forderung des Zentrums nach territorialer Unabhängigkeit des Papstes. Was aber schwerer wog, war die Struktur der neuen Partei. Das Zentrum schien Bismarck *"unheimlich"* gewesen zu sein, da es in der Lage war seine Kräfte aus den religiösen Empfindungen der katholischen Bevölkerung zu ziehen und *"Massenwirkungen ungewöhnlicher Art zu erzielen"*<sup>145</sup>. Wäre das Zentrum nur eine Partei gewesen, die auf

---

<sup>143</sup> Bismarcks Vertrauter Hans Blum, November 1870. Zitiert nach Reumont, S. 35f.

<sup>144</sup> Wolfgang Altgeld, Katholizismus, Protestantismus, Judentum. Über religiös begründete Gegensätze und nationalreligiöse Ideen in der Geschichte des deutschen Nationalismus (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Forschungen, Bd. 59), Mainz, 1992, S. 203.

<sup>145</sup> Heinrich Bornkamm, Die Staatsidee im Kulturkampf, München 1950, S. 54.

einer verschwindend geringen Minorität einiger Ultramontaner und Kleriker gefußt hätte, wäre der Kulturkampf wahrscheinlich nicht mit einer solchen Härte geführt worden. Als gefährlich war anzusehen, dass die katholische Bewegung große Volksschichten mobilisierte und einen plebiszitären Charakter bekam. Das Zentrum sammelte schließlich viele machtpolitische und weltanschauliche Gegner Bismarcks. Viele Mitglieder misstrauten dem neuen Staat, wie sie den preußischen Tugenden, dem Militarismus, Imperialismus und der Bürokratie generell misstrauten. Die neue Partei war schwer zu beeinflussen. Es gelang Bismarck weder das Zentrum zu spalten, noch Windthorst zu isolieren. Auch gelang es ihm nicht, den Papst zu bewegen, sich von der Zentrumspolitik öffentlich zu distanzieren.

Dass Bismarck den Kulturkampf genutzt hat, um die Liberalen zu binden und von anderen Problemen abzulenken, ist sicherlich ebenfalls ein Teilaspekt des Kampfes. Bismarck gelang es mit Geschick, die religiösen, bildungspolitischen und nationalen Motivationen propagandistisch einzusetzen. In der Ausgrenzung der Katholiken schaffte er zusätzliche Identifikation mit dem Deutschen Reich. Je heftiger der Kulturkampf geführt wurde, um so mehr rückten andere Probleme in den Hintergrund. Der Fokus der Liberalen und der Katholiken richtete sich ganz auf diese zu großen Teilen sehr emotional geführte Auseinandersetzung. Ein Teil der Nationalliberalen zeigte sich schließlich besorgt über den willkürlichen Gebrauch der staatlichen Macht. Auch Virchow, der Mann, der den Namen Kulturkampf geprägt hatte, sprach sich für eine Mäßigung aus.<sup>146</sup> Kritische Beobachter wie Ludolf Camphausen kritisierten den Kanzler wegen seiner unsachlich polarisierenden, konfessionellen Argumentation und warfen im vor, den Kampf zu schüren:

*"Die dringend nöthige Auffassung, daß der Kampf walte zwischen dem aus Katholiken und Protestanten bestehenden Staate und den Ultramontanen mit ihrem unfehlbaren Papste, beschädigte er durch die Gegenüberstellung von Protestantismus und Katholizismus, [...] Seine diplomatische Größe wird, wenn er sich nicht hütet, rasch abnehmen."*<sup>147</sup>

---

<sup>146</sup> Vgl. Blackbourn, Volksfrömmigkeit, S. 40f.

<sup>147</sup> Ludolf an Otto Camphausen, Rüngsdorf, 28 April 1874; in: Nachlass Ludolf Camphausen, 1023 FA I 122, S. 3f. Historisches Archiv der Stadt Köln.

Aber auch die Liberalen konnten den Kulturkampf nutzen und durchaus Interesse daran gehabt haben, die Auseinandersetzung weiter zu führen. Der seit 1848 geforderte Staat war gegründet, man hatte die alten Machteliten zumindest theoretisch abgelöst. Durch die neuen liberalen Freiheiten stand der Weg zu einer auf Grundlage von Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit agierenden Volkspartei offen, was im Sinne einer politischen Evolution auch eine Teilablösung der neuen liberalen Elite bedeutet hätte. Man sollte an dieser Stelle nicht den im Christentum verankerten Gleichheitsgedanken vernachlässigen. Im gewissen Sinne entspricht dieser einem demokratischen Gleichheitsprinzip im Gegensatz zu einem elitären liberalen Freiheitsprinzip. Der liberale Kandidat Seyffardt forderte nach seiner Niederlage im Wahlkreis Krefeld gegen Reichensperger, für die er nachdrücklich die Beeinflussung der ungebildeten und unwissenden Wähler von der katholischen Kanzel herab verantwortlich machte, den Kanzelparagraphen. Ein solches Gesetz war ein wirksames Mittel zur Eindämmung der katholischen Bewegung. Ein ebensolches Mittel war das Dreiklassenwahlrecht in Preußen, das der überwiegende Teil der Nationalliberalen erhalten wollte. Der Kulturkampf war demnach nicht nur, wie Gall es schreibt, *"eine Auseinandersetzung zwischen bürgerlich-liberaler und katholischer Bewegung"*<sup>148</sup>, sondern auch eine Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und beginnender demokratischer Bewegung.

Über diese weltanschaulichen und machtpolitischen Aspekte hinaus, die sich in erster Linie im Bereich der Innenpolitik abspielten, hatte Bismarck offensichtlich auch die Hoffnung durch einen Kampf gegen die Führung der katholischen Kirche die Sympathien, des mit *"dieser Instanz verfeindeten Italien für Deutschland zu gewinnen."*<sup>149</sup> Gegenüber August Reichensperger hatte Bismarck diesen Aspekt einmal erwähnt.<sup>150</sup> Auch Windthorst war überzeugt, dass Bismarck den Kampf begonnen hatte, im *"Interesse seiner hohen Politik – des Zusammengehens mit Italien"*<sup>151</sup>. Bismarck mochte zudem beabsichtigt haben, neben Italien auch Russland auf die Seite Deutschlands

---

<sup>148</sup> Gall, S. 549.

<sup>149</sup> Martin, S. 90.

<sup>150</sup> Vgl. Spael, S. 69ff.

<sup>151</sup> Windthorst an Wilhelm Freiherr von Hammerstein, Hannover, 6. Dezember 1871; in: Windthorst, Briefe 1834-1880, S. 322.

zu ziehen und Frankreich zu isolieren, wo er den Einfluss des Klerus sehr hoch einschätzte. Russland hatte seit der Beteiligung des katholischen Klerus am polnischen Aufstand von 1863 ein gespanntes Verhältnis zum Vatikan, 1866 hatte man den diplomatischen Verkehr abgebrochen und 1869 den Bischöfen die Teilnahme am Vatikanischen Konzil verboten. Aber auch wenn für Bismarck außenpolitische Überlegungen eine Rolle gespielt haben, war die misstrauische bis feindliche Haltung Russlands und Italiens gegenüber der katholischen Kirche und dem Vatikan *"ein zu schwacher Pfeiler für ein großartiges Bündnissystem"*<sup>152</sup>. Zudem bestand durchaus die Gefahr, dass gemeinsame klerikale Strömungen Frankreich, Österreich und Italien zusammenführen konnten.

Dass der Beginn des Kulturkampfes durch polnische Aspekte bestimmt gewesen war, behauptete Bismarck zwei Jahrzehnte nach Beginn der Auseinandersetzung.<sup>153</sup> Sowohl bei der Auflösung der Katholischen Abteilung und der Entlassung von Krätzig, der nach Ansicht Bismarcks mit den Polen sympathisierte, wie auch bei dem Schulaufsichtsgesetz spielten Beobachtungen eine Rolle, dass in den polnisch sprechenden Provinzen unter kirchlicher Schulaufsicht oft polnisch als Unterrichtssprache benutzt wurde. Von preußischer Seite aus wurde im Gegensatz zu früheren Perioden der staatlichen Politik in Polen nach 1871 nicht mehr der Versuch gemacht, die Problematik der polnischen Frage durch Besonnenheit zu entschärfen. Durch Gesetze und Verordnungen, wie z.B. die Zurückdrängung der polnischen Sprache in Schulen und Behörden, setzte unter dem maßgeblichen Einfluss Bismarcks eine Germanisierungswelle und eine zunehmende *"Radikalisierung der Polenpolitik in den Ostprovinzen"*<sup>154</sup> ein. Hohe Beamte, die einen versöhnlicheren Kurs einschlagen wollten, wie Gustav von Bonin, der Oberpräsident Posens der in Bismarcks Polenpolitik einen Verfassungsbruch sah, mussten ihren Abschied nehmen.<sup>155</sup>

---

<sup>152</sup> Bornkamm, a.a.O. S. 51.

<sup>153</sup> Vgl. Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, a.a.O., Bd. 2, S. 149f.

<sup>154</sup> Martin Broszat, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, München 1963, S. 97.

<sup>155</sup> Vgl. Saitschick, a.a.O., S. 81.



#### 4.3.2. Persönliche Aspekte

Über realpolitische Gründe hinaus, mögen diese weltanschaulich, machtpolitisch, innen- oder außenpolitisch motiviert gewesen sein, hatte der Kulturkampf auch sehr persönliche Aspekte. Nach Gall gelang es Bismarck selbst auf der Höhe des Kulturkampfes, bei aller unleugbaren Beteiligung Distanz zu halten.<sup>156</sup> Dies mag für Sachfragen richtig gewesen sein, nicht aber für seine Beziehung zu Windthorst. Die Angriffe, die Bismarck gegen das Zentrum und Windthorst ausführte, waren nicht *"nur Äußerungen persönlicher Antipathie"*, sie waren wie *"Kriegserklärungen gegen feindliche Mächte."*<sup>157</sup> Für Bismarck erhielt sein Widersacher im Verlaufe der Auseinandersetzung einen fast familiären Stellenwert, wenn auch negativ besetzt:

*"Haß ist aber ein ebenso großer Sporn zum Leben, wie Liebe. Mein Leben erhalten und verschönen zwei Dinge: meine Frau und - Windthorst. Die eine ist für die Liebe da, der andere für den Haß."*<sup>158</sup>

Der sonderbare Rang, den Windthorst für Bismarck einnahm, ist auffallend und offenbart, dass der Konflikt die rein sachliche Ebene verlassen hat. Bismarcks Äußerung folgend, mag der Kulturkampf für den Reichskanzler eine der schönsten Zeiten des Lebens gewesen sein. Aber auch Windthorst schien in diesem parlamentarischen Meinungsstreit mit dem Kanzler mehr als nur Sachfragen ausgetragen zu haben. Die Frankfurter Zeitung berichtete in den Tagen nach dem ersten Rededuell zwischen Bismarck und Windthorst, dass der Kampf mit Hitze und Erbitterung geführt würde. Windthorst habe die Rolle übernommen, die einst Virchow gespielt habe und verstehe es, Bismarck vorzüglich zu reizen. Bismarck dagegen hätte Mühe, die Angriffe des Zentrumsführers, der ihm in parlamentarischer Gewandtheit und Ruhe überlegen sei, abzuwehren.<sup>159</sup> Gegenüber einem Vertrauten räumte Windthorst einmal ein, dass ein *"frischer*

---

<sup>156</sup> Vgl. Gall, S. 549.

<sup>157</sup> Bornkamm, S. 53.

<sup>158</sup> Bismarck in einem Gespräch mit dem Abgeordneten von Tiedemann und Prof. Heinrich von Sybel in Berlin, 25. Januar 1875; in: GW, Bd. 8.

<sup>159</sup> Vgl. Arndt, S. 279.

*Kampf gegen prinzipielle Gegner" ihn "heiter und vergnügt"<sup>160</sup> stimme.*

Dass die Auseinandersetzung mit Windthorst die sachliche Ebene verließ, lag auch an den unterschiedlichen Weltbildern der beiden Gegner. Bismarck war ein charismatischer Machtpolitiker, der, von welchen Motiven auch immer geleitet, versuchte, im Rahmen der Möglichkeiten das durchzusetzen, was er für richtig erachtete. In Bismarcks Persönlichkeit lag ein immer wieder durchdringender Irrationalismus, so bei seinen Aussagen über die Nation und seine Motivation:

*"Wenn ich nicht an die göttliche Ordnung glaubte, welche diese deutsche Nation zu etwas Großem und Gutem bestimmt hätte, so würde ich das Diplomaten-gewerbe gleich aufgeben oder das Geschäft gar nicht übernommen haben!"<sup>161</sup>*

Auch Windthorst, der in seinem politischen Kreis eine charismatische Führerpersönlichkeit war, lebte mit einem nahezu unerschütterlichen Glauben. Auch wenn es nicht nachzuvollziehen ist, wie weit er an die päpstlichen Positionen glaubte und sie innerlich unterstützte, so war sein persönlicher Glaube an Gott und seine Zugehörigkeit zum Katholizismus seine Identität. Das moralische Gepräge eines Staates kam in seinen Augen von Gott. Dies traf in gewisser Weise zwar auch für Bismarck zu, darüber hinaus hatte die deutsche Nation für ihren Gründer aber auch eine göttliche Bestimmung, die sie für Windthorst nicht hatte. Es war diese Omnipotenz des Staates bzw. Bismarcks, die Windthorst veranlasste, zu opponieren.

Bismarcks Politik war auf Abgrenzung ausgerichtet und Abweichungen wurden entweder für die eigenen Interessen genutzt oder bekämpft. Windthorst dagegen gliederte unterschiedliche Positionen ein. So wurde er die große Identifikationsfigur des Zentrums, weil er alles verkörperte, was in der Partei vorhanden war. Er war Katholik,

---

<sup>160</sup> Windthorst (undat.). Zitiert nach Ulrich von Hehl, Ludwig Windthorst als Parlamentarier; in: Ludwig Windthorst, 1812-1891, Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, hrsg. vom Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 1991, S. 30.

<sup>161</sup> Aus einem Gespräch Bismarcks mit Busch, 28. September 1870; in: Otto von Bismarck, Bismarck als Erzieher. In Leitsätzen aus seinen Reden, Briefen, Berichten und Werken, zusammengestellt und systematisch geordnet von Paul Dehn, München 1903, S. 480.

Föderalist, Welfe, Rechtsstaatler und Parlamentarier. In Bezug auf die polnische Frage präsentierte er sich in begrenztem Maße als eine Art früher Völkerrechtler. Dass die Positionen Windthorsts durchaus von einer großen Gruppe in Deutschland getragen wurden, räumte zu einem späteren Zeitpunkt Bismarck ein. Der Zentrumsführer sei ein Politiker, *"dem die Majorität des Reichstages auf jeden Wink gehorcht"* und ein *"Mann, der im Reiche das Volk sozusagen vertritt"*<sup>162</sup>. Windthorst verzichtete, wenn es ihm politisch angebracht erschien, auf die Äußerung der eigenen Meinung, was ihm von seinen Fraktionskollegen hoch angerechnet wurde. Im Parlament vertrat er dann auch eine nicht von ihm bevorzugte Meinung der Fraktion mit *"allen ihren Konsequenzen"* und *"mit aller Entschiedenheit"*.<sup>163</sup> In nahezu allen Einzelfragen aber auch in der Weltanschauung präsentierte sich Windthorst als Antagonist der bismarckschen Politik. Er war ein Real- und Vernunftpolitiker und seine Position vertrat er rational und überlegt, gab gegenüber Bismarck nicht nach und ließ sich weder einschüchtern noch resignierte er in Anbetracht des übermächtigen Reichskanzlers. Dies mag die eigentümliche Stellung erklären, die Windthorst für Bismarck einnahm.

---

<sup>162</sup> Bismarck im preußischen Abgeordnetenhaus, 24. Januar 1887. Zitiert nach Anderson, S. 413.

<sup>163</sup> Der bayrische Abgeordnete Pfarrer Dr. Schaedler (undat.). Zitiert nach Spael, S. 62. Windthorsts Toleranz war allgemein anerkannt. Vgl. hierzu auch Johann Menzenbach, Ludwig Windthorst in seinem Leben und Wirken insbesondere in seiner politischen Tätigkeit, Trier 1892, S. 35.



## Zusammenfassung

Als Bismarck das preußisch-kleindeutsche Reich formte, tat er das gegen die Jahrhunderte alte Tradition Deutschlands und ungeachtet nationaler, konfessioneller, kultureller und wirtschaftlicher Differenzen. Er schuf ein Gebilde, das gefährdet war, denn über den Argwohn und die Feindschaft ausländischer Staaten hinaus, hatte es auch innerhalb der Grenzen eine Vielzahl an Gegnern, wie die nationalen Minderheiten der Polen und einen großen Teil der Elsass-Lothringer. Auch bei den Anhängern der 1866 von Preußen annektierten deutschen Staaten, in den Rheinprovinzen und im süddeutschen Raum spielte eine latente bis offene Abneigung gegen die preußische Staatsorganisation eine Rolle. Die Wirtschaftskrise und der bereits kurz nach der Reichsgründung einsetzende Kulturkampf, der zu den heftigsten innenpolitischen Auseinandersetzungen des jungen Deutschen Reiches gehörte, verschlechterte das politische Klima.

Der Kulturkampf entstand als Konsequenz des aus der Verbindung kleindeutsch-liberaler Vorstellungen, die säkularisierte Gesellschaftsordnung war eines der Hauptanliegen des Nationalliberalismus, und bismarckscher Machtpolitik gegründeten Staates. Neben der Gruppe der liberalen Kulturkämpfer auf Regierungsseite und den papsttreuen Katholiken, gesammelt in der Partei des Zentrums, kristallisierte sich auch die Gegnerschaft zweier Politiker heraus. Ludwig Windthorst, parlamentarischer Führer des Zentrums, und Reichskanzler Otto von Bismarck. Über real- und machtpolitische Motivationen hinaus hatte der Konflikt auch persönliche Aspekte und er symbolisierte eindrucksvoll den Kampf des Machtstaates gegen den Rechtsstaat. Auf der einen Seite stand Bismarck, die Verkörperung des aristokratischen und militaristischen Preußentums, auf der anderen Seite stand der Zivile, Bürger und Parlamentarier Windthorst.

Dass Windthorst die Rolle des modernen Antagonisten der bismarckschen Politik einnahm, ist auf den ersten Blick erstaunlich, denn sein gesellschaftlicher und politischer Hintergrund war konservativ. Windthorst war in einer vom traditionellen Katholizismus geprägten Welt in kleinbürgerlichem Milieu im protestantischen Welfenstaat Hannover aufgewachsen. Er gehörte nicht nur als Mitglied der katholischen Kirche gesellschaftlich, sondern auch

persönlich zu den Außenseitern. Er war der einzige Sohn in der Familie, war durch seine äußerliche Deformation benachteiligt, war der einzige Junge in einer Mädchenschule und wurde schließlich durch den Tod seines Vaters Halbweise. Kämpferisch bis trotzig reagierte er aber bereits in seiner Kindheit und Jugend auf die Urteile vermeintlich Stärkerer oder der Obrigkeiten, und als ihm ein Lehrer mangelndes Talent bescheinigte, erklärte er, dass er sich in jedem Falle durchsetzen wolle. Auf dem Gymnasium in Osnabrück verbesserte er seine Leistungen und schloss die Schule als einer der Besten ab. Fleiß und Ehrgeiz wurden persönliche Attribute. Als er in Göttingen mit seinem Studium begann und auf eine neue, protestantische und bildungsorientierte, teilliberale Welt traf, entwickelte er sich zu einem aufgeklärten und liberalen Juristen und hatte Probleme, seinen traditionellen Glauben in Einklang mit den neuen geistigen Strömungen zu bringen. Aber er verband Tradition und Moderne, indem er sich den Lehren des Bonner Theologen Georg Hermes zuwandte.

Begünstigt durch seinen Fleiß und Ehrgeiz, seine familiären wie beruflichen Kontakte zur hannoverschen Elite und einer Mischung aus Loyalität gegenüber konservativen Strukturen und Hinwendung zu modernen Gedanken stieg Windthorst bereits kurz nach seiner Ausbildung zum Advokaten in höhere Ämter auf. Förderlich für seinen Aufstieg war, dass sich die Katholiken in Hannover zusehends etablierten. Denn während die Katholiken im preußischen Rheinland die Identitätserhaltung und -findung darin sahen, sich dem im wesentlichen protestantischen Staatsprinzip entgegenzusetzen, sah man in Hannover in der Anpassung die Aussicht auf eine Erweiterung der eigenen Möglichkeiten. Während des Verfassungskonfliktes von 1837 blieben sie loyal zum hannoverschen Königshaus. Windthorst wollte die Vorgehensweise des neuen Königs zunächst nicht akzeptieren, tat dies aber, da er persönliche und berufliche Nachteile fürchtete. Er passte sich auch einer konservativ werdenden Richtung im Katholizismus an, u.a. wurden die Schriften von Hermes auf den Index gesetzt. Windthorst wollte seinen Glauben und seine Identität ebenso wenig verlieren wie seine Heimat.

Als die Revolution von 1848/49 Hannover erreichte, versuchte König Ernst August sie durch Zugeständnisse abzufangen. Vor dem Hintergrund einer liberaleren Politik wurde Windthorst, der die

Revolution als Ausbruch proletarischer Massen fürchtete, zunächst in die Zweite Hannoversche Kammer gewählt, 1851 Präsident der Kammer und im gleichen Jahr in der neuen Regierung des neuen Königs Georg V., für einen Katholik in Hannover einmalig, zum Justizminister berufen. Wesentliche Ziele seiner Arbeit waren der Ausbau eines rechtsstaatlichen Systems und eine Erweiterung der Rechte für die katholische Kirche. In der nationalen Frage bekannte er sich - wie viele Katholiken - zur großdeutschen Lösung. Dies entsprach auch den Interessen des hannoverschen Staates, denn die Konkurrenz der beiden deutschen Großmächte sollte Hannovers Souveränität sichern.

Bismarck erkannte in Windthorst bereits während der 50er Jahre einen politischen Gegner. Für ihn repräsentierte der hannoversche Justizminister vieles, was er als Gegenpol zu Preußen begriff: katholisch-ultramontan, liberal, demokratisch und ein Anhänger Österreichs. Bismarck übte Druck auf Georg V. aus und überzeugte ihn, das in seinen Augen liberal-demokratische Kabinett mit Windthorst zu entlassen. Zur Genugtuung Bismarcks setzte daraufhin in Hannover eine Zeit der Reaktion mit polizeistaatlichen Mitteln ein, Windthorst wurde schließlich der Sitz in der Zweiten Kammer verweigert. Diesen Eingriff Bismarcks in die hannoversche Politik vergaß Windthorst nicht. Noch Jahrzehnte später machte er Bismarck für die Willkürpolitik der späten 50er Jahre mitverantwortlich.

Unter maßgeblicher Anteilnahme Windthorsts, der bemüht war, konfessionelle Auseinandersetzungen und Polemik zu unterbinden und sich für eine Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche einsetzte, erreichte der Katholizismus während der Reaktionszeit durch die Neudotation des Bistums Osnabrück in Hannover einen Aufschwung. Es war ein nach außen sichtbares Zeichen für generell verbesserte Beziehungen zwischen Staat und Kirche und offensichtlich ebenso der Versuch, die Katholiken politisch noch fester an den König und die Regierung zu binden. Dieser Bedeutungssprung des Katholizismus im Welfenstaat wurde von Bismarck mit Misstrauen beobachtet. Einen Versuch des preußischen Auswärtigen Amtes, eine gemeinsame Verbindung mit Hannover auf Basis der protestantischen Konfession einzugehen, lehnte die hannoversche Regierung ab.

Ende der 50er Jahre veränderte sich das politische Klima in Deutschland durch die Gründung des Nationalvereins, der aus liberalen Mitgliedern bestand und die kleindeutsche Lösung unter preußischer Führung durchsetzen wollte. Nahezu zeitgleich entwickelten sich auch Liberalismus und Katholizismus begünstigt durch den Kurs des Papstes, der eine klare Absage an den Liberalismus und den Nationalstaat war, weiter auseinander. Die Begrifflichkeiten Deutschtum, Liberalismus und protestantische Konfession begannen sich anzunähern. In dieser Phase brach der hannoversche König mit seiner reaktionären Regierung, Windthorst wurde in einer neuen Regierung zum Justizminister berufen. Innenpolitisch wollte Georg V. keinen entscheidenden Kurswechsel, er erwartete aber jene zurückzugewinnen, die mit Preußen sympathisierten. Windthorst wollte eine liberalere Politik betreiben, bemühte sich um ein einheitliches deutsches Rechtssystem und versuchte Hannover durch Stärkung der Bundeskompetenzen abzusichern.

Obwohl das Verhältnis zwischen hannoverschem König und Windthorst angespannt war, und Georg V. Windthorst für einen verschlagenen, jesuitischen und liberalen Politiker hielt, der gegen das monarchische Prinzip arbeite, war er von Windthorsts nationaler Gesinnung und seiner Bereitschaft, zwischen den Interessen Preußens und Österreichs selbstständige Politik zu betreiben, überzeugt. Als Bismarck die Liberalen für seine Politik zu gewinnen und Österreich zu isolieren versuchte, indem er ein Parlament für den Bund forderte, das aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgehen sollte, versuchte Windthorst der bismarckschen Politik entgegenzusteuern. Durch eine Änderung des Wahlrechts in Hannover wollte er die Liberalen an die Regierungspolitik binden. Georg V., nun überzeugt, dass Windthorst sich gänzlich dem Liberalismus und der Demokratie zugewandt habe, entzog ihm das Vertrauen. Über seine Entlassung war Windthorst verärgert. Dem König und der neuen Regierung traute er nicht zu, sich gegen Preußen durchsetzen zu können. Vergeblich versuchte er über die Königin Zugang zum Hof zu erlangen.

Die Annektion Hannovers durch Preußen betrachtete Windthorst als ein politisches wie persönliches Unglück. Nicht das Recht sondern die Macht hatte entschieden. Bemerkenswert ist, dass Georg V. ihn trotz des ambivalenten Verhältnisses zu seinem Rechtsvertreter



gegenüber Preußen machte. Im Gegensatz zu einigen welfischen Kollegen blieb Windthorst im Norddeutschen Bund in jeder Hinsicht politisch aktiv. Im Reichstag schloss er sich dem Bundesstaatlich-konstitutionellen Verein an, in dem er abgesehen von Hermann von Mallinckrodt der einzige Katholik war. Der Verein war föderalistisch und stand im Gegensatz zu Bismarck und den Liberalen. Den Bund begriff Windthorst nach wie vor als einen Staatenbund und wollte die einzelstaatliche Souveränität absichern. In vielen Punkten konnte er mit den Liberalen zusammenarbeiten. Windthorst bemühte sich, ein unabhängiges Parlament zu schaffen und sprach sich für Abgeordnetendiäten aus. Auch setzte er sich für die Interessen der katholischen Kirche ein, blieb im preußischen Abgeordnetenhaus aber fraktionslos, obwohl es eine Fraktion des Zentrums gab. Als Mitglied des Norddeutschen Reichstags gehörte er automatisch dem Zollparlament an. In den süddeutschen Staaten, in denen das allgemeine Wahlrecht galt, waren die Gegner der kleindeutschen und bismarckschen Deutschlandpolitik stark vertreten. Die süddeutschen Abgeordneten schlossen sich zu einem Teil in der Süddeutschen Fraktion zusammen, der auch Windthorst als Hospitant beitrug. In allen drei Parlamenten galt er bald als Persönlichkeit einer oppositionellen Bewegung und war Bismarcks erklärter Gegner, auch wenn Bismarck sich zu dieser Gegnerschaft nicht öffentlich bekannte. Nur gegenüber Vertrauenspersonen äußerte sich Bismarck über Windthorst.

Obwohl es auch zu Konfrontationen zwischen kleindeutsch orientierten Protestanten und großdeutsch orientierten Katholiken gekommen war, blieb das konfessionelle Klima im Norddeutschen Bund zufriedenstellend. Zu einem späteren Zeitpunkt erklärten Bismarck und Lasker, dass dies geschehen sei, um die deutsche Einigung nicht durch einen konfessionellen Streit zu gefährden. Die preußischen Katholiken waren dem preußischen König in der Regel nicht anders in den Krieg gefolgt als die Protestanten und viele katholische Bischöfe sahen den Sieg Preußens pragmatisch oder positiv. Sie bauten auf die alte Verbindung zwischen Thron und Altar und wollten die Gunst der Stunde nutzen und den preußischen König bitten, sich für die Interessen des Papstes in Italien einzusetzen. Die Gegensätze zwischen liberaler, protestantischer und katholischer Welt bekamen allerdings durch die Ankündigung des Unfehlbarkeitsdog-

mas eine neue Dimension. Das konfessionelle Klima verschlechterte sich. Dieses Dogma war aber nicht nur für Liberale und Protestanten eine Herausforderung. Auch viele Katholiken wie Windthorst lehnten die neue Glaubenslehre ab. Aber vor die Alternative gestellt, anzunehmen oder sich von der Kirche zu trennen, passte er sich an. Die Altkatholiken, die sich nicht zur neuen Glaubenslehre bekennen wollten, griff er aufgrund ihrer politischen Position, die sie in die Nähe Bismarcks und der Nationalliberalen brachte, und nicht aufgrund ihres Glaubens an. Möglich ist, dass Windthorst das Dogma persönlich nie akzeptiert hat. Vermutlich hat der Kulturkampf mit dazu beigetragen, dass er und andere eher zu liberalen Positionen tendierende Katholiken an einer wichtigen Auseinandersetzung in der katholischen Kirche in Deutschland nicht teilgenommen haben.

Dem Deutschen Reich von 1871 brachte Windthorst großes Misstrauen entgegen. Dieser Staat, durch Kriege hervorgebracht, musste seiner Überzeugung nach auch wieder in Kriegen untergehen. Während der katholische Bischof Ketteler zunächst noch die Hoffnung hatte, die Katholiken einem konservativen Bündnis mit Bismarck zuführen zu können, war es für Windthorst offensichtlich, dass nun der Kampf gegen die katholische Kirche eröffnet werden sollte. Als sich das Zentrum gründete, hielt er sich zunächst zurück, auch weil er fürchtete, er könne die neue Partei mit seiner welfischen Vergangenheit und seinem Engagement für Georg V. belasten.

Mit der Auflösung der katholischen Abteilung im Kultusministerium, dem Kanzelparagraph und der Ernennung Falks, wurde das Bündnis zwischen Thron und Altar symbolträchtig abgelöst und ersetzt durch das Bündnis Bismarcks mit den Liberalen. Die Katholiken gingen nach Verkündung der Kulturkampfgesetze in eine Art passiven Widerstand. Die Proklamation des passiven Widerstandes war für Windthorst ein Novum. Noch nie hatte er, so willkürlich ihm ein Gesetz auch erschienen war, auf diese Art öffentlich Stellung bezogen.

Natürlich war das Zentrum vorwiegend eine konfessionelle Partei. Die Forderung nach der territorialen Unabhängigkeit des Papstes brachte die Partei von Beginn an in Gegensatz zu Bismarck und den Nationalliberalen. Was das Zentrum gefährlich machte, war auch die Verbindung aus Ultramontanen, Konservativen, Liberalen, Sozialpolitikern, Föderalisten, Rechtsstaatlern, Parlamentariern und in

gewissem Sinne Volkspolitikern mit demokratischem Charakter. Hinsichtlich Polens und Elsass-Lothringens argumentierte man zugunsten einer nationalen Selbstbestimmung. In dieser neuen Partei, die sich Bismarcks Zugriff verweigerte, kündigte sich die moderne parlamentarische Arbeitsweise an, sie war grundsätzlich koalitionsfähig. Dass Windthorst die große Identifikationsfigur des Zentrums wurde, war kein Zufall, denn er vereinigte die heterogenen politischen Strömungen. Windthorsts demokratisches Potential erwies sich im Laufe der Entwicklung größer als bei dem überwiegenden Teil der kleindeutsch Liberalen, die eine Elite und nicht eine in der Bevölkerung vorherrschende Meinung vertraten.

Windthorsts Grundhaltung wurde von seinen liberalen und fortschrittlichen Gegnern oft nur aufgrund seiner Konfession als rückständig angesehen, wohingegen seine fundamentalen Forderungen nach Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit oft nur als Taktik angesehen wurden. Eine differenzierte Betrachtung seiner politischen Anschauungen war während des Kulturkampfes offensichtlich nicht möglich. Der nationale Aspekt sowie eine gewisse nationale Hysterie, stand zu sehr im Vordergrund der Politik. Aber Windthorst, der versuchte den Kulturkampf von der konfessionellen Ebene auf die politische zu verlagern, war ein Vernunft- und Realpolitiker. Während die Liberalen dem Druck Bismarcks nachgaben und sich in gewisser Hinsicht korrumpieren ließen, vertrat Windthorst, je stärker der machtpolitische Druck des Kanzlers wurde, immer vehementer rechtsstaatliche und parlamentarische Positionen. Er gehört somit zu den Vorläufern moderner deutscher Politiker, die nicht durch Machtpolitik, sondern durch Mehrheitsentscheid, Geschick und durch Abwägung der rechtlichen Möglichkeiten versuchten, Einfluss zu gewinnen. Seine persönliche Biographie im Spannungsfeld von Katholizismus, Welfentum und dem preußisch-bismarckschen Machtstreben haben diese Entwicklung maßgeblich geprägt.



Archivalien

Bischöfliches Diözesanarchiv Aachen  
Allgemeine Akten betreffend Ludwig Windthorst

Stadtarchiv Aachen  
Nachlass Joseph Hubert Reinkens

Geheimes Preußisches Staatsarchiv Berlin  
Merseburger Teil des Justizministeriums  
Ministerium für auswärtige Angelegenheiten  
Nachlass Karl Friedrich von Savigny

Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover  
Königliches Hausarchiv

Historisches Archiv der Stadt Köln  
Nachlass Ludolf Camphausen  
Nachlass Johannes Classen-Kappelmann

Historisches Archiv des Erzbistums Köln  
Nachlass Paul Melchers

Stadtarchiv Krefeld  
Nachlass Ludwig Friedrich Seyffardt

Archiv des Augustinerinnenklosters Neuss  
Klosterchronik



## Gedruckte Quellen und Literatur

- Akten der Fuldaer Bischofskonferenz, hrsg. von Erwin Gatz, 3 Bde. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe: A Quellen, 22/27/39), Mainz 1977/1979/1985.
- Altermatt, Urs: Katholizismus und Moderne. Zur Sozialgeschichte und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert, Zürich 1989.
- Altgeld Wolfgang: Katholizismus, Protestantismus, Judentum. Über religiös begründete Gegensätze und nationalreligiöse Ideen in der Geschichte des deutschen Nationalismus (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Forschungen, Bd. 59), Mainz, 1992.
- Ders.: Windthorst und die konfessionellen Probleme Deutschlands; in: Ludwig Windthorst, 1812-1891, Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, hrsg. vom Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 1991, S. 44-56.
- Anderson, Margaret Lavinia: 'The Kulturkampf' and the course of German history; in: Central European History, 19, 1986, S. 82-115.
- Dies.: Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 14), Düsseldorf 1988.
- Aretin, Karl Otmar von: Das Papsttum und die moderne Welt, München 1970.
- Aretz, Jürgen/Morsey, Rudolf/Rauscher, Anton (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bde. 3-7, Mainz 1979-1994.
- Arndt, Dorothea: Die protestantisch ausgerichtete Publizistik der Kulturkampfzeit und ihre Blickrichtung auf Ludwig Windthorst, Diss., Würzburg 1969.
- Aschoff, Hans-Georg: Das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche im Königreich Hannover (1813-1866) (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens, Bd. 86), Hildesheim 1976.

- Ders.: Die politische Tätigkeit Ludwig Windthorst im Königreich Hannover; in: Zeitschrift der Technischen Universität Hannover, 3, 1976, H. 1, S. 15-23.
- Ders.: Ludwig Windthorst. Ein christlicher Politiker in einer Zeit des Umbruchs, Hannover 1991.
- Ders.: Rechtsstaatlichkeit und Emanzipation. Das politische Wirken Ludwig Windthorsts (Emsland/Bentheim, Beiträge zur neueren Geschichte, Bd. 5), Sögel 1988.
- Ders.: Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866-1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 83), Düsseldorf 1987.
- Bachem, Julius: Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers, Köln, 1913.
- Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei 1815-1914, 9 Bde., Köln 1927-32.
- Bammel, Ernst: Die Reichgründung und der deutsche Protestantismus (Erlanger Forschungen, Reihe A: Geisteswissenschaften, 22), Erlangen 1973.
- Barmeyer, Heide: Bismarck, die Annexionen und das Welfenproblem 1866-1890. Der unvollendete nationale Verfassungsstaat in Verteidigung und Angriff; in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 48, 1976, S. 397-432.
- Barthel, Manfred: Die Jesuiten. Legende und Wahrheit der Gesellschaft Jesu, gestern, heute, morgen, Frankfurt a. M. 1984.
- Bauer, Clemens: Deutscher Katholizismus. Entwicklungslinien und Profile, Frankfurt a. M., 1964.
- Baumgarten, Michael: Der Protestantismus als politisches Prinzip im Deutschen Reich, Berlin 1872.
- Becker, Josef: Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf. Geschichte und Strukturen ihres Verhältnisses in Baden 1860-1876 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, 14), Mainz 1973.
- Becker Winfried (Hrsg): Die Minderheit als Mitte. Die deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches 1871-1933 (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B: Abhandlungen), Paderborn/München/u. a. 1986.



- Ders.: Liberale Kulturkampf-Positionen und politischer Katholizismus; in: Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, hrsg. von Otto Pflanze unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien, Bd. 2), München/Wien 1983, S. 47-72.
- Behr, Hans Joachim: Georg von Schele (1771-1844). Staatsmann oder Doktrinär? (Osnabrücker Geschichtsquellen und Forschungen, 18), Osnabrück 1973.
- Ders.: Politisches Ständetum und landschaftliche Selbstverwaltung. Geschichte der Osnabrücker Landschaft im 19. Jahrhundert (Osnabrücker Geschichtsquellen und Forschungen, 12), Osnabrück 1970.
- Bentfeldt, Ludwig: Der Deutsche Bund als nationales Band 1815-1866, Göttingen/Zürich 1985.
- Berding, Helmut u.a. (Hrsg.): Vom Staat des Ancien Régime zum modernen Parteienstaat. Festschrift für Theodor Schieder, München/Wien 1978.
- Bergsträsser, Ludwig (Hrsg.): Der politische Katholizismus. Dokumente seiner Entwicklung (Der deutsche Staatsgedanke, Zweite Reihe: Die Parteien und der Staat, III), 2 Bde., München 1921/23.
- Ders.: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 9. Auflage, München 1955.
- Betz, A.: Beiträge zur Ideengeschichte der Staats- und Finanzpolitik des Zentrums (1870-1918[20]), 2. Auflage, Regensburg 1930.
- Birke, Adolf M.: Bischoff Ketteler und der deutsche Liberalismus. Eine Untersuchung über das Verhältnis des liberalen Katholizismus zum bürgerlichen Liberalismus in der Reichsgründungszeit (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, 9), Mainz 1971.
- Bismarck, Otto von: Bismarck als Erzieher. In Leitsätzen aus seinen Reden, Briefen, Berichten und Werken, zusammengestellt und systematisch geordnet von Paul Dehn, München 1903.
- Ders.: Bismarck und die Revolution, Dokumente. Ausgewählt und kommentiert von Gustav Seeber und Heinz Wolter, Berlin 1989.
- Ders.: Die gesammelten Werke, hrsg. und bearb. von Willy Andreas, Werner Frauendienst, Hermann von Petersdorff u.a., 15 Bde., Berlin 1923-1935.

- Ders.: Gedanken und Erinnerungen. Neue Ausgabe, 3 Bde., Stuttgart/Berlin 1921.
- Ders.: Gespräche, 3 Bde., herausgegeben von Willy Andreas unter Mitwirkung von K.F. Reinking, Bremen 1963-1965.
- Ders.: Werke in Auswahl, 8 Bde., Jahrbundtausgabe zum 23. September 1962, hrsg. von Gustaf Adolf Rein u.a., Darmstadt 1962-1980.
- Bismarck-Preußen, Deutschland und Europa. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums im Martin-Gropius-Bau, Berlin 26. August bis 15. November 1990, Ausstellungskatalog, Berlin 1990.
- Blackbourn, David: Marpingen. Apparitions of the Virgin Mary in a Nineteenth-Century German Village, New York 1993.
- Ders.: Volksfrömmigkeit und Fortschrittsglaube im Kulturkampf (Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge, Nr. 81), Wiesbaden/Stuttgart 1988.
- Ders.: Die Zentrumspartei und die deutschen Katholiken während des Kulturkampfes und danach; in: Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, hrsg. von Otto Pflanze unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien, Bd. 2), München/Wien 1983, S. 73-94.
- Blaschke, Olaf (Hrsg.): Konfessionen im Konflikt. Deutschland zwischen 1800 und 1970: ein zweites konfessionelles Zeitalter, Göttingen 2002.
- Böhme, Helmut: Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848-1881, Köln 1966.
- Bornkamm, Heinrich: Die Staatsidee im Kulturkampf, München 1950.
- Broszat, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, München 1963.
- Bruch, Richard: Ethik und Naturrecht im deutschen Katholizismus des 18. Jahrhunderts. Von der Tugendethik zur Pflichtethik, Tübingen/Basel 1997.
- Buchheim, Karl: Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1963.
- Ders.: Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der Katholiken im 19. Jahrhundert, München 1963.

- Burckhardt, Jacob: Historische Grösse. Mit einer Vorbemerkung von Johannes Willms, Weinheim 1994.
- Burkard, Dominik: 1848 als Geburtsstunde des deutschen Katholizismus? Ungemäße Bemerkungen zur Erforschung des "Katholischen Vereinswesens", in: Saeculum 49, 1998, S. 61-106.
- Bussmann, Walter: Bismarck, seine Helfer und seine Gegner; in: Ernst Deuerlein/Theodor Schieder (Hrsg.), Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen, Stuttgart 1970, S. 119-147.
- Cardanns, Hermann: Ludwig Windthorst. Gestorben 14. März 1991. Zur Erinnerung an sein Leben und Wirken, Köln 1891.
- Colonge, Paul: Ludwig Windthorst (1812-1891). Sa pensée et son action politiques jusqu'en 1875. Thèse d'état, Université de Metz, 2 Bde., Paris 1983.
- Ders.: Windthorst und der deutsche Nationalstaat; in: Ludwig Windthorst, 1812-1891, Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, hrsg. vom Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 1991, S. 57-70.
- Constabel, Adelheid (Hrsg.): Die Vorgeschichte des Kulturkampfes. Quellenveröffentlichung aus dem Deutschen Zentralarchiv (Schriftenreihe der Staatlichen Archivverwaltung, 6), Berlin 1956.
- Conze, Werner: Politische Willensbildung im Deutschen Kaiserreich als Forschungsaufgabe historischer Wahlsoziologie; in: Helmut Berding u.a. (Hrsg.), Vom Staat des Ancien Régime zum modernen Parteienstaat. Festschrift für Theodor Schieder, München/Wien 1978, S. 331-347.
- Conze, Werner/Kocka, Jürgen: Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1985.
- Conzemius, Victor: Kirchen und Nationalismen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts; in: Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, hrsg. von Albrecht Langner (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B: Abhandlungen) Paderborn/München/Wien/Zürich 1985, S. 11-50.
- Corvin, Otto von: Pfaffenspiegel, Historische Denkmale des Fanatismus in der römisch-katholischen Kirche, 43. Ausgabe, Berlin 1912.

- Craig, Gordon A.: Deutsche Geschichte 1866-1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches, München 1980.
- Dann, Otto (Hrsg.): Nationalismus und sozialer Wandel (Historische Perspektiven, 11), Hamburg 1978.
- Der Kulturkampf, hrsg. und erl. von Rudolf Lill unter Mitarb. von Wolfgang Altgeld und Alexia K. Haus (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A, Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Bd. 10), Paderborn/München/Wien/Zürich 1997.
- Der Welfenfonds. Actenmaessige Darstellung der Entwicklung der Vermoögensfrage, der Abschlusses des Vermoögensvertrages und der beschlagnahme des Vermoögensobjects, hrsg. von einem anonymen Welfen-Sympathisanten, Hannover 1891.
- Deuerlein, Ernst: Ludwig Windthorst; in: Stimmen der Zeit, 169, 1961/1962, S. 277-297.
- Ders.: Föderalismus. Die historischen und philosophischen Grundlagen des föderativen Prinzips, München 1972.
- Deuerlein, Ernst/Schieder Theodor (Hrsg.): Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen, Stuttgart 1970.
- Die auswärtige Politik Preußens 1858-1871, 10 Bde., Oldenburg/Berlin 1933/1939.
- Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessensorganisationen vom Vormärz bis zum Jahr 1945, hrsg. von Dieter Fricke, 2. Bde., Berlin 1968/1970.
- Die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge eines Augsburger Symposions 23. bis 25. September 1981, hrsg. von Josef Becker und Andreas Hillgruber (Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg, Nr. 24), München 1983.
- Die Todtenklage um Hermann von Mallinckrodt, von C. Mertens, Paderborn 1880.
- Döllinger, Johann Joseph Ignaz von: Der Papst und das Concil, Leipzig 1869.
- Eisfeld, Gerhard: Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858-1870. Studie zu den Organisationen und Programmen der Liberalen und Demokraten (Schriftenreihe des Forschungsin-

- stituts der Friedrich Ebert Stiftung, B: Historisch-politische Schriften), Hannover 1969.
- Engelberg, Ernst: Bismarck: Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990.
- Engelberg, Waltraut: das private Leben der Bismarcks. Taschenbuchausgabe, Berlin 1999.
- Epstein, Klaus: Die Ursprünge des Konservatismus in Deutschland. Der Ausgangspunkt: Die Herausforderung durch die Französische Revolution 1770-1806, Berlin 1973.
- Evans, Ellen Lovel: The German Center Party 1870-1933. A Study in Political Catholicism, Carbondale/Edwardsville 1981.
- Eyck, Erich: Bismarck. Leben und Werk, 3. Bde., Erlenbach 1941-1944.
- Eyck, Frank: Deutschlands große Hoffnung. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/1849, München 1973.
- Ferber, Walter: Ludwig Windthorst. Der große deutsche Katholikenführer, Augsburg 1962.
- Filthaut, E.: Deutsche Katholikentage 1848-1959 und soziale Frage, Essen 1960.
- Finke, Heinrich: Aus Windthorsts jüngeren Tagen; in Hochland, 8, 1910/1911, S. 458-464.
- Fitschen, Klaus: Der Katholizismus von 1648 bis 1870 (Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen, III/8), Leipzig 1997.
- Foerster, Erich: Adalbert Falk. Sein Leben und Wirken als preußischer Kultusminister dargestellt auf Grund des Nachlasses und Beihilfe des Generals Adalbert von Falk, Gotha 1927.
- Franz, Leonard J.: Bismarck, Windthorst and the Kulturkampf. Essentially a study of church and state relations in Germany from 1860 to 1885, Diss., Cologne 1948.
- Gabriel, Karl: Christentum zwischen Tradition und Postmoderne (Quaestiones disputatae, 141), Freiburg 1992.
- Gagel, Walter: Die Wahlrechtsfrage in der Geschichte der deutschen liberalen Parteien 1848-1918 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 12), Düsseldorf 1958.
- Gall, Lothar: Bismarck. Der weisse Revolutionär, Taschenbuchausgabe, Berlin 1997.
- Ders./Jürgens, Karl-Heinz: Bismarck. Lebensbilder, 2. Auflage, Bergisch Gladbach 1998.

- Gatz, Erwin: Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803 bis 1945. Ein biographisches Lexikon, Berlin 1983.
- Geschichte der Stadt Hannover, hrsg. von Klaus Mlynek u. a., 2 Bde., Hannover 1994.
- Görtemaker, Manfred: Deutschland im 19. Jahrhundert, Entwicklungslinien (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 274), 5. Auflage, Bonn 1996.
- Goetz, Leopold Karl: Das Centrum, eine konfessionelle Partei. Ein Beitrag zu seiner Geschichte, Bonn 1906.
- Götz von Olenhusen, Irmtraud: Klerus und abweichendes Verhalten. Zur Sozialgeschichte katholischer Priester im 19. Jahrhundert: Die Erzdiözese Freiburg (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 106), Göttingen 1994.
- Grimm, Dieter: Deutsche Verfassungsgeschichte 1776-1866. Vom Beginn des modernen Verfassungsstaates bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Frankfurt a. M. 1988.
- Grohs, Winfried: Die Liberale Reichspartei 1871-1874. Liberale Katholiken und föderalistische Protestanten im ersten deutschen Reichstag, Frankfurt a. M./Bern 1990.
- Gründer, Horst: Nation und Katholizismus im Kaiserreich; in: Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, hrsg. von Albrecht Langner (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B: Abhandlungen) Paderborn/München/Wien/Zürich 1985, S. 65-87.
- Hänsel-Hohenhausen, Markus: Clemens August Freiherr Droste zu Vischering, Erzbischof von Köln, 1779-1845. Die moderne Kirchenfreiheit in Konflikt mit dem Nationalstaat, 2 Bde., Egelsbach bei Frankfurt a.M. 1991.
- Hamacher, Josef: Ludwig Windthorst, ein Mensch in seiner Zeit (Sonderdruck aus dem Jahrbuch des emsländischen Heimatbundes, Bd. 30), Lingen 1984.
- Ders.: Ludwig Windthorst und das Emsland; in: Ludwig Windthorst, 1812-1891, Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, hrsg. vom Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 1991, S. 85-92.
- Hankamer, W.: Das Zentrum, die politische Vertretung des katholischen Volksteils. Die Geschichte seiner Entstehung und seiner

- Tätigkeit unter besonderer Berücksichtigung des kirchenpolitischen Konfliktes, Essen 1927.
- Hannovers Schicksalsjahr 1866 im Briefwechsel König Georgs V. mit der Königin Marie. Bearbeitet von Geoffrey Malden Willis (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Niedersachsen, XXV, Niedersachsen und Preußen, Heft 7), Hildesheim 1966.
- Hassel, W. von: Geschichte des Königreichs Hannover. Unter Benutzung bisher unbekannter Aktenstücke, 2 Bde., Bremen/Leipzig 1898-1901.
- Hehl, Ulrich von: Ludwig Windthorst als Parlamentarier; in: Ludwig Windthorst, 1812-1891, Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, hrsg. vom Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 1991, S. 26-34.
- Ders./Reppen, Konrad (Hrsg.): Der deutsche Katholizismus in der zeitgeschichtlichen Forschung, Mainz 1988.
- Heine, Heinrich: Heine Brevier, hrsg. von Bernd Kortländer unter Mitarbeit von Martin Hollender und Ulrike Reuter, Stuttgart 1997.
- Heinen, Ernst (Hrsg.): Staatliche Macht und Katholizismus in Deutschland. Dokumente des politischen Katholizismus von seinen Anfängen bis 1914, 2 Bde., Paderborn 1969/1979.
- Ders.: Katholizismus und Gesellschaft. Das katholische Vereinswesen zwischen Revolution und Reaktion (1848/49-1853/54) (Historisches Seminar, Neue Folge, Bd. 4) , Idstein 1993.
- Herres, Jürgen: Städtische Gesellschaft und katholische Vereine im Rheinland 1840-1945, Essen 1996.
- Herzfeld, Hand: Johannes von Miquel. Sein Anteil am Aufbau des Deutschen Reiches bis zur Jahrhundertwende, 2 Bde, Detmold 1938.
- Hesse, Horst: Behördeninterne Information über die Volksstimmung zur Zeit des liberal-ultramontanen Parteikampfes 1868/69; in: Zeitschrift für bayrische Landesgeschichte, Bd. 34, 1971, H. 2, S. 619-651.
- Hettinger, Lothar: Die außenpolitische Haltung des Zentrums in den Jahren 1870 bis 1879, Diss., Berlin 1935.
- Heyer, Friedrich: Die Katholische Kirche vom Westfälischen Frieden bis zum Ersten Vatikanischen Konzil, Göttingen 1963.
- Hillgruber, Andreas: Bismarcks Außenpolitik, Freiburg 1972.

- Ders.: Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871-1945, 4. Auflage, Düsseldorf 1984.
- Hohmann, Friedrich Gerhard: Die Soester Konferenzen 1864-1866. Zur Vorgeschichte der Zentrumspartei in Westfalen; in: Westfälische Zeitschrift, 114, 1964, S. 293-342.
- Holzem, Andreas: Kirchenreform und Sektenstiftung. Deutschkatholiken, Reformkatholiken und Ultramontane am Oberrhein 1844-1866 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 65), Paderborn/München/Wien/Zürich 1994.
- Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.): Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bde. I-IV, div. Auflagen, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1957-1988.
- Ders. (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, 3 Bde., 3. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978-1986.
- Ders./Huber, Wolfgang (Hrsg.): Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts, 3 Bde., Berlin 1973-1983.
- Hürten, Heinz: Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800-1960, Mainz 1986.
- Hüsgen, Eduard: Ludwig Windthorst, Köln 1907.
- Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, hrsg. von Otto Pflanze unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien, Bd. 2), München/Wien 1983.
- Iserloh, Erwin: Unbeachtete Quellen zur Beilegung des Kulturkampfes. Hinweis auf den Nachlaß von Prof. A. Reuß im Bistumsarchiv Trier; in: Trierer theologisches Zeitschrift, 73, 1964, S. 178-189.
- Jäger, Oskar: Geschichte des 19. Jahrhunderts, Erster Band, 1800-1852, Berlin/Leipzig 1913.
- Jung, Martin H.: Der Protestantismus in Deutschland von 1815 bis 1870 (Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen, III/3), Leipzig 2000.
- Kämpfer. Großes Menschentum aller Zeiten, Bd. 3, hrsg. von Hans von Arnim, Berlin/Bern/Leipzig/Wien 1923.
- Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, hrsg. von Albrecht Langner (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B: Abhandlungen) Paderborn/München/Wien/Zürich 1985.



- Katholizismus und Sozialismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. und erl. von Wolfgang Ockenfels (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Bd. 11), Paderborn u.a. 1992.
- Katholizismus und wirtschaftlicher Liberalismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. und erl. von Karl Heinz Grenner (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Bd. 12), Paderborn/München/Wien/Zürich 1998.
- Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln. Herausgegeben und verlegt von dem Erzbischöflichen General-Vikariate in Köln, Jahrgang XV-XX, Köln 1866-1871.
- Kissling, Johannes B.: Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reiche, 3 Bde., Freiburg 1911-16.
- Klopp, Onno: Das preußische Verfahren in der Vermögenssache des Königs von Hannover. Mit Actenstücken, Wien 1869.
- Klueting, Harm (Hrsg.): Katholische Aufklärung – Aufklärung im katholischen Deutschland, Hamburg 1993.
- Kluxen, Kurt/ Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.): Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. Festschrift für Theodor Schieder, München 1968.
- Knopp, J. N.: Ludwig Windthorst. Ein Lebensbild, Dresden/Leipzig 1898.
- Köhle-Hezinger, Christel: Evangelisch-katholisch. Untersuchungen zu konfessionellem Vorurteil und Konflikt im 19. und 20. Jahrhundert, Tübingen 1976.
- Kölner Erzbischöfe im Konflikt mit dem preussischen Staat: Clemens August Freiherr Droste zu Vischering (+1845), Paulus Kardinal Melchers (+1895). Gedenkausstellung des Historischen Archivs des Erzbistums Köln vom 19. Oktober - 15. Dezember 1995. Begleitheft, bearb. von Josef von Elten und Joachim Oepen, Köln 1995.
- Kohl, Horst (Hrsg.): Die politischen Reden des Fürsten Bismarck 1847-1897. Historisch-kritische Gesamtausgabe, 14 Bde., Stuttgart 1892-1905.
- Korff, Gottfried: Formierung der Frömmigkeit. Zur sozialpolitischen Intention der Trierer Rockwallfahrten 1891; in: Geschichte und Gesellschaft, 3, 1977, S. 352-383.

- Koszyk, Kurt: Die katholische Tagespresse im westfälischen Ruhrgebiet von 1970 bis 1949 (Katholische Akademie Schwerte, Vorträge, 11), Schwerte 1982.
- Kretschmann, Karl/Pahl, Henning: Ein "Zweites Konfessionelles Zeitalter"? Vom Nutzen und Nachteil einer neuen Epochensignatur; in: Historische Zeitschrift, Bd. 276, 2003, S. 369-392.
- Krimmer, Ansgar: Der katholische Gesellenverein in der Diözese Rottenburg von 1852-1945. Ein Beitrag der Geschichte des Katholizismus in Württemberg (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, 66), Paderborn/München/u. a. 1994.
- Landau, Peter: Die Entstehung des neueren Staatskirchenrechts in der deutschen Rechtswissenschaft der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; in: Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, hrsg. von Wolfgang Schieder (Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 54) 1993, S. 29-61.
- Lange, Josef: Die Stellung der überregionalen katholischen deutschen Tagespresse zum Kulturkampf in Preußen (1871-1878) (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, 40), Bern/Frankfurt a. M. 1974.
- Lehmann, Hartmut (Hrsg.): Säkularisierung, Dechristianisierung, Rechristianisierung im neuzeitlichen Europa. Bilanz und Perspektiven der Forschung (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 130), Göttingen 1997.
- Leppert, Herbert: Sozialer Katholizismus in Aachen, Mönchengladbach 1977.
- Lepper, Herbert: Unbekannte Familienbriefe der Brüder Joseph und Wilhelm Reinkens; in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Bd. 90/91, Jg. 1883/84, S.165-197.
- Lill, Rudolf: Die deutschen Katholiken und Bismarcks Reichsgründung; in: Ernst Deuerlein/Theodor Schieder (Hrsg.), Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen, Stuttgart 1970, S 345-360.
- Ders.: Katholizismus und Nation bis zur Reichsgründung; in: Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, hrsg. von Albrecht Langner (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B: Abhandlungen) Paderborn/München/Wien/Zürich 1985, S. 51-63.

- Ders.: Zur Politik Ludwig Windthorst; in: Kurt Kluxen/Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.), Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. Festschrift für Theodor Schieder, München 1968, S. 317-335.
- Ders.: Die ersten deutschen Bischofskonferenzen. Mit Aktenanhang, Freiburg 1964.
- Lilla, Joachim (Hrsg.): Krefelder Abgeordnete. Abgeordnete aus Krefeld in überörtlichen Parlamenten seit 1826 unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Bundestages (Krefelder Studien, Bd. 12), Krefeld 2000.
- Lönne, Karl-Egon: Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1986.
- Ders.: Katholizismus-Forschung; in: Geschichte und Gesellschaft, 26, 2000, S. 128-170.
- Loth, Wilfried (Hrsg.): Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne, Stuttgart/Berlin/Köln 1991.
- Ders.: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984.
- Luhmann, Niklas: Funktion der Religion, 5. Auflage, Frankfurt a. M. 1999.
- Lutz, Heinrich: Zwischen Habsburg und Preußen. Deutschland 1815-1866, Berlin 1985.
- Maatz, Helmut: Bismarck und Hannover 1866-1898 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen, XXV, Niedersachsen und Preußen, Heft 8) Hildesheim 1970.
- Majunke, Paul: Geschichte des "Culturkampfes" in Preußen-Deutschland, Paderborn 1886.
- Marramao, Giacomo: Die Säkularisierung der westlichen Welt, Frankfurt a. M./u. a. 1999.
- Martin, Matthias: Der katholische Weg ins Reich. Der Weg des deutschen Katholizismus vom Kulturkampf hin zur staatstragenden Kraft (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 799), Frankfurt a. M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1998.
- Marx, Karl: Eine Auswahl aus seinem Werk, Redaktion und Nachwort von Herbert Reinoß, Berlin/Darmstadt/Wien o.D.
- Mann, Helmut: Der Beginn der Abkehr Bismarcks vom Kulturkampf 1878-1880 unter besonderer Berücksichtigung der Politik des Zentrums und der Römischen Kurie, Diss., Frankfurt a. M. 1953.

- May, J. Geschichte der Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands (1848-1902). Festschrift zur 50. Generalversammlung in Köln, Köln 1903.
- Meding, Oskar: Memoiren zur Zeitgeschichte. 3 Bde., Leipzig 1881-1884.
- Meier, Ernst von: Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte 1680-1866. 2 Bde., Leipzig 1898/1899.
- Menzenbach, Johann: Ludwig Windthorst in seinem Leben und Wirken insbesondere in seiner politischen Tätigkeit, Trier 1892.
- Mergel, Thomas: Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794-1914, Göttingen 1994.
- Meyer Alfred: Der Zollverein und die deutsche Politik Bismarcks. Eine Studie über das Verhältnis von Wirtschaft und Politik im Zeitalter der Reichgründung (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 288), Frankfurt a.M. 1986.
- Miko, Norbert: Die römische Frage, eine Wurzel des deutschen Kulturkampfes; in: 56. Jahresbericht des Bischöflichen Gymnasiums und Diözesanknabenseminars am Kollegium Petrinum in Urfahr-Linz a. d. Donau 1959/1960, S. 28-45.
- Mittmann, Ursula: Fraktion und Partei. Ein Vergleich von Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 59), Düsseldorf 1976.
- Mommsen, Wilhelm: Bismarcks Sturz und die Parteien, Stuttgart 1924.
- Ders.: Größe und Versagen des deutschen Bürgertums. Ein Beitrag zur Geschichte der Jahre 1848-1849, Stuttgart 1949
- Ders. (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme, 3. Auflage, München 1960.
- Mommsen, Wolfgang J.: 1848. Die ungewollte Revolution, Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830-1848, Frankfurt a. M. 1998.
- Mooser, Josef: Katholische Volksreligion, Klerus und Bürgertum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Thesen; in: Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, hrsg. von Wolfgang Schieder (Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 54) 1993, S. 144-156.

- Morsey, Rudolf: Bismarck und der Kulturkampf; in: Archiv für Kulturgeschichte, 39, 1957, S. 232-270.
- Ders.: Probleme der Kulturkampf-Forschung; in: Historisches Jahrbuch, 83, 1964, S. 217-245.
- Ders.: Ludwig Windthorst (1812-1891); in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 3, Mainz 1979, S. 62-74.
- Mühlhan, Bernhard: Hannover und sein Ministerium Stüve im preußisch-österreichischen Spiel um das Dritte Deutschland 1849/1850; in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 22, 1950, S. 87-138.
- Nahmer, Robert Nöll von der: Bismarcks Reptilienfonds. Aus den Geheimakten Preußens und des Deutschen Reiches, Mainz 1968.
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1800-1866, Bürgerwelt und starker Staat, Broschierte Sonderausgabe, München 1998.
- Ders.: Deutsche Geschichte 1866-1918, 2. Bde., Broschierte Sonderausgabe, München 1998.
- Ders.: Religion im Umbruch. Deutschland 1870-1918, München 1988.
- Oepen, Joachim: Verrottete Klöster und verdorbener Klerus? Harte Urteile der Zeitgenossen. 200 Jahre Säkularisation im Rheinland (II); in: Kirchenzeitung Köln, 10, 2002, S. 40.
- Oncken, Hermann (Hrsg.): Rudolf von Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. Nach seinen Briefen und hinterlassenen Papieren, 2 Bde., Stuttgart/Leipzig 1910.
- Oppermann, Heinrich Albert: Zur Geschichte des Königreichs Hannover von 1832-1860, 2 Bde., Leipzig 1860/1862.
- Pastor, Ludwig von: August Reichensperger 1808-1895. Sein Leben und sein Wirken, 2 Bde., Freiburg 1899.
- Permaneder's Handbuch des gemeingültigen Kirchenrechtes mit steter Rücksicht auf das katholisch-kirchliche Territorialrecht in Österreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden und den übrigen deutschen Staaten nach dessen hinterlassenen Manuscripte, hrsg. von Isidor Silbernagel, 4. Auflage, Landshut 1865.

- Pfeiffer, Hans: Ludwig Windthorst; in: Kämpfer. Großes Menschentum aller Zeiten, Bd. 3, hrsg. von Hans von Arnim, Berlin/Bern/Leipzig/Wien 1923, S. 351-380.
- Pföhl, Otto: Aus Windthorsts Korrespondenz; in: Stimmen aus Maria Lach, Bd. 82, Freiburg 1912, S. 11-30, 136-149, 252-273, 357-372, 490-510.
- Ders.: Ein Rettungsversuch für das zweite Ministerium Windthorst; in: Stimmen aus Maria Lach, Bd. 83, Freiburg 1912, S. 241-256.
- Ders.: Hermann von Mallinckrodt. Die Geschichte seines Lebens, Freiburg 1892.
- Ders.: Nachlese zur Windthorst Korrespondenz; in: Stimmen aus Maria Lach, Bd. 83, Freiburg 1912, S. 14-34.
- Ders.: Noch mehr Windthorst Korrespondenz; in: Stimmen aus Maria Lach, Bd. 83, Freiburg 1912, S. 361-390, 493-507.
- Philippi Hans: Zur Geschichte des Welfenfonds; in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 31, 1959, S. 190-254.
- Pollmann, Klaus Erich: Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867-1870, Düsseldorf 1985.
- Raab, Heribert: Zur Geschichte und Bedeutung des Schlagwortes "ultramontan" im 18. und frühen 19. Jahrhundert; in: Historische Jahrbuch, 81, 1962, S. 159-173.
- Rachfahl, Felix: Windthorst und der Kulturkampf; in: Preußische Jahrbücher, 135, Januar bis März 1909, S. 213-253, 460-490 und 136, April bis Juni 1909, S. 56-73.
- Ranft, Franz: Das katholisch-protestantische Problem. Stadtpfarrer Ernst Franz August Münzenberger von Frankfurt a. M. (1870-1890) und die Glaubenseinheit, Fulda 1947.
- Rauscher, Anton (Hrsg.): Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803-1965 (Geschichte und Staat, 247/252), 2 Bde., München/Wien 1981.
- Ders. (Hrsg.): Probleme des Konfessionalismus in Deutschland seit 1800 (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe: B Abhandlungen), Paderborn/München/Wien/Zürich 1984.
- Ders. (Hrsg.): Katholizismus, Bildung und Wissenschaft im 19. und 20. Jahrhundert (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B, Abhandlungen), Paderborn/München/u.a. 1987.

- Ders. (Hrsg.): Religiös-kulturelle Bewegungen im Katholizismus seit 1800 (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B, Abhandlungen), Paderborn/München/u.a. 1986.
- Real, Willy: Der Deutsche Reformverein. Großdeutsche Stimmen und Kräfte zwischen Villafranca und Königgrätz (Historische Studien, 395), Berlin 1925.
- Ders.: Der hannoversche Verfassungskonflikt vom Jahre 1837 und das deutsche Bundesrecht; in: Historisches Jahrbuch, 83, 1964, S. 135-161.
- Ders. (Hrsg.): Katholizismus und Reichsgründung. Neue Quellen aus dem Nachlaß Karl Friedrich von Savignys (Quellen und Forschungen aus dem Gebiet der Geschichte, Neue Folge, Heft 11), Paderborn/München/Wien/Zürich 1988.
- Ders.: Karl Friedrich von Savigny 1814-1875. Ein preussisches Diplomatenleben im Jahrhundert der Reichsgründung (Historische Forschungen, Bd. 43), Berlin 1990.
- Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegungen 1830-1850. Gesammelt und hrsg. von Joseph Hansen, Bd. 2, 1846-1850, Erste Hälfte, Januar 1846-April 1848 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Landesgeschichte, XXXVI), Bonn 1942.
- Reinkens, Joseph Hubert: Hirtenbriefe von Dr. Joseph Hubert Reinkens, katholischem Bischof der Altkatholiken des Deutschen Reichs. Nach dessen Tode herausgegeben von der Synodal-Repräsentanz, Bonn 1897.
- Ders.: Revolution und Kirche. Beantwortung einer Tagesfrage mit Rücksicht auf die gegenwärtige Tendenz und Praxis der römischen Curie, 3. Auflage, Bonn 1876.
- Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, hrsg. von Wolfgang Schieder (Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 54) 1993.
- Reumont, A.: Ludwig Windthorst. Eine Sammlung von Zeit- und Lebensbildern, 3. Heft, Mönchengladbach 1913.
- Revolutionsbriefe 1848. Ungedrucktes aus dem Nachlass König Friedrich Wilhelms IV von Preußen, hrsg. von Karl Haenchen, Leipzig 1930.
- Richter, Eugen: Im alten Reichstag. Erinnerungen, 2. Bde., Berlin 1894.

- Ritter, Emil: Radowitz, Windthorst, Stegerwald. Drei Vorläufer der CDU, Frankfurt am Main 1966.
- Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973.
- Röhrbein, Waldemar R.: Wegbereiter des demokratischen Rechtsstaates in Niedersachsen (Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, Reihe B, Heft 7), Hannover 1966.
- Rössel, Hartmut: Ludwig Friedrich Seyffardt; in: Joachim Lilla (Hrsg.), Krefelder Abgeordnete. Abgeordnete aus Krefeld in überörtlichen Parlamenten seit 1826 unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Bundestages (Krefelder Studien, Bd. 12), Krefeld 2000, S. 164-173.
- Roggenbach, Franz von: Im Ring der Gegner Bismarcks. Denkschriften und politische Briefwechsel Franz von Roggenbachs mit Kaiserin Augusta und Albrecht von Stosch 1865-1896, hrsg. von Julius Heyderhoff (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts 35), 2. Auflage, Osnabrück 1967.
- Rosendahl, Erich: Geschichte Niedersachsens im Spiegel der Reichsgeschichte, Hannover 1927.
- Ross, Ronald J.: Critic of the Bismarckian constitution: Ludwig Windthorst and the relationship between church and state in Imperial Germany; in: Journal of Church and State, 21, 1979, S. 483-506.
- Rost, Hans: Die wirtschaftliche und kulturelle Lage der deutschen Katholiken, Köln 1911.
- Rüther, Günther (Hrsg.): Geschichte der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Bewegungen in Deutschland (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe 216), 2 Bde., Bonn 1984.
- Saitschick, Robert: Bismarck und das Schicksal des deutschen Volkes. Zur Psychologie und Geschichte der deutschen Frage, München 1949.
- Schatz, Klaus: Zwischen Säkularisierung und Zweitem Vatikanum. Der Weg des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1986.
- Schauff, Johannes: Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871, Köln 1928.



- Schieder, Theodor: Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat (Wissenschaftliche Abhandlung der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, 20), Köln 1961.
- Ders.: Kirche und Revolution. Sozialgeschichtliche Aspekte der Trierer Wallfahrt von 1844; in: Archiv für Sozialgeschichte, 14, 1974, S. 419-454.
- Schlögl, Rudolf: Glaube und Religion in der Säkularisierung. Die katholische Stadt - Köln, Aachen, Münster - 1700-1840 (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution, Bd. 28), München 1995.
- Schmidt, Ute: Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 51), Opladen 1987.
- Schmidt-Volkmar, Erich: Der Kulturkampf in Deutschland 1871-1890, Göttingen/Berlin/Frankfurt a.M. 1962.
- Schnabel, Franz: Abhandlungen und Vorträge 1914-1945. Mit einer Bibliographie der Veröffentlichungen von Karl Egon Lönne, Freiburg/Basel/Wien 1970.
- Ders.: Das Problem Bismarck; in: Hochland, 42, 1949/1950, S. 1-27.
- Ders.: Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert. 4. Bd., Die religiösen Kräfte, 3. Auflage. 2. Bd., Monarchie und Volkssouveränität, 2. Auflage, Freiburg 1949/1955.
- Schridde, Rudolf: Bismarck und Hannover. Die Gesandtenzeit 1851-1862 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen, XXV, Niedersachsen und Preußen, Heft 4), Hildesheim 1963.
- Schulze, Hagen: Der Weg zum Nationalstaat. Die deutsche Nationalbewegung vom 18. Jahrhundert bis zur Reichsgründung, 3. Auflage, München 1985.
- Schwaiger, Georg (Hrsg.): Kirche und Theologie im 19. Jahrhundert, Referate und Berichte des Arbeitskreises katholische Theologie (Studien zur Theologie und Geistesgeschichte des Neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 11), Göttingen 1975.
- Schulte, Engelbert: Die Stellung der Konservativen zum Kulturkampf 1870-1878, Diss., Köln 1859.
- Schulte, Johann Friedrich von: Der Altkatholizismus. Geschichte seiner Entwicklung, inneren Gestaltung und rechtlichen Stellung

- in Deutschland. Aus den Akten und anderen authentischen Quellen dargestellt, Gießen 1887.
- Ders.: Lebenserinnerungen, 3. Bde., Gießen 1908/1909.
- Seiters, Julius: Ludwig Windthorst und die christlich-soziale Bewegung, in: *Ordo Socialis* 10, 1962, S. 26-37.
- Sellert, Wolfgang: Ludwig Windthorst als Jurist. "Der Weg des Rechts ist der einzige Weg, der zum Ziel führt", Göttingen 1991.
- Seyffardt, Ludwig Friedrich: Erinnerungen. Als Handschrift gedruckt. Nach dem Tode des Verfassers in seinem Auftrag überreicht, Leipzig 1900.
- Sheehan, James J.: Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770-1914, München 1983.
- Spael, Wilhelm: Ludwig Windthorst. Bismarcks kleiner großer Gegner, Ein Lebensbild, Osnabrück 1962.
- Stöber, Johannes: Die Sippe zum Windhaus, parentela de Winthus aus dem Kirchespiel Neuenkirchen bei Melle, 3. Bde., Kloster Langenwaden, Grevenbroich 1996/1997.
- Stürmer, Michael: Regierung und Reichstag im Bismarckstaat 1871-1880. Cäsarismus oder Parlamentarismus (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 54), Düsseldorf 1974.
- Ders. (Hrsg.): Bismarck und die preußisch-deutsche Politik 1871-1890. Dokumente, München 1970.
- Ders.: Das kaiserliche Deutschland, Politik und Gesellschaft 1870-1918, Düsseldorf 1970.
- Ders.: Das ruhelose Reich. Deutschland 1866-1918, Berlin 1983.
- Sybel, Heinrich von: Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., vornehmlich nach den preußischen Staatsacten, 7 Bde., München 1869-1894.
- Stüve, Johann Carl Bertram: Briefe 1817-1872, 2 Bde., eingeleitet und ausgewertet von Walter Vogel (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, Hefte 10/11), Göttingen 1959/1960.
- Taylor, Alan J. P.: Bismarck, Mensch und Staatsmann, München 1962.

- Treue, Wolfgang (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme seit 1861 (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, 3), 4. Auflage, Göttingen 1968.
- Treitschke, Heinrich von: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, 5 Bde., neue Ausgabe, Leipzig 1927.
- Ullrich, Volker: Die nervöse Großmacht 1871-1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreiches, Frankfurt a. M. 1999.
- Unterm Zentrumsbanner. Werden und Wirken der Zentrumspartei, Dokumente zur Zeitgeschichte, hrsg. von H. Broermann und K. Grobbel, 2. Auflage, Berlin 1927.
- Vigener, Fritz: Ketteler. Ein deutsches Bischofsleben des 19. Jahrhunderts, München 1924.
- Wahl, Adalbert: Deutsche Geschichte. Von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkriegs (1871-1914), 4 Bde., Stuttgart 1926-1936.
- Wandruszka, Adam: Schicksalsjahr 1866, Graz 1966.
- Waal, Anton de: Aus Rom ein Kranz auf Windthorst's Gruft. Trauerrede, Augsburg 1891.
- Weber, Christoph: "Eine starke, enggeschlossene Phalanx", Der politische Katholizismus und die erste deutsche Reichstagswahl 1871 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 35), Essen 1992.
- Ders.: Kirchliche Politik zwischen Rom, Berlin und Trier 1876-1888. Die Beilegung des preußischen Kulturkampfes (Veröffentlichung der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe B, Forschungen, 7), Diss., Bonn 1969.
- Wehler, Hans Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich (Deutsche Geschichte, Bd. 9), 5. Auflage, Göttingen 1983.
- Ders.: Krisenherde des Kaiserreichs 1871-1918 (Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte), Göttingen 1979.
- Weidinger, Dorothea: Nation, Nationalismus, Nationale Identität (Bundeszentrale für politische Bildung, Reihe: Kontrovers), Bonn 1998.
- Weiss, Otto: Der Ultramontanismus. Grundlagen - Vorgeschichte - Struktur; in: Zeitschrift für bayrische Landesgeschichte, 41, 1978, S. 821-877.
- Willms, Johannes: Nationalismus ohne Nation. Deutsche Geschichte 1789-1914, Düsseldorf 1983.

- Windthorst, Ludwig: 1812-1891, Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, hrsg. vom Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 1991.
- Ders.: Ausgewählte Reden des Staatsministers a.D. und Parlamentariers Dr. Ludwig Windthorst, gehalten in der Zeit von 1851-1891, 3 Bde., Osnabrück 1902/03.
- Ders.: Die Beschlagnahme des Vermögens König Georgs V. von Hannover. Rede gehalten in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses am 29. Januar 1869, nebst seinen am darauffolgenden Tage bei der Beschlagnahme des kurfürstlichen hessischen Vermögens gesprochenen Worte, Dresden 1869.
- Ders.: Briefe an seinen Schwager Ferdinand Engelen 1834-1868, hrsg. von Hermann Schröter (Schriften des Niedersächsischen Heimatbundes, Neue Folge, Bd. 29), Hannover 1954.
- Ders.: Ludwig Windthorst 1812-1891, hrsg. und erl. von Hans-Georg Aschoff (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Bd. 9), Paderborn/München/Wien/Zürich 1991.
- Ders.: Briefe, 2 Bde., bearbeitet von Hans-Georg Aschoff und Heinz-Jörg Heinrich (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bde. 45/47), Paderborn/München/Wien/Zürich 1995/2002.
- Ders.: War Windthorst ein Reichsfeind? Eine Beantwortung dieser Frage durch eine Sammlung von patriotischen Aussprüchen des großen christlichen Staatsmannes, hrsg. und erl. von Ludwig Hermann, Köln 1903.

## Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit ohne Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form weder veröffentlicht, noch einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

## Lebenslauf

Am 7.1.1967 wurde ich in Mönchengladbach geboren, besuchte ab 1973 die Grundschule und schloss 1987 meine Schullaufbahn mit dem Abitur ab.

Nach der Schule leistete ich 20 Monate Zivildienst in der Alten- und Krankenpflege.

Im Sommersemester 1989 begann ich ein Studium der Germanistik und der Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Nach zwei Semestern wechselte ich mein Hauptfach und schloss im Oktober 1997 mit den Fächern Neuere Geschichte, Osteuropäische Geschichte und Politikwissenschaft als Magister Artium ab. Während meiner Studienzeit arbeitete ich u.a. für die Westdeutsche Zeitung und den Westdeutschen Rundfunk in Düsseldorf.

Im Oktober 1997 zog ich nach Berlin und arbeitete als Autor für Lexika. Die Herold Stiftung unterstützte mich 2000 bei einer Veröffentlichung über Gustav Stresemann.

Von September 2000 bis Oktober 2002, leitete ich für die Jewish Claims Conference von Düsseldorf aus die Recherchearbeit im Auftrag der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft in Nord- und Westdeutschland.

Ab November 2002 arbeitete ich als freier Mitarbeiter für die JCC, absolvierte Kurse für Fach- und Führungskräfte in Mönchengladbach, war Referent für das Bildungswerk Köln und war als wissenschaftlicher Berater für das Augustinerinnenkloster in Neuss tätig.

Seit April 2005 arbeite ich freiberuflich im Bereich Werbung und Öffentlichkeitsarbeit.

Georg Arnold

Mönchengladbach, Februar 2006